Antifaschistisches INFO BLATT 42

Februar/März 1998 5,– DM

Schwerpunkt

Rühes Rekruten & rechte Referenten: Heute der Osten, morgen die ganze Welt

Aufschwung Ost

Die NPD und ihr Führungsanspruch

Interviews

Antifas aus Saalfeld und Mecklenburg-Vorpommern im Gespräch

Sababurgrunden

Das alte Flaggschiff der »Neuen Rechten« wird wiederbelebt

Jugend-KZ

Mädchen und junge Frauen im »Jugendschutzlager Uckermark«

MIT 8 SEITEN *Was geht ab?*

Impressum

Antifaschistisches Info-Blatt
12. Jahrgang
Nr. 42, Februar/März 1998



Redaktion:
AIB, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fax.: +49 - 30 - 694 67 95
e-mail: aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Konto:
J. Lehmann, 411 960 - 105,
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Erscheinungsweise: Fünf mal im Jahr

Preis: 5,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Nachdruck:
In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Fotos:
Alle Rechte liegen bei den jeweiligen Fotografen.

Anzeigen:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt

Antifaschismus mit Biß!

AIB im Web und per e-mail: http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib
aib@mail.nadir.org

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen!

Jegliche Hoffnung, daß die Welle rassistischer und neofaschistischer Angriffe abnehmen würde, haben sich auch im letzten Jahr als Wunschdenken erwiesen. Allein im Bundesland Brandenburg hat das LKA bis zum November 1997 344 sogenannte »*Straftaten mit fremdenfeindlichem oder rechtsextremem Hintergrund*« gezählt. Mit anderen Worten: Nahezu jeden Tag im Jahr kommt es in Brandenburg zu mindestens einem rassistischen Angriff, einem neofaschistischen Propagandadelikt, Pöbeleien, Schlägereien. Darunter befinden sich auch zwei rassistische Morde: Im Februar wurde der italienische Kellner Antonio Melis in Caputh von zwei Deutschen ermordet. Im Mai letzten Jahres starb der vietnamesische Asylbewerber Nguyen Van Phao an den Folgen der schweren Kopfverletzungen, die ihm zwei ganz »normale« deutsche Männer drei Monate vorher in Fredersdorf bei Strausberg zugefügt hatten. Die Statistik für Brandenburg spiegelt im übrigen nur den bundesweiten Trend wieder: In allen Bundesländern ist die Zahl der Angriffe entweder gestiegen oder zumindest im Vergleich zum Vorjahr nicht zurückgegangen.

Auch ansonsten ist der Rückblick aufs letzte Jahr alles andere als erfreulich: Den Neonazis ist es gelungen, ihre Strukturen zu konsolidieren und die staatlichen Organisationsverbote – sowohl durch den Aufbau zahlreicher »autonomer Kameradschaften«, als auch die Einbindung militanter Neonazis in die NPD und JN – ad absurdum zu führen. Außerdem hat der NPD/JN-Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung im Februar in München sowie die seitdem andauernde revanchistische Mobilisierung gegen die Ausstellung erschreckend deutlich gemacht, wie groß das neofaschistische und revanchistische Mobilisierungspotential in und rechts von der CDU/CSU ist, wenn sich ein entsprechendes Thema findet.

Darüber hinaus hat sich die Ausgrenzungspolitik gegenüber Flüchtlingen und illegalisierten MigrantInnen in Deutschland weiter zugespitzt. Wenn es um die Verschärfung des Schengener Abkommens geht, gibt die Bundesregierung auch europaweit die Linie vor. Jüngstes Beispiel: Bundesinnenminister Kanther beschimpft italienische Politiker, die es wagen, am Recht auf politisches Asyl für kurdische Flüchtlinge festzuhalten. Kanthers Hetze und die Medienberichte erinnern fatal an die staatlich geschürte Pogromstimmung Anfang der 90er Jahre. Dazu kommen dann noch die neuen Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Ausweisungspolitik gegenüber Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien und dem Libanon. Sie machen das Leben für mehrere hunderttausend Menschen zum ständigen Kampf am Rande der Armuts- und Überlebensgrenze.

Widerstand gegen die offizielle Politik des Sozialabbaus und der rassistischen Ausgrenzung regt sich eher selten. Eine erfreuliche Ausnahme ist hier allerdings die Streikbewegung an den Universitäten, Fachhochschulen und Schulen im Herbst 1997 und zum Jahresanfang. Sicherlich kann man sich über die endgültige Bewertung des Streiks und die Motivation der StudentInnen – von »egoistischer Interessenssicherung der zukünftigen Elite« bis hin zu »einer neuen sozialen Bewegung« – streiten. Unbestreitbar ist aber, daß die Forderungen immer mehr gesamtgesellschaftliche Bereiche umfassen und sich nicht mehr nur auf reine »Hochschulreformen« beschränken. Fatal wäre, wenn Linke und AntifaschistInnen sich an den Hochschulen nicht einmischen. Das würde den Durchmarschversuchen der Rechten an den Unis freie Bahn lassen.

Während innen- und sozialpolitische Veränderungen immerhin noch ab und an zu Diskussionen oder gar Aktionen führen, scheinen sich alle damit abgefunden zu haben, daß die Bundesregierung mit Hilfe von Rühes Bundeswehr und Regermanisierungsexperten à la Roeder & Co ihre Expansions- und Weltmachtgelüste ungebremst von jeglicher Opposition umsetzen kann. »Out-of-area«-Einsätze der Bundeswehr sind zur Normalität geworden. Die aktuelle Diskussion über Neonazi–Aktivitäten in der Bundeswehr kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Institution und deren Zweck – gewaltsame Sicherung deutscher Interessen – von der Mehrheit der KritikerInnen überhaupt nicht in Frage gestellt werden. Uns scheint es wichtig, bei allen »Enthüllungen« über weitere Naziskandale im Zusammenhang mit Rühes »Bundeswehrmacht« nicht bei dem moralischen, »das ist aber schlimm« Zeigefinger stehen zu bleiben, sondern die Forderung nach der Abschaffung der Bundeswehr und der Wehrpflicht wieder populärer zu machen.

Anfang Oktober wurde eine Statistik veröffentlicht, die nachdenklich macht: 55% der Offiziersanwärter an Bundeswehrhochschulen erklärten, daß sie rechts von der Mitte stehen. Wenn diese »Einstellungen« dann in die Tat umgesetzt werden, ist es interessant zu beobachten, wie sich die offiziellen Entschuldigungsfloskeln entsprechend verändern: Während im Zusammenhang mit rassistischen und neofaschistischen Aktionen immer von Einzeltätern die Rede ist, heißt es jetzt zur neofaschistischen Organisierung in der Bundeswehr: Der Zustand der »Truppe« spiegele nur den gesamtgesellschaftlichen Trend wieder. Mehr Informationen zum Komplex »Bundeswehrmacht« findet Ihr im Schwerpunkt.

Und 1998? Für uns gibt es sicherlich jede Menge zu tun: Zum einen müssen wir mit verstärkten Neonazi-Aktivitäten rechnen. Zum anderen erscheint es uns – jenseits aller Antifaarbeit, Bemühungen um Vernetzung und der vielen »kleinen« arbeitsintensiven Dinge wie Flugblätter schreiben, AIBs layouten, Nazitreffen verhindern, Demos organisieren – notwendiger denn je, nach BündnispartnerInnen Ausschau zu halten und uns bei Themen wie »Sozialabbau« etc. einzumischen.

Auch auf das AIB bezogen setzen wir natürlich Hoffnungen in das neue Jahr: Wir wünschen uns viele neue AbonenntInnen, Anregungen von Euch und spannende Ausgaben. Einige gute Vorsätze haben wir schon umgesetzt: Ihr könnt uns jetzt im Internet finden und ab sofort gibt es das AIB-Paket Nr. 4 mit den Nummern 36 bis 40.

Eure AIB-Redaktion



Zu den jüngsten Vorfällen in der Bundeswehr

Tradition und Traditionsbruch in der Wehrpolitik

Diesmal konnte die Verteidigungslinie gehalten werden. Im Gegensatz zum letzten Mal konnte die Gefahr, die da aus dem Osten auf uns zukam, mit nur geringem Geländeverlust eingedämmt werden. Was da drohte, von Polen herüberzufluten, es wurde erfolgreich zurückgeworfen. Nein, die Heimatvertriebenen des '45er Jahres, die Opfer der Flutkatastrophe im Hungerwinter '46 – sie mußten kein zweites Mal ihre Heime verlassen. Der neue Treck – im Sommer 1997 blieb aus.

Unsere LeserInnen erinnern sich noch gut an die Schlagzeilen der »Jahrhundertflut« an der Oder – in jener Region, wo beim illegalen Grenzübertritt ständig Menschen ertrinken; wo eine Bevölkerung die Republik zu Tränen rührte, die so oft Flüchtlinge denunziert. Flüchtlinge aus Bangladesh zum Beispiel, wo alle paar Jahre in den Flutkatastrophen Hunderttausende nicht ihre Häuser und Gärten verlieren, sondern ihr Leben.

In den Stunden vor der Evakuierung glich Ratzdorf, Frontstadt an Oder und Neiße, einem Heerlager. Während diverse freiwillige Helfer an den Dämmen arbeiteten, nutzte die Bundeswehr die Gunst der Stunde, um ihren eindrucksvollen Wagenpark sinnlos, aber medienwirksam durch den Osten der Mark zu fahren. Wer hätte gedacht, daß ihr Ruf ein halbes Jahr später so angeknackst ist, obwohl doch die Medien wirklich lange bereit waren, Rühes Version der Einzeltäter prinzipiell zu akzeptieren.

Der Verteidigungseinsatz an der Oder zeigt eines deutlich: Die Bundeswehr hat gewisse Traditionen... . Als die Streitkräfte in den 50er Jahren wieder aufgebaut wurden, bediente sich die Bundesrepublik der miltärischen Elite des »Dritten Reiches« – keineswegs nur altpreußische Reichswehrmänner, denn in der Wehrmacht hatte in sechs Jahren der Hochrüstung und sechs Jahren der Kriegsverluste durchaus auch in den Stäben ein Generationswechsel stattgefunden. Es mag sein, daß man eine Armee nicht aus dem Nichts aufbauen kann, aber die personelle Kontinuität war nicht alles bei der Bundeswehr. Auch die Traditionen, die man innerhalb der Streitkräfte pflegte, schlossen die Taten der Wehrmacht ein. Landung der Fallschirmjäger auf Kreta..., Panzergeneral Guderian und seine kühnen Attacken..., Rommel in Afrika, Rommel in den Ardennen... . Und der Widerstand vom 20. Juli, den gab es ja schließlich auch noch!

Unter der Hand mögen demokratische Politiker seinerzeit gesagt haben, das Problem der alten Wehrmachtsgeneräle werde sich schon bald biologisch lösen. Aber Ende der 70er Jahre, für die man von einem gewissen Generationswechsel ausgehen kann, warf die Affäre um den NS-Fliegerhelden und NPD-Funktionär Hans-Ulrich Rudel, der mehrfach von hochrangigen Luftwaffenoffizieren eingeladen worden war, ein grelles Licht auf die Traditionspflege zumindest bestimmter Verbände der Bundeswehr.

Symbol der Westbindung

Ja, es gibt diese Traditionen, und sie sind geeignet, einiges an den gegenwärtigen Skandalen zu erhellen. Ein aktuelles Beispiel ist das Bundestreffen der Wehrmachts-Ritterkreuzträger im Oktober 1997. Es fand im Bundeswehrstandort Hammelburg statt, wo ein Teil der »Skandalvideos« entstanden ist. Ein kurzer Artikel beschreibt die Veranstaltung. Und doch verstellt der Blick auf Traditionspflege den tieferen Einblick in die Vorgänge der 90er. Denn das Auffällige ist ja der Bruch in der wehr- und außenpolitischen Kontinuität. Wir werden auf Traditionslinien noch einmal zurückkommen, vorerst aber Bruch und Wandel zu betrachten haben. Als die Bundeswehr in den 50ern aufgebaut wurde, bemühte man sich durchaus, gewisse Traditionen zu unterbrechen. Betont wurde häufig die neue Uniform – ein Argument, das uns ZivilistenInnen recht albern vorkommt, aber in der Logik der militärischen Disziplin seine Bedeutung hat. Wichtiger war der Versuch, durch das Konzept der »*Inneren Führung*« und eine ausgedehnte politische Bildungsarbeit im Sinne der bürgerlich-demokratischen Verfassung eine »*Armee in der demokratischen Gesellschaft*« zu schaffen, deren Angehörige »*Staatsbürger in Uniform*« sein sollten. Vergleicht man die Bundeswehr mit der Militärdiktatur Ludendorffs im I. Weltkrieg, dem politischen Einfluß der Wehrmacht im Nationalsozialismus (an welcher lange Zeit nichts vorbei ging), vor allem aber dem republikfeindlichen und geradezu hochverräterischen Engagement der Reichswehr in der Weimarer Zeit, so muß man zugeben: Die Bonner hatten ihre Truppen relativ gut im Griff. Was die Armee tat, das war überwiegend politisch kontrolliert durch das Verteidigungsministerium, und die Hardthöhe selbst blieb stets eingebunden in die große außenpolitische Linie der Regierungen und ihre vierzigjährige Kontinuität der Westbindung.

Die Bundeswehr hatte von vornherein eine bestimmte, lange Zeit ungebrochene Funktion: Element der großen Front des imperialistischen Westens gegen die realsozialistischen Staaten bzw. die Kräfte der Dekolonialisation zu sein. Sie konnte sich gut auf die Rolle der »Verteidigung« konzentrieren: Schnelle Eingreiftruppen, wie man sie heute bildet, waren solange überflüssig, wie die prinzipielle Übereinstimmung mit den Westmächten nicht in Frage stand. Wenn US-amerikanische, britische oder französische, später dann türkische, israelische, guatemaltekische oder südafrikanische Truppen die eigenen Interessen genauso gut vertraten, konnte die Bundesrepublik bequem auf Interventionen verzichten. Für die schmutzige Tätigkeit des »*lower intensity warfare*« und entsprechende Ausbildung reichte die kleine GSG 9 des Bundesgrenzschutzes völlig aus.

Der »*deutsche Wehrbeitrag*« war in den frühen 50ern sogar als Kontingent einer »*Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*« geplant, später war die Bundeswehr an die globale Strategie der NATO gebunden. Sie war geradezu das Symbol der Westbindung. Aber der alte Feind ist fort, die Gräben zwischen den alten Freunden brechen auf. Seit einigen Jahren bemüht sich die Bundesrepublik um eine eigenständige Außenpolitik. Sie ist Führungsmacht in Europa. Für die Bundeswehr bedeutet dies unter anderem: Die Truppe kämpft wieder. Eine kämpfende oder sich auf un-

mittelbare Kampfaufträge vorbereitende Truppe entwickelt aber eine ganz andere »Moral«, ein ganz anderes Bewußtsein. Den aktuellen Zustand der Bundeswehr, die mehr und mehr das Bild einer Wehrsportgruppe abgibt, beschreibt unser Artikel »Einzelfall Bundeswehr«.

Die Hardthöhe macht Außenpolitik

Für das Verteidigungsministerium sind die Konsequenzen noch größer. Volker Rühe, selbst ungedient, versucht sich als alternativer Außenpolitiker, durchaus im Sinne der Union, gegen die Außenpolitik Kinkels zu profilieren. Die Hardthöhe macht mehr und mehr nicht Wehrpolitik nach den Maßgaben außenpolitischer Leitlinien, sondern Außenpolitik mit den Mitteln, die dem eigenen Hause zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde können Stabsoffiziere der Bundeswehr überhaupt ein Interesse am Thema der »Regermanisierung« der Region Kaliningrad entwickeln. Wie es zu ROEDERS Vortrag vor der Führungsakademie kommen konnte, arbeitet ein Artikel über »den alten Neonazi und das dringende Bundesinteresse« auf. Auswärtiges Amt und Verteidigungsministerium sind aber allenfalls Konkurrenten, die Richtung der Außenpolitik ist durchaus ähnlich. Als dritte Instanz betreibt noch das Innenministerium Außenpolitik, insofern es die Lobby bestimmter VERTRIEBENENVERBÄNDE, nicht zuletzt der Ostpreußen, ist. In Ostpreußen wirken alle drei zusammen. Das Innenministerium finanziert die Arbeit der Vertriebenenfunktionäre. Das Außenministerium bestätigt ein »dringendes Bundesinteresse« an der logistischen Unterstützung Roeders. Es ist schlechterdings Quatsch, zu behaupten, dies wäre ein Patzer im Rahmen einer Routineanfrage, hervorgerufen durch das Fehlen eines VS-Berichtes im zuständigen Büro. So leicht ist es denn doch nicht, ein dringendes Bundesinteresse bescheinigt zu bekommen. Der Begriff ist ernstzunehmen, der Bund definiert den Neuaufbau einer deutschen Minderheit durchaus als dringendes Bundesinteresse. Im Zusammenspiel der Behörden hat die Bundeswehr bereits früher Material geliefert, z.B. 1992. Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Mentor der Aktion war seinerzeit OTTFRIED HENNIG, Vorsitzender der LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN.

Das Interesse an der Region Kaliningrad nennt sich »geostrategisch«. Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus und seit dem Aufstieg Deutschlands zur europäischen Führungsmacht denken Militärs und Ministerialbürokratie wieder in derartigen Kategorien. Kaliningrad ist von der Sowjetunion zum Truppenstützpunkt gemacht worden. Heute ist es eine territoriale Exklave, und die sind in der Geschichte in der Regel kurzlebig. Entweder das Mutterland schafft eine stabile Verbindung – und früher oder später wird Rußland dies versuchen müssen, sich dabei allerdings immer mit mindestens zwei Staaten anlegen – oder eine andere Macht dringt in das »Vakuum« ein. Starke Kräfte in Deutschland wollen gerne diese Macht bilden. Einen Ausschnitt aus diesen Bestrebungen beleuchtet der Artikel über die »Arbeitsgemeinschaft Nord-Ostpreußen«. Wie läßt sich aber ein deutsches Interesse völkerrechtlich begründen?

Tradition »verdeckter« Außenpolitik

Damit sind wir dann leider doch wieder bei Traditionen, aber bei solchen, die älter sind als die Bundesrepublik. Denn die Funktionalisierung deutscher Minderheiten für die imperialistische Außenpolitik hat eine lange Tradition, ihr Mißbrauch als »Fünfte Kolonne« und ihre militärische Ausbildung zur Destabilisierung gehört zu den schwärzesten Kapiteln in der Vorgeschichte des II. Weltkrieges. Eine Minderheit, deren »Schutz« man dann im Zweifel als Argument für politisches Interesse in bestimmten Regionen benutzen kann, eine solche Minderheit virtuell zu schaffen, wie dies heute in Ostpreußen geschieht, ist schon eine besondere Dreistigkeit. Auch in der Vergangenheit spielte die Armee ihre Rolle in der verdeckten deutschen Außenpolitik und in der Funkionalisierung der Minderheiten. Die deutschen Truppen wurden ja, nachdem das Reich um 1914 zum »Griff nach der Weltmacht« ansetzte, in Europa immer argwöhnisch beobachtet. Geheimunternehmen wurden zum festen Bestandteil deutscher Wehr-Tradition. Schon 1923 waren es irreguläre, politisch-ideologisch rechtsextreme militärische Verbände, die aus den FREIKORPS heraus den »Heimatschutz« während der Oberschlesienkämpfe bildeten. Die ganze Weimarer Zeit durchzieht der Gedanke, trotz Beschränkung der Armee die Bevölkerung »wehrfähig« zu machen. In den Grenzgebieten nannte sich das dann »Grenzschutz«. In der Tradition der irregulären Verbände bildete die SS 1937 das SUDETENDEUTSCHE FREIKORPS zur aktiven Destabilisierung der Tschechoslowakei aus.

Ein eindringliches Beispiel für die Zusammenarbeit rechtsextremer Verbände und des Militärs ist genau in der Region angesiedelt, um die sich der aktuelle Skandal dreht. Bereits gegen Ende der Weimarer Republik begann die Reichswehr mit dem Aufbau eines Grenzschutzes in Ostpreußen, der nach 1933 abgeschlossen wurde. Wichtigster Partner war neben dem STAHLHELM die OSTPREUßISCHE SA. Über paramilitärische Trainings in der Region ist derzeit noch nichts bekannt; Roeder, verurteilter Terrorist und immer wieder zu Gewalttaten bereit, zuletzt auffallenderweise gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht«, wäre dafür vielleicht sogar zu interessieren. Allerdings darf er als Person nicht überbewertet werden. Sein plötzliches Prestige, gemessen an seiner Position im rechtsextremen und revanchistischen Lager, beschreiben wir als »Späten Triumph eines Egozentrikers«.

Gewisse Traditionen in der bundesdeutschen Wehr- und Außenpolitik brechen derzeit ab – ältere Traditionen erhalten dadurch gefährliche Brisanz. Hakenkreuze und Hitlerverehrung in den Mannschaften sind daher keine Zufälle, sondern Symptom veränderter politischer Bedingungen. ■

Volkstrauertrag 1990. Bundeswehrsoldaten salutieren mit der Reichskriegsflagge



Einzelfall Bundeswehr

Wehrsportgruppe Rühe macht weiter

Wenn vorgesetzte Offiziere an Hitlergrüßen keinen Anstoß nehmen, Wehrmachtslieder singen lassen oder am 20. April dienstfrei geben, damit die Truppe »Führers Geburtstag« feiern kann, dann sind das weder »bedauerliche Einzelfälle«; noch »vereinzelte Vorfälle«. Es sind deutliche Anzeichen für strukturelle und politische Übereinstimmungen zwischen Bundeswehr und Rechtsextremismus.

Zwar ist es richtig, daß die Bundeswehr derzeit mit einer neuen Generation von Neonazis exerzieren muß, die sich anders als ihre organisierten Vorgänger in den 70er oder 80er Jahren weniger konspirativ verhalten. Ihr Hang, offen mit Hakenkreuzen und Hitlergrüßen zu posieren, hat lediglich dazu geführt, daß die Öffentlichkeit nun ihren Blick auch auf die Hinterzimmer der Kasernen richtet, in denen Offiziere seit langem Wehrmachtsdevotionalien horten. Die Jungnazis aus Ost und West werden nicht wegen ihrer unverhohlenen NS-Videos als »Nestbeschmutzer« angesehen, sondern weil sie die Öffentlichkeit aufgeschreckt haben.

Daß zwei Drittel der Rechtsextremisten zum Bund gehen, hat eine Studie schon 1993 festgestellt. Demnach sind »*rechtsorientierte*« Jugendliche »*unter den Wehrpflichtigen überrepräsentiert*«. Gewarnt wurde auch 1993 schon vor rechtsextremen Gruppenbildungen. 10 bis 15 Prozent seiner Untergebenen, so die vorsichtige Schätzung eines Kommandeurs sächsischer Panzergrenadiere, hingen einer eher rechtsextremen Orientierung nach. Eine andere Studie konstatiert bei 32 Prozent der Offiziersanwärter, etwas höflicher ausgedrückt, eine Neigung zu nationalkonservativem Gedankengut.

»Ein Volk, ein Staat, eine Armee« Identität durch Wehrmachtstradition

Die Bundeswehrführung hätte also längst Vorsorge treffen können, dann müßte sich der MAD (Militärischer Abschirmdienst) jetzt nicht mit 760 »*schamlosen Einzelfällen*« befassen. Der Verteidigungsminister ist jedoch auf Personal angewiesen, das sich mit »Volk, Nation und Vaterland« identifiziert, mit dem Prinzip »*Ein Volk, ein Staat, eine Armee*«, wie es der ehemalige Staatskretär im Verteidigungsministerium, Jörg Schönbohm, im Oktober 1995 in Analogie zu der NS-Parole »*Ein Volk, ein Reich, ein Führer*« formulierte.

Etwas vornehmer drückte sich der Kapitän zur See, Dieter Stockfisch, im Juni 1996 in »Soldat und Technik« aus: Der Soldat bedürfe der »*Sichtbarkeit seiner Geschichte und muß in ihr verwurzelt sein, denn Geschichte begründet Identität und trägt zur Orientierung bei.*«

Orientierung erhielt die Bundeswehr schon bei ihrer Entstehung von ehemaligen NS-Generälen. Als sie 1955 gegen den Widerstand einer großen antimilitaristischen Bewegung gegründet wurde, stammten allein 31 von 38 Generälen und 100 von 237 Obristen aus den Generalstäben der Wehrmacht. 681 Soldaten und Reservisten hatten sich im verbrecherischen Nazikrieg die höchste Auszeichnung verdient, das von Hitler persönlich verliehene Ritterkreuz. Der erste Generalinspekteur der Bundeswehr, ADOLF HEUSINGER, hatte als stellvertretender Chef des Oberkommandos der Wehrmacht gedient. Sein Nachfolger HEINZ TRETTNER hatte eine rasante Wehrmachtskarriere hinter, die sich u.a. auf seine Beteiligung an der Zerstörung des baskischen Ortes Guernica gründete. Er trat zurück, als durch den sogenannten Gewerkschaftserlass die Kasernen für die ÖTV geöffnet wurden.

Andere Offiziere stellten sich der Öffentlichkeit erst nach ihrer Pensionierung oder Entlassung aus der Bundeswehr als ausgesprochen aktive Rechtsextremisten dar (siehe Kasten). Sie haben

Zahlreiche Offiziere, deren »geistiger Führung« Generationen junger Männer anvertraut waren, stellen sich nach ihrer Pensionierung oder Entlassung als ausgesprochen aktive Rechtsextremisten heraus.

General a.D. Reinhard Uhle-Wetter gehört derzeit zu den meistgefragten Publizisten und Referenten der Szene. Er ist Landesvorsitzender der DSU in Niedersachsen und referierte u.a. für die »Gesellschaft für freie Publizistik«.

Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wetter, sein Bruder, referierte u.a. vor der neonazistischen »Deutschen Kulturgemeinschaft« oder der Sommeruniversität der »Jungen Freiheit«. Er ist Kuratoriumsmitglied der »Carl-Schurz-Stiftung« der »Republikaner« und Interviewpartner der »Europa vorn«.

General a.D. Günter Kiesling, ehemaliger stellvertretender Oberbefehlshaber der NATO, war Referent in burschenschaftlichen Kreisen, Autor in der rechtsextremen österreichischen Zeitschrift »Aula« und leugnete auch im Organ der Bundeszentrale für politische Bildung »Parlament«, die Wehrmachtsverbrechen. Für den Arndt-Verlag des Kieler rechtsextremen Ostlandritters Dietmar Munier verfaßte Kiesling einen Buchbeitrag. Beim »Deutschen Seminar« und der »Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt« referierte der Ex-General.

General a.D. Heinz Karst wird zu den »Neuen Rechten« gezählt. Er hat eine Führungsfunktion in der ultrarechten Stiftung Weikersheim und veröffentlicht im »Deutschland-Magazin« und der »Europa-Brücke« der »Ludwig-Frank-Stiftung«.

Vizeadmiral a.D. Karl Adolf Zenker und Brigadegeneral a.D. Paul-Albert Scherer gehören zu der unter verschiedenen Namen agierenden La Rouche Bewegung. Die Gruppierung trat unter den Namen »Europäische Arbeiterpartei«, »Patrioten für Deutschland« oder »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« auf. Lyndon La Rouche formuliert sein Anliegen einmal so: »Es ist nicht notwendig, ein Hakenkreuz zu tragen, um ein Faschist zu sein. (...) Es ist einfach notwendig, einer zu sein!«.

Konteradmiral a.D. Günter Poser fungierte als stellvertretender Vorsitzender der »Republikaner«-Abspaltung »Aufbruch 94 - Deutscher Freier Wählerbund«.

Bundeswehroffiziere waren schließlich auch Alfred Mechtersheimer, Chef der »Deutschland-Bewegung«, Emil Schlee, ehemaliger Abgeordneter der »Republikaner« im Europaparlament oder Udo Voigt, Vorsitzender der NPD.

Hauptmann a.D. d.R. Udo Voigt





Nachgestellte Kreuzigung in Hammelburg von Bundeswehrsoldaten die dort für die »Friedensmission« in Bosnien ausgebildet wurden.

die Truppe jahrzehntelang und nachhaltig geprägt. Unter ihrer Führung wurden die Kasernen nach den hitlertreuen Generälen DIETL, KÜBLER, MÖLDERS oder ROMMEL benannt. Zu den nazistischen Vorbildern gesellten sich revanchistische Ansprüche, die ihren Ausdruck in der »Ostpreußen«- oder »Pommernkaserne« fanden. In sog. Traditionszimmern werden Wehrmachtsdevotionalien gehortet, meist von Patenschaftsverbänden der Wehrmacht. Unzählige Reservisten-, Kameradschafts- und Soldatenbünde sind nach wie vor fester Bestandteil offizieller Gedenkfeiern und Traditionsstunden.

Ein Beispiel für das Zusammenspiel von Tradition und Neonazismus sind die in Hammelburg enstandenen Skandalvideos. In den Antifaschistischen Nachrichten hat Uli Sander ausführlich über die für die Videos verantwortlichen Gebirgsjäger aus Sachsen und Bayern berichtet. Der Chef der Elitetruppe, Generalmajor RAINER JUNG, war dadurch aufgefallen, daß er sich vehement gegen die Umbenennung der Dietl-Kaserne in Füssen gewehrt hatte. Zur Traditionspflege und politischen Bildung trägt vor allem der »KAMERADENKREIS GEBIRGSTRUPPE E.V.« bei. Rund 10.000 Mann – Bundeswehrsoldaten, Reservisten, SS- und Wehrmachtsveteranen – gehören dem Kameradenkreis an, in dessen Organ »GEBIRGSTRUPPE« die Wehrmachtsverbrechen geleugnet und rechtsextreme Thesen vertreten werden. So erklärte der Kameradenkreis, er wolle *»kompromißlos für die Ehre der Soldaten der Wehrmacht eintreten«*. Im Juni 1992 fordert der rechtsextreme Prof. KARL STEINBUCH in der »Gebirgstruppe« : *»Schluß jetzt mit der Umerziehung, die unser Volk verblödet hat, mit der Ideologie gegen die eigene Existenz, mit Trauerarbeitsrhetorik, bollerndem Moralismus und Zeitgeistprostitution.«*

Auf dem Höhepunkt der pogromartigen Angriffe gegen Flüchtlinge im Februar 1993 druckte die »Gebirgstruppe« eine Erklärung des »RINGS DEUTSCHER SOLDATEN«, in der die Politiker *»unseres Landes«* aufgefordert wurden, *»das aufgeregte Gerede über eine angebliche Ausländerfeindlichkeit des ganzen deutschen Volkes sofort einzustellen und stattdessen die offenkundige Ursache für die schändlichen Übergriffe, nämlich die Duldung des schamlosen Mißbrauchs des im Grundgesetz verankerten Asylrechts abzustellen«*. Die jährlich stattfindenden Pfingsttreffen von Wehrmachtsgebirgsjägern und der entsprechenden Bundeswehrtruppe bei Mittenwald werden von prominenten Generälen bis hin zum Verteidigungsminister selbst besucht. Es wundert kaum, wenn die Gebirgsjäger an rechtsextremen und rassistischen Ausschreitungen beteiligt sind. So im Mai 1993, als Angehörige der Truppe in einem Intercity nicht nur NS-Parolen brüllten, sondern auch einen behinderten ausländischen Fahrgast angriffen und verletzten.

Neonazistische Subkultur in der Truppe

Weniger die Tatsache, daß mit einer größer werdenden Neonaziszene auch der Anteil der Neonazis in der Bundes-

Nazis an der Heimatfront

Eine kleine absolut unvollständige Revue (neo)faschistischer Aktivitäten in der »Schule der Nation«

➡ 1975
Der höchste Heeressoldat, Heeresinspekteur Generalleutnant Horst Hildebrandt nahm in Uniform an einer Militärparade zum 36. Jahrestag des Sieges der Franco-Faschisten in Spanien teil. Auf der Parade stand neben dem Heeresinspekteur der Bundeswehr der spanische Generalstabschef E.V. Quilis. Quilis hatte sich auf der Parade seine Wehrmachtsauszeichnungen, die noch mit dem Hakenkreuz versehen waren, angeheftet. Der SPD-Verteidigungsminister Leber bezeichnete den Vorfall als »Betriebsunfall«.

Luftwaffengeneralleutnant Rall flog im halbamtlichen Auftrag nach Südafrika, um dort das Rassistenregime militärisch zu beraten. Als dies öffentlich wurde, distanzierte sich SPD-Verteidigungsminister Leber von Rall und ließ ihn fallen.

Der chilenische Oberstleutnant Kraushaar nahm an einem Lehrgang an der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) in Hamburg teil. Dort hielt er einen Vortrag, in dem er den Putsch der chilenischen Faschisten rechtfertigte. Die Bundeswehroffiziere applaudierten. Der Vorfall hatte keine Folgen.

Allein für die Jahre 1975/76 sind 19 Treffen der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit / Bundesverband der Soldaten der ehem. Waffen-SS (HIAG) und Bundeswehr(soldaten) dokumentiert worden.

➡ 1976
An der Bundeswehrhochschule Hamburg wurde eine Gruppe des Nationalen Hochschulbundes (NHB) gegründet.

Unter Mithilfe des späteren Verteidigungsministers und NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner wurde der ehem. Wehrmachtsoffizier und unbelehrbare (Neo)Faschist Hans-Ulrich Rudel zum Luftwaffengeschwader »Immelmann« (in eben jenem Geschwader flog Rudel während des II.Weltkrieges) eingeladen. In einer aufgeregten öffentlichen Debatte verteidigten Vertreter der CDU/CSU den Rudel-Auftritt bei der Bundeswehr.

➡ 1977
An der Bundeswehrhochschule in München »spielten« Offiziere bei einer Feierlichkeit »Judenverbrennen« und sangen dazu Nazilieder. Die Leitung der Hochschule verheimlichte die Vorfälle monatelang vor dem Verteidigungsministerium. Ausbilder der Offiziere war der ehem. SS-Mann Ernst Nittner, der 1938 nach der Reichspogromnacht Aufnahme in die SS begehrte und fand. Im Zeitraum von 1973 bis zu seiner Pensionierung 1980 lehrte er als Professor Zeitgeschichte an der Bundeswehrhochschule München. Zuletzt gehörte

er dort dem »Lehrstab Innere Führung« an. Nittner (CSU) saß lange Jahre zusammen mit dem Nazi-Fan Kurt Rossmanith (CSU) im Sudetendeutschen Rat. Rossmanith soll jetzt als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses die Untersuchungen zu Neonazis in der Bundeswehr leiten.

Auch an der Bundeswehrhochschule in Hamburg »spielten« Offiziere »Judenverbrennung«. Die Affäre wurde innerhalb der Bundeswehr diskret behandelt.

➡ 1978
Flottillenadmiral Horst Wenig bezeichnete den damaligen österreichischen Bundeskanzler Kreisky als »Juden, den Hitler hätte mit vergasen müssen«. Die bundeswehrinterne Untersuchung gegen Wenig endete ergebnislos.

Hans-Joachim Schoeps wurde zum Referenten über Faschismus und Antisemitismus an der Bundeswehrhochschulen berufen. Zeitgenossen fragten sich: »Hat sich Prof. Schoeps durch seine Lobreden für den Hitlerfaschismus in den dreißiger Jahren für die Berufung als Referent über den Faschismus bei den Bundeswehr-Hochschulen qualifiziert oder durch seine Aktivitäten in neonazistischen und revanchistischen Vereinigungen in der BRD?« Vermutlich handelte es sich um eine Doppelqualifikation.

➡ 80er Jahre
In der Nationalen Volksarmee der DDR wurde ein nationaler Offizierszirkel unter der Bezeichnung »AG Preußische Geschichte« gegründet. Ihr Ziel: Ein nationaler Sozialismus unter dem Banner der DDR.

➡ 1990
Nach Aussagen des damaligen Chefs der FüAkBw, Fregattenkapitän Löhlein, kamen »irgendwelche Studenten« in der FüAkBw vorbei und diskutierten mit ihm und anderen Offizieren das Thema »Deutsche Einheit«. Die Studenten gehörten zur »Gruppe 146« von der Uni Hamburg und wurden von Reinhold Oberlercher angeleitet. Die Gruppe arbeitete mit der »Hamburger Liste Ausländerstopp« zusammen.

➡ 1992
Bundeswehroffiziere warfen eine Übungshandgranate auf das Gelände eines Kieler Flüchtlingsheims.

Der Wehrbeauftragte Biehle listet in seinem Jahresbericht 612 Verdachtsfälle mit rechtsextremen Hintergrund und 84 mutmaßliche Täter auf.

➡1993
43 Soldaten der Bundeswehr wurden wegen »Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund« verurteilt.

Befragungen unter Jugendlichen durch das sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr weisen auf die »Gefahr« hin, »daß die Bundeswehr zunehmend für junge Männer attraktiv ist, die den demokratischen Prinzipien kaum oder gar nicht verbunden sind«.

In NRW und Sachsen-Anhalt durchsuchte die Polizei 63 Bundeswehrunterkünfte und

wehr steigt, als die Toleranz, die ihnen in der Truppe entgegengebracht wird, ist entscheidend. In Altenstadt, wo eine Gruppe von Unteroffizieren in und außerhalb der Kaserne ihr neonazistisches Unwesen trieb, wurden auf dem Flur des Ausbildungszentrums Wehrmachtsdevotionalien ausgestellt. Am 20. Mai beging man mit dem »Bund Deutscher Fallschirmjäger« den Kreta-Tag, bei dem Kampflieder des Zweiten Weltkrieges gesungen wurden. Am 20. April kam es vor, daß dienstfrei gegeben wurde, damit die Truppe »Führers Geburtstag« feiern konnte. Erst als die Zeitschrift »Stern« die Vorfälle in Altenstadt dokumentierte, wurde der Kreta-Tag für 1998 abgeschafft und vorsorglich eine Razzia angeordnet. Zutage kam ein Waffenlager, das nicht nur allerlei scharfe Waffen und Sprengmittel enthielt, sondern auch eine Anleitung zum Rohrbombenbau samt Rohr und Unkraut–Ex. NS-Kult und neonazistische Subkultur war derart normal in Altenstadt, daß Vorgesetzte an Hitlergrüßen keinen Anstoß nahmen und mehrere Unteroffiziere gegenüber dem Stern aussagten, sie wären sich als Außenseiter vorgekommen, »*wenn wir nicht mitgemacht hätten!*«.

Ähnlich äußerte sich auch Christian Krause, der Sohn des ehemaligen Bundesverkehrsministers, der kurz vor der Beendigung seines Wehrdienstes Ende 1997 mit neuen »Einzelfällen« aus dem normalen Truppenleben der Friesland-kaserne in Varel an die Öffentlichkeit gegangen war. Krause gehört zu den wenigen Soldaten, die sich überhaupt mit dem alltäglichen Rechtsextremismus in der Truppe an die Öffentlichkeit wenden. Sie gelten als »Nestbeschmutzer« und »Störenfriede«. Folgerichtig läßt das Bundesverteidigungsministerium in einer ersten Reaktion gegen Krause selbst ermitteln anstatt gegen seine Kameraden. Ein anderer Soldat, der sich mit einer Eingabe bei der Wehrbeauftragten darüber beschwerte, daß sein Vorgesetzter, ein Oberstleutnant, das Bild des hitlertreuen Generals Guderian



Das Tor zur Ausfahrt der Friesland-Kaserne in Varel. Über den Kasernentor prangt auf einen Schild in altdeutscher Fraktur-Schrift: »Willkommen in der Heimat«.

in sein Dienstzimmer gehängt hatte, wurde kurzerhand versetzt und muß nun 500 km von seiner Familie entfernt Dienst tun. Auch Helmut Prieß, Sprecher des kritischen Soldatenarbeitskreises »Darmstädter Signal« gilt als »Nestbeschmutzer«. Er hatte schon 1992 von einer Abschiedsfeier höherer Offiziere in Düsseldorf berichtet, während derer einem General ein Bild mit der Aufschrift »*Die deutsche Rasse muß wiedervereinigt werden*« geschenkt wurde. Auch dies offensichtlich ein unbeanstandeter, alltäglicher Vorfall in Offizierskreisen.

In diesem Umfeld aus NS- und wehrmachtsverherrlichender Traditionspflege, Rassismus und Revanchismus haben es die Neonazis leicht, eine eigene Subkultur zu bilden. Darauf verweisen zahlreiche Spindkontrollen, die nach rechtsextremen »Zwischenfällen« bei beteiligten Soldaten durchgeführt wurden. In der Regel kam, wie bei den Truppenangehörigen, die 1997 in der Detmolder Innenstadt über mehrere Nichtdeutsche hergefallen waren, Propagandamaterial neonazistischer Organisationen zutage. Bei den Produzenten des Schneeberger Videos waren NS-CDs und Propagandamaterial in solcher Menge vorhanden, daß davon ausgegangen werden muß, daß sie damit in der Bundeswehr einen schwunghaften Handel betrieben.

Schon weil die Bundeswehr weit mehr bietet als jede Wehrsportgruppe, empfehlen neonazistische Kader wie Steffen Hupka im Umbruch dringend eine entsprechende Ausbildung an der

Waffe. Im Thule-Netz wird der Tip gegeben, sich jetzt schnell bei der Truppe zu melden, bevor möglicherweise Maßnahmen zur Überprüfung der Wehrpflichtigen ergriffen werden. Jenseits des gigantischen Netzwerks aus Traditions-, Reservisten- und Soldatenverbänden haben die Jungen Nationaldemokraten bereits die Gründung einer eigenen Soldatenvereinigung angekündigt.

Weltmachtbestrebungen des Männerbundes

Mehr noch als die Nazis fördert die Bundeswehr selbst die rechtsextremen Tendenzen in ihren Reihen. Nicht nur, daß sie auf Personal angewiesen ist, das neben der Identifikation mit Volk, Nation und Geschichte auch die Bereitschaft mitbringen muß, sich in unsinnigen Hierachien einzupassen und dem stupiden System von Befehl und Gehorsam zu unterwerfen, sich im Männerbund zurechtzufinden und seine Mitmenschen zu töten. Nach Jahrzehnten des Selbstverständnisses als Verteidigungsarmee wird nun darüberhinaus wieder für konventionelle Einsätze jenseits der Grenzen geübt. Die verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 formulieren den Anspruch einer weltweiten *»Verteidigung«* der *»vitalen Selbstinteressen«* Deutschlands. Dazu gehören die *»Aufrechterhaltung des freien Welthandels«* und der *»strategische Zugang zu Märkten und Rohstoffen«*. Die zukünftigen geplanten Kriege orientieren sich demnach nicht nur am Interesse des Kapitals, sie orientieren sich zugleich an der neuen Rolle Deutschlands als imperialistische Weltmacht. Der Gedanke, anderen überlegen zu sein, ist Voraussetzung für ein derartiges Vorgehen. Es ist übrigens auch Voraussetzung für die angeblich friedensstiftenen Einsätze, nämlich dann, wenn in Somalia oder auf den Balkan »Ordnung geschaffen« wird. Im Bundeswehrorgan »Truppenpraxis/Wehrübung« wird dem »Arier« nicht mehr der »Untermensch« der Naziideologie gegenübergestellt, sondern dem *»zivilisierten westlichen Soldaten«* der *»rohe, barbarische fremde Krieger«*, der *»dem Proletariat entstammt«*. In dem 1996 erschienenen Artikel, der mit *»Grundsätze zur modernen Kriegsführung«* überschreiben ist, wird von Oberleutnant Reinhard Herden auch weiterhin jener Haß vermittelt, der die Militärs dazu bringen soll, andere auf Befehl zu töten. *»Bundeswehrsoldaten haben keine Vorstellung von der Grausamkeit, zu der diese Art Krieger fähig sind (...) Es wäre (...) unklug, sie nicht für die brutale kleinen Kriege gegen die kleinen bösen Männer auszubilden (...) Sie werden auf einen Gegner treffen, der Gefallen am Töten gefunden hat, der sich rational verhält, der zu unbeschreiblichen Greueltaten fähig ist und seine Landsleute opfert, um zu überleben.«* Kein Wunder also, wenn ein in Bosnien eingesetzter Oberst der Reserve in Hammelburg die markige Losung ausgab: *»Gefangene werden nicht gemacht«*.

Das erste Video von Hammelburg dürfte vermutlich den Ausbildungsalltag realistischer wiederspiegeln, als denen lieb ist, die die Bundeswehr für eine humanistische Friedenstruppe halten, deren Einsatz in aller Welt man beruhigt zustimmen kann. Klaus Theweleit, der sich in seinem Buch »Männerphantasien« ausgiebig mit dem Militarismus befaßt hat, kommt in einem Interview mit der »Jungle World« zu dem Ergebnis, daß mit dem Video nur dokumentiert sei, was in allen Armeen Alltag sei: *»Armeen sind zumindest in ihrer Zielrichtung potentielle Tötungsinstrumente. Das wird dort geübt. Wer das nicht wissen will, interessiert sich nicht für die Armeen. Dort werden Leute zu Killern ausgebildet, und natürlich stellen sich ihre 'Übungen' entsprechend dar«*.

Die Bundeswehr als Militärapparat wird darum kaum reformierbar sein. Sie weist schon von ihrem Selbstverständnis her viele Überschneidungen mit dem Rechtsextremismus auf. Ihre imperialistischen Weltmachtbestrebungen gründen sich nicht zuletzt auf Überlegenheitsgefühlen gegenüber anderen. Drill, autoritärer Befehl und Gehorsam vermögen zwar einen willenlosen Befehlsempfänger zu dressieren, nicht aber einen couragierten Staatsbürger. Nicht zuletzt spielt die Waffen- und Gewaltfaszination eine wichtige Rolle, die ihren Ausdruck auch in der Pflege der Wehrmachtstradition findet.

Nichtsdestotrotz ist es für die antifaschistische Bewegung nicht unentscheidend, ob die Neonazis in der Bundeswehr ausgebildet und möglicherweise sogar bei Auslandseinsätzen eingesetzt werden. Die Ausbildung in der Bundeswehr wird, wie die Söldnereinsätze bei der faschistischen Miliz in Kroatien (HOS), nicht nur ihre Kameradschaften stärken, sondern auch ihre Brutalität fördern.

Wichtiger jedoch ist die Aufdeckung der militaristischen Realität, die nach den Imagekampagnen der Bundeswehr als »Hilfstruppe« an der Oder und als »Friedenstruppe« in Bosnien offensichtlich aus dem Bewußtsein einer Öffentlichkeit, die schon mal kritischer war, verschwunden ist. Ansatzpunkte dafür dürfte es nicht nur bei öffentlichen Rekutenvereidigungen oder dumpf nationalistischen Zapfenstreichen geben, sondern an fast jedem Standort. ■

stellte große Mengen Nazi-Propaganda-Material sicher. Einige der Verdächtigen waren für die verbotene »Nationalistische Front« aktiv.

Uwe Goller, ehem. Landesvorsitzender der Rep-NRW und Oberfeldwebel der Bundeswehr, wollte für den Wahlkampf eine Schlägertruppe aufstellen, die an den Externsteinen vereidigt werden sollten.

➡1994
64 Soldaten der Bundeswehr wurden wegen »Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund« verurteilt.

In Brandenburg wurde ein 33jähriger Unteroffizier als Mitglied der Wehrsportgruppe »Dragon« verhaftet.

In Bremen lehrt seit Jahren ein Rep-Pressesprecher Reinhard Willnow an der Fachschule der Bundeswehr.

Roeder erhielt von der Bundeswehr die gewünschte Ausrüstung incl. 3 Fahrzeuge.

Im November ermordet ein 19jähriger Bundeswehrrekrut aus Halle den polnischen Jugendlichen Piotr Canja in Rotenburg, als dieser ihn wegen seines T-Shirts mit Reichsadler anpöbelt.
Im Spind des Rekruten finden sich u.a. Exemplare von »Recht und Wahrheit«. Das Verfahren gegen den Soldaten wird eingestellt.

Die Soldaten der Koblenzer Luftlandebrigade, die auch in Somalia und Kambotscha eingesetzt waren, wurden von ihren Vorgesetzten zum Singen alter Evergreens der faschistischen Wehrmacht angehalten. Lieder, die die Eroberung Norwegens, der Niederlande usw. verherrlichen, finden sich im kompanieeigenen Liederbuch.

➡1995
53 Soldaten der Bundeswehr wurden wegen »Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund« verurteilt.

Roeder referiert vor der FüAkBw.Im Juni holte er seine bei der FüAkBw untergestellten Gerätschaften persönlich ab.

Soldaten des Jägerbataillons Schneeberg trainierten Vergewaltigungen, Mord an Punkern... und halten dies auf Video fest.

➡ 1996
Soldaten der Hammelburger Infantrieschule drehten Videos in denen sie Vergewaltigungen, Kreuzigungen und Hinrichtungen üben. Sie bereiteten sich in der Infantrieschule auf ihren Einsatz in Bosnien vor.

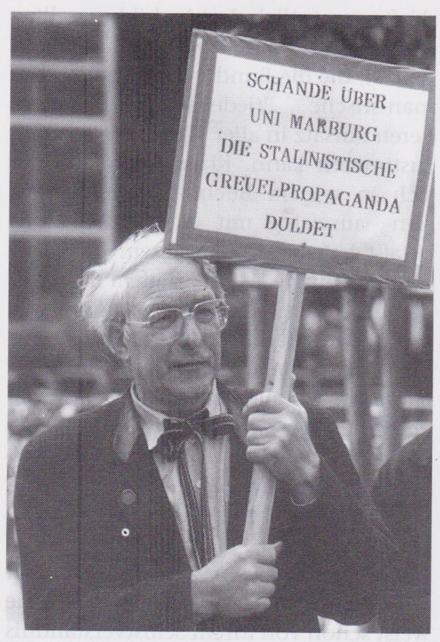
➡ 1997
Soldaten der Rommel-Kaserne zogen marodierend durch die Detmolder Innenstadt und griffen Menschen, die sie als »Ausländer« bezeichneten, an. Die Soldaten waren Freiwillige für den Auslandseinsatz in Bosnien.

Vertreter der Bundeswehr nahmen am Treffen der Ritterkreuzträger der faschistischen Wehrmacht in Hammelburg teil und führten sie durch die Hammelburger Kaserne.

Der alte Neonazi und das »dringende Bundesinteresse«

Während Verteidigungsminister Volker Rühe über außenpolitische Verantwortung doziert und die Truppe im internationalen Auftrag schon morgen in der ganzen Welt marschieren lassen will, sind nicht wenige »unserer Jungs« damit beschäftigt, immer neue Folgen aus der Reihe »Vorsicht Kamera!« zu drehen, Nazi-Parolen gröhlend durch die Gegend zu ziehen oder auch mal, wie im August 1997 in Dresden, eine Unterkunft ausländischer Bauarbeiter anzustecken. Derweilen blüht in den Kasernen der Handel mit NS-Devotionalien und Neonazi-Propaganda. Für den Verteidigungsminister kein Anlaß zu außergewöhnlicher Besorgnis, als Konsequenz sollen nun die Führungsoffiziere stärker in die Pflicht genommen werden. Dumm nur, wenn sich ausgerechnet die von einem Neonazi »weiterbilden« lassen. So geschehen am 24. Januar 1995 in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, der höchsten Ausbildungseinrichtung der Bundeswehr, wo Manfred Roeder über die Regermanisierung in Kaliningradskaja Oblast, dem früheren Nordostpreußen, referierte. Ein weiteres Kapitel in der Rühe'schen Einzelfall-Enzyklopädie.

Nach den bisher bekannten Fakten, die vom Bundesministerium der Verteidigung offengelegt bzw. eingeräumt werden mußten, nahm die Liaison zwischen Manfred Roeder, seinem »Deutsch-Russischen Gemeinschaftswerk« und der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) ihren Anfang auf der Veranstaltung »Humanitäre Hilfe für Parfino« am 5. März 1994 in der FüAkBw, bei der es um die »Pflege von Kriegsgräbern russischer und deutscher Soldaten im Raum Parfino« gegangen sein soll. Da diese »private Informationsveranstaltung« ausdrücklich für Angehörige von »Traditionsvereinigungen« gedacht war[1], wurde dem Veranstalter, der Hamburger Familie Kölln, die Auflage gemacht, keine SS- oder Waffen-SS-Verbände als Teilnehmer zuzulassen. Jedoch mußte Rühe am 10. Dezember eingestehen, daß »erhebliche Zweifel« bestünden, daß diese Auflage eingehalten wurde. Der von der FüAkBw zur Teilnahme



Manfred Roeder provoziert (noch unbeschädigt) vor der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« am 14. September in Marburg

abkommandierte Oberstleutnant Bernd Pahl soll dort den Hamburger Rolf Vissing kennengelernt haben, »*der ihm später Manfred Roeder für den Vortrag empfahl*«[2]. Nach einem Vorgespräch, bei dem Roeder dem Leiter des Akademiestabes, Oberst Norbert Schwarzer, sein Vortragskonzept vorstellte, erging am 16. Januar der von Schwarzer unterzeichnete »Befehl für die Offiziersweiterbildung« zur Teilnahme an der Veranstaltung am 24. Januar 1995. Der »alte Kamerad« Roeder, der sich rühmt, als 16-jähriger an den Endkämpfen um Berlin teilgenommen zu haben, schwärmt noch heute von der »*zwanglosen Atmosphäre*« im Kreise »*von alten und neuen Kameraden*«, von einer interessierten Zuhörerschaft und von der Übernachtung in der Akademie inklusive Frühstücksplausch mit lettischen und ukrainischen Offizieren.

Ausrüstung für die Ostlandritter

Doch dies war weder der erste noch der letzte Berührungspunkt zwischen der Roedertruppe und den Militärs. Bereits im Dezember 1993 hatte Roeder unter Berufung auf eine »*Rücksprache mit Oberstltn. Eichhorn und Hptm. Waschkow in Hamburg*«[3] im Namen seines Vereines beim Materialamt des Heeres um kostenlose Überlassung von »ausgemusterten Heeresgut« für angeblich humanitäre Projekte in Kaliningradskaja Oblast gebeten. Von dort wurde Roeder an das Bundesministerium der Verteidigung verwiesen, wo bis Ende Mai 1994 mindestens drei weitere Anträge eingingen, in denen der Vereinsvorsitzende Konrad Schneider auflistete, was als »Sofortmaßnahme« für die »Bevölkerung in Nord-Ostpreußen« gebraucht würde: Zwei Fahrzeuge, ein LKW sowie allerlei Maschinen und Werkzeuge. Schneider verwies hierbei auf die angebliche Gemeinnützigkeit des Vereines, die zu diesem Zeitpunkt längst schon widerrufen worden war. Als Empfänger der »Hilfsgüter« nannte er vier Familien in Kaliningradskaja Oblast, die auf freiem Feld hausen würden und die Fahrzeuge u.a. für Krankentransporte benötigten[4]. Nachdem das Auswärtige Amt in Bonn dem Anliegen ein »*dringendes Bundesinteresse*« bescheinigt hatte, wurden die Anträge ohne weitere Prüfung genehmigt. Für Roeder selbst kam dies »*ganz unerwartet*« und eröffnete ihm die Möglichkeit, »*nunmehr ein Großprojekt in Angriff zu nehmen*«. Nach den Unterlagen des Materialamtes wurden die Fahrzeuge am 20. Januar 1995 in Hesedorf (bei Rothenburg) abgeholt und – nachdem Roeder wenige Tage später die entsprechenden Kontakte geknüpft hatte – für mehrere Monate auf dem Gelände der FüAkBw in Hamburg zwischengelagert. Im Juni '95 wurden sie an Roeder persönlich ausgehändigt, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Chefetage der FüAkBw nach eigenem Bekunden genau wußte, mit wem sie es bei Roeder zu tun hatte. Der weitere Verbleib der »Hilfsgüter« ist zum Teil ungeklärt. Zwei der Fahrzeuge wurden 1996 und 1997 in Schönborn (bei Hamburg) zugelassen. Der mit »2.500 kg humanitären Hilfsgütern« beladene LKW wurde am 3. Oktober 1995 über die deutsch-polnische Grenze in Schwedt ausgeführt. Seine Empfänger, die in »akuter Notlage« (Schneider) befindlichen Familien in Kaliningradskaja Oblast, erreichte er jedoch nie.

Regermanisierung als außenpolitische Maßnahme

Die »*Übersiedlung der Rußland-Deutschen in den Raum Königsberg*«, über die Roeder vor der FüAkBw referierte, bedeutet die Erschließung von Kaliningradskaja Oblast als Siedlungsgebiet für Deutschstämmige aus allen Teilen Rußlands, die unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe (z.B. durch »gezielte Hilfe bei der Existenzgründung« mittels Landkauf) systematisch geworben und unterwandert werden. Diese Strategie zielt auf die

Schaffung deutscher Volkstumsinseln als Grundsteine einer schrittweisen Herauslösung »Ostpreußens« aus dem russischen Staatsverbund. Bereits seit 1990 entwirft Roeder das Szenario der *»Umwandlung Nord-Ostpreußens«* in eine *»russisch-baltische Republik«*, woraus *»mit Unterstützung deutschen Kapitals«* eine *»baltisch-russisch-deutsche Republik«* werden solle[5]. Der weitere Weg führe schließlich zum *»Freistaat Preußen«* unter einer (zeitlich befristeten) *»gemeinsamen Verwaltung von Deutschen und Polen und Deutschen und Russen«*[6]. Doch Roeders Logik folgend sei *»die Rückkehr der Gebiete nur eine Frage der Zeit«*, *»wenn Deutsche erst mal in einem Übergangsgebiet sitzen und das entscheidende Wort zu reden haben«*[7].

Theorie und Praxis des *»ewigen Nazis aus dem Bilderbuch«* (Frankfurter Rundschau) erweisen sich weitgehend kompatibel mit dem, was seit Jahren auf höchster politischer Ebene gefordert und umgesetzt wird. So ist die Vision des »Freistaates Preußen« als eigenständige Republik deckungsgleich mit dem, was der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm und der rechte Theoretiker Ansgar Graw 1993 als *»verlockend«* beschrieben. Könnte doch in einem *»Königsberg als vierte baltische Republik«* der *»wirtschaftliche Aufbau des Gebietes dann ohne den verkrusteten Moskauer Apparat (...) in Angriff genommen werden.«*[8] In diese Richtung deuteten auch die Perspektiven des Dr. Wilhelm Christians von der Deutschen Bank. Er plädierte für eine internationalisierte Sonderwirtschaftszone, die es im Oblast einzurichten gelte. Die Financial Times titelte am 25. Juli 1990: *»Deutsche Bank steigt in die Schlacht um Königsberg ein«*, um dann auszuführen: *»Dr. Wilhelm Christians, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank, wurde in der ersten Schlacht verwundet: das war jener blutige*

Der späte Triumph eines Egozentrikers

Der Medienstar Manfred Roeder und seine Rolle im neofaschistischen Spektrum



Leipzig 1997: Am Rande des Kirchentages kam es zu Gesprächen zwischen Roeder und den Neonazis um JN-Kader Steffen Hupka (Bildmitte).

Nicht erst mit seinem Auftritt bei der Führungsakademie der Bundeswehr gelang es Manfred Roeder mal wieder, sich ins Gespräch zu bringen. Die Kampagne in eigener Sache begann nach dem 14. September, als er vor der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« in Marburg provozierte, von AntifaschistInnen angegriffen wurde und fortan als Opfer linker "Bestien" und "Profikiller" hausieren ging. Mit Erfolg: Für die CDU-durchsetzte »Fördergemeinschaft für Soldatenverbände« wurde der Naziterrorist zum »friedlichen Bürger«, und selbst der Marburger Oberbürgermeister Möller (CDU) zeigte sich bestürzt darüber, daß es der Polizei nicht gelungen sei, Roeders Demonstrationsrecht zu schützen (siehe auch AIB Nr. 41). Darüber, daß sich Möller in persönlichen Telefongesprächen mit Roeder um eine Deeskalation der Situation in Marburg bemühte und diesen somit – neben GewerkschafterInnen – als Diskussionspartner akzeptierte, öffneten sich Roeder weitere Handlungsspielräume. Im Interesse des »inneren Friedens der Stadt« verschwieg Möller Opposition und Öffentlichkeit die Anmeldung eines Aufmarsches am 9. November 1997, zu dem Roeder u.a. in einschlägigen Mailboxnetzen und auf einem Treffen der hessischen Jungen Nationaldemokraten aufgerufen hatte. Auch nutzte Roeder die Kontakte, die er sich bei seinem provokativen Auftritt am Rande des Kirchentages in Leipzig 1997 geschaffen hatte - mit dem Ergebnis, daß unter den 107 Neonazis, die am 9. November durch Marburg zogen, über die Hälfte aus »den Kreisen Muldental, Porgau, Oschatz, Riesa« (Roeder) angereist waren. Ein mitgeführtes Pappschild zeigte die heilige Elisabeth, die Schutzheilige Marburgs, auf daß diese Schutz vor den AntifaschistInnen bieten möge. Der Aufmarsch war Balsam auf das platzwundengeschundene Haupt des Offiziersausbilders a.D. und läßt ihn schwelgen: *»Zum Schluß erklang das Deutschlandlied in allen Strophen. Die Polizisten standen wie Zinnsoldaten!«*

Der anhaltende Rummel um seine Person darf jedoch nicht den Blick darauf verstellen, wer Manfred Roeder wirklich ist. In den 70er Jahren leistete er Pionierarbeit als »Tabubrecher« – er vertrat öffentlich die »Auschwitzlüge«, inszenierte »Reichstage« und Anti-Porno-Kampagnen und war immer darauf bedacht, im Mittelpunkt des Interesses zu stehen. In den Jahren 1978 bis 1980 bereiste er als Abgesandter einer selbst geschaffenen Pseudo-Reichsregierung mehrere Kontinente. Aus dieser Zeit rühren seine Kontakte zu südafrikanischen Faschisten, die ihn – so weiß der Verfassungsschutz zu berichten – auch heute noch mit ca. 60.000 DM pro Jahr unterstützen würden. Wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung wurde er 1981 zu 13 Jahren Haft verurteilt. Aktivisten der Deutschen Aktionsgruppen, dem terroristischen Flügel seiner Deutschen Bürgerinitiative, hatten u.a. 1980 bei einem Sprengstoffanschlag in Hamburg zwei Vietnamesen getötet. Obgleich er noch 1988 aus dem Knast heraus diese Morde als "die Weiterentwicklung unserer Aktionen" und Hitler als den "größten Deutschen seit Jahrhunderten" bezeichnete, wurde ihm eine günstige Sozialprognose gestellt, die 1990 zu seiner vorzeitigen Entlassung führte. Roeder umgibt so manche Legende. Er schmückt sich mit dem Titel des "Reichsverwesers", der ihn als Nachfolger des Großadmirals Karl Dönitz, dem deutschen "Staatsoberhaupt" vom 1. bis zum 21. Mai 1945, ausweisen soll. Er soll Verwalter von Geldern der NS-Fluchthilfeorganisation ODESSA (gewesen) sein, und er kokettiert mit einem weltweiten Freundeskreis. Welche dieser Mythen überhaupt eine Grundlage haben, und welche von ihm selbst gestrickt wurden, bleibt allzuoft unklar.

Wenngleich er darüber den Status einer Respektsperson erworben hat, ist er für die Neonaziszene beileibe keine Integrationsfigur. Er spricht sich explizit gegen die Bildung einer Sammelorganisation aus und benutzt sein Umfeld ausschließlich als Requisiten in der Manfred-Roeder-Show. Sein arrogantes und elitäres Auftreten, das ihn umgebende völkisch-biedere Klischee sowie sein christlicher Bezug erscheinen ebenso unzeitgemäß wie sein triefender Pathos und sein tief verinnerlichter Hang zur Selbstheroisierung.

Vor diesem Hintergrund ist die Einschätzung des Verfassungsschutzes, der – laut Hessischem Rundfunk – Roeder als »eine denkbare Variante« für den Posten des »neuen Führers« der Neonazibewegung ansieht, schwer nachzuvollziehen.

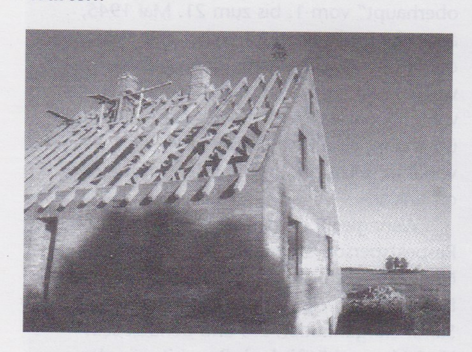
Und wenn doch, so stellt sich die Frage, was die neofaschistische Szene dadurch eigentlich gewinnen würde.

Zusammenstoß, der den Vormarsch der Sowjettruppen nach Ostpreußen und den Anfang vom Ende des Dritten Reiches im Zweiten Weltkrieg markierte. Nun hat er sich entschieden, die überlegene Finanzkraft seines Instituts in einen neuen Kampf hineinzuwerfen – um das frühere Königsberg, von den neuen sowjetischen Herren in Kaliningrad umbenannt, in die erste echte internationale freie Wirtschaftszone der Sowjetunion umzuwandeln.«

Der politisch-wirtschaftliche Großangriff auf Kaliningradskaja Oblast scheint umso notwendiger, wollen doch Militärkreise schon eine *»Begehrlichkeit der Polen und Litauer«*[9] auf das Gebiet ausgemacht haben. Als Beleg dafür wird der Neofaschist Wolfgang Venohr zitiert, der davor warnt, *»daß man in Warschau heute schon begehrlich nach Königsberg blickt und*



»Richtfest« im Musterdorf »Birkenhöhe« (in der Bildmitte Roeder). Das Dach des ersten Hauses ist mittlerweile fertiggestellt, der Innenausbau läßt noch auf sich warten.



mit dem Gedanken spielt, sich das deutsche Nord-Ostpreußen (...) anzueignen«[10]. Deshalb, so schreibt es Welt-Redakteur Clemens Range im Militärorgan Europäische Sicherheit (ES), das unter ständiger Mitarbeit der FüAkBw erstellt wird, sei Bonn *»gut beraten«*, *»die Einflußmöglichkeiten«* in Kaliningradskaja Oblast *»so rasch wie möglich zu nutzen, um die weitere Entwicklung in dieser Region mitgestalten zu können«*[11]. Und doch hätten die Offiziere der FüAkBw die ES, das wohl wichtigste Strategie- und Theorieorgan der Bundeswehr, aufmerksamer lesen sollen. Denn dort heißt es auch, *»man solle die Empfindlichkeiten«* der Russen *»berücksichtigen«*[12]. Und genau dies scheint der eigentliche Fehler der FüAkBw-Offiziere gewesen zu sein. Einen bekannten Nazi einzuladen, verstößt gegen den guten Stil und läßt jede Rücksichtnahme auf Animositäten der im Oblast Regierenden sträflich vermissen. Genauso dürfte die eigentliche Kritik der Bundesregierung an den Offizieren lauten, die aber so nicht der Öffentlichkeit verkauft werden kann: Schließlich handelt es sich bei der Regermanisierung des Kaliningradskaja Oblasts um Optionen der verdeckten deutschen Außenpolitik[13], die oftmals im Widerspruch zur offiziellen Außenpolitik der BRD stehen.

Das Patentrezept für die »Einflußmöglichkeiten« scheint zu sein, mit dem Aufbau deutscher Enklaven und Volkstumsinseln in Kaliningradskaja Oblast Brückenköpfe für eine weitergehende Interventionspolitik zu installieren. Den Neonazis fällt dabei faktisch die Rolle der »nationalen Hilfstruppe« und der Vorhut zu.

Die wohl einflußreichsten Organisationen, die an der Umsetzung dieses Konzeptes wirken und dabei völkischen Interessen Tür und Tor öffnen, sind der »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA) und die »Landsmannschaft Ostpreußen« (LO), bzw. deren Kulturorganisationen und Stiftungen. Die LO, die noch 1996 mit (offiziell) 410.000 DM aus Bundesmitteln unterstützt wurde, machte den Aufbau örtlicher Basisgruppen im ehemaligen Ostpreußen, sogenannte *»Kreis- oder Stadtgemeinschaften«*, als *»wichtige Stützen für Deutschtum in der Heimat«* zu einem Schwerpunkt ihrer Politik.

Zur Koordination der Aktivitäten *»aller in Nord-Ostpreußen Tätigen«* lud sie am 8. Mai 1993 auch neonazistische Gruppen, so z.B. die lange Zeit mit Roeder liierte »Gemeinschaft Deutscher Osten« (GDO), in die Räume ihrer Bundesgeschäftsstelle. Der VDA, der gar mit der Schaffung einer deutschen Wolgarepublik liebäugelt, wurde Anfang der neunziger Jahre vom Innenministerium mit einer zweistelligen Millionensumme unterstützt. Die Gelder wurden, wie in einem schlechten Film, z.T. in Geldkoffern über die Ostgrenzen transportiert und verschwanden dort zuweilen spurlos.

Exponenten der VDA sind auf vielfältige Weise mit dem Rechtsaußenspektrum verbunden. Sie bilden u.a. die Lobby der 1996 gegründeten *»Arbeitsgemeinschaft Nord-Ostpreußen«* (AGNO), die versucht, die Aktivitäten der verschiedenen Gruppen und Initiativen zu bündeln[14].

Roeders Weg ins Establishment

Im Gruppengeflecht der Volkstumskämpfer im *»sowjetisch besetzten Nord-Ostpreußen«* (Range), in welchem wirtschaftlicher Expansionsdrang, großdeutsche Nostalgie, deutscher wie europäischer Nationalismus und der neofaschistische *»Kampf ums Reich«* die unterschiedlichen Hintergründe sind und sich allenfalls in den Optionen, nicht aber im Ansatz und in der mittelfristigen Perspektive unterscheiden, ist Roeder nicht mehr als eine Randfigur. Und er ist umstritten. Eine wesentliche Kritik bezieht sich dabei auf Roeders großmäuliges Auftreten und auf seine sattsam bekannte Art, die eigene Person in den Vordergrund zu stellen. Die GDO, unter deren Dach die »Aktion Ostpreußenhilfe« (die 1993 in Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk umbenannt wurde) ihre Aktivitäten begann, beschuldigte 1993 Roeders Geschäftsführer Siegfried Godenau (der Schwiegervater des Neonazis und Roeder–Kumpans Roy Godenau) des Treuebruchs und monierte, Roeder und Godenau hätten die GDO als *»Spendenquittungsbeschafferin mißbraucht«* und sich dann vom »Salem-Hilfswerk« einkaufen lassen.[15] Auch der in Ostpreußen engagierte Rechtsradikale Heinz Manke ging 1995 auf Distanz zu Roeder, nachdem er feststellte, daß vom Vorzeigeprojekt des »Deutsch-Russischen Gemeinschaftswerkes«, dem Musterdorf »Birkenhöhe«, entgegen aller Versprechungen bis zu diesem Zeitpunkt lediglich ein Haus fertiggestellt war.

Während sich also das Engagement der »Szene« für den Profilneurotiker und selbsternannten Heilsbringer durchaus in Grenzen hält, gelang es Roeder, in konservativen wie militärischen Gefilden Fuß zu fassen.

Die 1995 aufgelöste und mit hochdekorierten Altnazis und Bundeswehrangehörigen bestückte »Deutsch-Rußländische Gesellschaft« stellte dem »Deutsch-Russischen Gemeinschaftswerk« und seiner Vorläuferorganisation in den Jahren 1992 und 1993 mehrfach ihr Mitteilungsblatt Rußland und Wir zur Verfügung. Selbst nach antifaschistischen Protesten hielt es diese der Paneuropaunion angeschlossene und von der CDU geförderte Vereinigung nicht für nötig, der Neonazitruppe diese Plattform zu entziehen.

Einen weiteren Mitstreiter fand Roeder 1992 im ehemaligen NPD- und heutigen CDU-Mitglied Hans-Dietrich Otto vom »Verein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen«. An dessen Basis Hoch-Tiefbau GmbH vergab die Aktion Ostpreußenhilfe 1992 einen Auftrag über den Ausbau von Wohnungen in Kalinin-

gradskaja Oblast; zu Vereinsfeierlichkeiten wurde Roeder noch 1994 als Ehrengast eingeladen. Die »Fördergemeinschaft für Soldatenverbände« (FfS) in Marburg, über die das AIB in seiner letzten Ausgabe bereits berichtet hatte, warb 1992 in einem Rundbrief für Roeders »Ostpreußenhilfe« und gab an, »*die Deutschen aus Rußland, die sich in Nordostpreußen angesiedelt haben*«, unterstützen zu wollen.[16]

Als Kontaktperson fungierte Hans-Joachim Jünger, Schatzmeister der FfS und Funktionär des bei der Bundeswehr hoch angesehenen Kyffhäuserbundes. Zu den Mitgliedern der FfS, die sich als politischer Dachverband regionaler Militaristenvereine versteht und erst im September die Hetze gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« in Marburg anführte, zählen neben alten Nazis und einem stadtbekannten Holocaustleugner auch CDU-Funktionäre und Bundeswehrangehörige, wie z.B. Oberst a.D. Wilfried Guder, der bis zu seiner Pensionierung 1993 Leiter der Artillerieschule in Idar-Oberstein war.

Die Bruderschaft Salem aus dem fränkischen Stadtsteinach, die sich ungeachtet einer jahrzehntelangen Geschichte im Rechtsaußenspektrum immer noch dem Ruf einer »karitativen Organisation« bedienen kann, war 1993 von einem der Siedlungsprojekte Roeders derart angetan, daß sie ihm das Copyright hierfür abkaufte und zum Aushängeschild ihrer Salem-Ostpreußenhilfe machte. Nach Angaben der damit verprellten GDO habe Salem-Chef Gottfried Müller daraufhin laut eigener Aussage bei »*100.000 Aussendungen mit der Bitte um Spenden*« auf jede Aussendung »*im Durchschnitt eine Spende von 100 DM erhalten*«[17]. Für Roeder öffnete sich indes die Möglichkeit, seine »Hilfstransporte« im Namen des Salem-Hilfswerkes und somit – nach vorliegenden Kenntnissen – unter dem Banner des Roten Kreuzes durchzuführen.

Ähnlich wie Roeder gelang es anderen Neonazis, sich im vermeintlich seriösen Spektrum zu etablieren. So z.B. dem Kieler Verleger Dietmar Munier, der als einer der Vorreiter jenes (u.a. von Roeder kopierten) Regermanisierungs-Konzeptes gelten kann, und dessen Aktivitäten vom Bundesministerium des Innern als »*sehr anerkennenswert*«[18] gelobt und vom Beinahe-Bundespräsidenten Steffen Heitmann beglückwünscht wurden.[19]

Roeders Hofierung durch die FüAkBw und durch das Auswärtige Amt zu einer »*Verkettung unglücklicher Umstände*« (FüAkBw) zu erkären, ist angesichts dieses Interessengemenges zwischen Neonazis, Braunzone und staatlicher Politik genauso dreist wie verlogen. Und Rühe's Behauptung, Roeders Vortrag widerspreche »*diametral der außenpolitischen Linie der Bundesregierung*«[20], ist nur eine weitere Lüge im Sinne (außen)politischer Schadensbegrenzung.

Die Fragen, wer Roeder die Tür zum Führungskreis der Bundeswehr aufgemacht hat, oder wer da mal wieder »geschlafen« hat, mögen allenfalls für diejenigen von übergeordnetem Interesse sein, die die Verantwortung auf eine individuelle Ebene abschieben und die Geschichte mit ein paar Bauernopfern aus der Welt schaffen wollen.

Für die antifaschistische Bewegung eröffnet der »Roeder-Skandal« einen Ansatzpunkt, die revanchistische und pangermanische Außenpolitik der Bundesregierung in ihrem Kontext mit dem wirtschaftlichen Griff nach dem Osten mit allem Nachdruck zu thematisieren und – in Bezug auf die Bundeswehr – das zu unterstreichen, was dem Fraktionssprecher der Grünen in Sachsen-Anhalt, Michael Rost, beinahe den Job gekostet hätte. Die Bundeswehr, so schrieb Rost im Hinblick auf den Brandanschlag zweier Soldaten auf eine Unterkunft italienischer Arbeiter am 8. August in Dresden, sei »*offenbar der Haufen, der braungesinnte Scheißhausfliegen magisch anzieht.*«[21] ■

Aktivitäten des Deutsch-Russischen-Gemeinschaftswerkes

1993

Das Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk, Förderverein Nord-Ostpreußen, wird im Februar als Nachfolgeorganisation der Aktion Ostpreußenhilfe (in der Gemeinschaft Deutscher Osten) gegründet. Der Landwirt Konrad Schneider aus Seigertshausen (Nordhessen) wird erster Vorsitzender, Manfred Roeder sein Stellvertreter. Im März erhält der Verein unter dem Verweis, er fördere »die Toleranz auf allen Gebieten«, die vorerst auf 18 Monate befristete Bescheinung der Gemeinnützigkeit, obwohl dem zuständigen Sachbearbeiter der Name Roeder »vom Hörensagen« bekannt ist. Der Verein bemüht sich um die Vermittlung deutscher Investoren, die konkrete Projekte finanzieren sollen. Bei "offiziellen Gesprächen" wird Roeder – laut eigener Angabe – von der Administration in Kaliningrad eine Unterstützung seiner »Pilotprojekte« zugesagt. Nach einer Fernsehsendung, die über Roeders Aktivitäten berichtet, wird dem Verein im Mai die Gemeinnützigkeit aberkannt. Nach Angaben der GDO sind bis dahin mindestens 120.000 DM an Roeders Projekte geflossen, der sich nun der Bruderschaft Salem anschließt und – laut GDO – von dieser einen Einstiegsbetrag von 25.000 DM erhält.

1994

Der Verein berichtet über die Fertigstellung der Rohbauten von sieben Gehöften und Nebengebäuden in »Herzogsrode«, dem Projekt des Salem-Hilfswerkes und wirbt mit Projekten und Hilfsaktionen in insgesamt sechs Orten in Kaliningradskaja Oblast.

1995

Mehrere Reisen von Schneider und Roeder nach Kaliningradskaja Oblast, u.a. um »Voraussetzungen für einen größeren Landerwerb zu klären« und Gespräche über die Übernahme einer ehemaligen Kolchose zu führen. Bis Mitte 1995 will Roeder schon 15 Mal im Oblast gewesen sein. Seit diesem Zeitpunkt scheinen die Aktivitäten des Vereines zu stagnieren. Roeder erhält von den russischen Behörden ein Einreiseverbot.

1) Vorabbericht zu den Vorfällen an der Führungsakademie der Bundeswehr, Bundesmin. d. Verteidigung, 8.12.1997
2) ebd.
3) Antrag »Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk« vom 21.12.1993
4) Antrag »Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk« vom 30.5.1994
5) Rundbrief »Deutsche Bürgerinitiative« weltweit, Nr.8, 1994
6) »persönlicher Brief« von Roeder an Michail Gorbatschow, 1990
7) Manfred Roeder in: »Die Bauernschaft« 12/1990
8) Wilfried Böhm / Ansgar Graw in: Königsberg morgen - Luxemburg an der Ostsee, Asendorf 1993
9) ebd.
10) ebd.
11) ebd.
12) ebd.
13) Der Artikel »Arbeitsgemeinschaft Nord-Ostpreußen...« auf S. 14 zeigt, in welcher Weise verdeckte deutsche Außenpolitik im Oblast agiert.
14) vgl. dazu Schaubild auf S. 15
15) Gemeinschaft deutscher Osten: Bericht zum Fall Godenau, 10.12.1993
16) Einladung zum »Gesprächskreis Studenten - Soldaten«, FfS, 25.8.1993
17) »Gemeinschaft deutscher Osten«: Bericht zum Fall Godenau, 10.12.1993
18) Brief Fischer (BMI) an Axel Neu (Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen, Teil des Organisationsgeflechts von Munier) vom 19.12.1995
19) Grußbotschaft von Steffen Heitmann zur Jahrestagung 1994 des »Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen«, vgl. »Deutsche Schule in Trakehnen - Nachrichten des Schulvereins«
20) Erklärung des Bundesministers der Verteidigung Volker Rühe, gelegentlich der Sitzung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages am 10.12.1997
21) persönlicher Leserbrief von Michael Rost an die »Magdeburger Volksstimme«, August 1997

Beispiel eines Netzwerkes von Deutschtumskämpfern im Kaliningradskaja Oblast

Die Arbeitsgemeinschaft Nord-Ostpreußen (AGNO)

Kurz nachdem bekannt wurde, daß Manfred Roeder über die Perspektiven der Ansiedlung von »Rußlanddeutschen« im Kaliningradskaja Oblast (ehem. Nord-Ostpreußen) bei der »Führungsakademie der Bundeswehr« referiert hatte, polterte Bundesverteidigungsminister Volker Rühe: Bereits das Thema des Vortrages sei »ein Unding« gewesen; es stünde im »diametralen Widerspruch« zur Politik der Bundesregierung. In späteren Statements verzichtete Rühe dann auf diese Aussage. Damit hatte er nur die halbe Wahrheit getroffen, denn die Außenpolitik der Bundesregierung zerfällt in einen offiziellen und einen inoffiziellen Teil. Eine Regermanisierung des Oblast weist die Bundesregierung offiziell wegen möglicher außenpolitischer Verwicklungen weit von sich, verfolgt sie aber mit von ihr abhängigen und indirekt finanzierten Vorfeldorganisationen, die den inoffiziellen Part der deutschen Außenpolitik besorgen. Eine dieser Vorfeldorganisationen wird im folgenden beschrieben.

Anstelle des Neofaschisten Manfred Roeder hätten die Offiziere der Hamburger Führungsakademie zum Thema »Ansiedlung von 'Rußlanddeutschen' im Kaliningradskaja Oblast (ehem. nördl. Ostpreußen)« 1995 auch die Ende letzten Jahres verstorbene Deutschtumsaktivistin Ilse Timm als Expertin einladen können. Timm hätte als Vertraute von Neofaschisten und Vertriebenenverbänden kompetent zum Fortgang der Regermanisierung des ehemaligen Nord-Ostpreußens referieren und Empfehlungen dafür geben können, wie man diese Bestrebungen möglichst gut verschleiern kann.

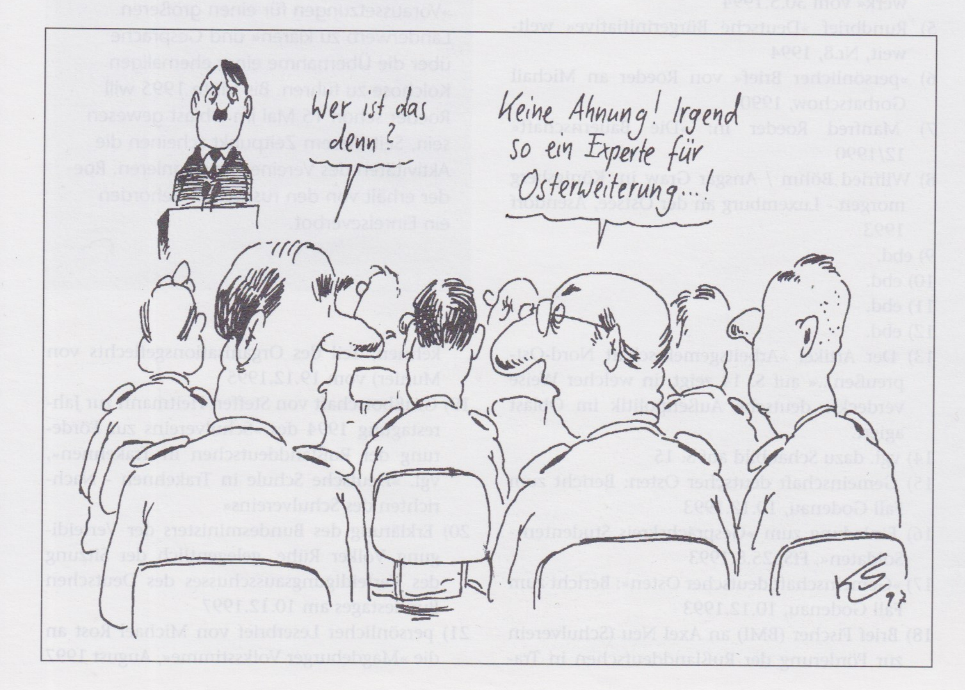
Ein expandierendes Organisationsgeflecht

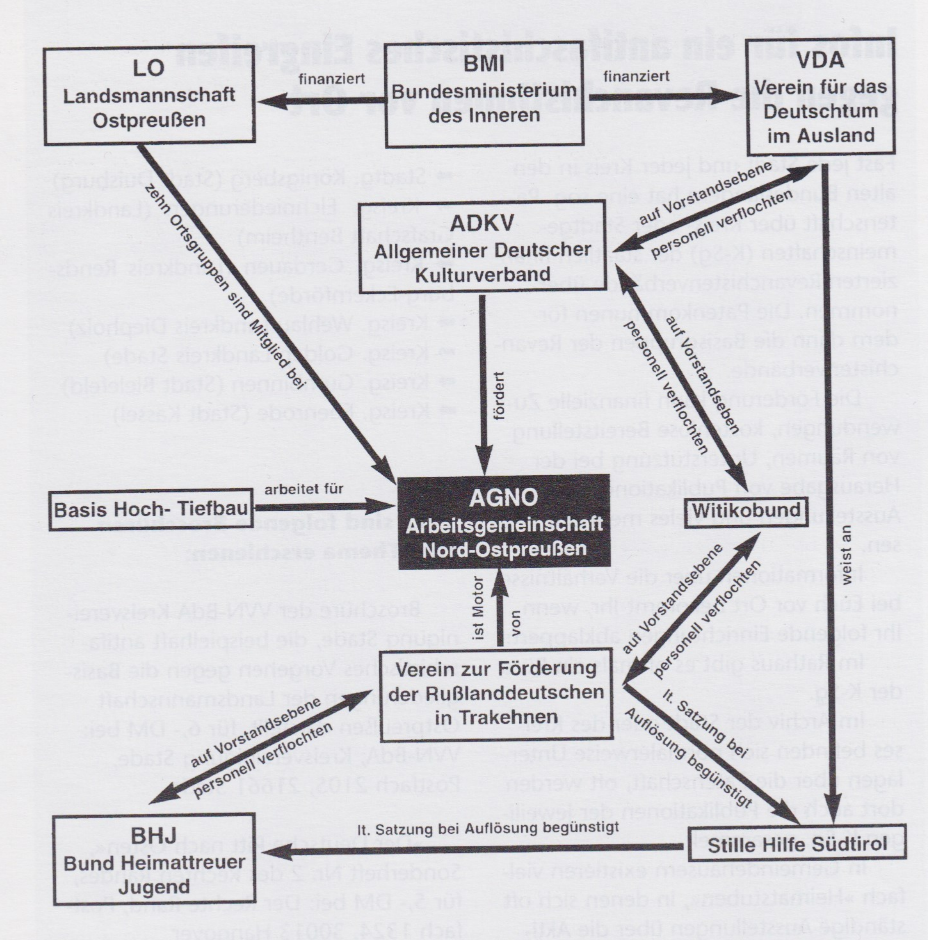
Unter der Führung der 1997 verstorbenen Witikonin Ilse Timm wurde mit der Arbeitsgemeinschaft Nord-Ostpreußen (AGNO) ein bis heute kräftig expandierendes Organisationsgeflecht aus der Taufe gehoben und im Oblast an die Deutschtumsfront geführt. Nachfolger von Timm wurde der ehemalige zweite Vorsitzende des Bundes der Heimattreuen Jugend (BHJ), Dr. Karsten Niefind. Die AGNO bestand zunächst aus sechs Vereinen und ist nach neueren Meldungen auf insgesamt 19 Vereine angewachsen. Timms Verein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen e.V. »war von Beginn an ein Motor dieser Entwicklung gewesen«. Sie konnte auf alte Freunde zurückgreifen: So wurde sie von Artamanen, also Mitgliedern jenes Personenkreises zum Vortrag gebeten, bei dem sich einst Heinrich Himmler die ersten Sporen für seinen Ostlandritt verdiente. Auch aus jüngeren Kreisen der extremen Rechten erhielt Timm Unterstützung. Ende 1995 rief die Junge Freiheit (JF) dazu auf, anstelle von notorischen Aufschneidern wie Dietmar Munier oder Manfred Roeder, die durch ihr provozierendes Auftreten nur die Behörden des Oblasts gegen die deutschen Regermanisierungsbestrebungen aufbringen würden, die AGNO zu unterstützen. Daß die AGNO die Unterstützung der JF erhielt, dürfte u.a. auf den Umstand zurückzuführen sein, daß der jetzige Vorsitzende Dr. Karsten Niefind ein ehemaliger JF-Mitarbeiter ist.

Niefind scheint im Gegensatz zu seinen ehemaligen Mitstreitern im BHJ Henning Pless (1991 erster Vorsitzender des BHJ) und Michael Will (1983 BHJ Führer), die sich beide für Dietmar Muniers Firmengeflecht engagieren, auf die AGNO-Karte zu setzen. Damit steht Niefind aber keineswegs in weniger rechtsextremem Zusammenhang. Er arbeitet eng mit dem ehemaligen NPD-Mann Hans-Dietrich Otto zusammen, der zentralen Figur der AGNO im Oblast. Otto lebt seit 5 Jahren im Oblast und betreibt dort die Firma Basis Hoch-Tiefbau. Zunächst hatte er sich in Muniers Projekten engagiert, seine Baufirma kooperierte mit Manfred Roeders Deutsch-Russischem Gemeinschaftswerk. Jetzt arbeitet sie für Niefinds Verein.

Die Projekte der AGNO im Oblast

Auf den ersten Blick präsentiert die AGNO ihre Aktivitäten in Hochglanzbroschüren vollständig unter dem Deckmantel der »humanitären Hilfe« und dem erklärten Ziel, »das Vertrauen zwischen beiden Staaten und Völkern zu stärken«. Doch bei genauerem Hinsehen entpuppen sich die meisten AGNO-Projekte als geschickt getarnte Einfallstore für eine neuerliche deutsche Dominanz im Osten. Dazu gehören zum einen »humanitäre Hilfssendungen« in Form von gespendeten Lebensmitteln, Werkzeug, Maschinen und Fahrzeugen. Zum anderen bauen AGNO-Vereine »deutsche Museen«, Unterbringungsmöglichkeiten und Gä-





stehäuser für heimwehkranke Ostpreußen auf. Sie betreiben die Pflege deutscher »Ehrenmäler« in verschiedenen Städten des Oblast, organisieren SchülerInnen– und LehrerInnenaustauschprogramme – u.a. hospitieren russische Deutschlehrer auf Vermittlung der AGNO an Schleswig-Holsteinischen Schulen u.v.m. Niefinds Verein zur Förderung der Rußlanddeutschen beispielsweise stellt nach eigenen Angaben »Rußlanddeutsche, die sich weder einschüchtern noch vereinnahmen lassen, ins Zentrum unserer Hilfsmaßnahmen: Sie wollen wir fördern, weil sie zu Trägern eines neuen Heimatbewußtseins für die rußlanddeutsche Minderheit in Nord-Ostpreußen werden können.« Konkret betreibt die vom Verein geförderte Firma Basis Hoch- und Tiefbau in Iljuschinow (Mühlenberg) eine eigene Kfz-Werkstatt, eine Tischlerei, das Cafe Elch, das als Anlaufpunkt für RevanchistInnen dient, und den Bau von Wohnhäusern. Der Verein unterstützt außerdem zwei private Kindergärten und das Projekt »erweitertes Deutschangebot in Schulen« in Kaliningrad.

Unter den einfachen Mitgliedern der in der AGNO organisierten Freundeskreise und Vereine befindet sich eine große Anzahl von Aus- und ÜbersiedlerInnen.Sie werden oftmals schon in den Übersiedlerheimen für die Vereine rekrutiert. Insbesondere der Bund der Vertriebenen (BDV) spielt dabei eine wichtige Rolle. BDV-Mitglieder haben in vielen Übersiedlerheimen die Betreuung übernommen. Viele Aus- und ÜbersiedlerInnen sind dadurch in die Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e.V. eingetreten bzw. mit mehr oder weniger Druck und mangels Alternativen dazu gedrängt worden. Von AntifaschistInnen wird allzuoft übersehen, daß revanchistische Verbände AussiedlerInnen pauschal vereinnahmen, während von linker Seite keinerlei Auseinandersetzung mit ihnen stattfindet.

Deutschtumskämpfer mit Protektion – Seilschaften zu den Fleischtöpfen des Bundesinnenministeriums

Die AGNO wird von einflußreichen Stellen protegiert. Bei der Gründung war eine offizielle Gliederung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) Mitglied der AGNO, inzwischen sind 10 Kreis- bzw. Stadtgemeinschaften (KG bzw. SG) der LO in der AGNO Mitglied. Diese Kreis- oder Stadtgemeinschaften sind Basisgruppen der LO, in denen die Mitglieder der LO entsprechend ihrem alten Wohnort in Ostpreußen organisiert sind. Zu den Basisgruppen der LO, die in der AGNO Mitglied wurden, gehören die Kg. Ebenrode mit ihrem Sprecher Paul Heinacher und die Kg. Goldap mit ihrem Chef Stephan Grigat von der CDU Detmold, der schon zuvor mit Otto zusammenarbeitete. Sowohl Grigat als auch Heinacher gehören zum Vorstand der LO.

Eine zweite Seilschaft der AGNO-Akteure zu den einflußreichen Revanchistenverbänden existiert über den oben genannten Allgemeinen Deutschen Kulturverband (ADKV). AGNO und der ADKV betreiben gemeinsame Projekte im Oblast. Vorsitzender der deutschen Sektion des ADKV, die gerade den großangelegten Bau von Wohnhäusern in Iljuschinow (Mühlenberg) in Angriff nimmt, ist MdB Prof. Dr. Egon Jüttner (CDU-Mannheim). Im Gesamtvorstand des ADKV sitzen einflußreiche Personen wie Horst Löffler vom rechtsextremen Witikobund. Auch Rolf Sauerzapf, rassistischer Kirchenrat, Leiter der evangelischen Seelsorge beim Bundesgrenzschutz und hoher Funktionär des Vereins für das Deutschtum

Rußlanddeutsche – Manövriermasse für DeutschtumskämpferInnen



Infos für ein antifaschistisches Eingreifen gegen die RevanchistInnen vor Ort

Fast jede Stadt und jeder Kreis in den alten Bundesländern hat eine sog. Patenschaft über Kreis- oder Stadtgemeinschaften (K-Sg) der staatlich finanzierten Revanchistenverbände übernommen. Die Patenkommunen fördern dann die Basisgruppen der Revanchistenverbände.

Die Förderung kann finanzielle Zuwendungen, kostenlose Bereitstellung von Räumen, Unterstützung bei der Herausgabe von Publikationen oder Ausstellungen und vieles mehr umfassen.

Informationen über die Verhältnisse bei Euch vor Ort bekommt Ihr, wenn Ihr folgende Einrichtungen abklappert:

Im Rathaus gibt es oftmals ein Büro der K-Sg.

Im Archiv der Stadt oder des Kreises befinden sich normalerweise Unterlagen über die Patenschaft, oft werden dort auch die Publikationen der jeweiligen K-Sg. gesammelt.

In Gemeindehäusern existieren vielfach »Heimatstuben«, in denen sich oft ständige Ausstellungen über die Aktivitäten der K-Sg. befinden. Hier finden in der Regel auch die Treffen der K-Sg.-Mitglieder statt.

In Stadtbibliotheken befinden sich manchmal Abteilungen, die von den K-Sg. unterhalten werden. Diese Abteilungen können auch als eigene kleine Bibliotheken in den Räumen der K-Sg. betrieben werden. In der Regel sind diese Bibliotheken öffentlich und zumeist gespickt mit faschistischer und neofaschistischer Literatur.

Eine Liste mit allen Patenschaften könnt Ihr bei uns bekommen. Solltet Ihr weitere Infos benötigen, so leiten wir Eure Fragen an die ExpertInnen zum Thema weiter.

Wenn Ihr Aktivitäten gegen die RevanchistInnen in Eurer Stadt beginnen wollt, denkt bitte daran, daß es vor allem darauf ankommt, die Drahtzieher und Funktionäre der K-Sg´s mit antifaschistischem Engagement zu konfrontieren.

Liste der Kreis-, Stadtgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen, die sich an der AGNO beteiligen (Patenstädte, -kreise, die diese Gemeinschaften auf kommunaler Ebene unterstützen):

- ➡ Kreisg. Tilsit-Ragnit (Landkreis Plön)
- ➡ Kreisg. Fischhausen (Landkreis Pinneberg)
- ➡ Kreisg. Labiau (Landkreis Cuxhaven)
- ➡ Stadtg. Königsberg (Stadt Duisburg)
- ➡ Kreisg. Elchniederungen (Landkreis Grafschaft Bentheim)
- ➡ Kreisg. Gerdauen (Landkreis Rendsburg-Eckernförde)
- ➡ Kreisg. Wehlau Landkreis Diepholz)
- ➡ Kreisg. Goldap Landkreis Stade)
- ➡ Kreisg. Gumbinnen (Stadt Bielefeld)
- ➡ Kreisg. Ebenrode (Stadt Kassel)

1997 sind folgende Broschüren zum Thema erschienen:

Broschüre der VVN-BdA Kreisvereinigung Stade, die beispielhaft antifaschistisches Vorgehen gegen die Basisgliederungen der Landsmannschaft Ostpreußen darstellt, für 6,- DM bei: VVN-BdA, Kreisvereinigung Stade, Postfach 2105, 21661 Stade

»Der Deutsche Ritt nach Osten«, Sonderheft Nr. 2 des Rechten Randes, für 5,- DM bei: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover



»Texte gegen Revanchismus - Nie wieder Heimat!«, (Abgabe gegen Spende), bei Berliner-Broschüren-Brigade, c/o Antifaschistische Initiative Moabit, Postfach 210 235, 10502 Berlin

»Deutsches Staatsbürgerschaftsrecht - diskriminierend & großdeutsch« (Arbeitsgruppe »Ostexpansion« des BWK), für 8,- DM bei: GNN-Verlag GmbH, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln

im Ausland (VDA) sitzt im ADKV-Vorstand. Er ist sich nicht zu schade, z.B. für die neofaschistischen Staatsbriefe zu schreiben.

Ein weiterer Beleg für die Anbindung des AGNO-Geflechts an neofaschistische Organisationen und an die einflußreichen Verbände des deutschen Revanchismus liefert der folgende Blick in die Niede- rungen des Netzwerks der Deutschtumskämpfer. Im Falle einer Auflösung des Timm-Niefind-Vereins, der sich als »Motor« der AGNO begreift, fällt dessen Vermögen an die Stille Hilfe Südtirol e.V.. Die Mittel der Stillen Hilfe Südtirol wiederum fallen bei ihrer Auflösung dem BHJ zu. Die Stille Hilfe Südtirol gehört zu den alten Vorfeldorganisationen der inoffiziellen deutschen Außenpolitik.

Letztmalig in die Schlagzeilen geriet die Stille Hilfe Südtirol 1995, als der ehemalige Münchener CSU-Stadtrat und Gauweiler-Vertraute Gerhard Bletschacher als ihr Vorsitzender 4,8 Millionen DM von der Vereinskasse in seine marode Käseschachtelfirma umleitete. Bletschacher sagte später aus, er habe Anweisungen vom Altmeister der subversiven deutschen Volksgruppenpolitik, Rudolf Aschenauer, erhalten. Unter anderem sollte er Paletten von neofaschistischen Büchern nach Südtirol schaffen. Aschenauer war von 1973 bis 1977 Vorsitzender des VDA. Im Jahr seines Ausscheidens aus dem Vorstand wurde er vom VDA zum Ehrenvorsitzenden ernannt – und steht mit diesem Posten übrigens in einer Reihe mit den VDA-Ehrenvorsitzenden Hindenburg und Hitler.

Übereinstimmung von Roeder mit Deutschtumsaktivisten der AGNO

Sowohl über den VDA als auch die LO steht die AGNO in Verbindung zu den Organisationen des staatlich geförderten Revanchismus der BRD. Dem VDA wurden über 100 Millionen DM, der LO (offiziell) 1996 410.000 DM aus Bundesmitteln gezahlt. Die AGNO verfolgt die gleiche Strategie wie die Neofaschisten Roeder und Munier: Die Ansiedlung von sog. »Rußlanddeutschen« im Kaliningradskaja Oblast. Man teilt ein gemeinsames Ziel: Einfluß auf die Politik im Oblast mittels einer starken »deutschen« Bevölkerungsgruppe zu gewinnen.

Und die Perspektive? Stephan Grigat formulierte sie so: »Ein neues Preußen wird entstehen, der Eckpfeiler Europas. (...) Aus dieser Perspektive ist ein erneut unabhängiges Ostpreußen denkbar, erscheint sogar als eine ganz natürliche Gestaltungsmöglichkeit.« Roeder formulierte da kürzer: »Für einen Freistaat Preußen!« ■

Bundestreffen der Ritterkreuzträger in Hammelburg

Passendes Programm zu NS-Videos

Das erste in Hammelburg entstandene Gewaltvideo war gerade zu einem „Einzelfall" erklärt worden, als die Bundeswehrführung für einen neuen Zwischenfall sorgte. Vom 17. bis 19. Oktober 1997 fand in dem bayrischen Standort das Bundestreffen der Ritterkreuzträger statt. Trotz massiver öffentlicher Proteste blieb das Bundesverteidigungsministerium bis zum Schluß bei seiner Unterstützung für die ewiggestrigen Ordensträger.

Mit einem *»Leuchten in den Augen«*, so eine Lokalzeitung, nahmen Offiziere und Soldaten, die in Hammelburg für Auslandseinsätze ausgebildet werden, an einer Gedenkstunde der RITTERKREUZTRÄGER teil. 15 von ihnen wohnten zusammen mit General WULF WEDDE einem späteren Kameradschaftsabend mit Wehrmachts- und Waffen-SS-Veteranen bei.

Die ORDENSGEMEINSCHAFT DER RITTERKREUZTRÄGER E.V. ist einer der vielen militaristischen Traditionsverbände. Ihr besonderer Kultstatus hängt mit dem Ritterkreuz selbst zusammen, das als höchste Auszeichnung der Wehrmacht des Zweiten Weltkrieges von ADOLF HITLER persönlich verliehen wurde.

Die Ritterkreuzträger verhalten sich entsprechend. In ihrer Satzung verpflichten sie sich zur Erhaltung der *»ideellen Werte«* des Hitler-Ordens. Im Vereinsblatt DAS RITTERKREUZ wird die *»Umerziehung«* des *»Deutschen Volkes«* beklagt, die Kriegsschuld Nazideutschlands geleugnet und ehemalige SS-Angehörige gewürdigt. Mitunter werden Artikel aus NATION UND EUROPA nachgedruckt oder für einschlägige Verlage geworben. Zusammen mit Mitgliedern der HILFSGEMEINSCHAFT AUF GEGENSEITIGKEIT DER SOLDATEN DER EHEMALIGEN WAFFEN-SS (HIAG) nahmen die Ritterkreuzträger an den »Ulrichsbergtreffen« in Österreich teil. Einige Ordensträger finden sich sogar in der Neonaziszene wieder, so z.B. FRANZ OTTO RIEHS, der bei den hessischen Kommunalwahlen als Spitzenkandidat der mittlerweile verbotenen FAP auftrat.

Jährlich um den 16. Oktober herum, dem Hinrichtungstag der Kriegsverbrecher WILHELM KEITEL und ALFRED JODL in Nürnberg, halten die Ritterkreuzträger ihre Bundestreffen ab. 1993 wurde die Veranstaltung in Celle von AntifaschistInnen gestört. Während die Ritterkreuzträger die erste Strophe des Deutschlandliedes grölten, ging die Polizei in einem überzogenen Einsatz gegen DemonstrantInnen vor.

War das Treffen in Celle von Bundeswehr und Lokalpolitikern unterstützt worden, mußten die Soldaten in Dresden 1996 ihre erste Niederlage gegen ZivilistInnen hinnehmen. Nach massivem Protest Dresdener BürgerInnen erklärte der Oberbürgermeister, die Ritterkreuzträger nicht empfangen zu wollen, und die Bundeswehr sah sich gezwungen, ihre Teilnahme an den Feierlichkeiten abzusagen. Allerdings nicht, weil die Ordensgemeinschaft nun endlich als eine rechtsextreme Vereinigung erkannt wurde, sondern weil *»zu befürchten stand«*, so das Bundesverteidigungsministerium, *»daß die Bundeswehr insgesamt wie einzelne teilnehmende Soldaten in die rechtlichen und politischen Auseinandersetzungen zwischen der Stadt Dresden und der Ordensgemeinschaft hineingezogen würden.«* Auch in Dresden kam es zu Übergriffen der Polizei gegen AntifaschistInnen und AntimilitaristInnen.

Fragwürdig verhielt sich die Bundeswehrführung auch im Oktober 1997, als die »Helden des Zweiten Weltkrieges« lieber wieder ein kleineres Städtchen, Hammelburg, für ihr Treffen ausgewählt hatten. Aus Bonn waren den Ritterkreuzträgern erst *»Ehrenposten«* für eine Gedenkfeier und ein Besichtigungsprogramm versprochen worden. Vor Ort regte sich daraufhin jedoch Protest, eine Absage der Bundeswehr wurde gefordert. Zuvor hatte die Ordensgemeinschaft bereits versucht, ein Grußwort des Hammelburger Bürgermeisters abzulehnen, der immerhin anmerkte, die Ritterkreuzträger hätten *»ihr Leben für ein verbrecherisches System«* gewagt. Nur Bayerns Ministerpräsident Stoiber übernahm die Schirmherrschaft für das Treffen und schickte ein Grußwort, in dem er sich erbaut zeigte, daß es *»eine Kontinuität des Erinnerns und des Mahnens an dunkle Zeiten unserer Geschichte«* gebe. Unbeirrbar in seinem Traditionsverständnis zeigte sich auch das Bundesverteidigungsministerium. Zwar hatte die Bundeswehr, angeblich aus organisatorischen Gründen, zwischenzeitlich abgesagt. Tatsächlich wurde durch komplizierte Umstellungen des Programms jedoch lediglich die Gegenseite getäuscht. *»Es hat keine Absage der Bundeswehr gegeben«*, und es gäbe *»keinen vernünftigen Grund die freiwillige Teilnahme von Soldaten (...) zu untersagen«*, äußerte sich das Ministerium nach der Veranstaltung.

Das Dilemma zwischen Tradition und Identitätsbildung ist strukturell und wird für die Bundeswehr kaum lösbar sein. Einerseits sollen Einsatzwille, Gehorsam, Pflichtbewußtsein und soldatische Heldentaten der NS-Soldaten Vorbild sein, andererseits die dazugehörige NS-Einstellung, auf die auch die Wehrmacht eingeschworen wurde, geleugnet werden. Darum sehen die Militärs in der Debatte um die Wehrmachtsverbrechen auch einen Angriff gegen sich selbst. Geschichte und Traditionspflege soll auf die militärischen Leistungen reduziert werden. Das Verhältnis der Bundeswehr zu den Ritterkreuzträgern ist ein Beispiel dafür. Die Benennungen von Kasernen nach hitlertreuen Generälen oder die Patenschaften von Truppenteilen zu dubiosen Veteranen- und Reservistenverbänden sind weitere. ■

Einige »Helden des Zweiten Weltkrieges« bei der Kranzniederlegung



Die NPD kann auf das erfolgreichste Jahr seit langem zurückblicken und der aufgelöste Neonazi-Verein »Die Nationalen« will daran teilhaben

Der zweite Frühling der NPD

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist eine der ältesten Parteien der extremen Rechten in Deutschland. Keine andere neofaschistische Gruppierung in der BRD war mitgliedermäßig und langfristig bei Wahlen so erfolgreich wie die NPD. Nun setzt die Partei zum Höhenflug an. Angesichts der Ereignisse der vergangenen Monate kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich ihre konzeptionelle Wandlung seit 1991 auszahlt. Der Neonazi-Verein Die Nationalen e.V. löst sich auf, die Mitglieder gehen großenteils in die NPD. Vielerorts werden neue NPD-Kreisverbände aus der Taufe gehoben, und sogar Verfassungsschützer machen die NPD als eine der wenigen Gruppierungen aus, die einen starken Mitgliederzuwachs verzeichnen kann. Sachsens Schlapphüte warnen, die NPD hätte fast soviele Mitglieder wie die Grünen. Sollte die wiederholt totgesagte NPD doch noch ihren zweiten Frühling erleben?

Frank Schwerdt, seines Zeichens Chef der Nationalen e.V. und Integrationsfigur der ostdeutschen Neonazi-Szene, konnte die Nachricht gar nicht schnell und weit genug verbreiten: Sein äußerst umtriebiger Verein befindet sich seit Mitte November in Auflösung und die Löschung aus dem Vereinsregister sei beantragt.

Die Nationalen

Die Nationalen wurden im Herbst 1991 als überparteiliche Wählergemeinschaft gegründet, die ein Spektrum von Republikanern bis zu den Neonazis vertrat. 1992 erfolgte die Umbenennung in »Die Nationalen« sowie die Eintragung ins Vereinsregister. Mit der Übernahme des Vorsitzes durch den heute 54jährigen Neonazi Schwerdt im Jahr 1993 und den Rückzug der gemäßigten Gruppierungen aus dem Verein wurde die Teilnahme an Wahlen zum Nebenaspekt der Gruppierung. Sie fungierte seitdem mehr und mehr als Koordinierungsstelle der Berliner Neonazi-Kameradschaften und Aufbauorganisation für Ostdeutschland.

Die als Mitteilungsblatt der Nationalen ins Leben gerufene und mittlerweile offiziell eigenständig erscheinende Berlin-Brandenburger Zeitung hat sich zu einem der wichtigsten Projekte der deutschen Neonazi-Szene gemausert. Auch sonst können die Nazis um Schwerdt und seine rechte Hand Christian Wendt auf einige Erfolge zurückblicken: Nicht zuletzt haben zahlreiche Neonazi-Gruppierungen in Brandenburg und anderen ostdeutschen Bundesländern ihr Bestehen vor allem den Aufbauambitionen von Schwerdt und Co. zu verdanken (siehe Kasten).

Die offizielle Begründung für die unerwartete Auflösung des für Neonazis ziemlich erfolgreichen Vereins: Die gesteckten Aufgaben seien *»weitestgehend erfüllt«*[1]. Daß dies nicht der Wahrheit letzter Schluß ist, liegt auf der Hand. Ein Verbot des Vereins schien nicht mehr fern und dies wäre ja nach Jahren der Aufbauarbeit, deren Ergebnis unter anderem auch eine eigene Jugendorganisation und eine Hochschulgruppe sind, wirklich ärgerlich. Also ist man nun bemüht, die bestehenden Strukturen in einen anderen Rahmen zu überführen, und dementsprechend heißt es in der Auflösungserklärung, man werde die Arbeit in *»befreundeten Gruppierungen«*[2] fortsetzen.

Nach den Nationalen: Von der NPD bis Terror

Während sich ein Teil der ehemaligen Mitglieder verstärkt der Arbeit im Nationalen Medienverband zuwendet (siehe Artikel Seite 24) oder als Kameradschaften weitermacht, hat sich der andere Teil um Frank Schwerdt für den Gang in die NPD entschieden. Schwerdt ist bereits seit längerem wieder Mitglied der NPD, diesmal angeblich im sächsischen Landesverband. Wo bislang Gruppen der Nationalen ihr Unwesen trieben, bilden sich nun Kreis- und Ortsverbände der NPD. Als Beispiel sei hier der in Gründung befindliche Kreisverband Oberhavel genannt. In der Region nordwestlich Berlins war bislang die von Schwerdt geführte Kameradschaft Oberhavel aktiv, die im August vergangenen Jahres verboten worden war. Auch die NPD-Kreisverbandsgründungen im Spreewald und in Eisenhüttenstadt können nur mühsam kaschieren, daß es sich hierbei um die Fortführung der örtlichen Kameradschaften und Verbände der Nationalen im sicheren Schoß der NPD handelt. Im vergangenen Jahr stieg die Mitgliederzahl des

Die Nationalen vor der Auflösung

Vorsitzender: Frank Schwerdt
Stellvertreter: Andreas Neumann, Hans Bahlke
Schatzmeister: Karsten Giese
Schriftleiter: René Hirsch
Beisitzer: Udo Hempel, Andy Müller, Mike Penkert, Gordon Richter, Christian Wendt

Bei einer Mitgliederbefragung stimmten von 112 Mitgliedern 79 für die Auflösung, 15 dagegen. Als Liquidator wurde der aus Rathenow stammende und jetzt in Berlin wohnende Karsten Giese eingesetzt.

Orts- und Kreisverbände der Nationalen, sowie angegliederte und befreundete Kameradschaften

Berlin
Kameradschaft Beusselkiez
Kameradschaft Treptow
Kameradschaft Hohenschönhausen
Kameradschaft Marzahn
Kameradschaft Hellersdorf
Kameradschaft Köpenick

Sachsen
Kreisverband Niederschlesien (Weißwasser)
Ortsverband Niesky
Kreisverband Erzgebirge
Kreisverband Döbeln/Mittweida

Thüringen
Kreisverband Gera

Brandenburg
Kameradschaft Oberhavel
Kreisverband Havelland
Kameradschaft Uckermark
Ortsverband Fürstenwalde
Ortsverband Guben
Ortsverband Cottbus
Ortsverband Senftenberg
Ortsverband Lauchhammer
Kreisverband Elbe-Elster
Kameradschaft Eberswalde
Ortsverband Forst
Ortsverband Spremberg
Ortsverband Brandenburg/Havel

Sachsen Anhalt
Kameradschaft Elbe-Ost
Nationale Bürgerbewegung Halle/Saale
Bereich Ostharz (Steffen Hupka)

gemeinsamen Landesverbandes Berlin-Brandenburg der NPD von 80 auf 130[3]. Nun kann sich die NPD freuen, daß in Brandenburg demnächst ein eigener Landesverband entstehen wird. Die ehemaligen Nationalen um Schwerdt wollen sich das Bundesland vornehmen, in dem die NPD mit 20 Mitgliedern bislang kaum vertreten war. Als Vorstufe zu dem Landesverband, in dem die Neonazis der Nationalen die Oberhand haben werden, wurde bislang ein Bezirksverband Brandenburg gegründet. Bei den kommenden Kommunalwahlen wollen die Neonazis in der NPD nach eigenen Angaben in zwölf Gemeinden antreten.

Daß Schwerdts Gang in die NPD ein taktischer Schritt ist, liegt auf der Hand: *»Wer politisch etwas bewegen wolle, müsse sich auch der Möglichkeiten bedienen, die nur eine Partei bieten könne«* und *»dürfe sich durch die staatliche Repression nicht in die Hinterzimmer verdrängen lassen«*[4], wird der 54jährige ehemalige Nationalen-Vorsitzende in der BBZ wiedergegeben.

Im Gegensatz dazu setzt der anderen Teil der aufgelösten Nationalen auf *»informelle Strukturen innerhalb der freien Kameradschaften«*.[5] Dies beinhaltet sowohl den Nationalen Medienverband um die BBZ, als auch die Kameradschaften. Beide Organisationsansätze weisen personelle Überschneidungen auf und arbeiten eng zusammen. Daß das Spektrum, in dem sich die ehemaligen Nationalen betätigen, von der NPD bis hinein ins terroristische Lager reicht, machte nicht nur ein Rohrbombenfund bei der Berliner Kameradschaft Treptow Ende vergangenen Jahres deutlich. Der Zusammenschluß autonomer nationaler Zusammenhänge in Berlin prophezeite Anfang des Jahres: Der Tag, an dem *»nationale Freiheitskämpfer wieder – dem Befehl ihres Gewissens gehorchend – zur Waffe greifen werden«* rücke spürbar näher.[6] Mit diesen Worten wurde der Zusammenschluß, hinter dem sich bislang sowohl die Berliner Kameradschaften als auch die Nationalen verbargen, auch von der Online-BBZ zitiert.

Mit der Auflösung der Nationalen ergeben sich somit zwei Chancen für die ostdeutsche und besonders die Berlin-Brandenburger Naziszene: Die ehemaligen Nationalen-Mitglieder, die ihre Arbeit in den unterschiedlichen Spektren von NPD bis Terror fortsetzen, haben lange zusammengearbeitet und kennen sich. Dadurch haben sie die Möglichkeit, nicht nur einen entscheidenden Einfluß auf die Szene zu nehmen und deren unterschiedliche Spektren über personelle Kontakte quasi zu vernetzen. Sie könnten auch dazu beitragen, die Spannungen zwischen Kameradschaften und JN/NPD abzubauen. Als erster Schritt in diese Richtung muß die überaus ausführliche und positive Berichterstattung der BBZ über die NPD in den vergangenen Monaten gewertet werden.

Zweiter Frühling oder laues Lüftchen?

Doch nicht nur das Überlaufen der Nationalen zur NPD stärkt die neofaschistische Partei momentan und bringt sie ihrem Führungsanspruch näher. Sie ist derzeit auch eine der wenigen Gruppierungen der extremen Rechten, die Mitgliederzuwächse verbuchen kann. Nach Eigenangaben sollen es im vergangenen Jahr 1.640 neue Mitglieder gewesen sein, von denen mehr als zwei Drittel unter 30 Jahre alt seien. 26 neue Kreisverbände will die Partei gegründet haben. In Sachsen, dem größten Landesverband, haben sich die Mitgliederzahlen im vergangenen Jahr nach Eigenangaben mehr als verdreifacht. Die NPD hat dort mittlerweile fast soviele Mitglieder wie die Grünen (siehe Artikel Seite 21). Der Kreisverband Sächsische Schweiz hat gar dreimal soviele Mitglieder wie die Grünen und halb soviele wie die SPD, so der NPD-Kreisgeschäftsführer Uwe Leichsenring.[7]

Daß die NPD momentan einen derartigen Auftrieb erfährt und auch die Wahl der ex-Nationalen um Frank Schwerdt auf die 1964 gegründete Partei fiel, ist nicht weiter verwunderlich. Die Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) der NPD hat sich nach konzeptionellem und inhaltlichem Wandel bereits seit längerem in Richtung des neonazistischen Lagers innerhalb der extremen Rechten positioniert. Nach den Organisationsverboten seit 1992 haben dort zahlreiche Kader und Mitglieder der verbotenen Nazi-Gruppierungen ein neues Betätigungsfeld gefunden. Und auch wenn es immer wieder zu Konflikten zwischen den »unabhängigen« Kameradschaften und dem Führungsanspruch der JN kommt: Im Prinzip funktioniert die Arbeitsteilung. Während die Kameradschaften regionale Organisierung und Propaganda übernehmen, fungieren die JN und zunehmend auch die NPD als bundesweiter Rahmen für Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit, der Sicherheit vor einem Verbot verspricht. Zu entsprechenden Anlässen finden sich die unterschiedlichen Gruppierungen immer wieder zusammen.

Die NPD tritt nun in die Fußstapfen ihrer Jugendorganisation. Bei ihr hat die konzeptionelle Umorientierung, deren Früchte sich nun zeigen, lediglich etwas länger gedauert. Bis 1991 hatte die Partei auf die Strategie gesetzt, die sie Ende der sechziger Jahre in zahlreiche Landtage und fast in den Bundestag gebracht hatte. Nach dem Scheitern bei der Bundestags-







oben: Der alte neue Vorsitzende Udo Voigt und seine Stellvertreter Hans Günter Eisenecker und Jürgen Schön (v.o.n.u.)
unten: Klaus Beier und Jürgen Distler (v.o.n.u.) sind neu im Bundesvorstand





wahl '69 hatten sich Resignation und ein Zerfallsprozeß eingestellt, von dem sich die Partei nie vollkommen erholt hat. Erst Ende der achtziger Jahre gab es in Zusammenarbeit mit der DVU GERHARD FREYS wieder kleinere Erfolge, doch das Bündnis der beiden Parteien scheiterte. Als 1991 GÜNTHER DECKERT Bundesvorsitzender wurde, bedeutete dies einen konzeptionellen Umschwung hin zur Kampfpartei. Der offene Schulterschluß zur militanten Nazi-Szene war vollzogen, er äußerte sich auch im Eintritt des ehemaligen Bundesführers der verbotenen WIKING JUGEND, WOLFGANG NAHRATH, in den Bundesvorstand.

Seit dem Kurswechsel ist die Partei stetig nach rechts gerutscht, die Mitgliederzahlen stiegen von 2.500 auf 4.000. Inzwischen sind auch die von den Parteiverboten gebeutelten Neonazis auf den Geschmack gekommen: Noch mehr als die wesentlich kleinere JN bietet die NPD Schutz vor Verboten und somit einen legalen Rahmen, z.B. für die Beteiligung an Wahlen und die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen. Ein Verbot der seit über 30 Jahren bestehenden Partei scheint staatlichen Stellen schwer zu fallen. Es würde nicht nur die Frage »Warum erst jetzt?« aufwerfen, befürchtet wird auch eine weitere Radikalisierung der für Neonazi-Verhältnisse relativ großen Organisation.



Beide Fotos zeigen Deligierte auf dem Bundesparteitag in Stavenhagen



Der neugewählte NPD-Bundesvorstand

Am 10./11. Januar fand in Stavenhagen in Mecklenburg-Vorpommern der Bundesparteitag der NPD statt. Während vor dem »Hotel Reuterhof«, in dem die Neofaschisten tagten, mehrere Hundert Antifas, PDSlerInnen und BürgerInnen demonstrierten, wählten die etwa 180 Deligierten drinnen den neuen Bundesvorstand:

Vorsitzender
Udo Voigt (Bayern)

Stellvertreter
Hans Günter Eisenecker (Mecklenburg)
Jürgen Schön (Sachsen)
Udo Holtmann (NRW)

Weitere
Klaus Beier (Bayern)
Steffen Hupka (Sachsen-Anhalt)
Thomas Salomon (Berlin)
Roswitha Schumann (Thüringen),
Gregor Janik (Sachsen)
Jens Pühse (Bayern)
Wolfgang Henning (NRW)
Jürgen Distler (Bayern)

Einschätzung und Ausblick

Mittlerweile ist Deckert im Gefängnis und vom Bundesvorstand abgesetzt, UDO VOIGT setzt seinen Kurs als Bundesvorsitzender fort. Dabei verhält er sich geschickter, spielt nicht den Elefanten im Porzellanladen und ihm gelingt die Integration der unterschiedlichen Klientel wesentlich besser. Seit seinem Amtsantritt im März '96 hat die Bündnispolitik mehr Erfolg.

Parallel dazu hat sich eine Verjüngung der Führungsstruktur durchgesetzt. Immer mehr Kader der eindeutig im NS-Spektrum verhafteten JN rücken in die Mutterpartei auf und übernehmen Führungspositionen. Dabei schreckt die Partei auch nicht davor zurück, Kader verbotener Nazi-Organisationen, wie die ehemaligen Führungsmitglieder der verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT (NF), JENS PÜHSE und STEFFEN HUPKA, in den Bundesvorstand zu wählen (siehe Kasten). Deutlich wird der Einfluß von NS-Kadern auf die NPD auch anhand der aktuellen Auswahl der Referenten für Parteiveranstaltungen: Für den Bundesparteitag am 10./11. Januar war der verurteilte Naziterrorist MANFRED ROEDER geladen. Auf dem Bundeswahlkongreß am 7. Februar in der Passauer Nibelungenhalle sollen die beiden ehemaligen Berater und Chefideologen der NF, HERBERT SCHWEIGER aus Österreich und JÜRGEN RIEGER aus Hamburg, sprechen. Gemäß dem Führungsanspruch wird die Veranstaltung, zu der mit mehreren Tausend Teilnehmern zu rechnen ist, als »Tag des nationalen Widerstands« angekündigt.

Zwar wird es der NPD zumindest bei der Bundestagswahl, zu der sie in allen Bundesländern antritt, kaum gelingen, eine bedeutende Rolle zu spielen. Dafür ist sie zu sehr als neofaschistisch stigmatisiert und die Konkurrenz durch DVU und REPUBLIKANER zu groß. Rechts von dieser Konkurrenz kann es ihr aber durchaus gelingen, ihren Führungsanspruch in die Tat umzusetzen und ihren Aufschwung zu einem Auftrieb für die gesamte extreme Rechte werden zu lassen. Entscheidend für diese Entwicklung wird sein, ob es der NPD gelingt, die unterschiedlichen Kräfte zu integrieren und die fast schon obligatorischen Streitereien zu unterbinden. Schon jetzt fungiert die NPD als Sammelbecken für Neonazis, die unter dem Mantel der legalen Partei ihren altbekannten Aktivitäten nachgehen und Strukturen aufbauen. ■

1) Auflösungserklärung der Nationalen vom 14. November '97
2) ebda.
3) vgl. Tagesspiegel vom 28. November '97, S.11, »Neonazi-Verein 'Die Nationalen' wechselt zur NPD«
4) BBZ. Online-Ausgabe vom Dezember '97
5) ebda.
6) Jahresrundschreiben des »Zusammenschluß autonomer nationaler Zusammenhänge in Berlin«
7) Sachsen-Stimme Januar/Februar '98, S.3, »Pressemitteilung« des KV Sächsische Schweiz

Fast soviele Mitglieder wie die Grünen

Am Beispiel Oberlausitz wird der Höhenflug deutlich, in dem sich Sachsens NPD befindet

Das Jahr 1997 brachte der NPD in Sachsen einen massiven Zuwachs an Aktivisten. Ihre Zahl stieg um 500 auf inzwischen 800 Mitglieder. Allein durch ihre Mitgliederzahl ist die NPD derzeit die wichtigste rechtsradikale Organisation in Sachsen. Am Beispiel der Oberlausitz soll dargestellt werden, wie diese Strukturen funktionieren, wer die örtlichen Drahtzieher sind und wie die Zusammenarbeit mit Subkulturen funktioniert.

Bis Mitte 1996 gab es in der Oberlausitz kaum organisatorische Strukturen innerhalb der NS-Szene. Mit der Gründung eines Kreisverbandes (KV) Görlitz/Niederschlesien der NPD am 19. Mai 1996, änderte sich dieses aber grundlegend. Dem vorausgegangen waren zwei Informationsveranstaltungen des sächsischen NPD-Landesverbandes. Die Schaffung eines KV in der Oberlausitz füllte das bis dahin existierende organisatorische Loch. Durch wachsende Mitgliederzahlen kam es im April 1997 zur Teilung der Görlitzer NPD-Gruppe und Konstituierung eines neuen KV Löbau/Zittau. Parallel dazu entstand in Weißwasser ein weiterer KV der NPD.

Die Görlitzer NPD

Schützenhilfe für die Gründung der Görlitzer NPD-Gruppe kam unter anderem von STEFAN GIEMSA, bis zum Sommer 1997 Vorsitzender des KV Sächsische Schweiz der NPD, der für den Kauf einer Immobilie in Görlitz 250.000 DM in Aussicht stellte. Dieses Geld sollte u.a. von einem Berliner Kameraden stammen. Giemsa ist einer der aktivsten Drahtzieher in Ostsachsen. Er bzw. seine Frau MANUELA GIEMSA betreiben mehrere Gaststätten im Osterzgebirge und der Sächsischen Schweiz. So z.B. in Altenberg, wo die Gaststätte »KNAPPENSAAL« seit 1994 regelmäßig Veranstaltungsort für die »Gästewochen« der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT ist. Auch andere Gruppierungen, wie z.B. die WIKING-JUGEND oder der VERLAG FÜR VOLKSTUM UND ZEITGESCHICHTE tagten schon in den Räumlichkeiten der Familie Giemsa. Zur Zeit hat der KV Görlitz/Niederschlesien etwa 15-20 Mitglieder. Sein Vorsitzender ist der 33-jährige JÜRGEN-UWE KRUMPHOLZ, Stellvertreter ist der 41-jährige MICHAEL KUBITZKI. Die schon erwähnte Immobilie befindet sich in der Görlitzer Altstadt und wird im Moment noch ausgebaut. Der 3-stöckige Altbau dient jedoch jetzt schon als Anlaufpunkt für Sympathisanten. Auch die wöchentlichen Versammlungen des KV Görlitz/Niederschlesien finden hier statt. Bis vor kurzem befand sich dort neben Propagandamaterial auch eine kleine Bibliothek, deren Bücher überwiegend neu und inhaltlich den verschiedensten rechtsextremen Strömungen zuzuordnen waren. Die Görlitzer NPDler und deren Umfeld entwickelten in der Vergangenheit vielfältige Aktivitäten. Zu nennen wären hier mehrere Anmeldungen von Veranstaltungen und Demonstrationen, Flugblattaktionen an Schulen, bei öffentlichen Anlässen sowie in Form von Postwurfsendungen. Anfang März 1997 planten u.a. NPD-Mitglieder ein Konzert mit dem rechtsradikalen Liedermacher FRANK RENNICKE in der Diskothek WODAN in Mücka. Dieses Konzert sowie eine Ersatzveranstaltung in Spremberg wurden zwar polizeilich verhindert, einen Tag später fand es dann, von der Polizei unbehelligt, im FUTURE, einer Kneipe im Görlitzer Neubauviertel Weinhübel, statt. In einem Hinterzimmer des »Future« traf sich die Görlitzer NPD bis zur Herrichtung entsprechender Räumlichkeiten im schon erwähnten Haus. Am 29. November 1997 fand in Görlitz eine, vom sächsischen Landesvorstand der NPD angemeldete, Demonstration unter dem Motto *»Gegen politische Gewalt«* statt. An ihr nahmen ca. 300 Nazis teil, darunter JÜRGEN SCHÖN und WINFRIED PETZOLD. Große Abordnungen kamen aus Leipzig, Oschatz/Wurzen, Plauen und vermutlich Dortmund. Als Redner trat PETER MARX, ex-Bundesvorstandsmitglied der NPD, auf. Inhaltlich wetterte er gegen den Polizeiübergriff am 23. August 1997 auf eine Geburtstagsparty der NPD in Schildau, wo laut NPD-Aussagen einige der Anwesenden schwer verletzt wurden. Im Anschluß an diese Demonstration kam es zu mehreren Angriffen von Rechtsradikalen auf Linke, wobei es bei den Angegriffenen zu teilweise erheblichen Verletzungen kam.

NPD-Gastwirt Stefan Giemsa



Die Einbeziehung von Subkulturen

Gute Kontakte pflegt der KV Görlitz/Niederschlesien zum Ehepaar PEGGY und MARIO ANSORGE. So wurde die Görlitzer NPD im Juni 1997 vom Jahreskongreß der rechtsradikalen Zeitschrift »Europa Vorn« informiert – abgeschickt wurde dieses Fax aus dem »Brautmoden«-Geschäft von Peggy Ansorge. Mario Ansorge, desöfteren Gast im Görlitzer NPD-Haus, trat vor allem ab August 1996 in Erscheinung. Neben regelmäßigen Veröffentlichungen in ROCK NORD und der NOIEN DOITSCHEN WELLE organisierte er ab diesem Zeitpunkt mindestens sieben Naziskin-Konzerte in Mücka und Friedersdorf (bei Görlitz). Fest in der Neonaziszene verankerte Bands wie RADIKAHL, THORSHAMMER und NOIE WERTE zogen bis zu 1.000 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet sowie den Nachbarländern nach Ostsachsen. Ab Februar 1997 wurden alle, von Ansorge geplanten Konzerte, von der Polizei verhindert. In letzter Zeit ist es ruhiger um ihn geworden, was aber nicht heißt, daß keine weiteren Konzerte in der Oberlausitz geplant wurden und werden. In diesem Zusammenhang trat Ende August 1997 erstmals MATTHIAS CHLEBNITSCHEK in Erscheinung. Er war offizieller Anmelder eines Benefiz-Konzertes für die Opfer des Oderhochwassers. Dazu Eingeladen wurde u.a. der thüringische Liedermacher VEIT KELTERBORN, dessen Veröffentlichungen über das Postfach der inzwischen aufgelösten Berliner Gruppierung DIE NATIONALEN E.V. erhältlich sind. Die örtliche NPD sollte für dieses Open-Air-Konzert in Görlitz-Hagenwerder eine Ordnungsgruppe stellen. Die Anmeldung für dieses Konzert wurde jedoch zurückgezogen. Am 8. September 1997 eröffnete Chlebnitschek einen Musikladen im Görlitzer Stadtzentrum. Dort ist eine breite Palette an Tonträgern rechtsradikaler Gruppen/Liedermacher erhältlich. Neben der Musik vertreibt er auch T-

Shirts, Pullover und Aufnäher mit einschlägigen rechten Motiven. Ebenfalls im Angebot der »Musik-Szene« sind Publikationen rechtsradikaler Organisationen, wie z.B. der NPD. Eine Verbindung zwischen Ansorge und Chlebnitschek ist nicht nur im Hinblick auf die Organisation von Konzerten sichtbar. Seit Anfang Dezember 1997 arbeitet Ansorge nun auch in Chlebnitscheks »Musik-Szene« – die Lohnkosten trägt zu 80% das Arbeitsamt.



Jürgen-Uwe Krumpholz (vorne mit Karo-Hemd) Vorsitzender des NPD-KV Görlitz/Niederschlesien und sein Stellvertreter Michael Kubitzki (links von ihm mit Schnauzer) beim Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in München.

Zittau

In Zittau war in den letzten Jahren vor allem der im Januar 1992 gegründete Nationale Jugendblock Zittau e.V. aktiv. Mehrere Flugblattaktionen sowie die Organisation von Veranstaltungen im kommunal geförderten Vereinshaus und unter freiem Himmel, gehen auf sein Konto. In letzter Zeit ist es um den Verein ruhiger geworden. Die Etablierung einer NPD-Gruppe in Löbau/Zittau dürfte wohl ein ausreichendes Indiz dafür sein, daß der Nationale Jugendblock e.V. in Zittau, in der Vergangenheit wichtigste rechtsradikale Gruppierung in der Oberlausitz, gegenwärtig kaum noch politisch handlungsfähig ist und an Bedeutung verloren hat. Vorsitzender des KV Löbau/Zittau ist Holger Zimmermann aus Hirschfelde (nördlich von Zittau). Einzig erwähnenswerte Aktion dieser Gruppe ist die Organisation einer Gedenkdemonstration für Holger Müller, einen 1992 in Notwehr getöteten Zittauer Nazi. Sie fand am 5. Juli '97 unter Beteiligung von ca. 300 Rechtsradikalen in Zittau statt. Die Mehrzahl der Demonstranten kam aus der Oberlausitz, einige wenige aus Südbrandenburg und der Region Leipzig.

Weißwasser

Die Gründung eines NPD-KV in Weißwasser, eigentlich eine Hochburg der nicht mehr existenten Nazigruppierung Die Nationalen e.V. und deren Jugendorganisation Jungnationales Spektrum (JNS) (Mitte 1996 umbenannt in Jungnationale (JNA)) stellt auf den ersten Blick einen Widerspruch dar. Dieser Fakt ist aber vielmehr Beleg einer Tendenz, die spätestens mit der Selbstauflösung der Nationalen e.V offensichtlich wurde. Ein Blick in die nach über einem Jahr wieder erschienene Mitteldeutsche Rundschau, einem Ableger der Berlin-Brandenburger Zeitung, zeigt, daß die Zusammenarbeit zwischen der NPD und den Nationalen e.V (bzw. deren Jugendorganisation) gut funktionierte. So finden sich in der erwähnten Ausgabe Werbeanzeigen der NPD-Zeitschriften Sachsen Stimme und Deutsche Stimme. Auch die Autorenschaft setzt sich aus Aktivisten beider Gruppierungen zusammen. Der langjährige Vertreter der Republikaner im Stadtparlament von Weißwasser, Siegfried Kalla, ist heute Vorsitzender des NPD-KV Weißwasser. Im Mai 1995 organisierte der Berufskraftfahrer noch den Landesparteitag der sächsischen REP's in Niesky. Sein Wechsel zur NPD dürfte wohl mit der zunehmenden Erfolg- und Perspektivlosigkeit der REP's in Sachsen im Zusammenhang stehen. Aus Weißwasser stammt auch die konspirativ hergestellte Zeitschrift Die Kameradschaft, die über das Postfach der BBZ vertrieben wird. Das seit Oktober 1995 erscheinende, schlecht gemachte, A5-Periodikum kann als offizielles Organ der JNS/JNA Weißwasser betrachtet werden, und dokumentiert die enge Zusammenarbeit von NPD und Nationalen e.V. »Bundesführer« des Mitte 1994 gegründeten JNS/JNA ist Udo Hempel. Hempel veröffentlichte regelmäßig Beiträge in der Kameradschaft sowie als Korrespondent für Sachsen/Niederschlesien in der BBZ, bzw. deren Regionalausgabe Mitteldeutsche Rundschau.

Das Görlitzer NPD-Haus von innen



Er traktierte in der Vergangenheit jedoch nicht nur wehrloses Papier, sondern beteiligte sich auch an Überfällen auf Andersdenkende, so z.B. im Anschluß an eine JNS-Kremserfahrt im August 1996. Dafür landete er für ca. 9 Monate in Untersuchungshaft in der JVA Görlitz. Kaum wieder entlassen, war er Ende Juni 1997 an einem Gautreffen der Nationalen e.V. in Niesky beteiligt, auf welcher u.a. Frank Schwerdt referierte. Für die musikalische Untermalung sorgte der Sänger der Cottbuser Naziskin-Band Frontalkraft. Ebenfalls anwesend bei diesem Treffen waren Aktivisten der Görlitzer NPD.

Aktivitäten im vorpolitischen Raum

Neben dem Aufbau von Parteistrukturen spielen Vereinsgründungen eine wichtige Rolle bei der Organisierung Rechtsradikaler in der Oberlausitz. Drei in Görlitz tätige Vereine sollen hier exemplarisch genannt werden. Da ist der im Herbst 1996 gegründete Verein für freiheitliche Völkerverständigung e.V. (VfV) mit dem aus Hessen zugezogenen Neonazi Thomas Arthur Markert als Vorsitzenden. Als Beisitzer betätigt sich ein Holger Zimmermann, wo aber nicht klar ist, ob es sich bei ihm um den Vorsitzenden des KV Löbau/Zittau der NPD handelt. Markert war an mehreren, mit Waffeneinsatz und brutaler Gewaltanwendung verbundenen, Überfällen auf Andersdenkende beteiligt. Ein von ihm angemeldetes Postfach stand für den Nationalen Aktionskreis Görlitz (NAK) ebenso zur Verfügung wie für die Gründungsphase des KV Görlitz/Niederschlesien der NPD. Der NAK trat nur einmal öffentlich in Erscheinung. Mittels Flugblättern mobilisierte er für eine Protestdemonstration *»Gegen Staatswillkür und Intoleranz«* am 8. Oktober 1995 in Görlitz. Diese stand im Zusammenhang mit den zahlreichen Festnahmen von Neonazis durch die Polizei, bei deren Akti-

vitäten in der Rudolf-Heß-Aktionswoche. Heute ist besagtes Postfach der offizielle Kontakt des VfV. Im Januar 1997 Jahres wurde Markert wegen mehrerer Delikte (schwere Körperverletzung, Kleben von Heß-Plakaten) zu drei Jahren Haft verurteilt. Bevor er im Herbst seine Strafe antrat, nahm er an der bereits erwähnten NPD-Demo am 5. Juli 1997 in Zittau teil. Dort marschierten u.a. RONNY JURAK und MARIO SCHWARZ, Gründungsmitglieder des Vereins NIEDERSCHLESISCHE JUGEND GÖRLITZ E.V. Letzterer fungiert als Vorsitzender des Vereins, der sich erst im Juni 1997 gründete und öffentlich bisher nicht nennenswert in Erscheinung trat. Was von einzelnen Mitgliedern jedoch nicht behauptet werden kann. Oben Genannte waren an mehreren rechtsradikalen Überfällen in den letzten Jahren beteiligt, zuletzt am 3. Oktober 1997 auf einen Dönerladen in Görlitz-Königshufen. Dort auch mit von der Partie STEFFEN HOLZ, der schon eineinhalb Jahre zuvor einem jugendlichen Antifa das Schienbein zertrümmerte und dafür vor Gericht mit 50 Stunden gemeinnütziger Arbeit davonkam.

Über Holz führt der Weg zum NIEDERSCHLESISCHEN FREUNDESKREIS FUßBALL GÖRLITZ E.V. (NFFG), der sich u.a. um die Aktivitäten des Fanclubs des Bezirksligisten NSV Gelb-Weiß Görlitz verdient macht. Im Dunstkreis des NFFG finden sich neben Holz etliche weitere Neonazis. So war beim Freundschaftsspiel NSV gegen Werder Bremen ein Großteil der Görlitzer Neonazis vertreten. Gemeinschaftlich wurde dann auch *»Komm' wir bauen eine U-Bahn bis nach Auschwitz«* und andere bezeichnende Liedchen in der Fankurve des NSV angestimmt. Am 19./20. Juli 1997 fand in Görlitz-Weinhübel das 3. Niederschlesische Fantunier statt, – organisiert vom NFFG. Trat schon beim vorjährigen Turnier eine Mannschaft an, deren T-Shirts das Konterfei von Rudolf Heß zierte, so wurde die Instrumentalisierung der Veranstaltung durch die örtliche Naziszene überdeutlich. Da traten Mannschaften mit so klangvollen Namen wie NPD WEIßWASSER und KAMPFKOLONNE TROTZENDORF an den Start und während einiger Spielansetzungen wurde die Reichskriegsflagge am Spielfeldrand gehißt. Hinzu kam ein Verkaufsstand mit entsprechenden Textilien und im Bierzelt war jede Menge Propagandamaterial, u.a. von der NPD, zu haben. Auch die Anwesenheit einiger örtlicher NPD-Kader spricht für sich.

Antifaschistischer Widerstand

Sieht es beim Thema Antifaschistischer Widerstand in ostdeutschen Kleinstädten eher düster aus, kann zumindestens Görlitz hierbei schon als eine der wenigen positiven Ausnahmen genannt werden. In regelmäßigen Abständen finden im Görlitzer Jugendkulturzentrum »Basta!« Veranstaltungen statt. Auch werden regelmäßig Flugblätter und Plakate im gesamten Stadtgebiet von Görlitz verteilt bzw. verklebt. Die mehrmaligen Angriffe engagierter Antifas auf Autos und Geschäfte von stadtbekannten Nazis sind ebenfalls Ausdruck für den vielfältigen Widerstand in Görlitz.



Matthias Chlebnitschek (1.v.r.) und Mario Ansorge (2.v.r.)

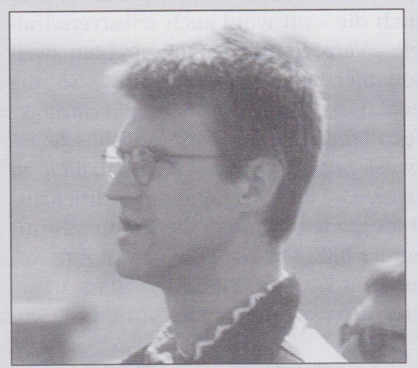
Eine der effektivsten Aktionen dürfte aber der Einstieg in das Görlitzer NPD-Haus gewesen sein, wo u.a. die gesamte Bibliothek beseitigt wurde. Am 24. Mai 1997 fanden sich ca. 600 Menschen in Görlitz zusammen, um gegen die Etablierung rechtsradikaler Strukturen zu demonstrieren. Das antifaschistische Bündnis wurde von PDS, SPD, Grünen, DGB und Kirchenvertretern getragen und kann durchaus als Erfolg gewertet werden. Da kann nur noch gehofft werden, daß dieser Trend anhält und die Nazistrukturen in der Oberlausitz in der Bedeutungslosigkeit versinken. ■

Berichtigungen zu alten Ausgaben

Liebe Leserinnen und Leser,

leider sind uns den beiden vorangegangenen Ausgaben zwei Fehler unterlaufen. Bei dem Bild unten wurden in der Ausgabe 40 auf Seite 21 die Personen verwechselt. Die Person links ist Jesper Hartmann, rechts ist Marcel Schilf zu sehen und nicht umgekehrt.

Wiederholt verwechselt wurden die beiden Betreiber des Lüdenscheider Donner-Versandes, Stephan Haase und Harald Theodor Mehr (†). Hier nun die richtige Zuordnung: Das Bild rechts oben zeigt Stephan Haase, rechts unten ist Harald Theodor Mehr zu sehen. Wir bitten um Entschuldigung für die Versehen.







Wer nichts wird, wird virtuell

Der »Nationale Medienverband« mit neuen Konzepten und Projekten

Als Ende des Jahres 1996 der langjährige Neonazi Christian Wendt ins Gefängnis wanderte, war dies ein schwerer Schlag für die medialen Bestrebungen der Neonazis um den Herausgeber der »Zeitungen der nationalen Erneuerung«, Frank Schwerdt. Wendt war und ist als »Leitender Redakteur« eine der treibenden Kräfte im Nationalen Medienverband, in dessen Rahmen die Berlin-Brandenburger Zeitung und deren Regionalausleger erscheinen. Lange Zeit konnte der VBR-Vortrag-Buch-Reise-Verlag mit Sitz in Berlin, der die Blätter herausgibt, lediglich Entschuldigungsbriefe verschicken.

Seit Mitte des vergangenen Jahres ist Wendt nun wieder frei und die Folgen ließen nicht lange auf sich warten: Mit verstärkten Aktivitäten und neuen Projekten ist der Medienverband auf den Plan getreten. Hinzu kommt, daß die ehemalige Mitglieder und Funktionäre des aufgelösten Neonazi-Vereins Die Nationalen e.V., die ihrem ex-Chef Schwerdt nicht in die NPD folgen, in den Projekten des Medienverbandes ein erweitertes Betätigungsfeld finden.

Aus der Not eine Tugend machen, dachten sich Ende letzten Jahres die MacherInnen der Berlin-Brandenburger Zeitung der Nationalen Erneuerung, wie sich die BBZ schwülstig pathetisch nennt. Viermal konnte das seit fünf Jahren unregelmäßig herausgegebene, eindeutig neonazistische Blättchen *»aufgrund staatlicher Repression«* nicht erscheinen. Damit, und durch die – oft wohl auch selbstverschuldete – Verzögerung der angestrebten zweimonatlichen Erscheinungsweise, so die Redaktion, *»war es der BBZ nur in einem geringen Maße möglich, auf tagespolitische Ereignisse mit der erforderlichen Aktualität zu reagieren.«* Entsprechend in Mitleidenschaft gezogen wurden die Tochterzeitungen der BBZ: Die Neue Thüringer Zeitung, das Junge Franken, die Süddeutsche Allgemeine Zeitung, die Mitteldeutsche Rundschau und die Westdeutsche Volkszeitung, die den überregionalen Teil der BBZ übernehmen und eigene Regionalseiten dazustellen.

Die eigene Unzulänglichkeit wird nun umgedeutet in eine *»Stärke in der inhaltlichen Aussage«* und daraus das neue BBZ-Konzept gebastelt. Künftig soll die Papierausgabe nur noch vierteljährlich erscheinen, zwölf Seiten Umfang haben und sich mit *»dem Wesentlichen«*, nämlich den *»weltanschaulichen Hintergründen«* beschäftigen. Für die aktuellen Dinge wurden neue Projekte aus dem Boden gestampft.

Der »Pressedienst«

Im November vergangenen Jahres wurde der »Pressedienst« BBZ-Aktuell ins Leben gerufen, der wöchentlich an die AbonenntInnen verschickt werden soll. *»Dabei geht der BBZ-Pressedienst zuerst an den Staat«*, heißt es in einer Ankündigung (Schreibweise im Original), *»sollte sich dieser gut einführen, werden weitere Pressedienste der Regionalzeitungen folgen.«* In dem »Pressedienst« wollen die Neonazis um Wendt und Schwerdt im bereits aus der BBZ bekannten antisemitischen und nationalsozialistischen Grundtenor das Tagesgeschehen kommentieren und die staatliche Repression bejammern. Neu ist eigentlich nur die Sparte »Blick nach links«, eine wahrhaft kreative Schöpfung. Hier versucht man sich in der Anti-Antifa-Arbeit, es finden sich die üblichen Verschwörungstheorien: Vom Aussteiger Ingo Hasselbach über die PDS bis zur Antifa wittern die Kameraden überall das Böse in Form von *»Kommandozentralen«* oder *»Kaderschmiede(n) von Alt- und Neo-Stalinisten«*.

Faktisch handelt es sich bei der BBZ-Aktuell um eine Auswertung der bürgerlichen und linken Tages- und Wochenpresse, die von überzeugten Nazis kommentiert und aufbereitet wird. Im Gegensatz zur alten BBZ hat sich nichts geändert, außer das die AbonenntInnen nun mit noch mehr Nachrichten bombardiert werden. Die Fotos werden immer noch aus dem AIB geklaut.

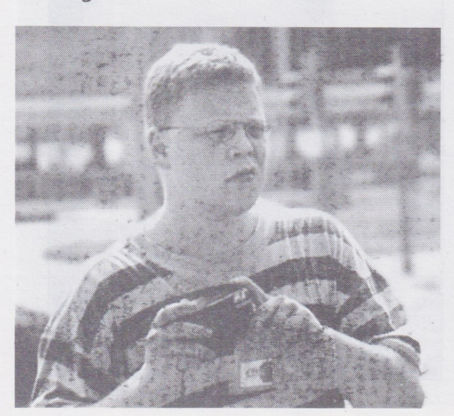
Die virtuelle BBZ und mehr

Als weiteren Ersatz für die Papierausgabe der BBZ und ihrer Tochterzeitungen ist das Blatt seit Oktober vergangenen Jahres mit einer eigenen Domain im World Wide Web des Internets vertreten. Die professionell aufgemachten Seiten dienen als virtuelle Ausgabe der BBZ und die Kameraden verwenden viel Energie auf diese Arbeit: Täglich werden neue Nachrichten eingespielt, bei denen es sich allerdings um die gleichen Meldungen handelt, die später in der BBZ-Aktuell veröffentlicht werden. Zu allem Überfluß werden die gleichen Texte dann auch noch in den beiden Mailbox-Netzen Thule und Nordland veröffentlicht. Für Kameraden ohne Internet-Zugang steht das im Oktober '97 in Betrieb genommene Nationale Infotelefon Preußen zur Verfügung, auf dem sich ebenfalls die zuvor bereits vierfach veröffentlichten Nachrichten wiederfinden. Betrieben wird das NIT von dem in Berlin-Schönefeld lebenden Mike Penkert.

Auch auf Holzwegen kann man stolpern

Der Kurswechsel der BBZ wirkt etwas verwirrend. Waren die Neonazis bislang bemüht, das Projekt BBZ in eine Massenzeitung münden zu lassen und breitere Bevölkerungsschichten zu erreichen, scheinen sie dies nun aufgegeben zu haben. Denn auch wenn die erste Papier-BBZ ab-

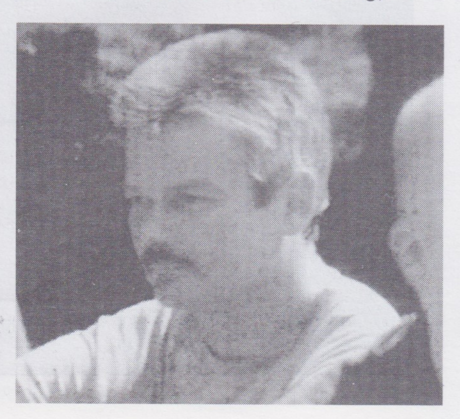
Verantwortlich für die Neue Thüringer Zeitung – Tino Brandt aus Rudolstadt



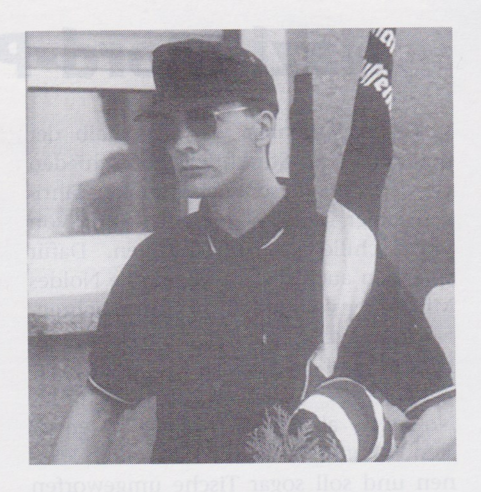
Führungsduo im Medienverband – Frank Schwerdt (links) und Christian Wendt



Mit Herzinfarkt im Krankenhaus – Rüdiger Kahsner (Westdeutsche Volkszeitung)



Mike Penkert betreibt das NIT Preußen. Er zeichnet auch verantwortlich für die Radioprojekte im Berliner Offenen Kanal, die sich ebenfalls zum Nationalen Medienverband zählen. Nachdem weitere Sendungen von Radio Deutschland und später Radio Germania im vergangenen Jahr vom Offenen Kanal untersagt wurden, frohlocken die Nazis nun, das sie bald wieder auf Sendung gehen würden. Außerdem sei ein Fernsehprojekt im Offenen Kanal geplant. Als weiteres Projekt hat der Medienverband nun auch eine eigene Tonträgerproduktion mit angeschlossenem Mini-Versand gestartet.



zuwarten bleibt: Nach dem Konzept zu urteilen, richtet sie sich mehr an die Szene als an Außenstehende. Daß die dann fehlende Außenwirkung durch den »Pressedienst« und die Internet-BBZ übernommen wird, kann getrost bezweifelt werden: Wer sucht sich schon im Internet die BBZ heraus oder abonniert die BBZ-Aktuell? Sollte die Papierausgabe der BBZ nach der Konzeptänderung tatsächlich ihre Funktion als »besseres Flugblatt«, daß man auf der Straße verteilen kann, verlieren, scheint die politische Gefährlichkeit des Medienprojekts arg gemindert: Es würde sich nicht mehr um unterschwellige nationalsozialistische Propaganda handeln, die in größerem Stil unter die Leute gebracht wird.

Genauso unverständlich wie diese Wandlung scheinen auch die neuen Projekte aus dem Kreis um Schwerdt und Wendt: Die Nazi-Szene wird mit den alles andere als weltbewegenden Nachrichten aus der BBZ-Redaktion bombardiert, die zumeist aus anderen Zeitungen abgeschrieben und kommentierend umformuliert werden. Und das nicht nur in einem Medium, sondern gleich in vier. Offensichtlich fühlt sich der Medienverband berufen, durch massive Präsenz im Internet und in den beiden Nazi-Mailboxnetzen Thule und Nordland über Berlin und Brandenburg hinaus das neofaschistische Lager ideologisch anzuführen. Dafür wird auch ohne Skrupel gelogen und übertrieben.

Ob sich auf diesem Weg ein Propagandaeffekt und eine stärkere Organisierung bei den Nazis einstellt, darf bezweifelt werden. Schließlich ersetzt ein Nazi vor dem Computer noch nicht den Nazi auf der Straße und die für alle öffentlich zugängliche Kommunikationsstruktur bedeutet noch nicht, daß diese auch angenommen wird. Die Strukturen des Nationalen Medienverbands selbst allerdings scheinen sich seit der Entlassung Wendts aus dem Knast weiter gefestigt zu haben und befinden sich im Auftrieb.

Totalausfälle und Personalmangel

Die BBZ *»sucht für den Ausbau ihrer Arbeit noch geeignete ehrenamtliche Redakteure und technische Mitarbeiter.«* Ein *»gewisses journalistisches Talent und eine nationale Grundhaltung«* werden vorausgesetzt, heißt es in der Internet-Ausgabe der BBZ vom 3. Januar. Dies ist nicht verwunderlich, verlor doch der Nationale Medienverbund mit dem Totalausfall von Thomas Kubiak, Andree Zimmermann und Harald Theodor Mehr, die sich auf der Autobahn totgefahren haben, laut BBZ-Aktuell *»drei wichtige Mitarbeiter, Redakteure und finanzielle Förderer.«*

Während Wendt noch über die Beteiligung *»radikal-israelischer Gruppen«* (sic!) an diesem Autounfall räsonniert, hat es bereits zwei weitere Kameraden schwer erwischt: Der Redakteur der Westdeutschen Volkszeitung, Ferdinand Eisenbrecher (vermutlich ein Pseudonym), sei bei einem Schußwechsel in Nepal schwer verwundet worden, während der Herausgeber des Blattes, Rüdiger Kahsner (Hagen), mit Herzinfarkt ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Neben der Frage, was bewaffnete deutsche Nazis in Nepal zu suchen haben, interessiert vor allem, ob sich der Nationale Medienverband von diesem *»schweren Schlag für die nationale Bewegung«* so schnell wieder erholen wird und die doch beträchtlichen personellen Verluste ausgleichen kann.

Chefredakteur Wendt dürfte einige Schwierigkeiten haben, ehrenamtliche Mitarbeiter zu finden, sind doch die meisten seiner militanten Kameraden oftmals geistige Tiefflieger. Trotzdem muß davon ausgegangen werden, daß sich diese legale publizistische Struktur noch eine Weile über Wasser halten kann. ■

Wer macht was bei den »Zeitungen der nationalen Erneuerung«?

Herausgeber
Frank Schwerdt
Leitender Redakteur
Christian Wendt
Weitere Redaktionsmitglieder
Carola Bauer, Jürgen Schwab alias Andreas Morbach, Karsten Voigt, Andreas Sennlaub, Andreas Schulz, Walter Menz, Jens-Ottfried Berger
Freie Mitarbeiter
Katrin Berger, Martina Voß, Udo Hempel, Steffen Dittmann, Ingo Günther, Erhard Kemper, Mike Penkert, Klaus Beier
Korrespondenten
Tino Brandt (Thüringen), Steffen Hupka (Sachsen-Anhalt), Udo Hempel (Sachsen), Jürgen Schwab alias Andreas Morbach (Franken, Bayern)
Online-Ausgabe
Rudolf Bachstein

Verantwortliche für die Regionalausgaben

Junges Franken
Klaus Beier (Miltenberg)
Neue Thüringer Zeitung
Tino Brandt (Rudolstadt)
Mitteldeutsche Rundschau
Udo Hempel (Weißwasser), Carola Bauer (Zahna)
Westdeutsche Volkszeitung
Rüdiger Kahsner (Hagen)
Süddeutsche Allgemeine Zeitung
Peter von Singhofen (Aichwald, Schwaben)

Broschüre über die BBZ

Dafür, daß eine breitere Öffentlichkeit von der durch und durch antisemitische und rassistische Hetze verbreitenden Zeitung Kenntnis nimmt, sorgt seit kurzem eine vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin herausgegebene Broschüre. Der ansonsten dürftigen Berichterstattung von Verfassungsschutz und Medien wird eine wissenschaftlich fundierte Inhaltsanalyse zur Seite gestellt, ergänzt durch einen Beitrag über Entstehung und Entwicklung des Neonazi-Blattes. Die Textsammlung kann gegen 2,50 DM inklusive Porto bestellt werden bei:

Antifaschistisches Pressearchiv
Falckensteinstr. 46
10997 Berlin

Nazi-Mord-Prozeß in Berlin:

Am 28. November 1997 endete der Prozeß gegen die beiden Berliner Nazikader Detlef Nolde (ehemals Cholewa) und Lutz Schillok mit Freiheitsstrafen von 30 Monaten und 14 Jahren ohne Bewährung. Sie waren angeklagt, die beiden Wittenberger Nazis Chris Danneil und Olaf Schmidke ermordet zu haben (siehe AIB Nr.39). Der langjährige FAP-Aktivist Lutz Schillok wurde wegen zweifachen Totschlages zu 14 Jahren Haft verurteilt. Das Gericht bescheinigte ihm aber noch, daß er nicht aus niedrigen Motiven oder politischen Gründen, sondern aus »*Verärgerung, die ihn plötzlich überkam*« gehandelt hätte. Detlef Nolde kam mit einer Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten wegen schwerer Körperverletzung in Tateinheit mit Beteiligung an einer Schlägerei davon. Ihm wurde bei der Urteilsverkündung sein Teilgeständnis und sein Bedauern positiv angerechnet. Außerdem hätte seine Tatbeteiligung zu keinen größeren Verletzungen geführt. Trotz der langen Prozeßdauer blieben im Endeffekt mehr Fragen als Antworten übrig. Der Richter spielte den Mord zu »*einer sinnlosen Tat aus banalem Anlaß*« herunter, so daß im Prozeß nicht ausreichend geklärt werden konnte, warum die beiden Wittenberger Nazis sterben mußten. Auch die Hintergründe der Verfassungsschutzkontakte des zeitweiligen Kameradschaftsführers Danny Thüring blieben weiterhin im Dunkeln. Detlef Nolde hat mittlerweile Revision eingelegt und befindet sich momentan wieder auf freiem Fuß.

Die nationale Bewegung ist sich einig: Der Mord ist unentschuldbar (...) Die Täter sind bekannt. Sie gehörten bisher der Kameradschaft Treptow an (...) Ein Zurück in die Reihen der nationalen Bewegung kann und wird es für die Täter nicht geben. Auch auf »Solidarität« ihrer ehemaligen Mitstreiter können sie nicht hoffen,« hieß es noch in der August/September-Ausgabe der Mitteldeutschen Rundschau. Nur einen Monat später war in der Internet-Ausgabe der Berlin-Brandenburger-Zeitung (BBZ) schon von einer »*Wende im Prozeß gegen Nolde und Schillok*« zu lesen. Detlef Nolde sei kein konkreter Tatvorwurf zu machen, denn dieser habe weder aktiv noch passiv Anteil am Tötungsdelikt gehabt. Er habe teilnahmslos am Rande des Geschehens gestanden, während sich die Tat vollzog. Schillok hingegen werde von ehemaligen Kameraden nachgesagt, daß er manchmal unkontrolliert und jähzornig sei. Der »Schwarze Peter« war somit vergeben. Offenbar war innerhalb der Berliner Nazi-Strukturen entschieden worden, den vielseitig aktiven, langjährigen Kader Detlef Nolde auf Kosten von Lutz Schillok freizubekommen. Dafür sprechen auch die Aussagen, die Noldes Mitstreiter vor Gericht für ihn machten. Frank Schwerdt, Mike Penkert, Hann-Jörg Rückert und das Ehepaar Lars und Babette Thomsen waren sichtlich bemüht, Nolde als absolut betrunken zu entlasten. So hätte er kaum noch laufen können und soll sogar Tische umgeworfen haben. Die Polizeizeugen hingegen hatten zwar bei Nolde nach dessen Verhaftung eine Alkoholfahne, aber kein ausfallendes Verhalten bemerkt. Er hatte sogar noch versucht, von seiner Zelle aus mit seinem Handy zu telefonieren. Da die Polizisten aber, trotz ständiger Ermahnungen von Lutz Schillok, das Blut der beiden Verhafteten erst zwölf Stunden nach der Tat abnahmen, mußten die ermittelten 0,0 Promille zugunsten der Angeklagten auf 2,4 Promille hochgerechnet werden.

Nachdem vor Gericht die Kontakte von Danny Thüring zum Verfassungsschutz von Sachsen-Anhalt öffentlich wurden, tauchte wieder die These des »Feme-Mordes« auf: Die Tat habe eigentlich Danny Thüring gegolten, dessen Vornahmen Danny mit dem Nachnahmen Danneil verwechselt worden sein soll. Die Redakteure der BBZ wurden daraufhin mit Aussagen diesbezüglich vorsichtiger. Hieß es noch in der Mitteldeutschen Rundschau »*Presseberichte, wonach es sich um einen sogenannten »Feme-Mord« gehandelt haben soll, entbehren jeder Grundlage. Anhaltspunkte, die darauf deuten würden, sind nicht erkennbar.*«, war von solchen Beteuerungen in der BBZ-Internet-Ausgabe schon nichts mehr zu lesen. Stattdessen wurden nur noch die Fragen aufgeworfen »*Warum eskalierte der Streit?*« , »*Welchen Anteil hatten die Angeklagten wirklich am Tatgeschehen?*« und »*Wo liegt das Motiv für diese abscheuliche Tat*«. Die zweite Frage zumindestens erübrigt sich nach dem Prozeß. Sie ist mit die einzige, die im Laufe der Verhandlung halbwegs geklärt werden konnte.

In der Nacht zum 17. April 1997 feierte der Chef der Kameradschaft Berlin Nord-Beusselkiez Mike Penkert zusammen mit Bekannten aus der Nazi-Szene seinen Polterabend im Vereinslokal Waldesgrund in Berlin-Johannistal. Dieses Vereinslokal einer Laubenkolonie diente nach Aussagen örtlicher Antifas immer wieder als Treffpunkt für Mitglieder der militanten Kameradschaft Treptow, in der die beiden Angeklagten organisiert waren. In den frühen Morgenstunden des 17. April machten sich die Wittenberger Nazis Olaf Schmidke (32), Chris Danneil (26), Manuela Groß (19), Enrico Pertsch (23) und Danny Thüring (22) mit ihrem Auto auf den Nachhauseweg. Sie entschlossen sich, Lutz Schillok und Det-



Foto oben: **Detlef Nolde/Cholewa auf einer F.A.P-Demonstration in Berlin**
Foto unten: **Berliner F.A.P.-Aktivisten zu Besuch bei der DNSB in Dänemark (24.06.1989). 2.v.l Lutz Schillok, 5.v.l Manfred Hollmann, 1.v.r. Arne Kaupat**



Mehr Fragen, als Antworten

lef Nolde bis zum nahegelegenen S-Bahnhof Adlershof mitzunehmen.

Im Laufe der Fahrt entwickelte sich zwischen den Angeklagten und den beiden Opfern ein Streit, der letztendlich die Morde verursacht haben soll. Die Frage, worum es bei diesem Streit nun aber genau ging, konnte das Gericht bis zum Schluß nicht endgültig aufklären. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft soll sich der Streit um das Datum des Verbots der FAP gedreht haben. Nach Aussagen von Lutz Schillok hätten ihn die Wittenberger während der Fahrt mit zielgerichteten Fragen über seine politischen Kontakte und persönliche Sachen provoziert. Er legte dem Gericht nahe, daß einer der Wittenberger ein Spitzel gewesen sei, der ihn aushorchen wollte. Über das Datum des FAP-Verbotes hätte sich niemand gestritten. Nolde gab an, überhaupt keine Ahnung zu haben, worum sich der ganze Streit gedreht habe, da er total betrunken gewesen sei und ab 22 Uhr einen Filmriss gehabt hätte. Die Wittenberger erklärten, daß Schillok die ganze Zeit lautstark über sich und seine Wichtigkeit in der FAP berichtet hatte, worüber sich wiederum Chris Danneil aufgeregt hätte. Am S-Bahnhof Adlershof verließen dann die vier weiterhin Streitenden den Wagen. Warum auch die beiden Wittenberger mit aus dem Auto stiegen, ließ sich nicht klären. Auch über die Frage, wer wann und wo gesessen hätte und usgesstiegen sei, und wer dann wann und wo was gemacht hätte, konnten sich die Prozeßbeteiligten nicht einig werden.

Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sprühte zunächst Detlef Nolde den beiden Wittenbergern Reizgas ins Gesicht, um sie kampfunfähig zu machen. Als diese sich schützend die Hände vor die Augen hielten, trat Nolde hinter Olaf Schmidke und riß dessen Arme auf Schilloks Befehl nach hinten, so daß Schillok mit seinem Messer auf den wehrlosen Schmidke einstechen konnte. Anschließend wandte sich Schillock Danneil zu und versetzte ihm einen Messerstich in die Brust. Nachdem Danneil zusammengebrochen war, beugte sich Schillok nochmal über den am Boden Liegenden und stach auf dessen Rücken ein.

Nach den Aussagen von Schillok hingegen hätten die Wittenberger kurz miteinander getuschelt und seien dann vor ihm ausgestiegen. Als er dann ausstieg, sei er sofort angegriffen, von hinten festgehalten und niedergeschlagen worden. Dann hätte sein Gedächtnis bis zu dem Zeitpunkt, wo er mit vollgemachter Hose festgenommen wurde, ausgesetzt. Detlef Nolde behauptet, Schillok mit seinem Reizgaseinsatz in dessen Notlage habe helfen zu wollen. Anschließend hätten sich die Wittenberger wieder ganz normal ins Auto gesetzt, und er wäre wegen seines Reizgaseinsatzes seh- und hörunfähig gewesen.

Die Rechtsanwälte HANS-GÜNTHER EISENECKER, WOLFRAM NAHRATH (ehemals WIKING-JUGEND) und JOACHIM EHLKE versuchten während des ganzen Prozesses, Widersprüche zu konstruieren, die Glaubwürdigkeit der Wittenberger anzuzweifeln und eine Notwehrsituation für ihre Mandanten zusammenzubasteln. Vor allem RA Eisenecker versuchte immer wieder, den WittenbergerInnen – insbesondere Manuela Groß – die Schuld für die Morde in die Schuhe zu schieben. Als ihm das Gericht eine zweite Vernehmung von ihr nicht genehmigte, kam es zu einem merkwürdigen Zufall: Genau an dem Tag, als Eisenecker sie vernehmen wollte, tauchte sie ungeladen im Gerichtssaal auf. Sie gab bei der dann schließlich doch durchgeführten Vernehmung an, daß sie von ihrem Freund TOBIAS WILLENBERG fälschlicherweise erfahren hätte, daß sie nochmal gerichtlich vorgeladen worden sei. Letztendlich erreichte Eisenecker aber, daß Nolde noch vor der Urteilsverkündung Haftverschonung bekam.

Abschließend bleibt, wie bei dem Prozeß gegen KAY DIESNER in Lübeck, festzustellen, daß zwar die Taten geklärt wurden, die Hintergründe aber im Unklaren blieben. Diese könnten durchaus interessant sein, wenn man bedenkt, daß der langjährige Chef der KAMERADSCHAFT WITTENBERG bzw. der KAMERADSCHAFT ELBE-OST, Danny Thüring, mit dem VS-Sachsen-Anhalt in Kontakt stand. Schon 1996 outete sich der Ex-Wittenberger PETER SCHULZ im Spiegel als Spitzel des Verfassungsschutzes. Dies wäre nicht das erste und vermutlich nicht das letzte Mal, daß Verfassungsschutz-Informanten Nazistrukturen aufbauen. ■

Prozeßbeteiligte

Detlef Nolde
geb. 28.12.1969, Berlin, Zimmermann, Metallfacharbeiter, Ex-NPD-Chef Ost-Berlin, NPD-Wahlkandidat, JN-Verantwortlicher Ost-Berlin, Leiter der KAMERADSCHAFT JOHANNISTAL, Vorsitzender des FAP-Kreisverbandes Berlin-Treptow, Schulungsverantwortlicher der FAP-Berlin, Wahlkandidat der NATIONALEN, Redakteur der BBZ, Leiter der KAMERADSCHAFT TREPTOW, ANTI-ANTIFA BERLIN, beteiligt an der »Bildung eines bewaffneten Haufens« bei Arnulf Priem, Teilnehmer am BERLINER RUNDEN TISCH, beteiligt an Körperverletzungen und Propagaandaktionen.

Lutz Schillok
geb 20.2.1963, Berlin, Schwimmeistergehilfe, Führungskader der WIKING-JUGEND in West-Berlin, Aktivist der BÜRGERINITIATIVE FÜR DEMOKRATIE UND IDENTITÄT (BDI) in West-Berlin, Wachschützer bei der britischen Armee, führender FAP-Aktivist, Parteipräsident der FREIHEITSPARTEI (FP), Kandidat auf Platz drei der FP-Liste, Redner auf DNSB-Veranstaltungen in Dänemark, an Propagandaaktionen beteiligt, Teilnehmer am Berliner Runden Tisch, Kameradschaft Treptow

Danny Thüring
22 Jahre, Wittenberg, Chef der KAMERADSCHAFT WITTENBERG bzw. ELBE-OST, leitete am 4.4.1996 einen Überfall auf Antifas in Wittenber, Kontakte zum Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt

Olaf Schmidke
32 Jahre, Wittenberg, in der DDR in der Volkspolizei, Stasi-Mitarbeiter, SED-Mitglied, Bordellbetreiber, am 17. April 1997 erstochen

Chris Danneil
26 Jahre, Wittenberg, zeitweilig Chef der Kameradschaft Elbe-Ost, am 17. April 1997 erstochen

Enrico Pertsch
23 Jahre, Wittenberg

Manuela Groß
19 Jahre, Wittenberg

Mike Penkert
geb. 1968, Kandidat der Nationalen, Chef der Kameradschaft Berlin Nord-Beusselkiez, RADIO GERMANIA, BBZ-Redakteur, Betreiber des NIT PREUßEN

Frank Schwerdt
geb. 22.7.1944, CDU, REP, NPD, Nationale, BvF, BKP, Herausgeber der BBZ

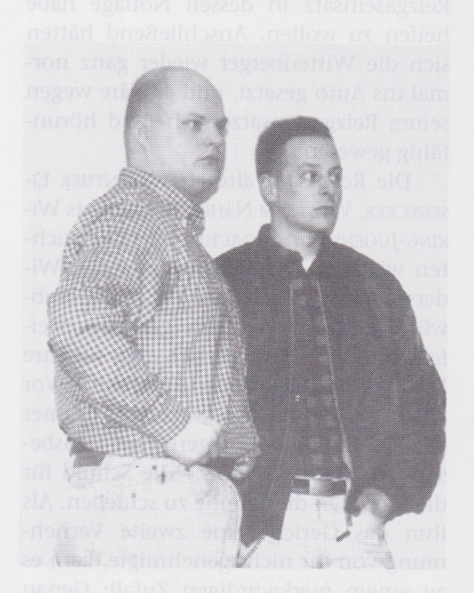
Hann-Jörg Rückert
geb. 4. August 1955, Schatzmeister der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN, beteiligt an der »Bildung eines bewaffneten Haufens« bei Arnulf Priem

Lars/Babette Thomsen
23 Jahre, Waßmannsdorf

»Der Kubiak war's!«

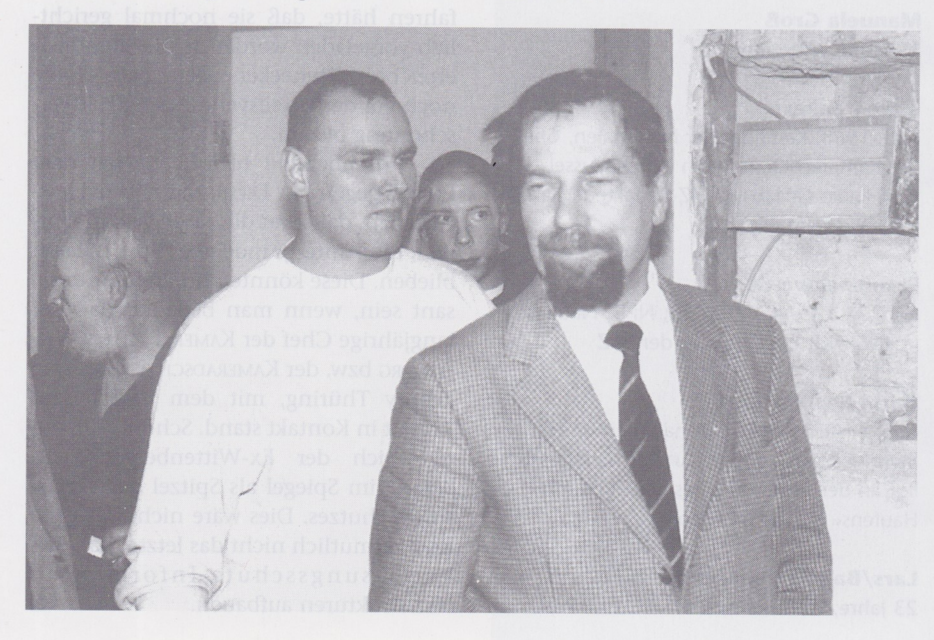
Prozeß wegen des Hess-Marsches 1996 in Worms

Erproben die Neonazis eine neue Prozeßstrategie? Beim Prozeß um die Leitung des verbotenen Rudolf-Hess-Marsches 1996 in Worms versuchten die Angeklagten THOMAS WULFF, HOLGER APFEL und JENS PÜHSE den kurz vor Prozeßbeginn tödlich verunglückten THOMAS KUBIAK als zentrale Figur des verantwortlichen AKTIONSKOMITEES RUDOLF-HESS hinzustellen. Doch dies war dem Gericht dann doch zu durchsichtig.



Jens Pühse (links) und Alexander Feyen

»Ich und mein Anwalt«: Thomas Wulff (2.v.l.) und Jürgen Rieger (4.v.l.) sind noch guter Dinge



Am 17. August 1996 waren in 120 Städten Kundgebungen und Demonstrationen »zu Ehren« des Hitler-Stellvertreters RUDOLF HESS angemeldet und verboten worden. Über eine ca. 30 Kontaktpersonen umfassende Mobilisierungsstruktur, in der die jeweiligen Führungskader aus dem Spektrum der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) und der AUTONOMEN KAMERADSCHAFTEN in zwei Gruppen aufgeteilt (Gruppe Nord und Gruppe Süd) mit ihrer Handynummer verzeichnet waren, gelangten dennoch 250 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet nach Worms.

Die Leitung des Marsches durch die Innenstadt übernahmen THOMAS WULFF, HOLGER APFEL und JENS PÜHSE. Sie richteten per Megaphon Anweisungen an die TeilnehmerInnen und hielten kurze Reden. Erst nach über zwei Stunden, als sich ein Teil der Neonazis bereits auf dem Rückweg befand, setzte ein Sondereinsatzkommando der Polizei dem Spektakel ein Ende und nahm über 170 Neonazis fest. Nach Fulda 1993 war dies eine erneute Schlappe für die Behörden, die nachfolgend in Erklärungsnotstand gerieten. Auf Landesebene zog die Suche nach den Verantwortlichen Kreise bis in den Rheinland-Pfälzischen Landtag.

Nachdem Wulff, Pühse und Apfel bereits im Februar '97 Strafbefehle wegen ihrer Leitungs-Tätigkeit ins Haus geflattert waren, fand nun im November 1997 vor dem Wormser Amtsgericht der Prozeß statt. Basierend auf einem Amateur-Video, das den Aufmarsch von Beginn an dokumentiert, hatte die Staatsanwaltschaft Anklage nach § 26 Abs.2 Versammlungsgesetz erhoben.

Starke polizeiliche Sicherheitsvorkehrungen, Bodyguards für die »Rechts«-Anwälte JÜRGEN RIEGER (Wulff) und GÜNTHER HERZOGENRATH-AMELUNG (Pühse) sowie die Festnahme einiger Neonazis vor dem Gerichtsgebäude sollten einen störungsfreien Ablauf sicherstellen. Anscheinend blieb den Sicherheitsbehörden diesmal nicht verborgen, daß die Neonaziszene über ihre NATIONALEN INFOTELEFONE und über verschiedene Publikationen zum Prozeß-Auftakt mobilisiert hatte. Die Solidarität der KameradInnen hielt sich jedoch in Grenzen. Waren am ersten Verhandlungstag immerhin die komplette JN-Führungsspitze aus dem Rhein-Neckar-Kreis, Skinhead-Chef CHRISTIAN HEHL aus Ludwigshafen sowie zwei Autoladungen von Neonazis aus Westfalen und Hamburg angereist, so waren an den weiteren Tagen Presse, Polizei und Verfassungsschutz auf den Zuhörerbänken weitgehend unter sich.

Sie durften einer Strategie der Verteidiger lauschen, die an Dreistigkeit nicht viel zu wünschen übrig ließ. In seiner Einlassung zu Beginn des Prozesses gab Holger Apfel die Richtung vor: Der Verantwortliche des Aufmarsches sei THOMAS KUBIAK gewesen. Da dieser aber am Vormittag des 17. August 1996 mit weiteren 50 Personen bei der Einreise von Frankreich nach Deutschland festgenommen worden sei, hätten er, Wulff und Pühse spontan koordinierende Aufgaben übernommen bzw. kurze Reden und Sicherheitshinweise an die Teilnehmer gerichtet. Im übrigen sei man davon ausgegangen, daß es sich um eine genehmigte Veranstaltung gehandelt habe, da – so seine Logik – die Polizei ja auch über zwei Stunden nicht eingegriffen habe. Pühse, auf dem Video mehrfach mit Handy am Ohr zu sehen, behauptete gar, Bestellungen für seinen Musik-Versand entgegengenommen zu haben.

Das schien dem Neonazi WEIK aus Zweibrücken (Saarland) so genial, daß er in seiner Zeugenaussage bezüglich eines am 17. August 1996 mit den Organisatoren des Aufmarsches geführten Telefonates angab, nicht er habe telefoniert, sondern seine Ehefrau. Diese könne das aber leider nicht bestätigen, da auch sie im Mai diesen Jahres verstorben sei. Als weitere Zeugen der Verteidigung waren TOBIAS TIESSEN aus Hamburg und CLEMENS DAVE SCHIEK aus Remseck bei Stuttgart geladen. Als Anmelder mehrerer Demonstrationen sollten sie belegen, daß es sich bei diesen nicht um Scheinanmeldungen gehandelt habe. Schiek, der damals dem JN-Landesvorstand angehörte, und der in vier Städ-



Als Zeuge geladen: »Witwer« Weik aus Zweibrücken (Saarland). Er reiste zusammen mit dem Saarbrückener Nazi-Kader Schlapphall nach Worms

ten Kundgebungen unter dem Motto *»Versammlungsfreiheit statt Verbote«* angemeldet hatte, konnte das natürlich bestätigen, Tiessen ließ sich derweil entschuldigen. Die Aussagen der geladenen Polizeibeamten brachten erwartungsgemäß wenig, was nicht weiter verwunderte, lief doch der Aufmarsch weitgehend ohne ihre Gegenwart ab.

Dennoch dürften sie der rechten Szene in deren selbstgerechten »Kampf gegen das Unrechtssystem« neue Munition geliefert haben. So berichtete ein ranghoher Beamter des Polizeipräsidiums Mainz von einer Innenministerkonferenz im Jahre 1994, auf der beschlossen worden sei, grundsätzlich jede Veranstaltung zum Gedenken an Rudolf Hess im Monat August zu verbieten und trotzdem stattfindende Veranstaltungen aufzulösen. Diese Aussage sorgte für einige Aufregung, fast schon für Tumulte zwischen den Zeugen, der Staatsanwaltschaft und den Verteidigern.

Verurteilt wurden die drei Neonazi-Führer trotzdem: Wulff erhielt eine sechsmonatige Haftstrafe auf drei Jahre Bewährung und 240 Stunden gemeinnütziger Arbeit, Pühse 120 Tagessätze von jeweils 60,- DM und Apfel 90 Tagessätze à 30,- DM.

Die vergleichsweise hohe Strafe für Wulff wurde u.a. mit seinen acht einschlägigen Verurteilungen im Zeitraum von 1984 bis 1993 begründet. Aufgrund des Video-Filmes sei die leitende Rolle der Angeklagten bewiesen. Als langjährige Aktivisten der Szene hätten sie gewußt oder wissen müssen, daß der Aufmarsch unrechtmäßig gewesen sei. Vielmehr hätten sie das Ziel gehabt, die Sicherheitskräfte zu narren. Und in diesem Zusammenhang spiele es auch keine Rolle, ob nun der eigentliche Organisator der Herr Kubiak gewesen sei. ■

Die Organisationsstruktur der Nazis beim Rudolf-Hess-Marsch '96

Über diese Telefon-Liste dirigierte das Aktionskomitee Rudolf Hess '96 die Neonazis nach Worms. Nach eigenen Angaben setzte sich das Komitee aus 10 Personen zusammen, darunter Vertreter der NPD-Bundesführung, des JN-Bundesvorstandes sowie Kai Dalek und Andree Zimmermann als selbsternannter Sprecher. Das von ihm betriebene Nationale Infotelefon (NIT) Sauerland und das NIT Rheinland fungierten als »autorisiertes Sprachrohr« des Komitees. Die im Original angegebenen Telefonnummern sind größtenteils nicht mehr aktuell, deshalb wurde auf eine Dokumentation verzichtet.

Gruppe 1:

1. Steiner (Thomas Wulff)
2. Thomas Kubiak
3. Zimmermann
4. Siggi Borchardt
5. Klaus Beier
6. Axel Michaelis
7. Hauptfeld
8. Mulle/HH
9. Kappke
10. Rossmann
11. Srock/Saalfeld (?)
12. Dlatzel/Saalfeld
13. Roal/Rudolstadt
14. Marek/Jena
15. Ritter/Illmenau
16. Michael See
17. Steffen Hupka
18. Sascha Wagner
19. Falco Schüssler

Gruppe 2:

1. Schwerdt
2. Schweigert
3. Holger Apfel
4. Schlechta (?)
5. Dalek
6. Kursawe
7. Malcoci
8. Bernd Stehmann
9. Jürgen Sünkel
10. Tino Brandt
11. Zwo/Sonneberg
12. Nikolaus/Saalfeld
13. Kai/Saalfeld
14. Enriko/Sonneberg
15. Marko Zimt/Gotha
16. JN-KV Dresden
17. Peter/Sachsen
18. Gießmann/Hessen
19. Achim Ezer
20. Andreas Storr
21. Jörg Hähnel
22. Jens Pühse
23. Michael Prümmer
24. H. T. Mehr
25. Michael Dräger
27. Michael Hehl/Hehli
28. Tegetoff
29. Tobias Thiessen
30. Marquardt (?)

gesondert aufgeführt:

1. Golkowski
2. Handschuh/Sachsen
3. Jan Zobel/Hamburg

Keine elf Monate nach dem Mord an Frank Böttcher überfielen Anfang Januar neofaschistische Skinheads eine Gruppe Punks und ihre FreundInnen in einer Wohnung. Dabei wurde der 23jährige Gordon G. lebensgefährlich verletzt. Die Situation gleicht der im Vorjahr: die regionale Presse spricht vom »Szenekrieg«, und die Stadt bangt um ihr Image.

Magdeburg: Wieder rechte Schläger unterwegs



Bis vor Kurzem bei Rühes rechter Truppe: Der Tatbeteiligte Andreas Lampe

Am späten Abend des 3. Januar überfielen 13 neofaschistische Skinheads eine von Punks gemietete Wohnung im Magdeburger Stadtteil Cracau. Bis auf den schwerverletzten Gordon G. konnten alle Anwesenden aus der Wohnung flüchten. Der Überfall galt Peter Böttcher, dem Bruder des ermordeten Frank Böttcher. Peter Böttcher hielt sich zum Zeitpunkt der Tat jedoch nicht in Magdeburg auf. Er hatte in den letzten Monaten immer wieder mündliche und schriftliche Todesdrohungen erhalten. Außerdem sollen Personen aus der rechten Szene seit längerem versucht haben, die Meldeadresse Peter Böttchers zu bekommen. Bei ihrer polizeilichen Vernehmung gaben die Täter an, den Punks »eine Lektion erteilen« zu wollen. Laut Staatsanwaltschaft hatte sich eine Hausbewohnerin bei ihrem Schwiegersohn über die Lärmbelästigung beschwert. Dessen Zögling war am Überfall beteiligt.

Eine neue Qualität erhält dieser Überfall vor allem dadurch, daß er zielgerichtet erfolgte und die Skinheads ihre Tat geplant hatten. Der Kreis der Täter bzw. der Tatverdächtigen, unter ihnen Andreas Lampe, Enrico Kirchhoff und Marcel Donath, rekrutiert sich aus der rechten Szene des Neubaugebietes Magdeburg Olvenstedt, eben jenem Stadtteil, aus dem auch der Mörder Frank Böttchers kam. AntifaschistInnen sind sie zum Teil seit mehreren Jahren als zum Kern der rechten Schläger gehörend bekannt. Mindestens zwei von ihnen sind u.a. wegen der Beteiligung an den Ausschreitungen zu Himmelfahrt 1994 vorbestraft. Alle gefaßten Täter sind voll geständig. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen »versuchten Totschlag« und »schweren Landfriedensbruch« vor. Allerdings befinden sich sieben Tatbeteiligte wieder auf freiem Fuß. In Olvenstedt verfügt die rechte Szene unverändert über einen starken Einfluß auf die dort lebenden Jugendlichen. Er wird über informelle Strukturen wie Cliquen, Jugendclubs und die Präsenz auf der Straße aufrecht gehalten. Es ist normal, rechts zu sein. Ungehindert werden nicht nur in Olvenstedt fast täglich SkaterInnen, RapperInnen, AusländerInnen und Linke angegriffen. Vor diesem Hintergrund kann die Szene beim Agieren in diesem Stadtteil auf die Einbindung in feste Strukturen wie Parteien und Verbände verzichten. An einer gezielten, längerfristigen politischen Arbeit ist diese Subkultur ohnehin meist nicht interessiert. Jedoch sind viele rechte Skinheads/Hools durchaus für Aktionen der organisierten Neonaziszene, wie Aufmärsche und Konzerte, mobilisierbar.

Der Kontext, in dem dieser Überfall geschah, reduziert sich allerdings nicht auf die rechte Szene in Olvenstedt. So hat die Stadt einerseits für insgesamt 6,7 Millionen DM einen Jugendclub bauen lassen und auch die Polizei in Gestalt eines Sportvereins in die Jugendarbeit eingespannt. Bei diesem sogenannten ALSO-Projekt spielen die Faschos Fußball mit Polizeitrainern. Andererseits versuchen sich Teile der Stadtverwaltung, vor allem aber die CDU–Fraktion, beim Umgang mit alternativen Wohnprojekten/Jugendclubs im Vorfeld des Wahlkampfes, auf dem Feld der inneren Sicherheit zu profilieren. Polemisiert wurde gegen den »Straßenterror linker Chaoten«. Gemeint waren damit nicht Angriffe auf StadtviertelbewohnerInnen, sondern Sprühereien und Farbeier an Häuserwänden.

Noch im Oktober ´97 hatte die städtische CDU *»die Ausschöpfung aller juristischen Möglichkeiten zur Räumung«* der Wohnprojekte Uhlandstr. 8 und Raabestr. gefordert. Gerade diese Projekte sind es jedoch, die den betroffenen Punks und ihrem Umfeld einen gewissen Schutz vor rechten Überfällen bieten. Wie nach dem Mord an Frank Böttcher, versuchen die Stadtpolitiker ihr Scheitern und die verschärfte Bedrohungssituation von Randgruppen herunterzuspielen. AntifaschistInnen betonten dagegen die ungebrochene Kontinuität rechter Überfälle: Dafür stehen die Ermordung Thorsten Lamprechts 1992, die Ausländerhatz 1994 und der Mord an Frank Böttcher. Die Stadt fürchtet nun wieder nur um ihr ehedem beschädigtes Image und sah sich nur genötigt, zu einer Lichterkette »gegen Gewalt« am 16.01.98 aufzurufen.

Um den Gesamtzusammenhang zu thematisieren und an die Ermordung von Frank Böttchers im Februar 1997 zu erinnern, rufen AntifaschistInnen am 8. Februar ’98 zu einer bundesweiten Demonstration in Magdeburg auf. ■

Antifa-Nachrichten-Doku

Nr. 22

Februar/März '98



IMPRESSUM:
Was Geht Ab? Nr. 22
Februar/März '98

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Kai Mara
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin

Die »Was geht ab?« erscheint seit der Nr. 19 als ständige Beilage im Antifaschistischen INFO-Blatt. Für Abo, Nachdruck und alles weitere gelten dessen Bedingungen.

Bundesweit

Nazi-Aktionen am »Volkstrauertag«

Presse November 1997 – In ganz Deutschland fanden am Wochenende des 15./16. November 1997 Aktionen von Nazis zum *»Volkstrauertag«*, unter Nazis auch *»Heldengedenktag«* genannt, statt. Am 15. November gab es im Saarland eine Saalveranstaltung mit etwa 100 Nazis in der Nähe von Saarbrücken. Redner waren der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende der ***Republikaner*** Saarland und der Ex-***FAP***-Kader **Friedhelm Busse**, außerdem quälte *»ein junger Liedermacher aus Mannheim«* die Klampfe. Am 16. November führten etwa 30 Nazis eine Kranzniederlegung auf einem Soldatenfriedhof im Saarland durch. Auf einem Duisburger Friedhof wurden etwa 20 Neonazis von der Polizei daran gehindert, an einer Veranstaltung ehemaliger Wehrmachtssoldaten und Vertriebener teilzunehmen. In Thüringen legten ca. 50 Nazis einen Kranz nieder. Laut ***NIT*** hatten sie vorher durch *»Ausstreuen von Blindgängern«* den Ort der Kranzniederlegung erfolgreich vertuscht.

Bei Kiel verhinderte ein antifaschistisches Aktionsbündnis ein geplantes Nazitreffen in dem Ort Bünsdorf. Im Rahmen des Thule-Seminars wollten sich dort bekannte Nazifunktionäre, wie der Leiter des ***Thule-Seminars***, **Pierre Krebs**, und der Hamburger Nazi-Kader **Jürgen Rieger** auf Einladung des Kieler ***JN***-Kaders und ***Bündnis Rechts für Schleswig-Holstein***-Mitglieds **Andreas Rothmann** treffen. Die Bardin »Swantje Swanhit«, bürgerlich heißt die Hamburgerin schlicht **Iris-Kathrin Fischer**, sollte die Gäste des Seminars mit ihrer Musik entzücken. Doch diesmal konnte sie ihren Gäste nicht mit »Elfenzauber« entzücken – erst gelang es AntifaschistInnen einen Schleusungspunkt der Nazis zu besetzen, und so das anreisen einiger Nazis zu verhindern – später blockierten sie den Veranstaltungsort und als die Besitzerin über den Charakter der Veranstaltung informiert wurde, sagte sie den Nazis ab. Die mußten das Treffen platzen lassen, weil es ihnen nicht mehr gelang Ersatzräume zu organisieren. In Henstedt-Ulzburg bei Hamburg versammelten sich am 16.11. etwa 200 AntifaschistInnen unter dem Motto *»Kein Heldengedenken in Ulzburg!«* zu einer erst in letzter Minute genehmigten Demonstration. Die Gemeinde Ulzburg richtet alljährlich eine Ehrung der toten Wehrmachtssoldaten aus, an der neben der örtlichen ***CDU***-Spitze auch zahlreiche Altnazis und Neofaschisten aus dem Umfeld der verbotenen Nationalen Liste teilnehmen. Nach der Antifademo kesselte die Polizei einen Teil der TeilnehmerInnen ein und nahm 67 AntifaschistInnen vorläufig fest. Nach der erkennungsdienstlichen Behandlung im Polizeirevier Norderstedt wurden vier von ihnen von Zivilpolizisten mit gezogener Waffe angegriffen. Als einige der ebenfalls aus dem Polizeigewahrsam entlassenen Antifas ihnen zur Hilfe eilten, nahmen die Beamten erneut sechs Personen fest. In Magdeburg trafen sich ebenfalls am 16. November. ca. zehn Nazis, darunter ***Republikaner*** und ***NPD***ler, um an einem Denkmal für die während des Bombardements im Januar 1945 umgekommenen MagdeburgerInnen einen Kranz mit der Aufschrift *»In ehrendem Gedenken - REP und NPD Magdeburg«* niederzulegen, der Kranz wurde später von aufmerksame Antifas entfernt. In Brandenburg/Berlin fand ein JN-Liederabend mit **Jörg Hähnel** statt, laut Polizei und Presse kam es zu einem Angriff von Antifas, näheres dazu siehe Berlin-Seite.

Sie kamen nicht durch: Pierre Krebs, Andreas Rothmann, Jürgen Rieger (v.l.n.r.)



Chronologie

27. September - In Weimar stach ein 16jähriger Deutscher einen Vietnamesen nieder. Er und zwei Begleiter wollten bei dem Vietnamesen Bier kaufen, waren aber mit dem Preis nicht einverstanden. Daraufhin stach der Täter ihm ein Messer in den Bauch, wobei dieser lebensgefährliche Verletzungen in Leber und Niere erlitt. Gegen die drei wurde Haftbefehl erlassen.

29. September - In Pritzwalk griff ein deutscher Rassist einen Inder an und verletzte ihn schwer. Der Täter wurde später von der Polizei festgenommen.

1. Oktober - In Jüterbog gestand ein 19jähriger, einen Friedhof geschändet zu haben.

★ Start einer Infomationsreihe u.a. über Rassismus in Kinderbüchern von der »Aktion 3. Welt Saar«

★ Von der NPD wird bekannt gegeben, daß sich der 34jährige Winfried Korth (Stadtradt der Republikaner in Mannheim) einer Geschlechtsumwandlung unterziehen möchte. Korth, von Beruf Polizist(in?), möchte zukünftig Cornelia heißen.

★ In Bad Cannstatt (bei Stuttgart) haben aktive AntifaschistInnen mehrere Scheiben des Kursaalgebäudes mit Pflastersteinen zerstört, um so eine dort geplante Veranstaltung der örtlichen Republikaner zu verhindern.

2. Oktober - Im Bürgerhaus der Kleinstadt Putzbrunn fand eine Kundgebung mit dem Vorsitzenden der Republikaner Dr. Rolf Schlierer statt. Anlaß war die bevorstehende Gemeinderatswahl.

★ Nach einem AugenzeugInnenbericht wurden im sächsischen Wurzen einige Punks nach einem Konzert von Nazis angegriffen, schwer verletzt und zwei ihrer Autos zertrümmert.

★ An sechs Orten in Berlin und München (in Wohnungen und Geschäftsräumen) führte die Berliner Staatsanwaltschaft Durchsuchungen wegen Verdachts der Volksverhetzung durch. Die Ermittlungen richteten sich gegen vier Beschuldigte, unter ihnen die Ber- →

liner Klaus Röhler und Peter Töpfer, Herausgeber und Redaktion der rechten Zeitschrift »Sleipnir« . In der vom Berliner »Verlag der Freunde« herausgegebenen Zeitschrift wurde unter anderem der Massenmord in den Vernichtungslagern geläugnet.

★ Im Autonomen Zentrum in Wuppertal (NRW) begann die erste Veranstaltung im Rahmen der antirassistischen Woche.

3. Oktober - Rund 20 Nazi-Skins randalierten am sog. Tag der Einheit und am darauffolgenden Tag auf einer Kirmes im Berliner Randbezirk Staaken. Ein Mitglied des Trägervereins des Festes wurde krankenhausreif geschlagen.

★ Die JN/NPD plante eine Kundgebung zum Tag der deutschen Einheit in Herzogenaurach.

★ Das NIT Schleswig Holstein feierte mit einer Saalveranstaltung seinen vierten Geburtstag, als Hauptredner traten André Goertz und Friedhelm Busse auf.

4. Oktober - Der Leipziger Nazi-Kader und NPD-Mitglied Dirk Amende feierte seinen Geburtstag in einer Gaststätte in Fuchshain. Unter den rund 200 Gästen befanden sich viele Nazis aus dem Muidetalkreis.

★ Im Raum Nürnberg fand nach Angaben der »DNZ« eine Versammlung der DVU statt. Es soll Hans Weidenbach gesprochen haben. Info Tel- und Fax war dazu: 09 11 / 261 258.

★ Am Abend haben Nazi-Skins in Oebisfelde (Sachsen-Anhalt) zehn linke Jugendliche überfallen und zwei verletzt.

5. Oktober - Eine schwarze Zeitarbeiterin wurde im Berliner Adlon-Hotel nicht weiter beschäftigt, weil sie geflochtene Haare trägt. Laut Adlon-Geschäftsleitung stellt dies keine »mitteleuropäische Haartracht« dar und ist daher nicht akzeptabel.

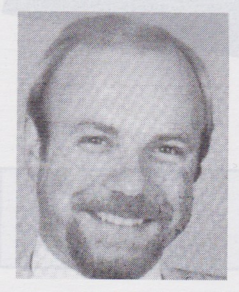
★ Ein 32jähriger ungarischer Arbeiter wurde in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober von Skinheads krankenhausreif geschlagen.

★ Am frühen Morgen wurden in Gießen alle 39 BesucherInnen eines linken Konzerts festgenommen, nachdem ein großes Aufgebot von Polizei das Haus umstellt, gestürmt und durchsucht hatte. Alle wurden über die Nacht in den Knast gesteckt und ED-behandelt. Der Grund für die Aktion war ein aktives Vorgehen gegen provozierende Nazis vor dem Konzert. Die Nazis fuhren mit einem Auto am alternativen Wohnprojekt Südanlage 20 vorbei und riefen Nazi-Parolen.

★ In Berlin begann die 4. Internationale Jugendtagung gegen Rassismus und Antisemitismus. (taz)

Neuer Vorstand bei der Deutsche Liga

N&E 11/12 1997 – Die ***Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)***, die sich schon vor einiger Zeit von ihrem Parteien-




Jürgen Schützinger (links) und Ingo Stawitz

status verabschiedet hatte, wandelte sich in einen überparteilichen Verein um. Mitte Oktober 1997 fand ihr Bundeskongreß im mittelfränkischen Höchstadt statt, bei dem ein neuer Bundesvorstand gewählt wurde. Bei den drei gleichberechtigten Vorsitzenden kam es zu einer Veränderung. Kreis- und Stadtrat **Jürgen Schützinger** (1987-1990 ***NPD***-Bundesgeschäftsführer), zugleich Landesgeschäftsführer der DLVH Baden-Württemberg und der frühere Fraktionsvorsitzende im schleswig-holsteinischen Landtag, **Ingo Stawitz**, blieben. Neu hinzu kam **André Beiersdorf** aus Brandenburg. Nicht mehr zum Vorsitz kandidierte **Harald Neubauer** (Ex-***Rep***), der dies mit *»unternehmerischen Verpflichtungen«* begründete. Gastredner war der Vorsitzende der ***Gesellschaft für Freie Publizistik (GfP)***, **Rolf Kosiek**.

Republikaner-Bundesparteitag in Dietmannsried

Presse 19.10. 1997 – In Dietmannsried bei Kempten im Allgäu führten die ***Republikaner*** am 18. Oktober 1997 ihren eintägigen Bundesparteitag durch. Es waren ungefähr 500 Teilnehmer anwesend. Grußreden hielten **Alfred Mechtersheimer**, Chef der ultrarechten ***Deutschland-Bewegung***, der ***DSU***-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, **Joachim Nothdurft** und der Europaparlamentarier des französischen ***Front National (FN)***, **Yvan Blot**. Der Bundesvorsitzende **Rolf Schlierer** kündigte eine stärkere Zusammenarbeit mit dem FN an, desweiteren werde man im nächsten April bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt mit der DSU zusammen antreten. Nach Angaben der Nazizeitung ***Nation & Europa*** sagte er in Bezug auf die ***DVU***: *»Ich kooperiere nicht mit Gespensterparteien, deren Geldquellen kein Mensch kennt.«* Den ***Bund Freier Bürger (BFB)*** habe er als Hilfstruppen der ***CSU*** bezeichnet und erklärt, dieser werde gegen die Republikaner instrumentalisiert.

Schönhuber & Le Pen relativieren Holocaust

BeZe 6.12.'97 - Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz des französischen ***Front-National***-Vorsitzenden **Le Pen** und des ehemaligen ***Republikaner***-Chefs Franz **Schönhuber** in München bezeichnete Le Pen den Holocaust und die Gaskammern der Nazis als *»Detail der Geschichte«*, das in Zukunft in den Geschichtsbüchern nur wenige Zeilen füllen werde. Schönhuber forderte ein *»Gesetz gegen die Verharmlosung dessen, was die Kommunisten in dieser Welt getan haben«*. Beide appellierten an die deutschen Rechtsparteien, sich zu vereinigen. Schönhuber nannte den Front National ein Beispiel für Deutschland.

Geldstrafe für Roßmüller

bnr 12.11.1997 – Der stellvertretende ***JN***-Bundesvorsitzende **Sascha Roßmüller** ist laut ***NIT*** Schleswig-Holstein wegen *»Verunglimpfung des Staates«* zu einer Geldstrafe von 1.200 DM verurteilt worden. Ihm wird vorgeworfen, durch die Verwendung eines Begriffes in einer öffentlichen Rede *»den rechtsstaatlichen Charakter der Bundesrepublik Deutschland verneint zu haben«*. Der ***Einheit & Kampf***-Autor Roßmüller war Funktionär des 1993 verbotenen ***Nationalen Blocks*** und kandidierte im September 1994 auf der ***NPD***-Liste zu den bayerischen Landtagswahlen.

Neuer NHB-Vorstand

N&E 11.12.1997 – Die 27. Bundesversammlung des ***Nationaldemokratischen Hochschulbundes e.V. (NHB)*** fand am 20. September 1997 in Hannover statt. Der gesamte alte Bundesvorstand, somit auch **Martin Laus**, stand nicht mehr zur Neuwahl zur Verfügung. In Laus Amtszeit fallen mehrere Vortragsveranstaltungen und die Herausgabe von fünf Ausgaben der ***Vordersten Front (VF)***. Der neue Bundesvorstand setzt sich jetzt aus dem Bundesvorsitzenden **Alexander v. Webenau** (Bayern), dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Christoph Dietermann** (Baden-Württenberg) und dem Bundesschatzmeister **Andreas Weber** (Nordrhein-Westfalen) zusammen.



Martin Laus

Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

NPD-Thüringen

DS 10/97 – Unter Leitung des *NPD*-Bundesgeschäftsführers **Ulrich Eigenfeld** wurde in Thüringen die Landesliste zur Bundestagswahl 1998 aufgestellt. Als Spitzenkandidatin wurde die stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Roswitha Schumann** (40) aus Gera nominiert. Nach ihr folgen **Andreas Schönleben** aus Pössneck, **Th. Schindhelm** aus Königssee, **Frank Golkowski** aus Gotha und **Sandra Junker** aus Salzungen.

JN-Kongreß

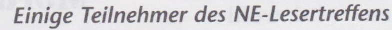
BBZ,DS 10/97, taz 30.10.1997 – Unter dem Motto *»Zerschlagt die EU-Diktatur des internationalen Großkapitals«* fand am 18./19. Oktober 1997 im »Postgartensaal« in Furth im Wald der 4. Europäische Jugendkongreß der ***Jungen Nationaldemokraten*** statt. Als Redner traten der ***NPD***-Chef **Udo Voigt**, der ehemalige stellvertredente ***REP***-Bundesvorsitzende **Otmar Wallner**, der JN-Chef **Holger Apfel**, **Robert Dürr** von der ***Partei Neue Ordnung*** (Österreich), **Albert Torressano** von der ***Allianza unidad nacional*** (Spanien), **Stefanos Gekas** von der ***Goldenen Morgenröte*** (Griechenland), **Leo Strydom** von der ***HNP*** (Südafrika) und **William Pierce** von der ***National Alliance*** (USA) auf. Otmar Wallner hatte Ende August die REPs verlassen, da er mit dem »Abgrenzungskurs« des REP-Parteivorsitzenden **Rolf Schlierer** nicht einverstanden war.

N&E-Lesetreffen

N&E 11/12, JF #46, taz 3.11. 1997, – Am 2. November 1997 fand im »Amberger Keller« im oberbayerischen Kösching ein Lesertreffen des ***Nation-Europa-Freunde e.V.*** statt. Der Wirt **Franz Mitteregger** ließ seine Gastwirtschaft schon mehrere Nächte vorher von einer Nazi-Truppe bewachen, die u.a. drei Jugendliche bedrohte und tätlich angriff. Trotzdem demonstrierten etwa 150 Antifas gegen das Nazitreffen, das von Polizei und den Nazi-Ordnern geschützt wurde. Die Polizei nahm 13 Antifas fest und beschlagnahmte zwei Hunde. Nach Angaben des Veranstalters sollen 800 Personen, nach Angaben der Polizei 450 Personen an dem Treffen teilgenommen haben. Als Redner traten **Frank Vanhecke** (Europaabgeordneter und Vorsitzender des ***Vlaams Blok***), **Yvan Blot** (Europaabgeordneter des ***Front National***), **Harald Neubauer** (***Deutsche Liga***) und **Franz Schönhuber** (Ex-***REP***-Chef) auf. Grußworte wurden von **Alfred Mechtersheimer** und **Jean-Marie Le Pen** (Front-National-Vorsitzender) überbracht. Leiter der Veranstaltung war **Peter Dehoust** (***Nation & Europa***-Mitherausgeber). Zum Schluß wurde noch eine *»Köschinger Resolution«* verabschiedet, die die »Einheit der Patrioten« beschleunigen soll.

JN-Kundgebung

Am 22. November1997 veranstalteten die ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** in der Stuttgarter Innenstadt eine Kundgebung mit dem Motto: *»Schluß mit dem Wirtschaftsimperialismus der Weltpolizei USA / Freiheit und Selbstbestimmung auch für das irakische Volk«*. Aufgerufen dazu wurde sowohl im Internet, als auch über ***Nationale Infotelefone (NIT)***. Der Aufruf im Internet war von **Lars Käppler**, dem derzeitigen Pressesprecher der JN in Baden-Württemberg, unterzeichnet. Laut Aufruf sollten der ehemalige JN-Landesvorsitzende und jetzige stellvertretende ***NPD***-Landesvorsitzende **Michael Wendland**



Einige Teilnehmer des NE-Lesertreffens



6. Oktober -Ein 32jähriger Ungar wurde im brandenburgischen Fahrland (Kreis Potsdam-Mittelmark) von 6 bis 10 Skinheads beraubt und schwer verletzt.

7. Oktober - In Berlin-Weißensee wurde der jüdische Friedhof geschändet. Die unbekannten Täter warfen mehrere Grabsteine um; und zwar in dem Bereich, in dem »während des Holocaust begraben wurde«.

★ Das Bundeswehrskandalvideo, in dem unter anderem Scheinhinrichtungen zu sehen waren, habe keinen rechtsextremistischen Hintergrund, ließ die Wehrbeauftragte des Bundestages, Claire Marienfeld erklären.

8. Oktober - Zwei Berliner Nazihools, Jan H.(24) und René W. (28), die wegen Zeigens des Hitlergrußes bei einem Fußballänderspiel 1996 in Polen in Berlin vor Gericht standen, wurden freigesprochen. René W. wurde vom Nazianwalt und Ex-Wiking-Jugend-Chef Wolfram Nahrath verteidigt.

★ In Prenzlau überfielen zwei 16jährige Nazis einen vietnamesischen Imbißbetreiber, der sich mit einem Messer zur Wehr setzte und einen der beiden Angreifer verletzte. Beide Nazis wurden festgenommen.

★ In Dresden führte die Polizei eine Großrazzia gegen Neonazis durch. Bei der Durchsuchung mehrerer Wohnungen, Geschäftsräume und eines Waldgebietes wurden ein umfangreiches Waffenarsenal und Propaganda beschlagnahmt. Einige der durchsuchten Männer sollen 1995 bei einem Überfall an einem Stausee einen Badegast getötet haben. Gegen vier Nazis wurde Haftbefehl erlassen. Bei ihnen wurden u.a. 20.000 Schuß Munition, Pistolen und ein Maschinengewehr sichergestellt.

★ In Chemnitz haben bisher unbekannte Täter einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim verübt. In zwei Räumen wurde vorsätzlich Feuer gelegt. Die 389 BewohnerInnen wurden evakuiert, aber nicht verletzt.

9. Oktober - Wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz wurde der Nazi-Kader Steffen Hupka zu einer 6 monatigen Bewährungsstrafe sowie zu einer Zahlung von 1.500 Mark Strafe verurteilt. Grund: er gilt als Drahtzieher der »Mai-Krawalle« in Hannoversch-Münden, im Zusammenhang mit dem Aufmarsch von 300 Nazis in der Stadt am 1. Mai 1997.

★ 15 Nazis hatten unter der Führung von Steffen Hupka in Quedlinburg die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien« gestört. Außerdem versuchten die Nazis, die aus Sachsen und Sachsen-Anhalt kamen, anwesende

AusstellungsbesucherInnen zu fotografieren.

10. Oktober - Die Hauptversammlung des revanchistischen VDA fand in Bad Godesberg im La Redoute in der Kurfürstenallee 1 statt.

★ Im Rathaus von Berlin-Tempelhof fand eine Veranstaltung der Tempelhofer Republikaner zum Thema »Untergang der deutschen Nation« statt.

★ Vom 10. bis 13. Oktober fand in Trier die diesjährige Vortragsveranstaltung der »Gesellschaft für Europäische Urgemeinschaftskunde e.V./Herrmann-Wirth-Gesellschaft« statt. Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins ist Dipl.-Ing. Paul A. Rohkst.

★ Der DVU-Kreisverband traf sich. Infoadr.: Postfach 1648, 49006 Osnabrück

11. Oktober - Im Raum Chemnitz fand ein DVU-Stammtisch statt. Infotel.: 0911-261258 (Anschluß von Arnold Pape, Adam-Klei-Str. 83, 90429 Nürnberg, ist auch verantwortlich für DVU-Treffen im Raum Dresden)

★ In Zeesen fand ein Fußballturnier mit circa 300 Nazis statt. Die Bürgermeisterin hatte vorher den ortsansässigen linken HausbesetzerInnen die Benutzung des Fußballplatzes verweigert.

★ In Lübben ist ein Ehrenmal für sowjetische Kriegsgefangene mit Hakenkreuzen und »Heil Hitler« beschmiert worden.

★ In Lüneburg fand ein DVU-Stammtisch statt. Infotel.: 04 131 / 407 642 (Anschluß: Helmut Köhlitz, Barckhausenstr. 42, 21335 Lüneburg).

12. Oktober - Im Rathaus Berlin-Friedenau fand eine Großveranstaltung der Landsmannschaft Schlesien statt.

★ Der »Deutsche Landbund e.V.« schaltete in der »JF« eine Anzeige, und rief alle ostdeutschen Bauern »die in der DDR ... in radikalster Weise zwangskollektiviert wurden«, zu einer Großveranstaltung in Leipzig auf. Verantwortlich zeichnete Dieter Tannenberger, Dresdner Straße 46, 09526 Dittmannsdorf, Tel: 037 360 / 63 44.

13. Oktober - Die Junge Freiheit kündigte einen Vortrag über Jörg Haider an, gehalten von Helmut Müller, Schriftleiter des »Eckartboten«, im Restaurant Rhaetenhaus, Luisenstr. 27, 19.00 Uhr.

14. Oktober - Mehrere maskierte Nazis haben in Burg bei Magdeburg einen türkischen Imbiß überfallen und dessen Einrichtung demoliert. Die Täter attackierten mit Knüppeln drei Verkäufer, während sie rassistische Parolen riefen. Nazis im Alter zwischen 15 und 22 Jahren wurden festgenommen. →

sowie der aktuelle JN-Landesvorsitzende **Mike Layer** aus Ludwigsburg Redebeiträge halten. Bereits eine Stunde vor dem offiziellen Beginn der angemeldeten Kundgebung begannen die Neonazis den Bereich um den Kundgebungsort mitten in Stuttgarts Fußgängerzone »abzuchecken«. Gegen 10 Uhr fanden sich ca. 50 Nazis am Kundgebungsort ein und begannen, Transparente und Fahnen zu entrollen und Flugblätter zu verteilen. Unter den Nazis befanden sich u.a. der JN-Aktivist **Alexander Feyen**, **Rene Rodriguez-Teufer** und **Tino Brandt** aus Saalfeld (siehe AIB-Ausgabe Nr. 41). Mit von der Anti-Golfkriegs-Bewegung übernommenen Parolen wie *»Kein Blut für Öl«* versuchten die JN, ihre nationalrevolutionäre Ideologie in breitere Teile der Bevölkerung zu tragen (Zur JN siehe auch »Drahtzieher im Braunen Netz«, S. 123 ff., AIB Nr.35 und Nr.39). AntifaschistInnen wollten die Gunst der Stunde nutzen, um dem braunen Treiben ein Ende zu bereiten. Dies scheiterte jedoch an dem Widerstand der mit Fahnen bewaffneten JNlerInnen. Im weiteren Verlauf der Kundgebung war dann auch die Polizei massiv im Einsatz. Ein Antifaschist wurde festgenommen und erst nach erkennungsdienstlicher Behandlung wieder freigelassen. Die ca. 100 anwesenden AntifaschistInnen behinderten mit Parolen und Lärm die JN-Kundgebung. Die Kundgebung ist neben mehreren Flugblattaktionen in der Stuttgarter Innenstadt ein weiterer Versuch der NPD-Jugendorganisation, in der Region Fuß zu fassen. Auch wenn ein Teil der in Stuttgart anwesenden Nazis aus Thüringen angekarrt wurde, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der Bundesgeschäftsstelle der NPD in Stuttgart, deren Eingangstüre an diesem Tag zu Bruch ging, und der in Eningen (bei Reutlingen) geerbten Villa sich ein nicht unbedeutender Teil ihrer Infrastruktur in der Region um Stuttgart befindet. Mindestens zwei der Neonazis betätigten sich am Rande der Kundgebung auch als Anti-Antifa-Fotografen. Einigen der »Kameraden« wird wohl noch bei der Heimreise der Schreck in den Gliedern gesessen haben, mußten sie doch trotz mehrfachen Ortswechsels die letzte Gaststätte unter dem Schutz der von ihnen gerufenen Polizei verlassen.

Urteile gegen Nazis

Autonome Antifa Heidelberg – Am 11. Dezember 1997 wurden vor dem Heidelberger Landgericht acht Neonazis wegen rassistischer Übergriffe und Raubüberfällen verurteilt. Die Angeklagten **Walter**, **Steffen Labudda** und **Wagner** erhielten Haftstrafen zwischen drei und vier Jahren sowie acht Monaten. Die Angeklagten **Spannagel**, **Salzgeber** und **Kunzmann** wurden nur zu Bewährungsstrafen verurteilt. Die Fahrerin des Tatwagens, **Sina Riedinger**, erhielt lediglich eine Verwarnung. Im Wagen hatte die Polizei unter anderem *JN*-Propaganda und Nazi-CD's sichergestellt. Im Prozeßsaal waren mehrmals regionale Nazi-Kader, wie z.B. der ***NPD***/JN-Aktivist **Eric Rößler** aus Weinheim, anwesend.

Lob für Wurzen

BgR Leipzig – Am 20. November 1997 zeichnete der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen, **Horst Waffenschmidt**, in Köln die Sieger im dritten Bundeswettbewerb für *»Vorbildliche Integration von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland«* aus. Der Stadt Wurzen wurde dabei eine Bronzeplakette übergeben. Horst Waffenschmidt war Anfang diesen Jahres erneut wegen seiner Tätigkeit im ***Verein für das Deutschtum im Ausland e.V. (VDA)*** in die Kritik geraten. Bis 1993 war Waffenschmidt Mitglied im Verwaltungsrat dieses Vereins mit Verbindungen ins rechtsextreme Lager. Die Auszeichnung Wurzens für sein Engagement bei der Integration von »Volksdeutschen«, die aus dem Ausland in die Bundesrepublik »zurückkehrten«, kennzeichnet sowohl Waffenschmidts als auch Wurzens Politik. Bereits 1991 griffen Wurzener Jugendliche das Flüchtlingsheim der Stadt an. Die Flüchtlinge mußten fliehen. Seitdem ist in Wurzen kein zweites Flüchtlingsheim errichtet worden.

Die Angriffe auf Nichtdeutsche gingen in Wurzen auch danach systematisch weiter. Sie dauerten bis in den Sommer des Jahres 1996 an. Der Umstand, daß sich ihre Zahl seitdem verringert hat, belegt nur eins: Immer weniger ausländische Menschen halten sich in Wurzen auf. Dagegen kam es während dieser ganzen Zeit nicht zu einem einzigen Überfall auf »volksdeutsche Aussiedler«.

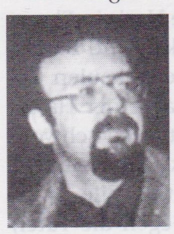
Urteile in den Mordprozessen

Klarofix Dezember 1997 – Am 7. November 1997 verkündete das Landgericht Leipzig das Urteil im Prozeß gegen **Daniel Zinsmeyer** (21) und **Norman Eisenschmidt** (19), die am 23. Oktober 1996 den Migranten **Achmed Bachir** in einem Gemüseladen in Leipzig erstochen hatten. Das Gericht verurteilte Daniel Zinsmeyer, der den tödlichen Stich ins Herz des Opfers ausführte, wegen Mordes zu einer Jugendstrafe von neun Jahren und sechs Monaten. Sein Kumpane Norman Eisenschmidt kam mit einer Jugendstrafe von vier Jahren und sechs Monaten davon. Die rechtsradikalen Mörder von **Bernd Gringol (siehe AIB Nr. 41)** wurden zu viereinhalb Jahren, acht Jahren und lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt.

Berlin

NPD/JN Berlin

Presse 1997 – Zu einem Liederabend am »Volkstrauertag«, den 15. November 1997, luden die ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** nach Berlin. Neben der obligatorischen Nazi-Skinband trat auch der JN-Kader und Liedermacher **Jörg Hähnel** vor rund 100 Nazis auf. Zuvor kam es laut Polizei und Presse am Bahnhof Wartenberg zu einer Auseinandersetzung zwischen ca. 20 »Anhängern der autonomen Szene« und ca. 30 JN'lern, von denen vier verletzt wurden. Nach Angaben aus der Nazi-Szene wurde auch der JN-Kader **Andreas Storr** *»erheblich verletzt«*. Einige Zeit später nahm die Polizei drei vermeintliche Antifaschisten willkürlich fest, wobei einer von einem Polizeifahrzeug gerammt wurde. Es wurde Haftbefehl erlassen. Die Beschuldigten saßen für ca. zwei Wochen in Untersuchungshaft und wurden erst gegen Kaution und Meldeauflagen wieder entlassen. Während des Liederabends wurde ein 22jähriger Nazi-Skin festgenommen, der am 19. August 1997 zwei Polizisten vor dem beliebten Nazi-Treffpunkt »Heinersdorfer Krug« u.a. mit einer Stahlrute zusammengeschlagen hatte. Am 21. November 1997 gab es zwei spontane antifaschistische Knastkundgebungen für die gefangenen Antifas mit etwa 50 Leuten. Auf dem 7. Parteitag des ***NPD***-Landesverbandes Bln./Brb. am 27. September 1997 in Weißensee wurde eine *»verjüngte Führungsspitze«* gewählt. Landesvorsitzender bleibt der 42jährige **Lutz Reichel**, dazu kommen zwei Stellvertreter und sechs Beisitzer, von denen drei noch in JN-Vorständen tätig sind. Aufgrund des *»rasanten Mitgliederzuwachses«* wurde beschlossen, die Arbeit der Landesverbände auf die Bezirksverbände zu verschieben. Als Gastreferent trat der stellv. Parteivorsitzende **Udo Holtmann** auf. Am 22. November 1997 fand in Berlin der 20. Landeskongreß der JN statt. Da der Ex-Vorsitzende Storr aus Altersgründen nicht mehr zum Vorsitzenden kandidierte, wurde sein bisheriger Stellvertreter «Kamerad» **Werner** zum Vorsitzenden gewählt. Beschlossen wurde u.a., in Berlins Bezirken JN-Stützpunkte zu gründen. Den Anfang machte hier der JN-Stützpunkt Marzahn-Hellersdorf, welcher seine Gründungsveranstaltung nach den schlechten Erfahrungen vom 15. November ´97 von der Polizei beschützen ließ. Beim 1. Parteitag des Berliner NPD-Bezirksverbandes am 23. November 1997 wurde der Storr auf Platz 1 der Landesliste zur Bundestagswahl 1998 gewählt. Der Landesgeschäftsführer **Thomas Salomon** und der stellv. Landesvorsitzende *»Kamerad Dräger«*, hierbei handelt es sich höchstwahrscheinlich um den Ex-***FAP***-Kader **Michael Dräger**, führten das Treffen ebenfalls unter den wachsamen Augen der Polizei durch.





Salomon vor zehn Jahren (links) und heute? (rechts).

Die angeklagten Antifas brauchen Geld: *Konto: 718 959 0600, BLZ: 10020000, Berliner Bank. Rote Hilfe e.V., Stichwort: Festnahmen 15.11.97.*

Hasselbach verurteilt

taz 18.11.1997 – Der ehemalige Nazi-Kader **Ingo Hasselbach** ist am 17. November 1997 vom Berliner Amtsgericht wegen versuchter schwerer Brandstiftung zu einer Haftstrafe von 18 Monaten auf Bewährung und tausend Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Mitbegründer der ***Nationalen Alternative*** hatte zusammen mit dem Nazi-Aktivisten **Riewald** Schmiere gestanden, als **Oliver Werner** und **Guido Neumann** am 14. Oktober 1992 zwei Brandsätze in einen gerade von Antifas besuchten Jugendclub in Lichtenberg warfen. Hasselbach hatte bei seiner »Lebensbeichte« beim BKA den Anschlag zugegeben. Gegen ihn liegt noch eine weiterere Anklage wegen eines anderen Anschlags vor.

Bombe gegen PDSler

Presse Dezember 1997 – Die Berliner Polizei und Staatsanwaltschaft durchsuchten am 9. Dezember 1997 zeitgleich die Wohnungen von 17 Mitgliedern der ***Kameradschaften Treptow*** und ***Köpenick***, da diese Aufkleber mit verbotenen Symbolen vertrieben hatten. Doch neben den üblichen Propagandamaterialien, Messern und Pistolen stieß die Polizei in Treptow auf Anleitungen zum Bau von Rohrbomben und auf Modelle dieser Sprengkörper. Bei dem 20jährigen **Carsten M.** fand man außerdem einen scharfen Karabiner und einen abgesägten Revolver.

Der 17jährige **Patrick D.** gestand der Polizei, daß er zusammen mit Carsten M. die Bombe auf den Balkon eines ihnen bekannten ***PDS***- Mitgliedes legen wollte. Zwei Probesprengungen wurden bereits durchgeführt; eine weitere Rohrbombe hatten Passanten im Oktober 1997 im Treptower Park gefunden.

★ Laut der »Leipziger Volkszeitung« hat sich der Ex-NPD-Chef Günter Deckert die Bewerbungsunterlagen für die Wahl des Oberbürgermeisters von Leipzig zukommen lassen. Es wird vermutet, daß sich der zur Zeit wegen Volksverhetzung in Haft sitzende Deckert zur Wahl des Oberbürgermeisters aufstellen lassen möchte.

★ Die »JF« kündigte einen Vortrag über »Nationale Politik in Deutschland« von Christian Käs (Stellvertretender Vorsitzender der Republikaner) an. Der Vortrag fand in Olching bei München im Kolpingheim (Wolfstr. 9) statt. Info-Tel: 081 41 / 79 58 (Anschluß: Helmut und Helga Kerscher, Zugspitzstr. 1, 82223 Eichenau b. München).

★ In Lübeck / Stormarn fand ein DVU-Stammtisch statt. Info-Adresse: Postfach 11 34,21451 Reinbek, Info-Tel: 040 / 722 21 95 (Anschluß: Heinrich Henftling, Justizbeamter, Am Ladenzentrum 10, 21465 Reinbek).

★ In Bochum haben wahrscheinlich Nazi-Skins einen 59jährigen mit Baseballschlägern zu Tode geprügelt. Der Mann wurde auf einem Gelände überfallen, auf dem sich oft Obdachlose treffen. Er wurde so schwer verletzt, daß er wenige Zeit später im Krankenhaus verstarb. Im Krankenwagen sagte er, daß die Täter Rechtsradikale gewesen seien.

15. Oktober - In Frankfurt/Main begann die diesjährige Buchmesse. Während der Ausstellung stahlen aktive AntifaschistInnen vom Stand der »Jungen Freiheit« rund 3.000 Exemplare der Zeitung.

★ Der 1991 gegründete faschistische MDV-Verlag des Neonazis Oliver Bode hat seine gesamten Auslieferungsartikel an den Donner-Versand übergeben. Der MDV-Verlag bleibt jedoch weiterhin bestehen, und beliefert seine Nazi-Kunden auch weiterhin aus dem litauischen Keaipeda. Das »Nationale Info-Telefon« Schleswig-Holstein hat gemeldet, daß Bode (einst Aktivist des »Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers) bei der Einreise nach Kanada verhaftet wurde.

16. Oktober - Wegen eines faschistischen Brandanschlages auf die Lübecker St.-Vicelin-Kirche vom Mai 1997 hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen einen 19jährigen Gärtnerlehrling erhoben. Der 19jährige bezeichnet sich selbst als Rechtsradikalen und hatte am 25. Mai einen Holzschuppen neben der Kirche angezündet sowie mit Bekannten Hakenkreuze an die Kirche gesprüht.

★ In Gardelegen (Sachsen-Anhalt) haben zwei vermummte Personen einen Streetworker in seiner Wohnung überfallen. Der →

Mann ist neben seiner sozialarbeiterischen Tätigkeit mit linken und (!) rechtsextremen Jugendlichen auch Abgeordneter der PDS.

★ Die Autonome Antifa Heidelberg meldet eine neue Adresse: AHD, c/o Contraste, Postfach 104 520, 69035 Heidelberg, Tel./Fax: 06 221 / 226 52, Internet: http://home.rno.de/azhd/aa/antifa.htm.

★ In Oldenburg endete ein Verfahren gegen das Brüderpaar Kevin (21) und Dustin (19) Föhlisch aus Delmenhorst. Die beiden Neonazis hatten am 22. April 1997 durch Schläge und Schüsse einen Schwarzafrikaner schwer verletzt. Kevin wurde zu 2 Jahren und 8 Monaten Haft mit Therapie und Dustin, Hauptgefreiter der Bundeswehr, zu 2 Jahren auf Bewährung verurteilt.

17. Oktober - In der Nazi-Zeitung »Nation & Europa« wurde für einen Festvortrag »180 Jahre Wartburgfest« geworben. Festredner war cand. phil. Michael Nockermann. Persönliche Einladungen gab es nur an Studenten nach vorheriger Anmeldung, Info-Tel: 030 / 809 055 68.

★ Im Hamburger Antifa-Café B5 (Brigittenstr. 5) fand eine Info-Veranstaltung »Extremismus der Mitte - die sog. 'Neuen Rechten'« statt. Antifa-Café jeden Freitag ab 19Uhr.

★ In Leipzig Connewitz wurden die Scheiben einer Kneipe und die eines Autos der Connewitzer BesetzerInnenszene zerstört, an den Tatorten wurden Aufkleber der JN zurückgelassen.

18. Oktober - Auf eine Flüchtlingsunterkunft in Trassenheide auf der Insel Usedom (Meck-Pomm) wurden zwei Molotow-Cocktails geworfen, sie entzündeten das Dach. Zwei Täter, die als Motiv Ausländerfeindlichkeit angaben, wurden am darauffolgenden Tag festgenommen.

★ Die rechtsextreme »Deutsche Partei« (DP) hat auf ihrem Parteitag in Dorfmark beschlossen, sich an den Landtagswahlen in Niedersachsen am 1. März zu beteiligen. Die Landesliste in ihrem »Stammland« ist folgende: 1. Kandidat Horst Meyer (64), Hans-Bernhard Winscheid (46), Werner Wildenhain (67), Wilken Weseloh (56), Alfred Kuhlemann (60), Georg Heppe (50), Otto Schumeier (53), Klaus-Dieter Lenter (46), Dieter Kassenbeck (53) sowie Helmrich Bohlmann (50).

20. Oktober - Wegen Beleidigung von Polizisten wurde ein Organisator des Antifa-Work-Camps in Sachsenhausen vom Amtsgericht Oranienburg zu 40 Tagessätzen verurteilt. Er soll sich in einem Pressegespräch über eine Festnahme eines 14jähriges Mädchen in so fern geäußert haben, daß →

Brandenburg

Antifa-Demo in Frankfurt/Oder

JW 8.12.1997 – Am 6. Dezember 1997 demonstrierten in Frankfurt/Oder 800 Menschen gegen den *JN*-Kader und Nazibarden **Jörg Hähnel**. Die geplante Route zu seinem Wohnort wurde jedoch verboten. Von Beginn der Demo an zeigte die Polizei große Präsenz und stoppte die Demo bereits nach hundert Metern aufgrund der winterlichen Kleidung vieler Teilnehmer-. Trotzdem erreichte die Demo die Endkundgebung in der Innenstadt. Bei der anschließenden Party nach der Demo wurden mehrere Personen festgenommen und so stark mißhandelt, daß sie ins Krankenhaus mußten. Den Verhafteten wird Ladendiebstahl in einem Supermarkt vorgeworfen.



Jörg Hähnel...



...und AntifaschistInnen.

Nazi-Konzert bei Beelitz

ND, Tsp 17.11. 1997 – Die Polizei löste am 15.11. ein Skinheadkonzert im »Märkerländer Krug« in Schlunkendorf bei Beeelitz auf, zu dem 250 Leute aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland gekommen waren. Sie nahm fünf Personen wegen der Verwendung von verfassungsfeindlichen Symbolen und Widerstandes fest. Die übrigen Teilnehmer erhielten Platzverweise, denen sie auch nachkamen. Bekannt wurde das Konzert erst, als sich eine Bewohnerin des Dorfes wegen Ruhestörung und Sieg-Heil-Rufen beschwerte. Insgsamt hat die Zahl von Skinhead-Konzerten in diesem Jahr bemerkenswert zugenommen. Bevorzugt finden diese in den kleinen Dörfern Brandenburgs statt und werden nur durch persönliche Kontakte beworben.

Gollwitz...

Am 27. November 1997 verteilte der Hamburger **Günther Roersch** (52 Jahre) in der Gemeinde Gollwitz rassistische/antisemitische Flugblätter. Der aus dem Rotlichtmilieu von St.Pauli stammende Roersch hatte im Dezember 1993 dem damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker bei einem Besuch des Thalia-Theaters in Hamburg einen Faustschlag ins Gesicht versetzt. 1975 war Roersch Deutscher Meister im Superschwergewicht der Gewichtheber.

Rechte Überfälle in Brandenburg

AFP 12.,13.12.1997 – Anfang Dezember verübten Rechtsextreme in Brandenburg mehrere rassistische Angriffe. Hier eine Auswahl: In der Nacht des 11. Dezembers griffen fünf Jugendliche Nazis in Eberswalde einen 30jährigen Türken und seinen deutschen Begleiter mit Baseballkeulen an. Diese warteten gemeinsam an einer Haltestelle auf den Bus. Sie erlitten so schwere Verletzungen, daß der Türke zeitweilig in Lebensgefahr schwebte, mittlerweile ist jedoch außer Lebensgefahr. Gegen die Täter, die kurz nach der Tat gefaßt wurden , erließ das Amtsgericht Eberswalde Haftbefehle. In der Gemeinde Schönerlinde bei Eberswalde verübten in derselben Nacht Unbekannte einen Brandanschlag auf das dortige Asylbewerberheim. Sie warfen drei Molotow-Cocktails gegen das Haus, von denen einer ins Hausinnere gelangte und einen Teppich in Brand setzte. Der Brand konnte jedoch schnell gelöscht werden und richtete nur geringen Schaden an. Eine Nacht später versuchten rechte Jugendliche, ein Asylbewerberheim in Greifswalde zu stürmen. Sie drangen mit Äxten und Schlagstöcken bewaffnet in das Hausinnere vor, wurden jedoch durch den von einem Asylbewerber ausgelösten Alarm vertrieben. Kurze Zeit später kehrten sie zurück, und es kam zu einer Auseinandersetzung mit dem Heimleiter. Nachdem dieser die Polizei alarmierte, wurden die Personalien der Täter aufgenommen. Der brandenburgische Innenminister **Alwin Ziel** kündigte mittlerweile an, er werde die Bewachung von Asylbewerberheimen verstärken.

Republikaner-Treffen verhindert

WGA – Am 14. Dezember 1997 sollte es in Luckenwalde zu einer Veranstaltung der **Republikaner** zu dem Thema *»Der Euro droht«* kommen. Die Teilnehmer trafen sich in einer Gaststätte, diese wurde daraufhin von autonomen AntifaschistInnen angegriffen, wobei mehrere Scheiben zu Bruch gingen. Die REPs wurden so von ihrem Vorhaben abgehalten. Später wurden fünf Tatverdächtige in der Innenstadt festgenommen.

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

Feier für Christophersen

Antifa Flensburg 24./25./26.10.1997 – Vom 24. – 26. Oktober 1997 organisierte **Claudia Brüning** ein »Freundschaftstreffen« in Angeln bei Flensburg für den Anfang des Jahres verstorbenen Altnazi und Auschwitzleugner **Thies Christopersen.** Zu dem Treffen kamen ca. 100 Alt- und Jungnazis. Der Höhepunkt des dreitägigen Treffens war ein Gedenkmarsch mit Kranzniederlegung und eine Rede von **Jürgen Rieger**, desweiteren hielten auch Nazikader wie **Wolfgang Juchem**, **Wilhelm Stäglich** sowie **Klaus Huscher** Reden. Die Veranstaltung wurde von einem starken Polizeiaufgebot bewacht, so daß es den ca. 50 AntifaschistInnen schwer fiel, gegen die Nazis vorzugehen. Es gelang ihnen lediglich, die Veranstaltung am letzten Tag zu stören, so daß die Nazis ihr Wochenende vorzeitig beendeten.

Claudia Brüning



DVU gestört

NIT 1.12.1997 – Am 26. November 1997 störten ca. 100 Antifas eine Saalveranstaltung der ***DVU*** in Hamburg. Unter anderem bewarfen sie die Gaststätte mit Flaschen und Steinen, was mehrere kaputte Fenster zur Folge hatte. Beim Eintreffen der Polizei kam es noch zu kleineren Auseinandersetzungen, wobei mehrere Antifas festgenommen wurden.

DVU-Abgeordnete auf der ersten Bezirksversammlung in Hamburg-Harburg nach der Wahl in Hamburg. Ganz links Aschmutath, jüngster DVU-Abgeordneter in HH-Harburg.



Anschlag auf Nazitreff

Antifaschist/Innen 18./19.12.1997 – In der Nacht vom 18. zum 19. Dezember 1997 haben autonome AntifaschistInnen auf dem Weihnachtsmarkt in Hannover einen Brandanschlag auf die Glühweinbude von **Jürgen Neumann** verübt. Neumann betreibt weiterhin einen Suppen- und Infomationsstand der ***»Bürgerinitiative für Kernenergie«***. Die Glühweinbude war und ist seit Jahren offener Anlaufpunkt für Neonazis. Die AntifaschistInnen vermuten, daß der Suppen- und Infostand Knotenpunkt und/oder Geldquelle für die örtliche Naziszene ist.

Burschis in Rostock

Vom 2. bis zum 4. Januar 1998 hat in Rostock das diesjährige Studententreffen des ***Coburger Conventes*** und der ***Deutschen Sängerschaft*** stattgefunden. Parallel zur Eröffnungsveranstaltung im Festsaal des Rostocker Rathaus hatte die Gruppe ***Nie mehr Elite, nie mehr Untertan – Gleiches Recht für Alle!*** vor dem Gebäude ein Spalier angemeldet. Mit Diaprojektionen zur Geschichte des Männerbundes, martialischer Marschmusik, versetzt mit Tonsequenzen aus dem Film »Der Untertan«, und Scheinwerferlicht sollte das Treffen der Turner- und Landsmannschaften kritisch beleuchtet werden. Etwa 300 DemonstrantInnen waren Freitag abend vors Rostocker Rathaus gekommen. Die nacheinander eintreffenden ca. 100 Gäste der Auftaktveranstaltung wurden mit *»Haut ab«*-Rufen empfangen, als Nazis beschimpft, ausgebuht, bespuckt und mit Knallern beworfen. Zu Rangeleien kam es überwiegend, weil einzelne Korporierte direkt durch die Kundgebung wollten, anstatt den von den DemonstrantInnen freigemachten Weg zu benutzen. Die Polizei selbst schätzte ein, daß die 49 an der Aktion beteiligten Beamten die Lage jederzeit unter Kontrolle hatten. Am darauffolgenden Tag gab es unter dem Motto *»Der freie Bürger – Gestalter der offenen Gesellschaft«* mehrere offene Diskussionsforen mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft. Bei ihrem späteren Abendausflug nach Güstrow waren die nun etwa 250 Teilnehmer wiederum heftigen Protesten ausgesetzt. Gespannt darf man darauf sein, was auf der Sonntagsveranstaltung *»CC-Intern«* besprochen wurde. Hier sollte nach eigener Programmankündigung Raum für sogenannte *»Manöverkritik«* sein. Nach Aussagen eines Sprechers der Deutschen Sängerschaft, **Hans-Jürgen Daniels**, denken die beiden Verbände ernsthaft darüber nach, von weiteren Studententreffen abzusehen. Derartige Belästigungen und Angriffe wie in Rostock und Güstrow habe es noch bei keiner Veranstaltung gegeben, aber: *»Wir wollen keinen Unfrieden stiften. Deshalb ist es in doppelter Hinsicht absurd, unter massiven Polizeischutz gestellt werden zu müssen.«*

ihn die Umstände der Festnahme an SS-Methoden erinnert hätte. Die 14jährige wurde von der Polizei unter dem Vorwurf festgenommen, sie hätte vier örtliche Neonazis festgehalten und deren Autos demoliert.

★ Der Hamburger Oberstaatsanwalt gab bekannt, daß das von der rechtsextremen DVU angestrengte Verfahren wegen Wahlfälschung eingestellt wurde.

★ Durch einen Brandanschlag wird eine Halle des Kulturzentrums Werk II in Leipzig Connewitz zerstört, der Anschlag galt wahrscheinlich den linken Veranstaltungen, welche an diesem Wochenende stattfanden.

21. Oktober - Wegen des Verdachts der Volksverhetzung wegen des Handels mit Nazi-Tonträgern wurden in Hamburg und Schleswig-Holstein insgesamt 26 Wohnungen durchsucht. Die Polizei ermittelte gegen 17 Personen; drei Hauptverdächtige wurden vorläufig festgenommen. Die Zahl der beschlagnahmten CDs geht sehr weit auseinander: Die »Junge Welt« meldete am 22. Oktober 260.000 sichergestellte Raubkopien, darunter mindestens 3.000 Nazi-CDs. Am nächsten Tag waren es in der »JW« nur noch 3.300 Raubkopien und rund 1 000 Nazi-CDs.

22. Oktober - Im Prozeß wegen der Ermordung eines Homosexuellen hat das Landgericht Leipzig die Täter verurteilt. Mindestens drei der vier Männer sind Rechtsradikale. Der Haupttäter erhielt eine lebenslange Haftstrafe, ein zweiter Haupttäter acht Jahre Jugendhaft, ein dritter Täter bekam eine Haftstrafe von vier Jahren und sechs Monaten, der vierte Mittäter wurde zu einer zehnmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Sie hatten am 8. Mai 1996 ihr Opfer überfallen und zu Tode geprügelt.

★ Nach Angaben von »Nation & Europa« fand im Haus der Berliner Burschenschaft »Gothia« (Königstr. 3, 14163 Berlin-Zehlendorf) ein Vortrag »Geschichte der politischen Geographie der BRD« statt. Referent war stud. rer. pol. Philipp Runge.

★ Im brandenburgischen Eberswalde haben sechs bis acht Nazis einen 35jährigen Mann aus Angola überfallen. Der Mann wurde rassistisch beschimpft, geschlagen und erlitt Bißwunden, als die Nazis einen Hund auf ihn hetzten. Gegen zwei der Täter wurde Haftbefehl erlassen.

23. Oktober - Ein marokkanischer Student wird von einer Gruppe Nazis in Halle mit Knüppeln angegriffen, kann den Angreifern aber entkommen.

24. Oktober - Als Kandidaten für die Bundestagswahl 1998 →

wählte der Rep-Kreisverband Köln folgende Personen: Jürgen Heydrich, Jutta Krüger, Daniel M. Schöppe, Rudolf Tonnar.
★ In Leipzig wurde das alternative Wohn- und Kneipenprojekt Plaque von ca. 30 Nazis überfallen, sie zerschlugen die Scheiben, demolierten die Einrichtung und verletzten zwei BesucherInnen.
★ In Heilbronn fand eine Veranstaltung, der Freiheitlichen Initiative Heilbronn über die Rechte nach den Wahlen in Hamburg statt. Als Gast trat Harald Neubauer auf. Info-Tel. 0172 5254743.
★ In Planegg fand in der Gaststätte Heide Volm in der Bahnhofstr. 51 eine Veranstaltung des Bund freier Bürger mit R. Löffler statt.
★ Im Tagungshaus Hohen-Woost in der Nähe von Dömitz veranstaltete der Heidenkreis Hamburg e.V. (Pf. 630317, 22313 HH) zusammen mit einer heidnischen Gruppe aus Schwerin ein Erlebniswochenende zum Thema Runen.
★ Auf einer Versammlung des 1995 gegründeten »Republikanischen Bund der Frauen« (RBF) in Heising (Allgäu) wurde Ingeborg Akkermann in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt. Stellvertreterinnen bleiben weiterhin Claudia Kübel (Bayern), Sabine Johnson (Ba-Wü) und Ute Behrens (Hamburg). Neue stellvertretende Bundesvorsitzende ist Uschi Winkelsett (Rep-Landeschefin in NRW). Dem Vorstand gehören ferner Klara Maier (Schatzmeisterin), Katharina Gärtner (Schriftführerin) und als Beisitzerinnen Brigitte Balcerkiewicz, Helga Kaleveld, Anka Irina Martens sowie Adelheid Nowak an.
★ In Eisenach begann das dreitägige »Wartburgfest« der rechten »Deutschland-Bewegung«. Nach Angaben der »JF« sollten folgende Personen Vorträge halten: Karl-Heinz Weißmann, Götz Kubitschek, Manuel Ochsenreiter, Ellen Schenke, Sascha Jung, Dagmar Bednarski.
★ Nach Angaben der Nazi-Zeitung »Nation & Europa« veranstaltete die Berliner Burschenschaft Gothia in ihrem Haus (Adresse s. 22.10.) einen »Abend des Deutschen Schlagers«. Moderator war stud. arch. Björn Skor.

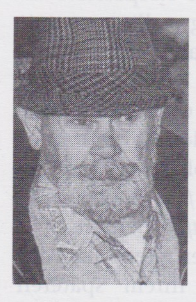
25. Oktober - In Konstanz (Ba-Wü) wurde die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44« eröffnet. Jürgen Schützinger, Aktivist der rechtsextremen »Deutschen Liga« (DL), rief zu einer Protestaktion auf.
★ Im Raum Dresden fand ein Stammtisch der DVU statt. Rainer Gehre (Königsbrückerstr. 24, 01478 Weixdorf) gab seine Nummer als Info-Tel. an: 03 51 / 890 03 88. Als Kontakttelefon fungierte zudem die Nummer von Arnold Pape aus Nürnberg, der auch für den DVU-Stammtisch in Chemnitz verantwortlich ist.

NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

Nazis stören

UZ 28.11., jW 5.12.1997 – Die anhaltenden oder neu verfügten Haftverschonungen für Naziverbrecher wie **Gottfried Wiese** (»Tell von Auschwitz«), **Hermine Braunstein** (»Mörderin von Maidanek«), **Anton Malloth** (KZ Theresienstadt) oder **Heinz Barth** (»Mörder von Oradour«) aus Brandenburg sind für sich schon Zumutung genug für die Opfer des Faschismus. Nun trat auf einer Veranstaltung des ***VVN-BdA*** am 9. November 1997 zur Reichspogromnacht in Solingen auch noch der Antragsteller des Gnadengesuches für den Kriegsverbrecher **Weise**, **Karl Dimming** aus Neuss, auf und zweifelte die Glaubwürdigkeit der Zeugen an, schwadronierte über die *»Systematische Überfremdung unseres Volkes«*. Er erhielt Unterstützung von einer Gruppe Neonazis, welche Naziparolen riefen, die Besucher, u.a. ehemalige KZ-InsassInnen, provozierten und ***NPD***-Materialien verteilten. Eine Veranstaltung der ***PDS***-Rheinland Pfalz am 3. Dezember 1997 in Neuwied mußte abgesagt werden, nachdem der Wirt eines Hotels in Neuwied nach Drohungen den Saal kündigte und auch Wirt und Besitzer eines zweiten Lokales sich von Nazis einschüchtern ließen. Mehrere als Nazis erkennbare Personen besetzten zudem die Räume und warteten vor den Eingängen.

Bewährung für NS-Täter



Ernst H.

Presse November 1997 – Der 75jähriger **Ernst H.** aus Leverskusen wurde wegen Beihilfe zum Mord an etwa 60 Juden und Jüdinnen in der Ukraine vom Kölner Landgericht zu einer Jugendstrafe von 20 Monaten auf Bewährung verurteilt. Der 1942 noch 19jährige hatte als Mitglied einer Hilfspolizeieinheit die Juden, darunter 20 Kinder, zusammengetrieben, begleitet und bewacht, als sie in der Ortschaft Israelowka erschossen wurden.

DNA-Analyse für Glasbruch

JW 22.11.1997 – In der Nacht zum 17. November 1997 wurde in Göttingen das Schaufenster eines Fotogeschäftes, in dem Fotografien von uniformierten Wehrmachtssoldaten ausgestellt waren, eingeworfen und die Parole *»Deutsche Täter sind keine Ausstellungsstücke«* an den Eingang gesprüht. Die Polizei kontrollierte später in der Innenstadt vier junge Leute, und durchsuchte zwei Wohnungen, wo diverse Kleidungsstücke mitgenommen wurden und eine Frau erkennungsdienstlich behandelt sowie einer DNA-Analyse unterzogen wurde. Die Polizei will die Probe mit Hautpartikeln in einem in »Tatortnähe gefundenen Handschuh« vergleichen.

ASD/IHV kurz vor Verbot?

Presse – Wegen der Verwüstung zweier jüdischer Friedhöfe sowie zehn weiterer neonazistischer Straftaten wurden im Dezember 1997 sieben Personen aus Landau, Pirmasens, Bad Dürkheim, Neustadt an der Weinstraße, Stuttgart und Lörrach festgenommen. Sechs der festgenommenen Nazis gehörten der ***Aktion Sauberes Deutschland (ASD)*** an. **Markus Walter** aus Pirmasens, dem eine der Friedhofsschändungen angelastet wird, war zugleich Vorsitzender des ***Internationalen Hilfskomitees für nationale politisch Verfolgte (IHV)***. In den ASD/IHV-Publikationen waren mehrmals Verzeichnisse jüdischer Friedhöfe veröffentlicht worden. Die beiden Organisationen wurden 1986 und 1987 von **Ernst Tag** aus Ludwigshafen-Friesenheim geschaffen. Derzeit prüfen Staatsanwaltschaft und Polizei die Möglichkeit eines Verbotes von ASD und IHV. Die jetzt Verhafteten hatten gute Kontakte zur ***Nationalen Volksfront*** in Neustadt an der Weinstraße. Deren Anführer **Michael Bar** sitzt derzeit wegen Drohanrufen an die Mannheimer Jüdische Gemeinde im Knast (siehe AIB Nr.41). Erst jüngst verlautete aus gut unterrichteten Kreisen, ihm sei dort seine Hakenkreuz-Tätowierung mit Hilfe eines Tauchsieders entfernt worden. In den ***Nachrichten der HNG*** lautet seine Anschrift jetzt »JVA-Krankenabteilung Adelsheim«.



Markus Walter beim Heß-Aufmarsch 1996 in Worms

Anschlag auf Germania BBS

Internet – Wie der Betreiber der ***Germania BBS***, **Peter Voss**, am 30. November 1997 im ***Thule-Netz*** bekannt gab, wurde die Tür seiner Wohnung mit einer Axt eingeschlagen. Anschließend hätten die Täter Buttersäure durch das Loch geworfen, in die er dann reingetreten sei, als er die Täter verfolgen wollte. Dadurch hätte er sich Verätzungen am Fuß zugezogen.

In der Nacht vom 21. auf den 22. November 1997 fuhr die Führung der »Sauerländer Aktionfront« zusammen mit dem Chef des »Donnerversandes« in den Tod. Ein Elchtest der anderen Art.

Sauerländer Kameraden an der Seite des Führers

Ich kann den Schmerz nicht beschreiben, der meine Brust durchzieht«, trauerte STEFAN BEEK alias BRAVEHEART aus Hamburg. Der Betreiber der Internetseiten der SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT (SAF) und des sogenannten »Nationalen Widerstands hatte allen Grund: In der Nacht vom 21. auf den 22. November waren die beiden Führungskader der SAF ANDREE ZIMMERMANN und THOMAS KUBIAK zusammen mit dem Betreiber des DONNER-VERSANDES, HARALD THEODOR MEHR, bei einem Autounfall tödlich verunglückt. Der von Mehr gesteuerte Mercedes war auf dem Weg von Hamburg ins heimische Sauerland auf der A 1 in Höhe von Vechta mit einem Sattelschlepper kollidiert.

Die ermittelnde Staatsanwaltschaft Oldenburg hatte sich dazu entschlossen, *»aufkommenden Legendenbildungen über die Umstände des Todes«* der drei Neonazis entgegenzutreten. Vor Abschluß der Ermittlungen präsentierte sie eine erste Stellungnahme, in der es heißt: *»Der nach dem Ergebnis der rechtsmedizinischen Untersuchungen den Mercedes MK-L 4480 steuernde (...) Harald*



Trauern im Gleichschritt: René Rodriguez-Teufer mit Kranz bei der Beerdigung von Andree Zimmermann in Winterberg.

Mehr fuhr mit einer Geschwindigkeit von etwa 140 km/h ungebremst auf den (...) Sattelzug auf. Der Fahrer (...) und sein vermutlicher Beifahrer vorne rechts Andree Zimmermann verstarben an der Unfallstelle. Der weitere Beifahrer Thomas Kubiak verstarb im Krankenhaus.« Bereits zwei Tage nach dem Unfall fing das NATIONALE INFOTELEFON RHEINLAND an, über die »wahren« Todesumstände zu spekulieren.

Die 1991 gegründete, von Zimmermann und Kubiak geführte SAF ist nun erst einmal ohne Führung. Und das nicht zum ersten Mal. Bereits 1992 verunglückte einer der Gründer der SAF, der Zögling von OTTO-ERNST REMER, THOMAS FINK, bei einem Verkehrsunfall tödlich. Nach dessen Tod hatte Kubiak die Führung der SAF übernommen.

Insbesondere die beiden SAFler Kubiak und Zimmermann haben zum Kreis der bundesweit tonangebenden Nazis gehört. Auch das ehemalige NF-Mitglied Harald Theodor Mehr, Herausgeber der Nazipostille WIDERSTAND, hatte in den letzten Jahren immer mehr an Einfluß gewonnen. Erst kürzlich hatten sich die SAF und der Donner-Versand auf ein gemeinsames Zeitschriftenprojekt mit dem Titel ZENTRALORGAN verständigt. Ende 1997 sollte es als Fusion der FREIEN STIMME der SAF, des WIDERSTANDS und des von dem SAF-Mitglied Bernd Krick herausgegebenen Fanzines MOONSTOMP erscheinen. Dieses nun wohl vorerst auf Eis gelegte Projekt könnte auch ein Grund für den Trip der drei Nazis nach Hamburg gewesen sein. Darüber hinaus gab es sicherlich auch mit dem erst wenige Tage zuvor aus der Haft entlassenen CHRISTIAN WORCH und dessen rechter Hand THOMAS »STEINER« WULFF einiges zu besprechen.

»Gedenken an die Kameraden in Walhalla«

Noch am Abend des tödlichen Unfalls gab es einen ersten Vorgeschmack auf die anstehenden Beerdigungen: Im sauerländischen Winterberg, dem Wohnort von Kubiak und Zimmermann, kam es zu einem Neonazi-Aufmarsch, den der Touristenort seit langem nicht gesehen hat. Rund 100 Nazis zogen unter Heil-Hitler-Rufen und mit Flaggen bestückt durch den vernebelten Wintersportort. Lange Zeit konnten die aus weiten Teilen der BRD angereisten Nazis ihre faschistischen Parolen in die Nacht brüllen. *»Es ist wieder so weit«*, war von verängstigten AnwohnerInnen zu hören. Erst nach längerer Zeit, der Aufmarsch war so gut wie beendet, schritt die Polizei ein.

Die Beerdigungen der nach dem Tod von »Nationalisten« bzw. »Nationalen Aktivisten« zu »Nationalsozialisten« beförderten Nazis fanden am 27. November in Winterberg und Lüdenscheid statt. An der Beerdigung des Donner-Versand-Chefs nahmen rund 40 Nazis

teil. Die Zahl wäre sicherlich höher gewesen, wenn es alle bis zum Friedhof geschafft hätten: Alleine in Hagen wurden rund 20 Neonazis an einem Sammelpunkt von der Polizei festgenommen. Weitere folgten in Lüdenscheid, unter anderem der »WJ–Barde« FRANK RENNICKE sowie URSEL MÜLLER, Vorsitzende der HILFSGEMEINSCHAFT FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENER (HNG), und ihr Mann CURT MÜLLER aus Mainz. Bis zur Beerdigung schafften es unter anderem der Anwalt von Mehr, DR. GÜNTER HERZOGENRATH-AMELUNG, die Macher der WESTDEUTSCHEN VOLKSZEITUNG, RÜDIGER KAHSNER (Hagen) und TIMO PRADEL (Iserlohn). Ebenfalls anwesend: Der ehemalige Leiter des NF-Schulungszentrums in Essen und heutige JN/NPD-Aktivist, DIETMAR BREYL, sowie SVEN SCHWERTFEGER aus Dortmund, der in letzter Zeit mit Breyl im Doppelpack auftritt. Natürlich durfte auch der Geschäftspartner von Mehr, STEFAN HAASE (Lüdenscheid), nicht fehlen.

Die »1. Garde« der Szene aber kam nach Winterberg. An der Beerdigung von Kubiak nahmen rund 60, an der von Zimmermann rund 80 Nazis teil. Neben Mitgliedern der SAF erwiesen eine Delegation aus den Niederlanden, verschiedene Kameradschaften, u. a. aus Düsseldorf, Duisburg, Hamburg und Berlin, den *»gefallenen Kameraden«* die *»letzte Ehre«*. Auch Abordnungen um SIEGFRIED BORCHARDT (Dortmund), TORSTEN DE VRIES (Wilhelmshaven), MARKUS PRIEVENAU (Bremen), JENS HESSLER (Lingen) und RENE RODRIGUEZ-TEUFER (Viernheim) waren vor Ort. Thomas Wulff ließ es sich nicht nehmen, beide *»SA-Männer«* am Grab zu preisen. Sie seien jetzt *»an die Seite des Führers getreten«*.

Mit Sieg-Heil-Gebrüll und einer Grabbeilage in Form einer Reichskriegs- und einer Hakenkreuzflagge hatten die Trauernazis aus Sicht der Polizei den Bogen überspannt. Am Ende der Beerdigung wurden 52 Personen festgenommen. 13 Nazis, unter ihnen auch Christian Worch, wurden dem Haftrichter vorgeführt und am folgenden Tag wieder auf freien Fuß gesetzt. Bis heute in Haft ist das SAF-Mitglied MICHAEL KRICK, dem vorgeworfen wird, gegen seine Bewährungsauflagen verstoßen zu haben. Aufgrund der vielen Festnahmen und der zu erwartenden Prozesse hat sich *»nach dem Vorbild linker Gruppen«* ein Ermittlungsausschuß (EA) gegründet. Gründer und Koordinator ist Christian Worch.

Der Ausblick

Ob die SAF den Wegfall ihrer wichtigsten Kader verkraftet, steht noch in den Sternen. Die Struktur der Nazis war viel zu stark auf Kubiak und Zimmermann zugeschnitten, als daß es ohne Abstriche weitergehen könnte. Mit der Aktualisierung ihrer Internetseiten und der weiteren Werbung für das Zentralorgan versucht die SAF zwar, den Eindruck zu erwecken, daß alles weiter läuft, wirkt aber wenig überzeugend. Abzuwarten bleibt, wer aus der zweiten Führungsebene nun in die entstandenen Lücken im Schützengraben springen wird. Genügend Fußvolk, das nach Führung schreit, ist auf jeden Fall vorhanden.

Im Fall Donner-Versand haben AntifaschistInnen noch mehr Grund, auf den nächsten Sattelschlepper zu warten. Der Tod von Harald Theodor Mehr hat den Donner-Versand zwar schmerzhaft getroffen, das Projekt aber dürfte dadurch nicht ernsthaft in Gefahr geraten sein. Neben dem Mitinhaber Stefan Haase stehen noch ALEXANDER SCHLOß vom LANDWEHR-VERSAND und MARKUS MANN vom DEUTSCHEN JUGEND BUND (DJB, Werdohl) für die Weiterführung des Projektes bereit. ■

Bei 140 Stundenkilometern mit einem Sattelschlepper kollidiert: Die beiden SAF-Kader Andree Zimmermann (links) und Thomas Kubiak





Kameradschaft Walhalla gegründet

Das Jahr 1997 brachte Alt- wie Jungnazis wieder einmal unweigerliche Verluste. Nach unbestätigten Informationen wird mittlerweile gar die Gründung einer KAMERADSCHAFT WALHALLA in Erwägung gezogen. Hier eine Auflistung, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Dezember 1996: Die DVU–Hamburg verliert ihren Vorsitzenden GÜNTHER GLAWATZ.

Jahreswende 1996/97: Der 24-jährige Nazisöldner UWE HECKER spritzt sich eine Überdosis Heroin.

13. Februar 1997: Der alte SSler und Auschwitzleugner THIES CHRISTOPHERSEN tritt im Alter von 79 Jahren ab.

2. Februar: MARTIN MUßGNUG, ehemaliger NPD-Vorsitzender aus Tuttlingen, verstirbt 20 Tage vor seinem 61. Geburtstag.

Februar 1997: DR. ALBERT RIESLER geht im Alter von 80 Jahren. Er war Mitglied des DEUTSCHEN ORDENS und Mitarbeiter von RECHT UND WAHRHEIT.

März 1997: Der Sänger der Skin-Band TRIEBTÄTER, CHRISTIAN CLEWING aus Mutlangen, singt sein letztes Lied.

17. April 1997: CHRIS DANNEIL und OLAF SCHMIDTKE werden von ihren Kameraden DETLEF NOLDE und LUTZ SCHILLOCK im Streit um den Jahrestag des FAP-Verbots in die ewigen Jagdgründe geschickt.

20. Juni 1997: PAUL KARL SCHMIDT alias PAUL CARELL stirbt in Rottach-Egern. Er war Presse- und Nachrichtenleiter beim NS-Reichsaußenministerium.

30. Juni 1997: MICHAEL PRÜMMER begeht angeblich wegen Liebeskummer Selbstmord. Zuvor war er verantwortlich für den BUCHDIENST PRÜMMER.

August 1997: KERSTIN WALK-SCHNEIDER, sie hatte die Kameradschaft in Zweibrücken aufgebaut.

Oktober 1997: OTTO ERNST REMER reist mit 85 Jahren aus dem spanischen Marbella Richtung Führer ab.

22. November 1997: ANDREE ZIMMERMANN, THOMAS KUBIAK und HARALD THEODOR MEHR schließen sich – als Letzte des Jahres – ihren Kameraden an.

In Schleswig-Holstein sind neofaschistische Aktivitäten so stark wie seit langem nicht mehr. Das Bündnis rechts findet seine Anhänger sowohl bei den Republikanern als auch bei militanten Neonazis

Rechte Bündnisse im hohen Norden



Lange Zeit war von militanten Naziaktivitäten in Schleswig-Holstein nicht viel zu hören gewesen. Der Schwerpunkt rechter Aktivitäten lag bei Netzwerken wie dem des inzwischen verstorbenen Auschwitzleugners Thies Christophersen oder der NSDAP/AO. Diese nutzten den hohen Norden als Rückzugsgebiet für die Einschleusung und Verbreitung von Propagandamaterial. In diesem Rahmen war auch der Versuch der Nationalistischen Front zu sehen, von Dänemark aus ihre in Deutschland verbotenen Parteiaktivitäten durchzuführen.
Von diesen Aktivitäten abgesehen, herrschte im Bereich militanter Naziorganisationen im Norden seit Ende der achtziger Jahre relative Ruhe. Daß diese Ruhe trügerisch war, zeigte sich bereits Anfang der neunziger Jahre, als etliche Brandanschläge in Schleswig-Holstein bewiesen, daß die braune Szene keineswegs tot war. 1997 erlebte die organisierte Neonaziszene einen Aufschwung. Mal als Bündnis rechts, mal als Nationaler Widerstand trat in den vergangenen anderthalb Jahren eine Aktionseinheit verschiedener faschistischer Organisationen in Schleswig-Holstein auf. Nach Demonstrationen, Saalveranstaltungen und gemeinsamen Strategietreffen verkündeten die Nazis Anfang Oktober 1997, daß sie ihre Aktivitäten zu den Kommunalwahlen im März 1998 auf Lübeck konzentrieren wollen. Damit ist für das kommende Frühjahr – zumindest im Bereich Lübeck – mit erheblichen Naziaktivitäten zu rechnen.

Bis Ende 1997 hat es in Schleswig-Holstein in diesem Zusammenhang drei weitere Veranstaltungsversuche der Faschisten gegeben. Daß diese nicht ungestört durchgeführt werden konnten, ist der Aufmerksamkeit und den Aktionen von AntifaschistInnen zu verdanken. Als *»großen Erfolg des Nationalen Widerstandes in Norddeutschland«* wertete die Nazizeitung Einheit und Kampf den ungestörten und von der Polizei betreuten Aufmarsch von etwa 150 FaschistInnen in Bad Segeberg am 24. Mai 1997.

Zur Vorbereitung weiterer Aktionen lud dann das Bündnis rechts für den 20. September 1997 in das bei Kiel gelegene Ottendorf ein. AntifaschistInnen, die einen Abbruch der Veranstaltung erzwingen wollten, wurden gewaltsam von der Polizei zurückgedrängt. Die Nazis brachen ihr Treffen dennoch vorzeitig ab und kündigten eine Fortsetzung in naher Zukunft an. Eine in Lübeck von Ulrich Schwetasch für den 4. Oktober angemeldete Demonstration unter dem Motto *»Sicherheit durch Recht und Ordnung«* diente dann als Ablenkungsmanöver, um in der Gaststätte »Zum Trichter« in Klein Gladebrügge bei Bad Segeberg abschließend über eine Wahlteilnahme des Bündnis rechts beraten zu können. Derweil gab es in Lübeck einen kurzen Demonstrationsversuch des Freiheitlichen Volksblocks (FVB).

Die nächste organisationsübergreifende Zusammenkunft der Nazis wurde dann von Andreas Rothmann (Kronshagen) von den Jungen Nationaldemokraten (JN) angekündigt. Er hatte bereits früher bei der Durchführung von Nazitreffen in Schleswig-Holstein mitgewirkt. Dieses Mal versprach er im Namen des ELEMENTE – Studien- und Lesekreis NORD im Internet *»Fachvorträge interessanter Referenten (z.B. P. Krebs, J. Rieger)«* und *»ein Rahmenprogramm aus Infoständen, einem Liederabend mit Swantje Swanhwit, einer Feuerzeremonie und einem Heldengedenken.«*

Schließlich mußten die Nazis auf die Durchführung ihres Treffens verzichten, nachdem die Wirtin der Gaststätte »König Ludwig« in Bünsdorf von AntifaschistInnen, die den Gasthof besetzt hatten, über den braunen Geist ihrer Gäste aufgeklärt worden war und sie daraufhin die Vermietung rückgängig machte. Pierre Krebs, Jürgen Rieger und Rothmann mußten an der antifaschistischen Blockade umkehren.

Der vorläufig letzte Versuch der Nazis, ihre Beratungen für die Kommunalwahl fortzusetzen, war die Einladung zu einem Bündnis rechts-Treffen am 7.

Andreas Rothmann (JN) bei einer »Thule«-Veranstaltung in Bünsdorf



Dezember 1997, unterzeichnet von Jens Katzer (JN/NPD). Neben Informationen zu den faschistischen Kandidaturen bei der Kommunalwahl durch Dieter Kern (Deutsche Liga) und Wolfgang Schimmel (NPD) sowie einem Vortrag des ehemaligen Landtagsabgeordneten der faschistischen Deutschen Liga (DL), Ingo Stawitz, war als Gastredner Otmar Wallner aus Bayern angekündigt. Wallner hat für das Bündnis rechts und die das Bündnis dominierende NPD besonders deshalb Signalwirkung, weil er nach zwölfjähriger Mitgliedschaft die Republikaner im August 1997 verlassen hatte und nun als Kronzeuge gegen den vom REP-Vorsitzenden Rolf Schlierer durchgesetzten Kurs auftritt.

Parallel zu diesen Veranstaltungen führten Nazis aus dem Umfeld des im Februar verstorbenen Thies Christophersen im November bei Flensburg eine zweitägige Veranstaltung durch. Was dem Altnazi und Auschwitzleugner in den letzten Jahren nie gelungen war, schafften nun seine ehemaligen Vertrauten: unter der offiziellen Verantwortung der Oldenburgerin Claudia Brüning konnten sich etwa 80 Alt- und Neonazis aus Deutschland, Belgien und Schweden beinahe ungestört zwei Tage lang treffen. Neben dem belgischen Scheldechor, einer Singegruppe aus Altnazis, trat Jürgen Rieger als Redner auf. Die Form seines Auftretens läßt vermuten, daß er Mitorganisator des Treffens war. Neben den Saalveranstaltungen gelang es der Nazitruppe am Grab Christophersens, mit Fackeln Aufstellung zu nehmen und Reden zu halten.

Bemerkenswert war, daß sich kaum Personen aus dem Umfeld des Bündnis



Auch Thomas Wulff (links mit Armbinde) marschiert unter der Fahne des FVB in Bad Segeberg

rechts unter den Teilnehmern befanden. Während diese momentan versuchen, aktuelle Politik bis hin zum Wahlkampf zu machen, scheint es dem Kreis um Brüning und Rieger darum zu gehen, das politische Umfeld Christophersens, das sich allemal als zahlungsfähig und über die politischen Gruppierungen hinaus als einflußreich erwiesen hat, bei der Stange zu halten. An finanziellen Problemen scheiterte immerhin der Versuch, Christophersens Zeitschrift Die Bauernschaft von Ernst Zündel herausgeben zu lassen. Damit drohte der langwierig aufgebaute Leser- und Freundeskreis zu zerfallen.

Insbesondere Rieger, der mit seinen zahlreichen Vereinen (Heideheim e.V., Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltenforschung etc.) selbst ein breites Netzwerk aufgebaut hat, das personell teilweise Überschneidungen mit dem Christophersen-Umfeld hat, muß ein Interesse an weiteren intensiven Kontakten zu diesem Personenkreis haben.

Das Bündnis rechts

Sehr aufschlußreich ist es, einen genaueren Blick auf diejenigen zu werfen, die hinter den verschiedenen Aktivitäten der letzten 18 Monate stehen. Im Bereich des Bündnis rechts, das aktuell als aktivster Flügel gelten kann, hat sich ein illustres Grüppchen zusammengefunden: Als einer der Hauptinitiatoren des Bündnisses kann Ingo Stawitz gelten. Ehemals DVU-Abgeordneter im schleswig-holsteinischen Landtag, wechselte er zur DL und Anfang 1997 zur NPD. Schon lange sucht er nach breiteren Bündnismöglichkeiten. So nahm er beispielsweise noch als Landtagsabgeordneter offiziell Kontakt zur Hamburger FAP-Führung um die Brüder Glenn und André Goertz auf.

Als NPD-Mitglied steht er für die Politik der Partei, sich in Schleswig-Holstein kaum eigenständig, sondern hauptsächlich gemeinsam mit anderen Gruppen, zu betätigen. Die Flensburger JN machte allerdings unter der Führung von Tim Kirschner in den letzten zwei Jahren auch durch verstärkte eigene Propaganda auf sich aufmerksam. So trat sie als Bürgerinitiative gegen Gewalt und Drogen aggressiv gegen das Alternativprojekt »Hafermarkt« auf.

Stawitz' Aktivitäten sind auch im Licht des starken Bedürfnisses von DL-Mitgliedern zu sehen, mit anderen, auch militanten, Gruppen zusammenzuarbeiten. Beachtenswert ist dabei, daß beispielsweise Thomas Wulff 1996 Mitglied des Hamburger Landesverbandes der DL wurde. Dementsprechend nahmen an den Veranstaltungen des Bündnis rechts zahlreiche ältere Personen aus dem Umfeld von NPD, DL und sogar der REPs teil.

Der zweite maßgebliche Pol des Bündnis rechts besteht aus Personen und Gruppen im Umfeld der verbotenen Hamburger Nationalen Liste, die

während des Knastaufenthaltes von CHRISTIAN WORCH vor allem von Wulff repräsentiert wurde (Worchs momentaner Aufenthalt ist unklar; kaum entlassen, wanderte er bei der Beerdigung der drei SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT-Aktivisten bereits wieder ins Gefängnis). Die NL hatte bereits vor Jahren vorexerziert, daß sie in der Lage ist, tatkräftig Aufbauhilfe für lokale Nazigruppen zu leisten. So hatte sie mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen den Wilhelmshavener DEUTSCHEN KAMERADSCHAFTSBUND von THORSTEN DE VRIES mitinitiiert.

Jahrelang bestanden Kontakte zwischen NL-Mitgliedern und jungen Nazis im Bereich Henstedt Ulzburg und Bramfeld. Diese Region verfügt über eine traditionell starke NPD-, JN- und ehemals WIKING JUGEND-Struktur. Die neueren Kontakte kamen wohl vor allem über die Fußball-Hooligan-Szene zustande, in der sich Wulff und Nazis wie z.B. THORSTEN BÄRTHEL und ANDRÉ SCHWELLING profilieren.

Sie schlugen sich zunächst nieder in der gemeinsamen Herausgabe des BRAMFELDER STURMS (inzwischen HAMBURGER STURM), ein Fanzine im NL-Outfit, das neben Konzert- und Fußballberichten vor allem durch nationalsozialistisch geprägte Propaganda besticht. Herausgeber des Fanzines war zunächst die PATRIOTISCHE JUGEND (PJ), die seit 1995 in Bramfeld besteht. Über ein Postfach in Henstedt-Ulzburg vertreibt die PJ Propagandamaterial und beteiligt sich an bundesweiten Naziaktivitäten. Über dasselbe Postfach wird auch Propaganda des BUND FÜR GESAMTDEUTSCHLAND versandt. Diese Partei hat ihren Hauptsitz in Duisburg und betrieb lange Jahre hauptsächlich revanchistische Propagandaarbeit. In Schleswig-Holstein treten bislang ANDRÉ SCHWELLING (NL-Umfeld) und ANDREAS ROTHMANN (JN) für den BGD auf.

Im Zusammenhang mit der Demonstration in Bad Segeberg trat erstmals in Schleswig-Holstein eine Gruppe des FREIHEITLICHEN VOLKSBLOCK (FVB) auf. Im wesentlichen handelte es sich bei den uniformiert auftretenden Mitgliedern, die mit ihrem »Frauenblock« schon auf der Münchner Demonstration aufgefallen waren, um süddeutsche Nazis, vor allem aus dem Raum Nürnberg. Allerdings hat sich inzwischen in Eutin-Fissau um den etwa zwanzigjährigen SVEN LÖRCHNER eine kleine Gruppe als FVB versammelt und bemüht sich, in Lübeck eine Ortsgruppe zu bilden.

Besonders aktiv waren in den letzten beiden Jahren auch Neonazis aus Bad Segeberg. Nach der Entlassung von BERND TÖDTER aus dem Knast wurde dort ein FREUNDESKREIS NATIONALER AKTIVISTEN/KAMERADSCHAFT NORDMARK gegründet. Dieser veranstaltete Wehrsportübungen und trat auf der Segeberger Demonstration mit einem eigenen Transparent auf. Inwieweit diese Gruppe mit der angeblichen Anti-Antifa-Aktivistin THEKLA KOSCHE verbunden ist, ist unklar. Jedenfalls würde dies erklären, wie Kosche innerhalb kürzester Zeit in der rechten Szene so viel Vertrauen entgegengebracht wurde, daß ihr NORDLAND-NETZ dem THULE-NETZ vierzig User abwerben konnte.



Markus Privenau aus Bremen (links) beim Naziaufmarsch in Bad Segeberg

Über Thekla Kosche wurde in den letzten Monaten viel geschrieben. Insgesamt fällt auf, daß die meisten Vermutungen auf ihrem eigenen Geschreibsel im Internet und auf reiner Spekulation beruhen. Festzustellen ist, daß sie bisher mit dem Nordland-Netz ihre einzige sinnvolle Aktivität entfaltet hat. Durch ihr unvorsichtiges und vollmundiges Auftreten hatte sie für ihren Rausschmiß aus dem Thule-Netz gesorgt und als Reaktion ihr eigenes Projekt aufgebaut. Dieses ist allerdings mit bislang vierzig Usern bedeutungslos.

Wer sie bei den Spitzenfunktionären der Naziszene vermutet, nur weil sie beim Pfingstlager in Hetendorf war und Kontakt zu einigen Nazifürsten hat, könnte falsch liegen. Ihr dümmliches Auftreten gegenüber Antifas läßt jedenfalls Zweifel an ihren Fähigkeiten aufkommen. Möglich wäre, daß sie als Kontaktperson zu Tödters Freundschaftskreis dient und dieser die eigentliche Anti-Antifa-Arbeit leisten will.

Ausblick

Alles in allem liegt die Vermutung nahe, daß das Bündnis rechts in Schleswig-Holstein gute Chancen hat, organisationsübergreifend als Sammlungsbewegung zu wirken. Es ist zwar nicht zu vermuten, daß es damit bundesweite Vorbildfunktion einnehmen kann; für die Region kann diese Bündelung jedoch noch einiges an Problemen mit sich bringen.

Fraglich ist, ob sich das Bündnis auch durch den Bundestagswahlkampf hindurch retten kann, in dem einige ihrer Bündnispartner wohl in Konkurrenz zueinander treten werden. Daneben ist weiter fraglich, ob es den Initiatoren gelingt, die verschiedenen lokalen Initiativen zu funktionsfähigen Ortsgruppen anwachsen zu lassen. Ohne die Beteiligung von Gruppen aus anderen Bundesländern, der Hamburger NL, der SAF sowie der süddeutschen FVB-Mitglieder, wäre zumindest die Demonstration in Bad Segeberg, die insgesamt für viel Auftrieb gesorgt hat, nicht durchführbar gewesen. Darüber hinaus haben AntifaschistInnen mittlerweile die Voraussetzungen dafür geschaffen, in Zukunft erfolgreich gegen weitere Aktionen zu mobilisieren, was sie in den vergangenen Monaten mehrfach unter Beweis gestellt haben. ■

In Grenznähe gilt:

Taxis nur für Deutsche

Im November letzten Jahres erklärte das Supreme Court, das Verfassungsgericht der USA, eine Gesetzesinitiative kalifornischer BürgerInnen für verfassungswidrig. Der drei Jahre zuvor von einer Mehrheit der Wahlbeteiligten per Volksabstimmung angenommene Gesetzestext hatte vorgesehen, MigrantInnen ohne Aufenthaltspapiere – sogenannte »Illegale« – in Schulen, Kindergärten oder Arzt- bzw. Ärztinnenpraxen ausfindig zu machen. Dazu war auch eine Denunziationspflicht für LehrerInnen, ErzieherInnen und das Gesundheitspersonal in Praxen wie Krankenhäusern vorgesehen. Sie sollten den Aufenthaltsstatus ihrer Zöglinge oder PatientInnen kontrollieren.[1] Die Richter des Supreme Court waren der Auffassung, das Gejammer des rassistischen Mobs über angebliche ökonomische Schäden und persönliche Einschränkungen *»durch das kriminelle Verhalten der Eindringlinge«* sei keineswegs höher zu bewerten als das grundsätzliche Recht auf Bildung und Gesundheitsversorgung, das eben auch »Illegalen« zustehe. Damit bekräftigten sie die bisherige Rechtsauffassung des Verfassungsgerichts, das schon mehrmals ausgrenzende und rassistische Gesetzestexte gestoppt hatte.

Im Gegensatz dazu manifestieren deutsche Gerichte eine Pflicht zur Denunziation. So machen TaxifahrerInnen sich nach Auffassung von Richtern nahe der Grenze zu Polen und Tschechien strafbar, wenn sie »Illegale« befördern. Als »illegal« ist deutschem Recht zufolge ein Nichtdeutscher zu bezeichnen, der *»unerlaubt und strafbar«* in die Bundesrepublik einreist, also *»eine erforderliche Aufenthaltsgenehmigung nicht besitzt, einen erforderlichen Paß nicht besitzt oder nach den Bestimmungen des Ausländergesetzes nicht einreisen darf (weil er ausgewiesen oder abgeschoben wurde)«*[2].

TaxifahrerInnen sollen den Gerichten zufolge prüfen, ob ihre Gäste über einen gültigen Aufenthaltsstatus verfügen. Dies dürfen sie laut Gesetz gar nicht. Unterlassen sie die Ausweiskontrolle aber, und hat ihr Gast keine gültigen Papierchen, so stellt die Beförderung dieser – nach deutscher Rechtsauffassung »illegalen« – Person eine Straftat dar. Auch dann, wenn sie nur innerhalb der Bundesrepublik befördert wird. Wegen »Einschleusens von Ausländern« wurden bereits mehrere TaxifahrerInnen in Grenznähe verurteilt, über 100 weitere Strafverfahren laufen. Rechtsgrundlage für die bisher erfolgten Urteile ist der Paragraph 92 des im Jahre 1994 geänderten Ausländergesetzes. Dieser stellt sowohl die »Beihilfe zur illegalen Einreise« wie auch die »Beihilfe zu illegalem Aufenthalt« unter Strafe.

Beim Versuch, die Festung Westeuropa zu sichern und Deutschlands Ostgrenze zu einem möglichst undurchdringbaren Sicherheitswall auszubauen, wird dieses Gesetz vom Bundesgrenzschutz (BGS) genutzt, um beispielsweise TaxifahrerInnen zu Kontrollen des Aufenthaltsstatus und Denunziation zu verpflichten. Das Amtsgericht im sächsischen Zittau legte so einem Angeklagten, der im Juli 1995 drei »Illegale« befördert hatte, zur Last, *»daß die von ihm durchgeführte Tat erhebliche sozialschädliche Auswirkungen hat, da der Aufenthalt der Illegalen in der Regel aus Steuergeldern finanziert werden muß«*[3]. Im Namen des deutschen Volkes stellte Strafrichter Ronsdorf außerdem fest, für den Beschuldigten hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, »durch einen Anruf beim Bundesgrenzschutz die Personen überprüfen zu lassen«[4].

Bundesgrenzschutz macht mobil

Der BGS versucht schon seit einiger Zeit, TaxifahrerInnen in das Projekt eines migrationssicheren Ostwalls einzubinden. Mit Flugzetteln an *»alle Taxifahrerinnen und Taxifahrer«* fordert das Grenzschutzamt Frankfurt (Oder) beispielsweise: *»NEIN zu Schleppern und Schleusern«*. Für den Fall einer *»Mitwirkung an illegalen Grenzübertritten«* werden Freiheits- bzw. Geldstrafen, die Beschlagnahme des Fahrzeugs *»oder auch der Entzug der Konzession als Taxiunternehmer«* angedroht[5]. Um die TaxifahrerInnen in ihre Abschottungspolitik einzubinden, sucht der BGS auch den direkten Kontakt zu Taxiverbänden. Mitte April letzten Jahres trafen in der Industrie- und Handelskammer (IHK) Dresden Vertreter der örtlichen Staatsanwaltschaft, des Grenzschutzamtes Pirna, des Landratsamtes Sächsische Schweiz, des Straßenverkehrsamtes, der Führerscheinstelle und des Landesverbandes Taxi-/Mietwagenverkehr zusammen. Den Beratungen folgte ein Aufruf der Handelskammer an alle Taxifahrer: *»Bei der Aufnahme der Fahrgäste achten Sie bitte auf das äußere Erscheinungsbild, Kleidungszustand und andere äußere Auffälligkeiten, die den Verdacht zulassen, daß es sich um Personen handeln könnte, die sich illegal aufhalten«*. Im Verdachtsfall solle dann der BGS *»oder eine Polizeidienststelle«* informiert werden[6]. Die IHK Bautzen veranstaltete nach einem Bericht der Sächsischen Zeitung im Juni eine ähnliche Zusammenkunft[7]. Ein Rundschreiben des Bundeszentralverbandes Personenverkehr verkündet zudem, das Bundesinnenministerium und der Verband *»fordern Taxifahrerinnen und Taxifahrer zur Unterstützung bei der Bekämpfung der illegalen Einreise von Ausländern auf dem Landweg auf«*[8].

Beliebtes Argument – dessen sich auch der Zittauer Strafrichter Ronsdorf bediente – ist die angebliche Existenz von Schlepper-Banden. Nachgewiesen werden diese beispielsweise durch Zeugen wie Steffen Döring. Selbst schon wegen »Beihilfe zu illegalem Aufenthalt« verurteilt, berichtete dieser Taxifahrer ausführlich von der Arbeit einer »Schleuserorganisation«, die ihren Sitz in Polen haben soll. Von dieser angeblichen Zentrale würden die »Schleusungen« bezahlt und auch seien *»die Illegalen entsprechend instruiert worden«*, was auszusagen sei, sollte der BGS sie festnehmen. Hatte das Amtsgericht Zittau an Dörings Aussagen *»keine Zweifel«*[9], wies der Anwalt eines verurteilten Taxifahrers nach, der »Zeuge« habe 1995 mindestens zehnmal von seinem Funktelefon aus den BGS angerufen – offenbar um KollegInnen oder »Illegale« zu denunzieren. Zur Belohnung bekam Döring für die von ihm gestandenen »Schleusungen« nur eine Geldstrafe aufgebrummt.

Rassistische Erkennungskriterien

Für die Berliner Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) ist die Situation *»alarmierend«*, weil eine Diskriminierung anhand äußerlicher Merkmale erfolge: *»Waren es zunächst Neonazis und Rassisten auf der Straße, die andere Personen aufgrund ihres Out-fits und ihrer Hautfarbe angriffen, waren es dann in den letzten Jahren der Bundesgrenzschutz und die Polizei, die dieses Mittel der rassistischen Erkennungskriterien in ihre Fahndungsinstrumente aufnahmen«*. Der BGS wolle nach Auffassung der FFM nicht nur durch seine technische Aufrüstung, sondern auch durch die Einbeziehung verschiedener Bevölkerungskreise die Grenze dicht machen: *»Nach der Einrichtung von Bürgertelefonen des BGS, das AnwohnerInnen zur Denunziati-*



Armado S. Rodrigues, der einmillionste »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik wurde 1964 mit Blumenstrauß und Moped begrüßt. Mopedfahren ist ausländischen Menschen noch gestattet, von der Taxibenutzung sollen sie aber ausgeschlossen werden.

on von Personen nutzen sollen, die nicht in das Bild deutscher GrenzbewohnerInnen passen, werden nun die TaxifahrerInnen zu einer 'Zusammenarbeit' mit dem BGS gezwungen«[10].

Anläßlich der Berufungsverhandlung gegen den vom Amtsgericht Zittau verurteilten Taxifahrer mobilisierten Taxigenossenschaften aus Berlin und Hamburg am 16. Dezember 1997 zusammen mit dem Republikanischen Anwaltsverein und der FFM zum Landgericht Görlitz. Mit einem Taxikorso machten sie sich lautstark in der Innenstadt bemerkbar. Außerdem veröffentlichten sie die »Görlitzer Erklärung« (siehe Kasten), die von knapp 200 TaxifahrerInnen unterzeichnet wurde.

Das Landgericht Görlitz zeigte sich unbeeindruckt und bestätigte die Verurteilung eines Taxifahrers zu einem Jahr und vier Monaten Haft. Bereits im Oktober 1996 hatte das Landgericht Cottbus einen Taxifahrer zu vier Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt.

Nahe der Grenze ist es aufgrund dessen für Menschen, die den rassistischen Beschreibungen des BGS entsprechen, fast unmöglich geworden, ein Taxi zu bekommen. In den Augen des Zittauer Amtsgerichts sicher nicht weiter tragisch, argumentierte es doch in der Urteilsbegündung, *»daß gerade dieser Personenkreis in der Regel nicht über ein solches Einkommen verfügt, welches es ihm ermöglicht, längere Strecken mittels eines Taxis zurückzulegen«*[11]. ■

1) Vgl. AIB Nr. 29, Seite 49.
2) Zitiert nach einer Antwort von Klaus Hardraht, Staatsminister im sächischen Innenministerium, auf eine Kleine Anfrage der PDS-Landtagsabgeordneten Ingrid Mattern vom 26.Juni 1996 (Drucksache 2/3555).
3) Urteil des Amtsgerichts Zittau in der schriftlichen Ausfertigung vom 16. Mai 1997, Seite 11
4) ebd., Seite 9.
5) Flugzettel des Grenzschutzamtes Frankfurt (Oder) unter dem Titel: »Der Bundesgrenzschutzinformiert: NEIN zu Schleppern und Schleusern«.
6) Artikel in »Verkehr Kommunikation«, IHK WD, Mai 1997.
7) Sächsische Zeitung, 14. Juni 1997.
8) Taxi-Magazin. Taxi-Journal in der Region Halle/Leipzig, August 1997.
9) Urteil des AG Zittau (siehe Anm. 3), Seite 6.
10) Zitiert nach einer Erklärung der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration vom 18. August 1997 mit dem Titel »Denunziationspflicht für Taxifahrer in grenznahen Gebieten«. Kontakt: FFM, Gneisenaustraße 2a, 10965 Berlin, Tel. 030-6935670, Fax: 030-6938318.
11) Urteil des AG Zittau (siehe Anm. 3), Seite 10.

Görlitzer Erklärung

Seit etwa zwei Jahren werden Taxifahrerinnen und Taxifahrer im grenznahen Bereich zu Polen und Tschechien vom Bundesgrenzschutz und der Justiz belangt, wenn sie Menschen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung befördern. Sie werden der »Schleusertätigkeit« beschuldigt.

Wir, die unterzeichnenden Taxifahrerinnen und Taxifahrer, erklären hiermit:

1. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Pässe unserer Fahrgäste zu kontrollieren. Und wir haben kein Interesse daran, dies in Zukunft zu können.
2. Die Beförderungspflicht des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr - dazu gehören auch Taxis) gilt für alle Menschen. Gegen geltende Gesetze verstößt nicht, wer alle Menschen befördert, sondern wer dazu aufruft, eine bestimmte Gruppe von Menschen von der Beförderung auszuschließen.
3. Zu viele Flüchtlinge haben bereits, gerade an der östlichen Grenze Deutschlands, ihr Leben verloren: durch Ertrinken, Erfrieren, Ersticken. Viele ausländische Menschen nehmen ein Taxi, weil sie in den anderen öffentlichen Verkehrsmitteln um Leib und Leben fürchten.

   Deshalb werden wir auch in Zukunft Menschen »ausländischen Aussehens, mit schlechten Deutschkenntnissen, viel Gepäck, nasser Kleidung« etc. zu den geltenden Beförderungsbedingungen zu ihrem Fahrtziel bringen. Alles andere wäre unterlassene Hilfeleistung.
4. Wir möchten daran erinnern, daß zum Beispiel die seinerseits vor den Nazis geflüchteten Menschen zum größten Teil »illegal« in die Schweiz eingereist sind und auf die Hilfe der Menschen dort angewiesen waren.

Für uns gilt: Kein Mensch ist illegal!
Wir fordern die sofortige Einstellung aller Strafverfahren gegen Taxifahrer und Taxifahrerinnen wegen angeblicher »Schleusertätigkeiten«

Görlitz, den 16. Dezember 1997

Aus der liberalen Defensive in die nationale Offensive



Lange gehörte Dr. Heiner Ernst Kappel zu jenen FDP-Mitgliedern, die versuchten, die Partei zu unterwandern und nach rechts zu drängen. Diese Strategie ist jedoch offensichtlich gescheitert, was der hessische Landtagsabgeordnete allerdings nicht so gerne zugeben mag. Doch sein Austritt aus der FDP und die Gründung einer neuen Rechtsaußen-Partei unter dem Namen Offensive für Deutschland – freiheitlich, sozial, wertebewußt ist deutliches Zeichen dafür, daß für den nationalliberalen Kappel innerhalb der FDP kaum noch eine ruhmvolle Karriere zu erwarten war. So verließ er die Partei umgehend, nachdem der hessische Landesverband ihn nicht auf einem der obersten Listenplätze für die Bundestagswahl im Oktober dieses Jahres aufgestellt hatte.

Als Vorsitzender seiner eigenen Partei will Kappel nun versuchen, Deutschlands Jörg Haider zu werden. Glaubt man allerdings dem faschistischen Wochenblatt Junge Freiheit (JF), sind Kappels Chancen aber auch hier eher schlecht. Schon beim »definitiven JF-Haider-Test« im Oktober 1996 schnitt er eher schlecht ab: *»Organisation«* sei nämlich eine Schwäche des Pfarrers und Bundeswehrhauptmanns der Reserve. Und kaum aus der FDP ausgetreten, warf Thorsten Thaler von der JF Kappel an den Kopf, nach Informationen des Wochenblattes sei *»das Zusammengehen mit dem BFB, nach einer Schamfrist, bereits beschlossene Sache«*. Der ehemalige FDP'ler mochte das weder bestreiten noch bestätigen. Auf jeden Fall will er alles besser machen als die bestehenden Rechtsparteien – die Offensive für Deutschland soll nämlich *»eine Partei neuen Typs«* sein. Die Organisierung in Form einer Partei erfolgt dabei nur, um gegenüber anderen bestehenden Formationen eine gleichberechtigte Verhandlungsposition einzunehmen. Gemeinsam soll dann eine Einigung in Form einer Bewegung angestrebt werden.

Als potentielle Bündnispartner hat Kappel die Deutsche Soziale Union (DSU), die Deutsche Partei (DP) und den Bund Freier Bürger – Die Freiheitlichen (BfB-F) im Visier. Schon seit etlicher Zeit pflegt man untereinander regen Kontakt.

Rechte Sammlungsbewegung

Erstmalig hatte das Braunzonen-Spektrum sich anläßlich des 50. Jahrestages der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg am 8. Mai 1995 zu Wort gemeldet. Per Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gaben sich die nationalen FDP-Vertreter (darunter natürlich auch Heiner Kappel), der rechte Rand der CDU, Vertriebenenverbände, Burschenschaften, der BfB-F, DSU, DP, die Freie Bürger Union sowie andere rechte Größen – etwa der nationale »Friedensforscher« Alfred Mechtersheimer oder der Politikwissenschaftler Hans-Helmuth Knütter – ihr Stelldichein. Nach langer Zeit gemeinsamen Austausches erfolgte im Sommer vergangenen Jahres die Gründung der überparteilichen Stimme der Mehrheit. Ihr Ziel: Zur rechten Sammelorganisation zu werden.

So auch Kappel, der sich zwar selbst nicht *»rechts«*, sondern lieber *»bürgerlich konservativ«* nennt. So richtig abgrenzen will er sich aber eigentlich nur von den Republikanern, denn die seien nicht nur *»national«*, sondern *»nationalistisch«*. Und so sehr Pastor Kappel auch Patriot ist, der die selige D-Mark ebenso liebt wie die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft allein nach dem Blutrecht, so wenig will er unter der Flagge des Nationalismus für seine Bewegung werben.

Als Gründungsort seiner nationalen Offensive hatte er dennoch die legendäre Wartburg bei Eisenach favorisiert - der Geburtsort des modernen deutschen Nationalismus. Dabei hatte Kappel die Rechnung aber buchstäblich ohne den Wirt gemacht. Die Geschäftsführer der Wirtschaftsbetriebe Wartburg verweigerten der rechten Gesellschaft den Zugang zum historischen Wappensaal, obwohl Kappel sich per Einstweiliger Verfügung das Zugangsrecht bestätigen ließ. So mußten Kappels Sympatisanten die Formierung der Offensive für Deutschland in eine Autobahnraststätte verlegen. Die formale Gründung wurde so fürs letzte Januar-Wochenende in Berlin neu geplant.

Unterwanderung gescheitert?

Mit seinem Austritt aus der FDP kommt Kappel nicht nur einem Ausschlußverfahren zuvor, sondern gibt indirekt das Scheitern der Übernahme einer bestehenden Partei zu. Auch im Berliner Landesverband scheint der nationalliberale Vormarsch zunächst gestoppt - mit Tempelhof, Spandau, Reinickendorf und Neukölln sind nur vier Bezirksverbände in ihrer Hand.

Dennoch will sich der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, ein Mitbegründer der Stimme der Mehrheit und guter Freund Kappels, Ende Januar um den Landesvorsitz bemühen. Allerdings haben sich in der FDP momentan die Gemäßigt-Rechten, um Wirtschaftsminister Günter Rexrodt, Generalsekretär Guido Westerwelle und den FDP-Vorsitzenden Wolfgang Gerhardt durchgesetzt. Sollte die Partei im Oktober allerdings den Wiedereinzug in den Bundestag nicht schaffen, könnte die FDP-Spitze sich auf einen Rechtsruck einlassen. Westerwelle scheut sich beispielsweise nicht, bei einer Veranstaltung der Verbindung Corps Borussia Breslau aufzutreten. Kaum in die FDP eingetreten, hatte Westerwelle 1980 die Jungen Liberalen gegründet – in Abgrenzung zu den *»Linksabweichlern«* der Jungdemokraten. Hier arbeitete er über Jahre mit Markus Roscher zusammen, der zu den nationalen Vorkämpfern der Berliner FDP zählt. Auch Rexrodt pflegte als Berliner Landesvorsitzender – in der Traditon seines rechten Vorgängers, dem Senator Herrmann Oxford – intensiven Kontakt zu den Nationalliberalen. ■

Nicht ganz rechts?

Der stramme CDU-Rechtsaußen Wolfgang von Stetten tritt als neuer Präsident des Studienzentrums Weikersheim in die Fußstapfen des »furchtbaren Juristen« Hans Filbinger

Am 23. Mai diesen Jahres, einen Tag vor der 19. Jahrestagung des STUDIENZENTRUMS WEIKERSHEIM E.V. (SZW), wurde DR. WOLFGANG FREIHERR VON STETTEN (56) einstimmig zu dessen neuen Präsidenten gewählt. HANS FILBINGER (83), dessen Amtszeit eigentlich erst 1999 abgelaufen wäre, trat – angeblich aus Altersgründen – zurück. Als Ehrenpräsident bleibt er der von ihm 1979 gegründeten rechten Kaderschmiede jedoch weiterhin erhalten. Laut Stetten (MdB seit 1990) litt das Ansehen des SZW *»unter den persönlichen Angriffen auf Hans Filbinger«*, den er als einen *»väterlichen Freund«* bezeichnet. Er, Stetten, wolle nun das Studienzentrum, das er als *»Sprachrohr der vernünftigen Mehrheit«* ansieht, aus der *»Schußlinie der linken Medien«* bringen. Bei seiner politischen Verortung des SZW blieb es jedoch beim Versuch: *»Weikersheim ist weder deutsch-national noch nationalistisch. Weikersheim ist auch nicht nationalsozialistisch und damit auch nicht rechtsextremistisch.«*

»Ursprünglich waren wir ein liberal-konservativer Studienkreis, dahin möchte ich die Stiftung wieder führen!« Was Stetten da unter *»liberal-konservativ«* versteht, bleibt angesichts des damaligen Gründerkreises fraglich. Um den vorgeblich neuen Kurs zu verdeutlichen, wird auch schon nach einem neuen Namen gesucht. Im Gespräch ist u.a. »Ideenzentrum Weikersheim – Gesellschaft und Wirtschaft von morgen«. Den juristischen Sitz des Studienzentrums will man von Stuttgart nach Wertheim verlegen, die Geschäftsstelle nach Bonn. Später soll es dann nach Berlin gehen. Weikersheim als Veranstaltungsort soll auf jeden Fall erhalten bleiben. Dank der »neuen Linie« haben sich bereits neue Mitglieder eingefunden: Staatssekretär GUSTAV WABRO (CDU), der Bevollmächtigte des Landes Baden-Württemberg beim Bund, will sich ebenso engagieren wie Staatssekretär EUGEN VOLZ. Ministerpräsident ERWIN TEUFEL, der bereits 1994, unmittelbar nach seiner Wiederwahl und als Chef der CDU/FDP-Regierung, eine Tagung des SZW im Haus der Wirtschaft eröffnete, dankte bei der diesjährigen Jahrestagung dem Studienzentrum für dessen *»Beitrag zur Fundierung der Gesellschaft«* und bescheinigte ihm einen *»fast prophetischen Weitblick«*. Die Landesregierung unterstützt das SZW jedoch nicht nur auf personeller Ebene: Allein im Zeitraum von 1993 bis 1995 wurden über 80.000 Mark bewilligt. Durch personelle Verjüngung sollen moderne Ideen eingebracht werden. Viel verjüngt sich aber nicht. Denn außer Stetten (56) und dem etwa gleichalten PETER VON DER HEYDT bleibt der Altersdurchschnitt doch noch beträchtlich hoch. Auch MANFRED ROMMEL, Ex-OB von Stuttgart, ändert daran mit 67 Jahren nichts. Rommel, der sich auf der Tagung aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen ließ, soll nach eigenen Aussagen als neues Präsidiumsmitglied weniger aktiv, als mehr beratend tätig sein. Rommel stehe, so Stetten, *»für den liberalen Touch«*.

Und die *»modernen Ideen«*? Das *»enorme Geistespotential«* der im Studienzentrum versammelten Führungskräfte (Filbinger hat es damals noch schlicht *»Elite«* genannt) soll *»angezapft«* und so *»Deutschland und Europa in eine sichere Zukunft«* geführt werden. Gruppen sollen mit speziellen Themen beauftragt werden und ihm, dem Präsidenten, zuarbeiten. Auf diese Weise sollen Erfahrung, Geisteskraft und wissenschaftliche Erkenntnis eingebracht werden, als Produkt soll ein *»Standpunkt der Liberal-Konservativen«* entstehen.

»Manche Männer sind einfach rabiater«

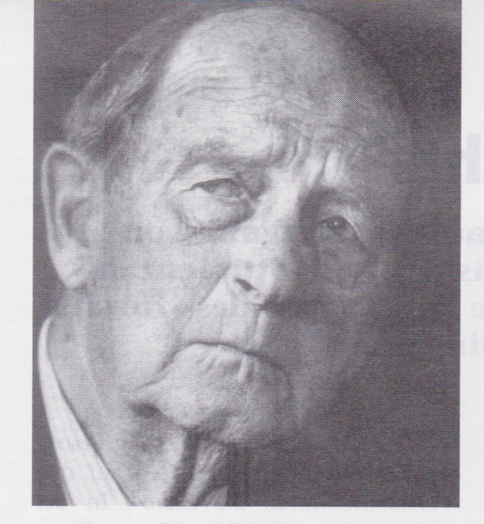
Gänzlich ohne Geistesblitze geraten Stettens Aussagen zum Thema *»Vergewaltigung in der Ehe«*. Zum ehelichen Leben gehöre nämlich auch, *»die Unlust des Partners zu überwinden«*. Dazu gehört auch die *»eine oder andere Berührung«*, meint er. *»Was ist noch Vorspiel, was bereits Bedrängnis? Wenn der anfängliche Wille – 'heute nicht' – von der einen oder anderen Seite überwunden werde, könne dies wohl kaum als Vergewaltigung angesehen werden.«* Nach Stetten ist das ein *»mit Drohung erreichter Geschlechtsverkehr«*. Denn: *»Anders als beim Sittenstrolch hat die Frau beim Ehemann keine Todesangst.« »Der Ehemann ist nicht darauf aus, ein Verbrechen zu begehen – manche Männer sind einfach rabiater.«* Für ihn, dem seit bald 30 Jahren Verheirateten, steht fest: *»Beim Sex in der Ehe kann man nicht einfach nein sagen«*. Nicht unwidersprochen hinnehmen wolle er, *»daß in jeder 5. oder 6. Ehe vergewaltigt würde. Denn das hieße ja, daß etwa 5 Millionen Männer und Frauen (sic!) (...) Verbrecher wären (...)«*.

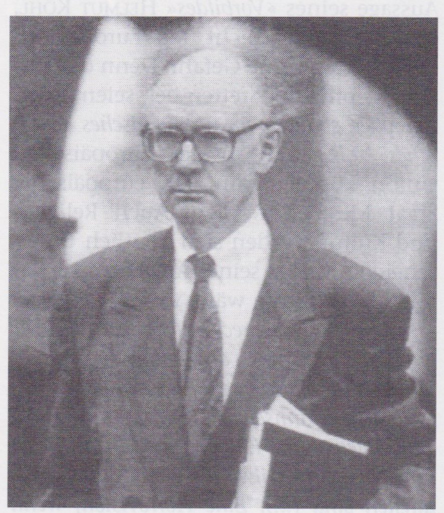
Der Feind steht...

...eigentlich überall. Aber ein besonderes Augenmerk legt Stetten auf den *»Fundamentalismus des Islam«*. In der Aussage seines *»Vorbildes«* HELMUT KOHL, daß die Türkei nicht Teil Europas sei, sieht Stetten keine Gefahr. Denn die Türken, so pflichtet Stetten bei, seien *»keine Europäer, sondern ein turkmenisches asiatisches Volk«* und in der Europäischen Union könne ja nur ein europäischer Staat Mitglied werden. Auch Religion und Kultur würden sich deutlich unterscheiden, was ja seiner Ansicht nach gar nicht so schlimm wäre, wenn – ja wenn – *»nicht dieser schreckliche mittelalterliche Fundamentalismus des Islam überhand nähme. Man denke nur an die etwa 650 Millionen islamischen Menschen, die einen Teil Asiens und Europa wie einen Gürtel umziehen und teilweise bereits Fundamentalisten sind (...). Eine Horrovision, wenn dies zur 'Geißel' des 21. Jahrhunderts würde.«* Dies könne schnell *»trojanische Pferde«* auf den Plan rufen, die sich bereits im Land befänden. Nicht auszudenken sei es, *»wenn die Türkei – zu einem 'islamischen Gottesstaat' umfunktioniert – die zwei bis drei Millionen Türken (sic!) in der BRD als islamische Speerspitze«* nutze. Feind Nummer zwei wähnt Stetten dort, wo seiner Meinung nach politisch *»links«* ist. Die im Vergleich zu früheren Jahrestagungen verhältnismäßig geringe Zahl von 300 Gästen im Rittersaal des

Wolfgang Freiherr von Stetten

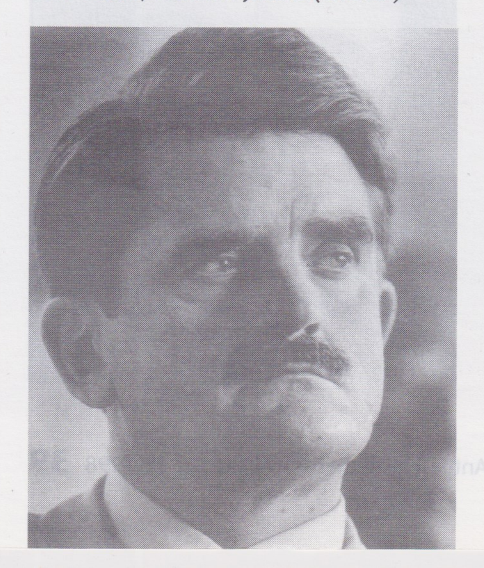








Hans Filbinger, Hans-Helmuth Knütter, Lothar Bossle, Albrecht Jebens (v.o.n.u.)



Weikersheimer Schlosses wertete Stetten als Effekt einer Furcht vor *»linken Demonstranten«*. Unter ihm werde das SZW *»vor keinem Straßenterror weichen«* und weiterhin *»strikt antikommunistisch«* ausgerichtet sein. Hier bleibt sich Stetten treu. So kündigte er angesichts einer Einladung von Gregor Gysi zu einer 1. Mai-Veranstaltung in seinem (Stettens) Wahlkreis Schwäbisch Hall/Hohenlohe Konsequenzen an. In seiner Eigenschaft als Mitglied des Geschäftsordnungsausschusses des Deutschen Bundestages bei der Gauck-Behörde in Berlin wolle er Gysis Stasiakten überprüfen. Dieser sei Repräsentant der PDS, die *»eindeutig linkssozialistisch (sic!), kommunistisch und undemokratisch und Nachfolgepartei der verbrecherischen SED ist«*.

Auch die SPD kommt nicht besser weg. Sie verhindere Abschiebungen und trage so mit die Verantwortung für die Wahlerfolge der REPUBLIKANER (REP) und die daraus folgenden wachsenden Gewalttaten *»irrer und wirrer Jugendlicher«*. Weiter habe die *»Verniedlichung linker Gewalttaten (...) rechte Gewalttäter geradezu ermuntert und herausgefordert.«* Sein Fazit: *»Wenn wir zwei Jahre früher das, was wir jetzt als Asylgesetz haben, gehabt hätten, wäre es zu den Ausschreitungen (in Rostock, d.Verf.) nicht gekommen.«* So sei auch der größte Teil der WählerInnen, die REP gewählt haben, keine Rechtsradikalen, sondern ProtestwählerInnen, die unzufrieden waren, weil die Asylfrage nicht gelöst worden sei. Dies aus dem Munde eines Mannes, der sich dieses Wahlkampfthema schon vor Jahren auf die Fahnen schrieb und sich damit immer wieder in widerlichster Hetze exponierte.

Dauerbrenner Asyl

Asyl als Wahlkampfthema nennt Stetten einen Dauerbrenner, weil *»sehr viele Asylanten sehr lange da sind.«* Er verlangt, daß beim Asylrecht *»Sammelunterkunft und Naturverpflegung«* vorgeschrieben werden. Medienwirksam testete er die *»Naturalverpflegung«*, weil ihm in Lebensmittelpaketen *»teurer«* Spargel aufgefallen war. Die Forderung nach der Verkürzung der Asylverfahrensdauer kaschiert er mit humanitären Beweggründen: *»Die Leute haben sich an das Leben in Deutschland gewöhnt, wenn wir sie abschieben müssen!«* AussiedlerInnen empfahl er, die deutsche Sprache zu erlernen, da sie dann nicht in Gefahr gerieten, *»mit ungebetenen Ausländern und Asylbewerbern auf die gleiche Stufe gestellt zu werden.«*

Nachdrücklich fordert Stetten die Rückkehr der Bürgerkriegsflüchtlinge nach Bosnien-Herzegowina. Sie könnten nicht warten, bis andere ihr Land wieder aufgebaut hätten. Müßig die Erwähnung seiner Forderung nach konsequenter Abschiebung der abgelehnten AsylbewerberInnen, in seinen Augen *»hunderttausende von Wirtschaftsflüchtlingen«*.

»In der konkreten Arbeit (...) nicht ganz rechts«

Aber sonst schon? Stetten jedenfalls sieht das so: *»Wenn mich jemand einen Rechtsaußen nennt, kann der nur linksextrem sein. Ich bin Mitte.«* Nach dieser Definition gäbe es allerdings auch linksextreme CDUlerInnen.

Der Lokalmatador der REP, ALEXANDER SCHONATH, hätte jedenfalls nichts dagegen, Stetten in seinen Reihen begrüßen zu können. Einigkeit bestand nicht zuletzt in Sachen Vergangenheitsbewältigung.

Gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, die im Wahlkreis gezeigt werden sollte, protestierten Schonath und Stetten aufs Schärfste. Letzterer verwahrte sich gegen den Versuch, 16 Millionen deutsche Soldaten pauschal zu Verbrechern zu stempeln, *»weil es einige waren«*. Die Ausstellung versuche *»einseitig und historisch zweifelhaft«* die deutsche Wehrmacht als Verbrecherorganisation hinzustellen und zu verunglimpfen. Schwerste Verbrechen habe es *»nicht nur auf der einen Seite«* gegeben, *»von den Greueln und Verbrechen nach dem Kriege an Deutschen (...) ganz zu schweigen«*.

Daß Stetten einem revisionistischen Geschichtsbild anhängt, hat er auch schon früher bewiesen. Voll und ganz stellte er sich hinter OTTO VON HABSBURG (PANEUROPA-UNION), als dieser 1995 anläßlich eines Neujahrsempfanges in Schwäbisch Hall forderte, sich nicht auf die *»ganz kleine Hitler-Nabelschau«* zu beschränken, denn *»was sind zehn, zwölf Jahre im Vergleich zur großen deutschen Geschichte? Ganz abgesehen davon, daß die Scheußlichkeiten, die damals bei uns passiert sind (...) schließlich auch anderswo geschehen sind.«* Vor Jahren bemerkte Habsburg: *»Die sogenannte DDR hat nicht nur KZ's eingerichtet, sie ist selber ein einziges riesiges Konzentrationslager.«*

Stetten setzt noch eins oben drauf: *»Wer aber bestreitet, daß der Kommunismus und Sozialismus in der DDR mit den schlimmsten Auswüchsen des Nationalsozialismus gleichzusetzen ist und die DDR nicht mit einem KZ zu vergleichen ist, versucht den mörderischen Sozialismus der SED in der ehemaligen DDR 'reinzuwaschen'. (...) Ob einer aus Auschwitz, Bergen-Belsen oder anderen KZs fliehen wollte und am Stacheldraht erschossen wurde, oder ob dies an der innerdeutschen Grenze oder an der Mauer geschah, es war der gleiche menschenverachtende, grausame totalitäre An-*

Das Präsidium des Studienzentrums

Präsident Wolfgang von Stetten (CDU-MdB)

Stellvertreter Otto Esser (Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbandes)

Schatzmeister Willy Dempf (Stuttgart)

Lothar Bossle (Würzburg)

Peter von der Heydt (Bankhaus Delbrück & Co., Köln)

Manfred Rommel (Ex-OB von Stuttgart)

Klaus Hornung (Reutlingen)

Bernhard von Diemer (Personalchef, Königstein)

Renate Heinisch (CDU-MdEP, Boxberg)

Erwin Vetter (CDU-Sozialminister)

spruch eines Sozialismus oder Nationalsozialismus (...)«.

Wen wundert es da noch, daß Stetten per Strafanzeige wegen angeblicher Volksverhetzung und Beleidigung gegen Gewerkschafter vorgeht, die öffentlich das Tucholsky-Zitat *»Soldaten sind Mörder«* verwenden? Und nachdem das Bundesverfassungsgericht entschied, daß diese Aussage keine Verurteilung wegen Volksverhetzung und Beleidigung rechtfertigt, forderte Stetten die Verfassungsrichter auf, *»sich für krank«* erklären zu lassen und sich von ihren Ämtern zurückzuziehen. Sie machten sich *»mitschuldig am Untergang demokratischer Ordnungen«*.

Den Vogel schoß der gelernte Jurist und langjährige Richter dann noch ab, als er dieses Urteil mit dem »Deckert-Urteil« zusammenschmiß. Sowohl das Urteil gegen Ex-NPD-Chef Günter Deckert, als auch das »Mörder-Urteil« seien für die deutsche Justiz *»ein großer Schaden«*. Dabei verniedlichte er selbst noch das Urteil von Richter Rainer Orlet. *»Da stehen Passagen drin, die ich so sicher nicht geschrieben hätte«.* Alles sei jedoch wohl eine Frage der *»Anführungszeichen«*.

»Verbindung zum rechtsradikalen Spektrum (...) abschneiden«

»Sofern überhaupt vorhanden«, gibt Stetten zu bedenken, denn *»NPD, Republikaner und PDS haben bei uns nichts zu suchen«*. Rolf Schlierer (REP), 1989 geoutet und dann gefeuert, hätte sich *»eingeschlichen«*. Dem entgegen steht Schlierers Aussage, daß er auf Wunsch von Filbinger zuerst ins Kuratorium und dann ins Präsidium berufen wurde. Von 634 Mitgliedern des SZW mußten nun noch mindstens zwei *»unbekannte«* REPler gehen. Verärgert darüber zogen sich noch zehn weitere rechtsorientierte Mitglieder zurück.

Doch da gibt es ja wohl noch mehr »abzuschneiden«, um auf »liberal-konservativen« Kurs zu geraten. Mit Leuten wie Geschäftsführer Albrecht Jebens oder den Präsidiumsmitgliedern Lothar Bossle und Klaus Hornung jedenfalls geht es nicht. Wo stehen Leute politisch, die sich auf Treffen der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI), dem Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM) oder der »Kultur-Konservativen Messe« rumtreiben? Welchem Spektrum ist jemand zuzuordnen, wenn nicht dem *»rechtsradikalen«*, der in Verlagen wie Hohenrain und Berg, in Publikationen wie Criticón, Junges Forum, Ostpreußenblatt oder Junge Freiheit (JF) veröffentlicht? Letzterer gewährte Stetten gleich nach seiner Wahl ein Interview. Als Gesprächspartner fungierte Thorsten Thaler (REP).[1] Daß die JF unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht, sei ihm, Stetten, unbekannt.

Einen weiteren Grund, am neuen Kurs zu zweifeln, ergibt ein Blick auf die Referentenliste der »6. Weikersheimer Hochschulwoche« vom 21. bis 26. September '97. Neben dem kürzlich aus dem Präsidium ausgeschiedenen Brigadegeneral a.D. Heinz Karst (u.a. Deutschland-Stiftung) findet man Leute wie den Geschichtsrevisionisten Heinz Magenheimer (Wien) und den Anti-Antifa-Aktivisten Prof. Hans-Helmuth Knütter (Bonn). Bei seinen Recherchen gegen Antifaschisten arbeitet Knütter besonders eng mit dem Rechtsextremisten Alfred Mechtersheimer (Friedenskomitee 2000, Deutschland-Bewegung) zusammen. Den SZW-Referenten Magenheimer kennt Stetten angeblich gar nicht. Magenheimer publizierte u.a. in der JF und in der Reihe »Deutsche Geschichte«. Dem Militärhistoriker werden revisionistische Tendenzen, deutschnationale Auffassungen sowie ein Konzept der Volksgemeinschaft attestiert. In Sachen Magenheimer verläßt sich Stetten auf das Urteil von Jebens. Der ist Autor in Publikationen wie Junges Forum, Criticón, Ostpreußenblatt und gilt, wie auch Filbinger und Bossle, als Unterstützer des VPM. Jebens kenne, so Stetten, Magenheimers Arbeiten sehr gut.

Einer, der die Arbeit von Magenheimer bestimmt kennt, ist Knütter. Wie Magenheimer referierte er im Rahmen der Tagungen der ZFI. Diese wird von den AutorInnen des »Handbuchs deutscher Rechtsextremismus« als *»führende Vertreterin der Bestrebungen, die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren«* eingeschätzt. Sie bilde dort *»einen Schnittpunkt zwischen rechtskonservativen Kreisen bis in das extrem rechte Spektrum hinein."*[2] ■

1) Maegerle, Anton: Machtwechsel an der Tauber: Denkfabrik im Schlingern. In: blick nach rechts, 11.6.1997, S. 8

2) Bauernschmidt, Michael; Brandt, Susanne; Jentsch, Ulli; Ohrowski, Kurt: Lexikon – Deutschland rechtsaußen. In: Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, 1996, S. 212

Die »Neue« Rechte knüpft an ihre Vorläufer an – Die Wiederbelebung der »Sababurgrunden«

Rückkehr zu den Wurzeln

Mit »Es war einmal« fangen alle Märchen an. Und fast alle Geschichten von früher, aus den »guten alten Zeiten«. Auch die aus den besseren Zeiten des deutschen Neofaschismus, jene, in denen man noch Wahlerfolge feiern konnte. Vor langer, langer Zeit - die NPD saß noch sieben Landtage entfernt, wurde einigen vorwiegend jüngeren Aktivisten des deutschen Neofaschismus aus dem Umfeld der NPD und ihren »oppositionellen« Strömungen klar, daß die Inhalte, mit denen in der Vergangenheit die Wahlerfolge erzielt worden waren, und die ausschließliche Orientierung an einer ideologischen Mischung aus NS-Nostalgie und Deutschnationalismus nicht mehr ausreichen würden, um den Herausforderungen der Gegenwart und dem veränderten politischen Klima in Deutschland gerecht zu werden. Die jeweiligen Führer kleiner lokaler Zirkel fanden sich deshalb halbjährlich zur inhaltlichen und strategischen Debatte zusammen. Ort des Geschehens: die Sababurg im Dreieck Göttingen – Hofgeismar — Kassel.

Die Sababurgrunden waren der Geburtsort dessen, was in der Folgezeit - parallel zur Nouvelle Droite Frankreichs - in Deutschland als »Neue« Rechte bezeichnet werden sollte. »Nationalrevolutionäre« Kräfte um später bekannte Theoretiker wie Henning Eichberg oder Lothar Penz versuchten, dem Neofaschismus neben dem Nationalismus neue Themenfelder wie Wirtschaftstheorien »jenseits von Kapitalismus und Kommunismus« (»Dritter Weg«), Ökologie oder Regionalismus zu erschließen. Als Quellen dabei dienten neben der Konservativen Revolution in der Weimarer Zeit auch der stark durch die katholische Soziallehre geprägte Solidarismus der flämischen Nationalisten, der Europanationalismus eines Jean Thiriart oder der relativ erfolgreiche italienische Ordine Nuovo Pino Rautis, der an der Spätphase des italienischen Faschismus, der »Republik von Salò«, orientiert war. Rund ein Jahrzehnt lang übte dieser Kreis intellektueller Kader erheblichen Einfluß bis in die Reihen der NPD hinein aus. Dort beeinflußten sie besonders die Jungen Nationaldemokraten. Mitte der siebziger Jahre führten dann strategische Differenzen zu einer Spaltung und damit deutlichen Schwächung der nach Mitgliederzahlen ohnehin nie sehr starken Bewegung.

Die Entstehung der Grünen läutete das endgültige Ende dieser Epoche der »nationalrevolutionären Kader« ein. Etliche der »nationalrevolutionären« Kader engagierten sich in den entstehenden Basisgruppen der Grünen und versuchten, pragmatisch praktische Politik zu betreiben. Der nationalrevolutionären Unterwanderung der Grünen wurde erst durch diverse Parteiausschlußverfahren Anfang der 80er Jahre ein Riegel vorgeschoben. Es folgte eine Phase, in der der Geist der Rebellion verschwunden und das einstmals ideologisch Gelernte nahezu vergessen schien. Wie die Alt-68er war man auch in den nationalrevolutionären Kreisen in die Jahre gekommen. »Theorielos in die Praxis« hieß das neue Motto, das das Ende der Sababurgrunden einläutete. Der Versuch einer Wiederbelebung 1984 unter dem Leitthema »*Bilanz der grünen Bewegung*« blieb ein Strohfeuer. Die jeweils in Berlin ab 1989 veranstaltete Denkfabrik Europa der Völker wurde schnell wegen interner Mängel und antifaschistischer Proteste eingestellt. Eine längere Sendepause war angesagt. Überwintern mit den Restbeständen und warten auf bessere Zeiten. Alles, was vom einstmals so hoffnungsfrohen »nationalrevolutionären« Aufbruch geblieben war, war die Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG) in Hamburg. Sie brachte unverdrossen das Junge Forum mit einer Auflage von wenigen hundert Exemplaren und monatlich den Informationsdienst DESG-inform unters Volk.

Sendepause also bei der »Neuen« Rechten in Deutschland – bis zum Herbst 1997. Denn für den 22./23. November 1997 lud die DESG wieder einmal auf die Sababurg. Alter Ort und alter Veranstalter. Und doch hatte sich vieles verändert. Waren es in früheren Jahren fast ausnahmslos deutsche Aktivisten gewesen, die als Referenten zur Verfügung standen, so gab man sich dieses Mal international. Zum Thema »*Ein System siegt sich zu Tode oder Aufbruch zu neuen Ufern*« standen fünf Referenten aus fünf Ländern zur Verfügung. Früher waren es fast stets die gleichen bekannten Gesichter gewesen, die für ein Wochenende zusammenkamen, in diesem Jahr war eine neue Generation hinzugestoßen. Kader, die sich auch bereits zu einer eigenen Organisation – Synergon – zusammengeschlossen, sich in ein internationales Netzwerk – die Synergies Européennes – eingebettet hatten und als Mitveranstalter auftraten. Hatten in der Vergangenheit vorwiegend Themen aus dem Bereich des Nationalismus im Mittelpunkt der Debatten gestanden, so rückte nunmehr Europa ins Zentrum der Überlegungen. Die jüngsten Themenhefte des Jungen Forums unterstreichen diesen Wandel.

Wie wichtig die europäischen Freunde von Synergon und DESG diesen Versuch der Wiederbelebung nahmen, zeigt sich auch daran, daß der Franzose Gilbert Sincyr, Präsident der Synergies Européennes, extra für eine kurze Begrüßungsansprache an die rund 50 Teilnehmer der letztjährigen Sababurgrunde anreiste. Sincyr, ein im Ruhestand befindlicher leitender Angestellter eines deutschen Chemiemultis in Frankreich, war in der Vergangenheit sowohl als Spitzenfunktionär des GRECE als auch als Parlamentskandidat für den Front National tätig gewesen. Nicht fehlen durfte natürlich auch der eigentliche Kopf und Motor des Unternehmens Synergies Européennes, der Belgier Robert Steuckers. Er war selbst in der Vergangenheit im GRECE tätig gewesen, bevor er sich 1993 mit dessen Führer Alain de Benoist zerstritt und 1995 als Geburtshelfer bei der Entstehung von SYNERGON wirkte. Der diplomierte Übersetzer Steuckers wollte Alternativen zum Primat der Ökonomie aufzeigen, das beispielsweise der Bund Freier Bürger, die Mehrheitsströmung der Republikaner oder die FDP vertreten. Steuckers bezieht sich, gestützt auf die Forderungen des Staatsrechtlers Carl Schmitt, darauf, daß das Primat der Politik zu herrschen habe. Die Reduzierung des Staates auf die Rolle eines Instrumentes zur Optimierung der Verwertungsbedingungen der Ökonomie mache diesen in seinen wesentlichen Kernbereichen – Außen- und Verteidigungspolitik – handlungsunfähig. Neoliberalismus ist für Vertreter der »Neuen« Rechten der sicherste Weg, die Vorherrschaft ihres Hauptfeindes USA auf unabsehbare Zeit zu sichern.

Auch den anderen Referenten, die allesamt das Modell der Wandlung vom Nationalstaat zu einem als Reich entworfenen Europa vertraten, ging es um Alternativen. Den Kontakt zu zwei Referenten dürfte wiederum Steuckers vermittelt haben, da er sie aus seiner Zeit beim GRECE kennt: JEAN-PAUL ALLARD ist Professor an der Universität Lyon III und dort Direktor des Instituts für Indoeuropäische Studien. Allard ist wie sein Vorgänger am Institut, JEAN HAUDRY, langjähriger Aktivist des GRECE. Allard und Haudry haben aber auch Verbindungen zum FRONT NATIONAL. Allards »Spezialgebiet« ist die Vor- und Frühgeschichte. Für aktuelle Europakonzeptionen wird ein gemeinsames indoeuropäisches kulturelles, sprachliches und spirituelles Erbe als historische Begründung herangezogen. Während Carl Schmitt eine europäische Großraumpolitik als geopolitische Notwendigkeit definierte, leitet die Mannschaft um Allard eine »europäische Identität« vor allem aus der gemeinsamen fernen Vergangenheit her. Beide Ansätze ergänzen sich jedoch durchaus. Während allerdings Haudry sich wieder stärker an Benoist angenähert hat und seit Juli 1997 der Redaktion der ELÉMENTS angehört, sucht Allard eher die Nähe von Steuckers und hat mehrfach bei den Sommeruniversitäten der Synergies Européennes referiert. Allard ging es um Alternativen zum (linearen) Fortschrittsdenken, das in der »Neuen« Rechten gleichermaßen dem Christentum, dem Liberalismus und dem Sozialismus zugeschrieben wird. Thema seines Vortrags auf der Sababurg: »Der Sinn der Geschichte – Genealogie und Verwandlungen eines Mythos«.

Der zweite alte Bekannte von Steuckers ist der Kroate TOMISLAV SUNIC, gegenwärtig Kulturattaché seines Landes in Dänemark. Er hatte seine Karriere als Professor für Politikwissenschaft in den USA begonnen. Schon in dieser Zeit versuchte er, beim US-amerikanischen Publikum für die »Neue« Rechte zu werben und fand dafür prominente Mitstreiter. Zu Sunics 1990 veröffentlichtem Buch »Against Democracy and Equality. The European New Right« lieferte Prof. PAUL E. GOTTFRIED das Vorwort. Dieser Carl Schmitt-Experte ist sowohl Mitherausgeber der aus der 68er-Bewegung in den USA entstandenen wichtigen sozialwissenschaftlichen Zeitschrift TELOS als auch Vertreter des publizistischen Flaggschiffs der Nouvelle Droite, der Jahresschrift NOUVELLE ECOLE. 1992 referierte Gottfried beim Kolloquium des »nationalrevolutionären« THIRD WAY in London. Zwei Jahre später gab er der italienischen »neu«rechten Zeitschrift FUTURO PRESENTE ein Interview über »die linken Ursprünge des Faschismus«. 1995 schrieb er für die Zeitschrift ETAPPE um HEINZ THEO HOMANN, ANDREAS RAITHEL und GÜNTER MASCHKE über die Rechte in den USA.

Sunic mag gegenüber seinem Mentor natürlich nicht zurückstehen. Nach Sunics Rückkehr nach Europa wurde er zunächst Leiter der Informationsabteilung beim kroatischen Außenministerium. Ob seine Referentenauftritte 1994 sowohl beim Jugendforum des Kongresses des STUDIENZENTRUMS WEIKERSHEIM als auch bei dessen Hochschulwoche im September des gleichen Jahres zu seinen dienstlichen Pflichten zählten oder aber sein Privatvergnügen waren, entzieht sich unserer Kenntnis. Sicher ist allerdings seine wichtige Rolle innerhalb der europäischen »Neuen« Rechten. 1993 nahm er am nationalen Kolloquium des GRECE teil, drei Jahre später an der GRECE Sommeruniversität. Sunics trat außerdem bei der FREIEN DEUTSCHEN SOMMERUNIVERSITÄT der Dissidenten der JUNGEN FREIHEIT, beim »Geopolitischen Symposium« im COLLEGIUM HUMANUM in Vlotho auf. Ob CRITICÓN und die Junge Freiheit oder belgische »neu«rechte Zeitschriften – stets war Sunic in den vergangenen Jahren an vorderster Stelle des rechten publizistischen Blätterwaldes zu finden. Auch den Mannen der deutschen Synergon ist der gegenwärtig als Redakteur der Eléments und Repräsentant der Nouvelle Ecole tätige Sunic kein Unbekannter. Am 23. Mai 1996 referierte er in Hamburg über das deutsch-kroatische Verhältnis im 20. Jahrhundert bei einer gemeinsamen Veranstaltung von Synergon und der dortigen BURSCHENSCHAFT GERMANIA.

Thema seines Vortrages auf der Sababurg am Samstagabend: »Die historische Dimension des Liberalismus: Vom totalen Markt zum totalen (globalen) Staat«. Die Thesen des perfekt Deutsch sprechenden Sunic befanden sich durchaus in Übereinstimmung mit Ansätzen, die in jüngster Zeit vor allem in den STAATSBRIEFEN vorgelegt worden sind. Da heißt es u.a.: In den Ländern des Westens herrsche ein »Liberalextremismus« mit totalitären Zügen, der keine Alternativen dulde. Die Vergötzung des Marktes und des »freien Spiels der Kräfte« bedinge die Unterdrückung aller Positionen, die ein Primat der Politik einforderten. Unter dem Deckmantel des (ökonomischen) Liberalismus bilde sich ein (politischer) Totalitarismus heraus. Vorrangig sei deshalb die Erarbeitung von Alternativkonzeptionen auf beiden Gebieten. Mehrfach griff Sunic zur Veranschaulichung auf Beispiele aus seinen Erfahrungen mit Kommunitarismus und Bioregionalismus in den USA zurück. Folgerichtig brachte er immer wieder daraus entwickelte Alternativen ins Spiel.

Der Vortrag von HEIKO MÖHRING (Herne), ein ehemaliger Oberst der Bundeswehr im Generalstab, der bereits vor etlichen Jahren aus Protest gegen den Kurs der Militärpolitik der Bundesrepublik und der NATO aus dem aktiven Dienst ausgeschieden ist, war jedoch konkreter. 1988 wurde Möhring Mitherausgeber der ASKANIA-STUDIENSAMMLUNG FÜR ZEITGESCHICHTE UND JUGENDFORSCHUNG im ASKANIA-VERLAG des ehemaligen HJ-Bannführers in Magdeburg HERBERT TAEGE (Lindhorst). Taege machte sich mit dieser Zeitschrift sowie mit eigenen Buchveröffentlichungen einen Namen als Geschichtsrevisionist. Sein ehemaliger Mitstreiter MÖHRING dagegen versuchte, sich als Experte in Militärfragen zu profilieren. So referierte er im November 1992 beim 7. Marburger Diskurs der dortigen Burschenschaft Germania über »Die militärische Lage Deutschlands nach der Auflösung der Blöcke«. Seine Unterschrift findet sich auch bei den Protestierenden gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht«. Auf der Sababurg sprach Möhring über »Europa und die NATO«. Anhand des Themas wurde

deutlich, daß auch bei dieser Fraktion der extremen Rechten zwei strategische Überlegungen im Widerstreit liegen. Die eine Position geht davon aus, daß die Osterweiterung der NATO besonders für Deutschland einen erhöhten Einfluß innerhalb des Bündnisses zum Ergebnis haben wird. Vertreter der anderen Position befürchten demgegenüber, daß die durch die NATO–Erweiterung erhöhten Spannungen mit Rußland notwendigerweise eine noch engere Abhängigkeit von den USA mit sich bringen werden. So werde auch die militärisch notwendige Abkoppelung von den USA als Führungsmacht des Militärpaktes auf unabsehbare Zeit verhindert.

Zum Thema »Der EURO – Kritik und Alternativen der Maastricht-Währungsunion« referierte anstelle des ursprünglich angekündigten Diplom-Volkswirts Klausdieter Ludwig (Münsing) von der DESG der österreichische Aula-Redakteur Gerhoch Reisegger. Der Informatik-Ingenieur und Unternehmensberater ist auch Mitglied der Wiener Burschenschaft Vandalia.

In der Aula verfaßte Reisegger in den letzten Jahren die strategischen Artikel zu EU und NATO sowie Europakonzeptionen, aber auch zur Kritik des Neoliberalismus in der Programmatik der FPÖ. Er verdeutlichte, daß die »Neue« Rechte im Gegensatz zur neoliberalen und nationalistischen Fraktion des Neofaschismus eine Währungsunion nicht grundsätzlich ablehne. Sie sei vielmehr notwendig, um dem Dollar als Leitwährung ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Die Form, in der der EURO jetzt geplant sei, sei allerdings mit gravierenden Mängeln behaftet.

Die gut fünfzig Teilnehmenden der Sababurgrunde zeigten sich größtenteils angetan von der inhaltlichen Kost. Wie wichtig diese Veranstaltung auch von anderen Fraktionen der extremen Rechten genommen wurde, zeigte die Anwesenheit der entsprechenden Prominenz und Vertreter anderer Gruppierungen. Siegfried Bublies, »nationalrevolutionärer« Verleger aus Koblenz, war ebenso auf der Sababurg zu finden wie der Ökofaschist Baldur Springmann. Die Aula lag ebenso aus wie die Na klar! des Freibund e.V., des aktiveren Spaltprodukts des Bundes Heimattreuer Jugend. Pierre Krebs vom Thule-Seminar nutzte die Nähe seines Wohnortes Kassel, um immer mal wieder eine Gastvorstellung zu geben. In erheblich kleinerem Rahmen und auf beträchtlich niedrigerem Niveau hatten er selbst und Jürgen Rieger beim ersten Treffen seines Elemente-Leserkreises Nord bei Kiel zuvor zum Thema »Indo-europäische Naturreligion - Erbe als Zukunft« referiert. Organisiert hatte dieses Treffen der Student Andreas Rothmann, schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender des ideologisch eher altbackenen Bund für Gesamtdeutschland. In Kreisen von Synergon/DESG belächelt man Krebs wohlwollend. Zwar vermerkt man positiv, daß er als erster 1994 die »Charta der Synergies Européennes« ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht hat, doch betrachtet man ihn zugleich als ideologisch unflexibel. Er sei auf den Positionen der späten sechziger Jahre verharrt, so der nicht unberechtigte Vorwurf.

Es bleibt sicherlich abzuwarten, ob der erneute Anlauf zur Etablierung von »Sababurgrunden» zur «neu»rechten Ideologiebildung mehr wird als eine Eintagsfliege. Die deutliche Ausweitung der Aktivitäten von Synergon in den vergangenen beiden Jahren, die nahezu symbiotische Kooperation mit den erfahrenen Kadern der DESG, die intensive Zusammenarbeit mit Vorfeldorganisationen aus dem Bereich der Ökologie, der heidnischen Spiritualität und aus dem Spektrum bündischer Jugendgruppen sowie der Burschenschaften und die Einbindung in ein funktionierendes europäisches Netzwerk lassen allerdings eher vermuten, daß eine neue Etappe in der Geschichte der deutschen »Neuen« Rechten mit einer neuen Generation von AktivistInnen begonnen hat. Zwar ist man vom personellen Zulauf wie auch vom Medieninteresse her noch weit vom großen Vorbild GRECE entfernt. Doch arbeitet man offenkundig daran, den Ruf als »dämlichste Rechte Europas« loszuwerden.

Einer aber wurde bereits als unbrauchbar zur Erreichung dieser Zielsetzung herausgefiltert: Der JF-Chefredakteur Dieter Stein. »*Mangels geistiger Potentiale*« und wegen seiner »*intellektuellen Bescheidenheit*« verstehe dieser die Erfordernisse der Zeit nicht, urteilt gnadenlos Jürgen Schwab (Burschenschaft Thessalia Prag zu Bayreuth). Schwab war Mitstreiter der diesjährigen Sommeruniversität im Umfeld von Synergon und wurde gerade erst zum Mitglied im Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Burschenschaft gewählt. Als Buchautor streitet er gegen »Die Meinungsdiktatur« (Nation Europa Verlag) in der Bundesrepublik. Nach Ansicht von Schwab beuge sich auch JF-Chefredakteur Stein in letzter Konsequenz dieser Meinungsdiktatur. Eine Anbiederung an den politischen Mainstream wie bei der JF jedoch sei kontraproduktiv, ergänzt Winfried Knörzer (Nürnberg), einer der Initiatoren der Freien Deutschen Sommeruniversität. Notwendig sei vielmehr eine Fundamentalopposition, die sich nicht auf Parteien stütze, sondern auf eine vielfältige außerparlamentarische Bewegung. Diese Bewegung – Alfred Mechtersheimer wird es mit Freuden vernehmen – müsse auf den unterschiedlichsten politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Feldern aktiv werden. Man dürfe nicht davor zurückschrecken, Alternativen zur heutigen staatlichen Verfaßtheit Deutschlands zu denken.

Derartige Einschätzungen markieren die Konfliktlinien bei der Herausbildung einer »Neuen« Rechten in Deutschland. Ohne Medien, die über den eigenen, deutlich beschränkten Kernbereich hinausreichen, ist die Außenwirkung reduziert. Die einzige Zeitung, die diese Aufgabe ansatzweise ausfüllen könnte, ist die Junge Freiheit, da die Auflagenhöhe der Theorieblätter vernachlässigbar ist. Das auflagenstärkste Blatt aber gerät, zusätzlich zu seinen finanziellen Schwierigkeiten, momentan unter einen gleich doppelten Druck. Den einen geht die Hinwendung zum Neoliberalismus noch nicht weit genug. So will der Berliner FDP-Rechtsaußen Markus Roscher ein eigenes Wochenblatt auf den Markt werfen. Den anderen aber ist Dieter Steins Spielzeug entschieden zu seicht und gilt bereits als »herunterliberalisiert«.

Für die noch zu schaffende Bewegung aber, die von ihnen favorisierte Organisationsform, sollen u.a. die Sababurgrunden die geeignete ideologische Basis liefern. ■

Anm. d. Red.:
Zum ideologischen und strukturellen Hintergrund der in dem Artikel genannten Organisationen werden in den nächsten Ausgaben des AIB weitere Artikel folgen.

Die Diskussion hat erst angefangen

Nachbemerkungen zur Antifa-Demo in Freiberg

Im AIB Nr. 40 haben wir den Beitrag *»Mini & Daisy über Micky & Donald – Macker in der Antifa«* von jüngeren Frauen aus Antifa-Zusammenhängen dokumentiert. Unsere Hoffnung war es, damit eine dringend notwendige Diskussion über Sexismus und patriarchale Strukturen innerhalb der Antifa-Szene anzustoßen. Schriftliche Reaktionen auf den Artikel gab es zunächst nicht; in Gesprächen haben wir aber viel positive Resonanz auf den Artikel bekommen. Jetzt erreichte uns der Beitrag eines Antifa-Zusammenhangs, der die Demonstration in Freiberg im November letzten Jahres zum Anlaß genommen hat, sich noch einmal genauer mit Macker-Verhalten auf Demos auseinanderzusetzen.
Die AutorInnen verknüpfen ihre konkreten Erlebnisse in Freiberg mit einem theoretischen Teil über Dominanzkultur und einigen Anmerkungen zum Umgang mit Mackerverhalten im Rückblick auf die letzten zehn Jahre Antifa-Bewegung. Wir haben uns dafür entschieden, den Artikel in zwei Folgen zu dokumentieren, d.h. den ersten Teil zur Demo in Freiberg und zum Rückblick in dieser Ausgabe zu bringen; den zweiten, »theoretischen« Teil könnt Ihr dann in der AIB Nr. 43 lesen.

Konkreter Anlaß für unseren Artikel waren Erlebnisse auf der antirassistischen und antifaschistischen Demonstration *»Sagt nicht, Ihr hättet nichts gewußt!«* am 1. November im sächsischen Freiberg. In der Darstellung der Demo beschränken wir uns auf die konkrete Kritik am Verhalten der DemoteilnehmerInnen. Es ist nicht unser Ziel, einen umfassenden Demobericht zu verfassen.

Bereits auf dem Weg vom Bahnhof zum Ort der Auftaktkundgebung fielen uns einige Männer mit Bierflaschen auf. Unser anfängliches Entzücken über kraftvoll gerufene Parolen zu Beginn der Demo schlug relativ schnell in Genervt-Sein um. Mit steigendem Alkoholkonsum waren die Parolen oft nur noch als Gegröhle wahrnehmbar. Penetrant wurde jeder Halt des Demozuges von vielen Männern zum Pissen genutzt; der Höhepunkt des Grauens war das Hervorpissen eines Mannes unter dem Leittransparent. Insgesamt war die Veranstaltung sehr männerdominiert. Das äußerte sich auch darin, daß Ordner- und Schutzfunktionen nahezu ausschließlich von Männern übernommen wurden. Ähnlich sah es bei den Redebeiträgen aus, wobei es uns kaum noch überraschte, als ein Beitrag zur kritischen Auseinandersetzung mit »Akzeptierender Jugendarbeit« mit Rechten von einer Frau gehalten wurde. Uns stellte sich hier die Frage, ob diese Themenaufteilung – Frauen sind für das Soziale zuständig und Männer übernehmen die Analyse von Nazistrukturen und Politik – nicht einfach nur die altbekannten Muster wiedergibt.

Während des oben genannten Redebeitrags der Frau kam es zu dem Vorfall, den wir nicht nur persönlich als übel empfanden, sondern der anscheinend auch den Bewußtseinsstand von Teilen der unabhängigen Antifa-Bewegung ausdrückt. Eine Genossin aus unserer Gruppe sprach einen Mann auf den Button an seiner Jacke an – eine nackte Frau, offensichtlich aus einem Pin-Up-Katalog (der Begriff »Pin-up« kommt aus dem Englischen und heißt wörtlich »zum Aufhängen«. Er wird für pornografische Frauenbilder verwendet, die vorzugsweise in Kalendern abgebildet werden, die sich dann in Knastschränken, Bundeswehr- und Sportvereinspinden, WG-Zimmern etc. wiederfinden .... d. Red.). Die Genossin sagte dem Mann, daß sie seinen Button sexistisch und ätzend fände. Der Typ reagierte verbal aggressiv und zeigte keine Diskussionsbereitschaft. Die Frau stellte sich dann wieder zu uns, der Mann folgte ihr, baute sich vor uns auf und ließ zusammen mit seiner Bierfahne eine Tirade loß. Er »argumentierte«, daß er Antifaschist und von einem bedrohten Freiberger Jugendzentrum sei, und daher ließe er sich nicht als Sexist bezeichnen. Auf unsere Kritik an seinem Button ging er überhaupt nicht ein. Stattdessen baute sich ein Mob von jungen Männer in Punkeroutfit um uns herum auf. Sie stellten sich hinter ihren »Kumpel« und fingen an, uns zu beschimpfen, ohne daß sie überhaupt wußten, worum es bei der Auseinandersetzung ging. Sprüche wie *»Wessis verpißt Euch«* und ähnliches fielen. Die Stimmung war aggressiv und nach unserer Einschätzung anhand der Sprüche, die fielen, kurz vor einer Schlägerei.

Anscheinend hatten wir den Fehler begangen, den Freiberger Platzhirschen in seiner »antifaschistischen Ehre« zu kränken. Der Rest der Umstehenden, darunter mehrere Männer und Frauen aus uns bekannten Berliner Antifazusammenhängen, die schon länger politisch aktiv sind und unserer Einschätzung nach die einen oder anderen Texte zum Patriarchat gelesen oder Diskussionen über Mackerverhalten geführt haben, vergaß anscheinend die Parole »Schaut nicht weg, greift ein« und glänzte durch Nichtverhalten. Die Situation verlor an Brisanz, nachdem sich ein einzelner Berliner Genosse einmischte und ebenfalls auf den Buttonträger einredete. Da mit dem Ende des Redebeitrages die Demo dann auch weiterging, zerstreuten sich die Umstehenden und wir wurden in Ruhe gelassen.Unsere Eindrücke in Freiberg führten dazu, daß wir uns noch einmal hingesetzt haben, um eine grundsätzliche Kritik zu formulieren.

Rückblick auf die Sexismus-Diskussionen der letzten zehn Jahre

Unserer Ansicht nach ist die Antifa-Bewegung in Sachen Mackerverhalten und Sexismus seit Jahren stehengeblieben. Diskussionen tauchen zwar immer wieder auf, verschwinden aber auch blitzartig wieder. Eine Umsetzung der in den Diskussionen formulierten Ansprüche (und Beschlüsse) fehlt. Auseinandersetzungen mit patriarchalen Verhältnissen werden bei der Bekämpfung von Nazistrukturen als lästiger »Störfaktor« angesehen. Es wird oft vergessen, daß es für die Bekämpfung

des Faschismus nicht ausreicht, die FaschistInnen anzugreifen. Es geht vielmehr darum, die rassistischen und sexistischen Verhältnisse und darin auch uns selbst zu verändern. Eine Folge des verkürzten Verständnisses von Antifa-Politik ist, daß sich immer wieder vor allem Frauen aus diesem Bereich zurückziehen.

Schon Mitte der 80er Jahre zerfielen bundesweit Antifa-Zusammenhänge an der Unfähigkeit von Männern, sich mit Vergewaltigungen und Sexismus auseinanderzusetzen. Auch die Bewegung, die sich gegen die rassistischen Pogrome Anfang der 90er wandte, war gekennzeichnet durch sexistisches Männerverhalten auf Demos und häufig unreflektierte Mackermilitanz. Heute scheinen die begonnenen Diskussionen wieder vergessen zu sein, wie sich anhand der Demo in Freiberg gezeigt hat – wobei der Ortsname Freiberg beliebig austauschbar ist.

In antifaschistischen Publikationen, die die Geschichte der Antifa-Bewegung kritisch aufarbeiten wollen, fehlen die von uns genannten Aspekte völlig. So wird im AIB Nr. 40 anläßlich des zehnjährigen Bestehens des AIB versucht, die Geschichte, die Fehler und die mangelnde Bündnisfähigkeit von linksradikalen Antifa-Gruppen zu beschreiben. Zum Thema »Sexismus in Antifazusammenhängen« findet sich allerdings nicht ein Wort. Ähnlich sieht es in dem in diesem Jahr erschienenen Buch der Gruppe »Kunst und Kampf« aus Göttingen aus: Dort wird das Auseinanderfallen des Norddeutschen Antifaplenums – eines Versuchs, sich überregional zu organisieren – völlig verkürzt dargestellt. Ein wichtiger Grund für den Zerfall des Plenums lag nicht in der mangelnden Organisierungsbereitschaft oder in persönlichen Konflikten, sondern darin, daß sich nicht auf einen gemeinsamen Umgang mit Vergewaltigern geeinigt werden konnte. Der Artikel wird im AIB Nr. 43 fortgesetzt. ■

ein Beitrag von »Paulinas Rache«

»Antifaschismus läßt sich nicht verbieten!«



mit der Antifa Saalfeld/Rudolstadt

AIB: Beschreibt doch mal, wann und wie sich bei Euch in Saalfeld antifaschistischer Widerstand entwickelt hat?

Ulli: Es gab in Saalfeld bereits vor ´89 eine lose Punkszene. Mit dem vermehrten öffentlichen Auftreten der Nazis nach ´89, wurde diese zum Angriffsziel. Aus dieser Szene entwickelte sich deshalb auch der erste Widerstand.

Donald: Die Nazis hatten gute Kontakte nach Westdeutschland, vor allem nach Gronach und Hof. Die Nazis waren dort in der DEUTSCHEN ALTERNATIVE (DA) organisiert und sorgten in unserer Region für eine gute Vernetzung. Am 21. April 1990 nahmen einige Nazis aus Saalfeld an der Veranstaltung *»Wahrheit macht frei«* im Münchener Löwenbräukeller teil. Sie haben sich nicht nur überregional betätigt, sondern auch ihre Übergriffe gegen uns vehement weitergeführt.

Hans: Natürlich haben wir uns auch gewehrt und daraufhin gab es von Sozialarbeitern initiierte Gespräche mit den Nazis. Dabei wurde eine Art Nichtangriffspakt geschlossen, nach dem Motto »Wir tun Euch nichts, wenn Ihr uns auch nichts tut.« Wir waren damals ziemlich naiv und haben uns darauf eingelassen. Nachdem die Angriffe gegen uns weitergingen, der Nichtangriffspakt quasi aufgekündigt wurde, hat sich ein regelrechter Kleinkrieg entwickelt.

Folge daraus war, daß wir uns überlegt haben, wie wir uns systematisch wehren können, also eine Art Gruppenbildung. Es gab zwar keine fest organisierte Gruppe, die politische Arbeit geleistet hätte, aber immerhin einen losen Zusammenschluß, der versucht hat, eine effektive Gegenwehr zu entwickeln.

AIB: Und was hat sich daraus entwickelt?

Ulli: Naja, erstmal nichts weiter. Die Situation veränderte sich bei uns in den folgenden Jahren nicht groß. Die Aktionen der Nazis waren da oftmals schon spektakulärer.

AIB: Wie meinst Du das?

Ulli: Na z.B. der Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 1992 in Rudolstadt. Wir haben erst in letzter Minute erfahren, daß 2.000 Nazis in unmittelbarer Nachbarschaft von Saalfeld aufmarschieren. Die meisten von uns waren zu diesem Zeitpunkt nicht zu erreichen, und so konnten wir nur mit einigen wenigen Antifas nach Rudolstadt fahren. Wir haben versucht, wenigstens einige Fotos zu machen, doch das stellte sich als total gefährlich heraus. Immer wieder wurden wir angegriffen und deshalb sind wir wieder zurückgefahren, um unseren Treffpunkt gegen mögliche Angriffe zu verteidigen. Wir konnten ja nicht ausschließen, daß einige Nazis vielleicht noch einen kleinen Abstecher nach Saalfeld machen.

AIB: Wie waren denn die Reaktionen der regionalen Presse und der Stadtverwaltung auf den Aufmarsch?

Hans: Die Reaktionen waren ziemlich gering. Die Presse hat natürlich berichtet, aber eine öffentliche Erklärung der Stadt oder gar einen Skandal gab es nicht. Nach dem Aufmarsch wurde gleich wieder zum Alltag übergegangen. Bei einer Tagung der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (DKG) und des FREUNDESKREISES ULLRICH VON HUTTEN war das schon anders. Als die nach ihrem Treffen einen Stadtrundgang machen wollten, waren wir zur Stelle um sie zu stören. Es entwickelte sich nach einiger Zeit eine Auseinandersetzung, da sie uns mit Steinen angriffen. Als die Bullen auftauchten, wurden wir alle verhaftet. Später kam es dann zu einem Prozeß gegen drei Antifas, der mit einem Freispruch endete.

Donald: Unsere erste organisierte Aktion war dann im Sommer 1993. Die Stadt wollte den Platz der Opfer des Faschismus umbenennen. Wir protestierten zusammen mit den Grünen und der PDS dagegen, letztendlich wurde der Platz wieder zurückbenannt. Das war ein ziemlicher Erfolg für uns. Deshalb wurde staatlicherseits in diesem Zusammenhang noch mal Stärke gezeigt. Bei einer Kranzniederlegung für die Opfer des Faschismus, gegen die die Nazis Aktionen angedroht hatten, wurden 50 Leute vom bayrischen USK abgegriffen.

AIB: Wie sieht denn das Kräfteverhältnis zwischen Euch und den Nazis aus?

Ulli: Das ist gar nicht so leicht zu beantworten. Der Verfassungsschutz spricht von 60 Autonomen und 120 Nazis in Saalfeld und Rudolstadt. Diese Zahlen sind natürlich mit größter Vorsicht zu genießen, sie zeigen aber die Relation. Es ist für die Faschos natürlich leichter, politisch zu arbeiten, wenn sie in der Region eine so gute Basis haben. Was ihnen im Gegensatz zu uns fehlt, ist ein unabhängiger Treff-

punkt. Sie treffen sich zwar in etlichen öffentlichen Jugendclubs, in die sich andere Jugendliche mittlerweile kaum noch reintrauen können, aber sie unterliegen dort immer der »Kontrolle« durch irgendwelche SozialarbeiterInnen. Sie können sich dort sicher nicht ganz so entfalten, wie sie gern wollten. Aus diesem Grund haben sie sich auch immer darum bemüht, eigene Räumlichkeiten zu bekommen. Bei den Verhandlungen war die Stadt ihnen gegenüber nicht negativ eingestellt. Im September 1996 haben 50 bis 60 Faschos dann ein altes Fabrikgebäude in Saalfeld besetzt und wollten das in Eigenregie zum nationalen Jugendzentrum ausbauen. Wir haben dann eine größere Flugblattaktion gemacht, um der Bevölkerung zu zeigen, daß es eben keine armen Jugendlichen sind, die nur einen Treffpunkt suchen, sondern organisierte Neonazis, die ein politisches Interesse verfolgen. Die Flugblätter sind auch ganz gut angekommen und haben sicherlich auch ihren Teil dazu beigetragen, daß das Gebäude geräumt wurde. Den Nazis wurde trotzdem als Ersatz ein alter Bus überlassen, den sie selbst ausbauen und renovieren konnten. Kaum waren sie damit fertig, haben sie selbst darin randaliert und alles zerstört.

AIB: Ihr habt ja jetzt von einigen Aktionen von Euch berichtet. Habt Ihr die immer noch als loser Zusammenhang organisiert, oder hat sich da eine Struktur herausgebildet?

Hans: Natürlich hatte sich da schon mehr entwickelt. Ausgangspunkt war ein Diskussionspapier, das einige Leute verfaßt haben, um wieder mehr Leute zu aktivieren. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich unsere Aktivitäten immer mehr allein auf Saalfeld fixiert, da in Rudolstadt kaum noch jemand von uns wohnte. Um dieses Papier gab es hitzige Diskussionen und viele vor allem ältere Leute von uns fühlten sich angegriffen.

Donald: Das Papier war ja auch sehr provozierend geschrieben. Es ging darum, daß viele Leute sich immer mehr ins Privatleben zurückzogen und sich gar nicht mehr um Politik kümmern wollten. Sie waren zwar noch für bestimmte Sachen mobilisierbar, das beschränkte sich aber allein auf militante Aktionen gegen Nazis. An diesem Papier spaltete sich eigentlich der bisherige Zusammenhang, aber die die übrigblieben, arbeiteten nun kontinuierlich und nicht mehr sporadisch.

AIB: Ihr habt im letzten Jahr zu einer bundesweiten Demo nach Saalfeld mobilisiert. Hättet Ihr damit gerechnet, daß diese Sache solche Wellen schlagen könnte?

Ulli: Auf keinen Fall. Nach der erfolgreichen Demonstration in Wurzen dachten wir uns, daß es ja eigentlich auch ganz gut wäre, eine große Demonstration in Saalfeld zu machen. Die Situation hier ist zwar nicht die gleiche wie in Wurzen und dem Muldetalkreis, aber sie ist auch nicht gerade besser, und eine große kraftvolle Demonstration kann in einer relativ kleinen Stadt eine ganze Menge bewegen. Trotzdem wollten wir eigentlich erstmal regional mobilisieren und hatten dementsprechend erwartet, daß sich vielleicht 500 Menschen an der Demo beteiligen würden. Die ganze Sache hat sich aber wie in Wurzen zu einem totalen Selbstläufer entwickelt. Daß die Nazis eine Gegendemo anmeldeten und ihrerseits nach Saalfeld mobilisierten, hat unsere Mobilisierung natürlich unterstützt und die Situation in Saalfeld verdeutlicht.

Hans: Mittlerweile ist es ja so, daß fast jede Demo zur bundesweiten Demo erhoben wird, und viel darauf ankommt, wie dafür geworben wird. Der Inhalt der Demo droht dann oftmals zweitrangig zu werden. Bei uns lief die Mobilisierung aber fast wie von selbst. Wir hatten auch nicht viel Erfahrung, schließlich war das die erste richtige Demo, die wir organisiert haben.

AIB: Wie seid Ihr denn dann mit der ganzen Arbeit fertiggeworden?

Ulli: Es ging so. Allein hätten wir das natürlich nicht geschafft. Angelo Lucifero, der Anmelder, hat sich ziemlich reingehängt, er war total aktiv und eine große Hilfe. Wir sind aber auch von anderen Antifa-Gruppen unterstützt worden.

Donald: Am Tag der Demo wurde früh am Morgen unser Haus von den Bullen gestürmt. Zuerst versuchten sie, die Eingangstür aufzusprengen, da das aber nicht funktionierte, wurde sie mit einer Flex geöffnet. Da die vermummten und vereinzelt mit Pumpguns ausgerüsteten Bullen einige Zeit brauchten, um die Stockwerkbarrikade zu überwinden, konnten wir uns wenigstens noch schnell anziehen bzw. alle wecken. Als erstes mußten wir uns der Länge nach auf den Boden legen, während die Bullen mit den Pumpguns sich lautstark darüber ärgerten, daß keine Hunde da seien, und sie deshalb das Gewehr nicht benutzen könnten. Die wollten tatsächlich unsere Hunde töten. Wir wurden alle festgenommen während unsere Zimmer durchsucht wurden. Es wurden total unsinnige Sachen beschlagnahmt und später mußten drei Funktelefone und ein Teppichmesser als Beute herhalten. Einige Leute mußten bis zu 34 Stunden in Polizeigewahrsam verbringen, ehe sie wieder freigelassen wurden.

AIB: Wie hat denn die Öffentlichkeit in Saalfeld auf die Ereignisse reagiert?

Donald: Die Regionalpresse und die Stadtpolitik war total gegen uns. Ein Problem mit Nazis durfte es nicht geben, alles wurde totgeschwiegen. Selbst die Nazis, die in Heilsberg festgenommen wurden und die unsere Argumentation ja nur bestätigten, fanden nur ganz am Rande Erwähnung. Eigentlich waren alle nur voll des Lobes für den Polizeieinsatz. Die einzige eher positive Reaktion war, daß wir nicht mehr als Chaoten sondern als politische Kraft in der Stadt wahrgenommen wurden. Das ist ja auch nicht immer selbstverständlich.



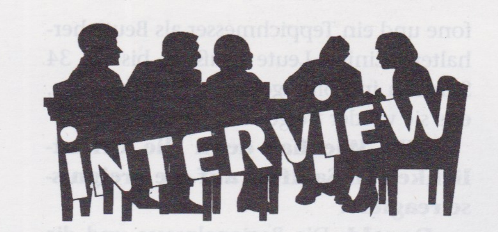
Mit einem massiven Aufgebot verhinderte die Polizei die antifaschistische Demonstration in Saalfeld

Hans: Wir hoffen, die Reaktionen bei der nächsten Demo sind nicht mehr so negativ. Viele Leute konnten nicht verstehen, warum eine gewerkschaftlich angemeldete Bündnisdemonstration verboten wird. Aber allzuviel Sympathie können wir natürlich auch dieses Mal nicht erwarten.

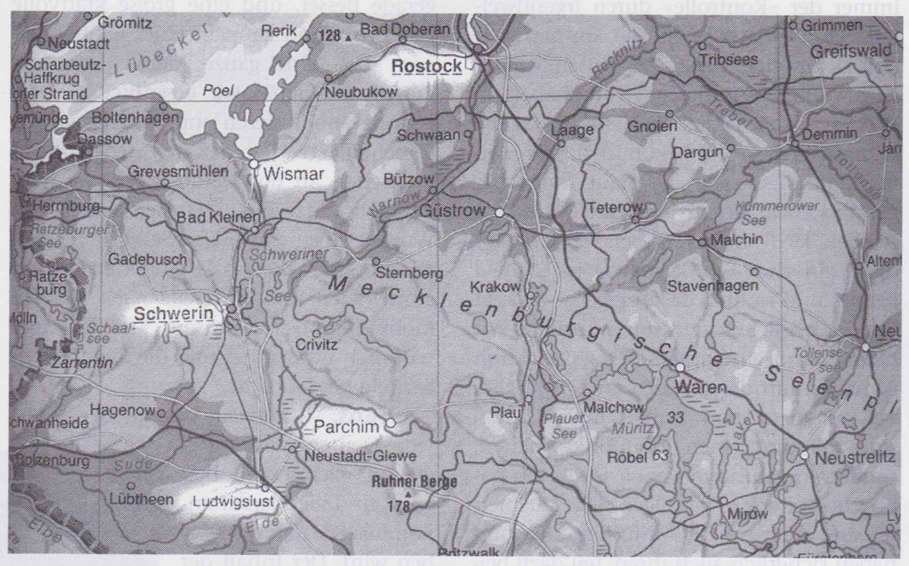
Ulli: Damit die Demo ein Erfolg wird, ist es aber nötig, daß möglichst viele Menschen und Gruppen an der Demo teilnehmen und uns unterstützen. Die Demo, die vorraussichtlich im Frühjahr 1998 in Saalfeld stattfinden wird, thematisiert nicht nur die Faschostrukturen und die rechte Hegemonie in unserer Region, sondern natürlich auch das Verbot und die Repression vom vergangenen Jahr.

Wir müssen zeigen, daß wir uns von staatlichen Verboten nicht abschrecken lassen, denn Antifaschismus läßt sich nicht verbieten.

AIB: Viel Glück für Eure Demonstration und Danke für das Gespräch. ■



mit Antifas aus verschiedenen Städten im westlichen Mecklenburg-Vorpommern



Tina und Keule aus Rostock, Jens aus Wismar, Tim aus Schwerin, Trecker aus Parchim, Atze aus Ludwigslust,

AIB: Wie seid Ihr dazu gekommen, Euch antifaschistisch zu organisieren?

Tim: Organisiert antifaschistische Arbeit zu machen, ist eigentlich aus der direkten Konfrontation mit den Neonazis entstanden. Wir haben in das Feindbild der Nazis gepaßt. Das hängt vor allem mit Äußerlichkeiten zusammen. Das hatte auch nicht viel mit organisiertem Neofaschismus zu tun, sondern das sind mehr prollige Straßenschläger gewesen.

Atze: Nach der Wende hat bei uns in Ludwigslust alles einen starken Drang nach rechts bekommen. Dabei hat man dann entweder mitgemacht oder man hat sich völlig zurückgezogen. Irgendwann habe ich mich mit Leuten zusammengetan, denen es genauso ging. Wir haben uns gesagt, wenn wir uns verteidigen wollen, dann müssen wir das organisiert machen. Daraus ist über die Jahre hinweg was gewachsen; erst nur in der Stadt und allmählich mit anderen Leuten aus Mecklenburg.

AIB: Wieso seid Ihr dann auf den politischen, linken Film gekommen und habt nicht was anderes gemacht, was nicht so vordergründig politisch ist?

Atze: Am Anfang waren wir im Prinzip gar nicht politisch, da hat sich unsere Arbeit nur auf den Selbstschutz gegen die Faschisten beschränkt. Dann lernte man auf Demos und durch Zeitungen ganz andere Thematiken kennen, kaufte sich Bücher, las andere Zeitungen und erweiterte so seinen Horizont. Irgendwann fragte man sich, wie man selbst zu solchen Sachen steht.

AIB: Was habt Ihr gemacht, als Ihr angefangen habt, über den Selbstschutz hinauszugehen?

Tim: Bei uns in Schwerin fing das mit einer Hausbesetzung '91 an. Das war eigentlich der erste Versuch, selbstbestimmte Freiräume zu schaffen und geriet ziemlich schnell unter Beschuß der Neonazis. Die haben sich Unterstützung aus dem Westen geholt, gerade aus Hamburg und Berlin. Dementsprechend kamen dann auch viele aus Lübeck und Hamburg, um uns zu helfen.

Atze: Bei uns war es auch so, daß wir uns erst mehr oder weniger legal einen Raum beschafft haben. Dort haben wir dann unsere erste Antifa-Gruppe gegründet und es wurde möglich, mehr als nur Selbstschutz zu organisieren. Trotzdem waren wir fast jedes Wochenende damit beschäftigt, diesen Raum und das Gelände gegen die Faschos zu verteidigen. Letztendlich haben die starken Faschoangriffe auch dazu geführt, daß wir aus diesem Raum wieder rausgeschmissen wurden.

AIB: Ist denn daraus auch etwas Längerfristiges entstanden?

Atze: Auf jeden Fall. Als das angefangen hat, waren wir rund 15 Leute. Während wir diesen Raum hatten, waren wir dann ein fester Personenkreis von 30 Leuten und teilweise bis zu 70 und nachdem das wieder in die Brüche ging, hat sich unser Kreis wieder reduziert. Die ganzen jüngeren Leute sind wieder in andere Gruppen abgewandert, wie z.B. HipHopper und machen jetzt politisch fast gar nichts mehr.

Keule: Ich glaube, in Rostock war das ein bißchen anders, weil es da bald nach der Wende große linke Clubs und schon seit '89 ein besetztes Haus mit Infoladen gab. Streß mit Nazis haben wir zu dieser Zeit eigentlich noch nicht gehabt. Das hat sich dann '92 mit Lichtenhagen schlagartig geändert. Das Klima in der Stadt war aggressiv, Schlägereien alltäglich. Leider haben sich viele in dieser Situation nur darauf beschränkt, alles, was rechts aussah, zu verprügeln. Immerhin ist dadurch erstmal Sicherheit für uns geschaffen worden. Ein paar Jahre später fand ein Generationswechsel sowohl bei den Nazis als auch bei uns statt. Viele von den Faschos sind in das Dealer-Milieu abgestiegen und dann kamen Techno und Extasy dazu. Wir sind damals auch weniger geworden und es kamen verstärkt Drogen ins Spiel. Gerade geht es mit dem zweiten bedrohlichen Boom bei den Faschos los. Die verbliebenen Nazis organisieren sich viel mehr und versuchen, unerkannt zu bleiben. Ihr Schwerpunkt liegt in der Schaffung von einer nach außen halboffenen Kulturszene, im Ausbau einer weitreichenden Vernetzung und der Organisierung von Schulungen und paramilitärischen Übungen.

AIB: Hat sich denn eigentlich über die ganze Zeit so etwas wie eine Szene entwickelt?

Tim: Ja schon, aber das ist regionsmäßig sehr unterschiedlich. Während es in Rostock eine – kulturell gesehen – vielseitige Szene gibt, ist das in anderen Städten eher nicht so. Die wenigen bestehenden kulturellen Freiräume werden in der Regel von Punks vereinnahmt. Hier gibt es nur Einzelne, die sich politisch engagieren wollen.

Jens: Bei uns in Wismar ist das Problem, daß uns die Räume zum Treffen fehlen. Deshalb ist z.B. auch unklar, wie sich das mit den jüngeren Leuten entwickeln wird.

Tim: Vor sieben Jahren sind viele, die sich zu DDR-Zeiten noch als Punks bezeichnet haben, ins rechte Lager gewandert. Danach war die Szene ziemlich hart abgesteckt: Es gab die Rechten und die Linken. 1994/95 nahm bei den Straßenschlägern und Neonazis die Zahl derer zu, die in andere Szenen abwanderten. Sie landeten u.a. bei den Punks und haben sich entpolitisiert.

AIB: Was gibt es denn überhaupt an antifaschistischen Strukturen in Mecklenburg?

Atze: In Westmecklenburg gibt es das A-Info. Das ist eine Zeitung, die wir als Westmecklenburger Antifa-Gruppe machen und die als Diskussionsforum, Anlaufpunkt für Außenstehende und der Öffentlichkeitsarbeit dienen soll, und die wir auch überregional vertreiben. Außerdem wollen wir darüber überregionale Kontakte knüpfen, die anfangs kaum bestanden haben.

Tim: Es ist ziemlich schwierig, wenn man sich als organisierter Antifa bezeichnet, irgendwelche Räumlichkeiten zu kriegen, egal von welchen Parteien oder Gruppierungen. Selbst PDS und Grüne distanzieren sich, wenn man als autonomer Antifa organisiert ist. Noch dazu gibt es sehr wenig alternative Kneipen und Veranstaltungsräume, durch die man sich auch finanziell ein Standbein schaffen könnte, um aktiver zu werden.

AIB: Und wenn die Zentren und Treffpunkte als Anziehungspunkte verschwinden, dann fällt das auch alles sehr schnell wieder auseinander?

Jens: Deshalb ist es ja auch so schwierig, an neue Leute ranzukommen, weil die ja nirgendwo hinkommen können, um mal zu gucken, was du so machst.

Keule: In Rostock ist die ganze Entwicklung auch stark abhängig von Klubs. Wir haben ja schon seit ein paar Jahren das JAZ, das eine wichtige Rolle spielt.

Tina: In Rostock war die linke Szene in meinen Augen immer ziemlich groß, es gab viele Leute, die einen politischen Anspruch hatten. Aber die meisten wußten überhaupt nicht, wann und wie und wo sie den nach außen tragen können, weil der Informationsfluß unter den Leuten total lahm war, es keinen konkreten Treffpunkt gab, und nichts organisiert war.

Tim: Das ist eigentlich der Grund für den desolaten Zustand der Szene. Die Leute, die Interesse haben, was zu machen, wandern irgendwann aus Frustration in andere Städte ab, wo sie bessere Möglichkeiten haben, politisch zu arbeiten.

AIB: Was macht Ihr selber noch an Antifa-Arbeit neben der Zeitung?

Atze: Wir beteiligen uns an Kampagnen und Demonstrationen, mobilisieren dazu, organisieren Busse usw. Außerdem lag ein Schwerpunkt bei uns in der letzten Zeit auf Recherche, weil wir uns in den vergangenen Jahren mit denen beschäftigt haben, die auf der Straße rumprügeln, und nicht mit den Hintermännern. Hin und wieder machen wir dann auch Sachen zu aktuellen Anlässen. Immer wieder muß man dann auch Jugendklubs und -projekte verteidigen, die akut von Überfällen durch FaschistInnen bedroht sind.

AIB: Kommt Ihr denn dabei auch mal in die Offensive oder ist das immer mehr nur ein Abwehrkampf?

Atze: Seitdem wir uns vor einem knappen Jahr in der Region fester organisiert und vernetzt haben, gab es durchaus auch schon mal Situationen, in denen wir ganz klar in die Offensive gegangen sind, was vorher nie so war.

AIB: Wie sieht es denn aus mit den Nazistrukturen bei Euch?

Tim: Ein Schwerpunkt bei uns in Westmecklenburg ist, daß zunehmend organisierte Neonazis aus dem Raum Hamburg, Schleswig-Holstein und Brandenburg die Region nutzen, um Aufmärsche durchzuführen, Materialien zu verteilen und Leute zu rekrutieren. So gab es z.B. im vergangenen Jahr ein Wehrsportlager bei Parchim und eine Woche nach dem offiziellen Datum einen Heß-Gedenkmarsch in Ludwigslust. Wir versuchen rauszufinden, wer die Leute sind und wollen sie öffentlich machen, um sie angreifbar zu machen. Sie sollen wissen, daß sie sich hier nicht ruhig einnisten können. Die Boneheadszene wird stark beliefert durch das Berliner BLOOD & HONOUR-Netzwerk, das T-Shirts und Aufnäher unter die Leute bringt, und unterstützt durch die Schleswig-Holsteiner HAMMERSKINS. KAI STÜWE hat beispielsweise in Parchim mehrmals als Ordner fungiert. Daneben gibt es vor allem NPD und JN, die gerade in letzter Zeit verstärkt aktiv sind.

Atze: Unklar ist, was mit den vielen Kadern passiert ist, die Anfang der neunziger Jahre bekannt geworden sind. Die meisten haben sich entweder zurückgezogen aus ihrem politischen Tun, oder es ist nicht mehr nachvollziehbar, ob die noch was machen. Die Entwicklung hin zu Kameradschaften gibt es bei uns auch. Wir haben inzwischen schon einige davon, z.B. in Neustrelitz, Malchow und Neubuckow. Außerdem gibt es natürlich immer wieder Konzerte mit Faschobands und auch mindestens drei Fascho-Fanzines kommen aus Mecklenburg.

AIB: Wie sieht es mit den Schlägernazis und Boneheads auf der Straße aus?

Trecker: Mit denen muß man sich tagtäglich auseinandersetzen. Sie selbst bezeichnen sich als rechts, Nazis, FaschistInnen, was auch immer. Da entwickelt sich gerade eine neue Generation raus. Wenn man sich die Schulen anschaut, da ist die Hälfte der ab 14-jährigen so drauf und trägt eine Bomberjacke. Da zieht der eine den anderen mit, und der Rest will keinen Ärger haben.

Keule: In Rostock ist das nicht ganz so hart, zumindest in der Innenstadt. Da gibt es nur ganz wenige Klubs, die von Nazis dominiert werden. Da sind zwar immer Leute, die komisch aussehen und bei denen man ein komisches Gefühl hat, aber die haben teilweise auch selber keinen Bock auf Nazis.

Atze: In der Großstadt ist das eben noch mal anders. Aber in der Kleinstadt, wo es nur einen Jugendklub und vielleicht eine Großraumdisko in der Nähe gibt, da hast du keine Wahl. Entweder gehst du dahin, wo die sind, oder du bleibst zu Hause.

Keule: Im Sommer gibt es auch eine Art Fascho-Tourismus Richtung Ostsee. Da haben sich schon Freundeskreise gebildet, die einmal im Sommer zum Saufen und Prügeln hochkommen.

AIB: Sind in diesem Zusammenhang auch die alljährlichen Zeltplatzüberfälle von Nazis zu sehen?

Tim: Ja, wobei aber eine Reihe von Überfällen von naheliegenden Faschotreffpunkten ausging. Die Polizei kann Zeltplätze mittlerweile ganz gut kontrollieren. Wenn doch mal was passiert, versuchen sie, zu deckeln. Während überregionale Medien einzelne Vorfälle aufgreifen, fallen viele andere Sachen, wie z.B. Wehrsportlager unter den Tisch. Im Sommer ist es noch krasser, als es in den Medien dargestellt wird. Wir laden alle ein, doch mal zur Ostsee zu kommen. Da gibt es schöne Strände...

AIB: Danke für das Gespräch. ■

Infos, Schokolade und Abos an:
A-Info – c/o ARP, TR Bündnis
Am Marienkirchhof 5
23966 Wismar

Bis heute...

Unterstützung für Verfolgte des Nationalsozialismus bleibt wichtig

»*Verfolgte des Nationalsozialismus*«, ja leben die denn überhaupt noch? So lautet die Standardfrage, die uns immer wieder begegnet, wenn wir über die Arbeit unserer Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte berichten. Die Frage kommt von linken und fortschrittlichen Menschen wie auch von älteren konservativen. Die Antwort lautet ja, und zwar viele.

Der Entschluß, eine Informations- und Beratungsstelle zu gründen, die allen Opfern des Nationalsozialismus offensteht, entstand Ende der achtziger Jahre. Vorausgegangen war eine Kampagne für die vergessenen Opfer. Im Juni 1987 konnten all diejenigen, die bisher nie als Verfolgte des Naziterrors anerkannt worden waren und die oft auch nach 1945 sozialer Diskriminierung und Kriminalisierung ausgesetzt waren, ihre Anliegen im Innenausschuß des Deutschen bundestages vortragen:

- Opfer der »Euthanasie« und Zwangssterilisation;
- »Wehrkraftzersetzer«;
- Homosexuelle;
- Sinti und Roma;
- Kommunisten;
- »Asoziale«;
- Zwangsarbeiter.

Ausgeschlossen

Die genannten Gruppen sind aus der deutschen Entschädigungsgesetzgebung systematisch ausgegrenzt worden. Die zuständigen Behörden und verantwortlichen Politiker loben das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) zwar gerne als beispielhaft und umfassend. Seine Funktion war jedoch keineswegs, die Opfer der Naziherrschaft im Sinne eines Schadenersatzes zu entschädigen. Vielmehr wurde gerade dieser Schadenerssatz verweigert und nur einige spezielle Gruppen und Tatbestände in das Entschädigungswerk einbezogen. Der § 1 des BEG beschränkte Entschädigungszahlungen auf diejenigen, die aus Gründen der Rasse, der politischen Überzeugung oder der Religion verfolgt worden waren. Alle anderen Gruppen blieben von jeder Leistung ausgeschlossen. Ausgeschlossen blieb auch jede Entschädigung für Körperverletzung, wenn diese nicht zu bleibenden Gesundheitsschäden oder dem Tod des Verfolgten geführt hatte, für geleistete Zwangsarbeit und einige andere Verfolgungstatbestände. Die Haft in einem Konzentrationslager wurde mit nur 5,00 DM pro Tag abgegolten. Zahlreiche Verfolgte konnten Entschädigungsleistungen nur durch langjährige Prozesse erstreiten. Viele gingen ganz leer aus. Die Zuständigkeit für Entschädigungszahlungen innerhalb der Bundesregierung lag direkt beim Bundesfinanzminister. Dies war schon in den fünfziger und sechziger Jahren für die Betroffenen nicht erfreulich. In der derzeitigen Krise der öffentlichen Haushalte verschärft sich die Situation. Die Betroffenen sind oft mit einem an rein monetären Kriterien orientierten bürokatischen Entscheidungsprozeß konfrontiert. Bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche sind sie auf Beratung und Unterstützung angewiesen. Diese leisteten in der jungen Bundesrepublik oft JuristInnen, die selber verfolgt bzw. aus dem Exil nach Deutschland zurückgekehrt waren. Diese erste Generation von BeraterInnen hat inzwischen längst das verdiente Rentenalter erreicht.

Praktische Kooperation

Unser Projekt ist der Versuch, trotzdem kompetenten Beistand für alle Verfolgten des Nationalsozialismus sicher zustellen. Unsere kleine Beratungsstelle in Köln ist die einzige Stelle weltweit, die heute allen Opfern des Nationalsozialismus unabhängig von Nationalität, Religion und Verfolgungsschicksal zur Verfügung steht. Wir beschaffen verlorengegangene Dokumente, forschen in Archiven, vertreten die Betroffenen gegenüber Entschädigungsbehörden und – wenn es sein muß – auch vor Gericht.

Gastbeitrag von Lothar Evers

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte

Mit diesem praktischen Kooperationsprojekt hat sich auch die Zusammenarbeit der Verfolgtenverbände erheblich verbessert. Die gemeinsame Erfahrung der Verfolgung hatte keineswegs dazu geführt, daß die Betroffenen sich nach dem Ende des Terrors auch leicht zusammenschlossen. Die Segregation der Lager, das gegenseitige Mißtrauen erschwerte über viele Jahre jede Zunammenarbeit. Im Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte arbeiten ganz unterschiedliche Organisationen mit dem Ziel zusammen, praktische Unterstützungsarbeit für Verfolgte zu leisten. Sozialdemoktaten kooperieren mit Kommunisten, Homosexuelle mit politisch Verfolgten, Zwangssterilisierte mit Deserteuren, jüdische Verfolgte mit sogenannten Asozialen. In den sieben Jahren unserer Existenz ist es uns gelungen, ein umfassendes Fachwissen und auch ein stattliches Archiv zur Unterstützung der Betroffenen einzurichten.

Wir beschränken unsere Arbeit nicht auf die Unterstützung von Individuen, Immer da, wo wir für einzelne Vefolgte nichts erreichen können, weil die Gesetze oder die Behördenpraxis Leistungen ausschließen, versuchen wir politische Initiativen zu ergreifen. Und da gibt es weiß Gott genug zu tun.

Opfer der NS-Militärjustiz

Fast fünf Jahre hat der Deutsche Bundestag gebraucht, bis er im Mai eine Resolution, die Opfer der NS-Militaijustiz endlich als Verfolgte anerkennt und mit einer einmaligen Zahlung von 7.500, 00 DM wenigstens minimal entschädigt, verabschiedete.

Das für die Ausformulierung der Richtlinien zuständige Bundesfinanzministerium versucht nun, die Angehörigen der 20.000 von der deutschen Militärjustiz hingerichteten Soldaten von diesen Leistungen auszuschließen. Antragsberechtigt sollen nur diejenigen sein, die die Urteile der Militärjustiz überlebten und auch heute noch persönlich einen Antrag stellen können.

Opfer des Nationalsozialismus in Mittel- und Osteuropa

Während des kalten Krieges weigerte sich die Bundesregierung generell, Entschädigungszahlungen nach Mittel- und Osteuropa zu zahlen. Ausgerechnet dort, wo das Morden stattgefunden hatte, endete die Zuständigkeit der deutschen Entschädigungsgesetzgebung. Die Behauptung, dies tue man um den kommunistischen Osten keine Devisen zuzuspielen, erweist sich als Scheinargument: Selbst während der Zeit des kalten Krieges war man nicht daran gehindert, deutschstämmige Angehörige der deutschen Wehrmacht und der Waffen SS mit regelmäßigen Zahlungen auszustatten. Diese Praxis wurde bis heute beibehalten. Während das Bundesversor-

gungsgesetz, das für die Entschädigung von Gesundheitsschäden der Soldaten und Waffen SS-Angehörigen zuständig ist, bis heute für Neuanträge geöffnet bleibt und auch in Mittel- und Osteuropa gilt, ist das Bundesentschädigungsgesetz für Verfolgte des Nationalsozialismus seit 1969 für Neuanträge geschlossen und hat im Übrigen in den genannten Ländern nie gegolten.

Das führt zu der paradoxen Situation, daß heute kein einziger Überlebender des Holocaust in Mittel- und Osteuropa eine regelmäßige Rentenzahlung aus der Bundesrepublik Deutschland erhält. Die Bundesregierung ist – im Wortsinne – , »stiften gegangen«. Sie hat für die ehemalige Sowjetunion und Polen eine Milliarde bzw. 500 Millionen DM bereitgestellt; um »Stiftungen der Versöhnung« einzurichten. Die Summen reichten lediglich Für einmalige Almosenzahlungen von unter 1.000 DM.

Eine Milliarde einmalig für die Kompensation aller Schrecken des verbrecherischen Angriffskrieges auf die Sowjetunion eine beschämende Summe, wenn man weiß, daß im Bundeshaushalt 13 Milliarden jährlich für die Zahlung von Kriegsopfern zur Verfügung stehen.

Alexander Bergmann ist Sprecher der Überlebenden des Ghettos von Riga (Lettland). Seit er 1989 an die Bundesregierung appellierte, die 120 Überlebenden des Ghettos Riga endlich zu entschädigen, sind bereits mehr als 40 der Überlebenden verstorben. Offensichtlich weiß man im Bonner Finanzministerium genau, daß die Zeit in diesem Fall gegen die Verfolgten läuft.

Entschädigung für NS Zwangsarbeit

Ähnlich erging es auch hunderttausenden der überlebenden Zwangsabeiter. Einige von ihnen haben in den letzten Jahren versucht, Entschädigung juristisch zu erstreiten. Meist wehrten die Gerichte ihre Ansprüche ab. Wenn es wie vor wenigen Wochen beim Landgericht Bonn doch einer Verfolgten gelang, ihr Recht zu bekommen, geht die Bundesregierung in Revision und hofft, daß die klagende Verfolgte den Ausgang des Verfahrens nicht mehr erleben wird. Unsere Erfahrungen mögen resignativ und ein bißchen weinerlich erscheinen. Das wäre ein Mißverständnis. Wir haben auch Erfolge:

Da ist der über 80jährige Sozialhilfeempfänger für den wir nach zähen Prozessen eine Verdoppelung seines Einkommens und eine Nachzahlung von über 30.000 DM erstreiten konnten.Da ist der mit 15 Jahren in das Jugendkonzentrationslager Mohringen verschleppte Verteiler von Flugblättern, dem man aufgrund seines Alters die Einstufung als politisch Verfolgter verweigert hatte. Fünf Jahre haben wir für ihn prozessiert. Wenige Tage vor seinem sechzigsten Geburtstag ist er nach einem Prozeß bis zum Oberlandesgericht endlich zu seinem Recht gekommen.



Bilder dieser Art zeigen die deutschen Wochenschauen: russische Soldaten auf der Krim im Juli 1992 auf dem Marsch in die Kriegsgefangenschaft nach Deutschland. Verharmlost wird, daß sie hier unter unmenschlichen Bedingungen, im KZ oder Gefangenlager, leben. Sie müssen die schwersten Arbeiten verrichten, ihre Arbeitskraft wird systematisch ausgebeutet. Abertausende kommen um oder werden ermordet. Die Überlebenden warten bis heute auf eine angemessene Entschädigung

Vernetzung

In den letzten Jahren ist für uns eine internationale Vernetzung bei unserer Arbeit immer wichtiger geworden. Insbesondere unsere Kontakte in die Vereinigten Staaten haben uns gezeigt, wie sehr dort die lebendige Erinnerung an das Verfolgungsschicksal bis heute die politische Kultur prägt. Seitdem wissen wir, daß viele Schwierigkeiten unserer Arbeit damit zu tun haben, daß wir sie im Land der Täter leisten.

Insofern hat sich unser Team ein Prinzip des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci, der schon in den zwanziger Jahren von den italienischen Faschisten inhaftiert wurde und daher den Kontakt mit seinen Genossen durch Gefängnisbriefe aufrecht erhalten mußte, zu eigen gemacht: »*Meine Analyse ist durchaus pessimistisch, wird aber durch einen Optimismus der Tat ergänzt. Seit ich mein Handeln nicht mehr auf Illusionen aufbaue, bin ich nur noch selten unangenehm überrascht. Um welche Situation es auch gehen mag: Immer kann ich mir (auch) einen katastrophalen Ausgang vorstellen... Immer war ich mit unbegrenzter Geduld bewaffnet, Geduld nicht jener passiven innerlichen Art, sondern eine Geduld, die mit Ausdauer gepaart ist*«.

Hinweis der Redaktion:

Nach Eingang von Lothar Evers' Artikel erfuhren wir während der Schlußredaktion des AIB 42 von einem voraussichtlich bevorstehenden Kompromiß bezüglich der Entschädigung osteuropäischer Opfer. Demnach einigten sich die »Jewish Claims Conference« (JCL) und die Bundesregierung Mitte Januar nach langjährigen Verhandlungen auf die Zahlung von 200 Millionen Mark in jährlichen Raten bis zum Jahr 2002. Verwaltet werden die Gelder von einer Stiftung des JCL.

Die Organisation wurde 1951 gegründet, um die Ansprüche jüdischer Verfolgter außerhalb Israels geltend zu machen.Das Interesse der Bundesregierung war es vor allem, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Angesichts des hohen Alters der meisten Überlebenden und unter Hinweis auf die Kaufkraftunterschiede der DM in Osteuropa ließ sich die JCL jetzt auf einen monatlichen Betrag von 250,- DM pro Opfer ein, die Hälfte der entsprechenden Ansprüche westeuropäischer Entschädigter. Damit sind aber noch bei weitem nicht alle Opfer in die Entschädigungen einbezogen. Entschädigungen für ZwangsarbeiterInnen stehen z.B. nach wie vor aus.

Weitere Informationen zum Thema gibt es u.a. bei Aktion Sühnezeichen – Friedensdienste, Auguststr. 80, 10117 Berlin ■

Ein unbekanntes Lager des Nationalsozialismus

Mädchen und junge Frauen im »Jugendschutzlager Uckermark«

Über das sogenannte Jugendschutzlager Uckermark, das sich ganz in der Nähe des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück befand, ist noch immer kaum etwas bekannt. Hinter diesem verharmlosenden Namen verbarg sich ein Konzentrationslager, in dem ca. 1200 Mädchen und junge Frauen im Alter von 16 bis 21 Jahren eingesperrt waren. Sie mußten Zwangsarbeit leisten, u.a. bei Siemens und auf Gutshöfen der näheren Umgebung, stundenlang Appell stehen, hungern und waren ständig der Bedrohung von Strafen ausgesetzt. Es bestand absolutes Redeverbot im Lager.

Das sogenannte Jugendschutzlager Uckermark (1942-1945)

Das Lager unterstand der »Reichszentrale zur Bekämpfung der Jugendkriminalität«; die Leitung oblag der »weiblichen Kriminalpolizei«. Schon 1937 gab es einen grundsätzlichen Erlaß über die »vorbeugende Verbrechensbekämpfung«: *»Als asozial gilt, wer durch gemeinschaftswidriges, wenn auch nicht verbrecherisches Verhalten zeigt, daß er sich nicht in Gemeinschaft einfügen..., sich der in einem nationalsozialistischen Staat selbstverständlichen Ordnung nicht fügen will«.*

Im Januar 1941 fand eine Sitzung im Reichsinnenministerium mit den Leitern aller Jugendämter statt, auf der nachdrücklich die Einrichtung eines Lagers für weibliche Minderjährige gefordert wurde, da diese »vielfach sittlich gefährdet sind und für die gesunde Jugend eine große Gefahr bilden«.

Ab Mai 1942, zwei Monate nachdem das Reichssicherheitshauptamt die Unterbringung weiblicher Minderjähriger in dem »Jugendschutzlager Uckermark« angeordnet hatte, übernahm die Kriminalrätin Lotte Toberentz das Kommando über das KZ für Mädchen.

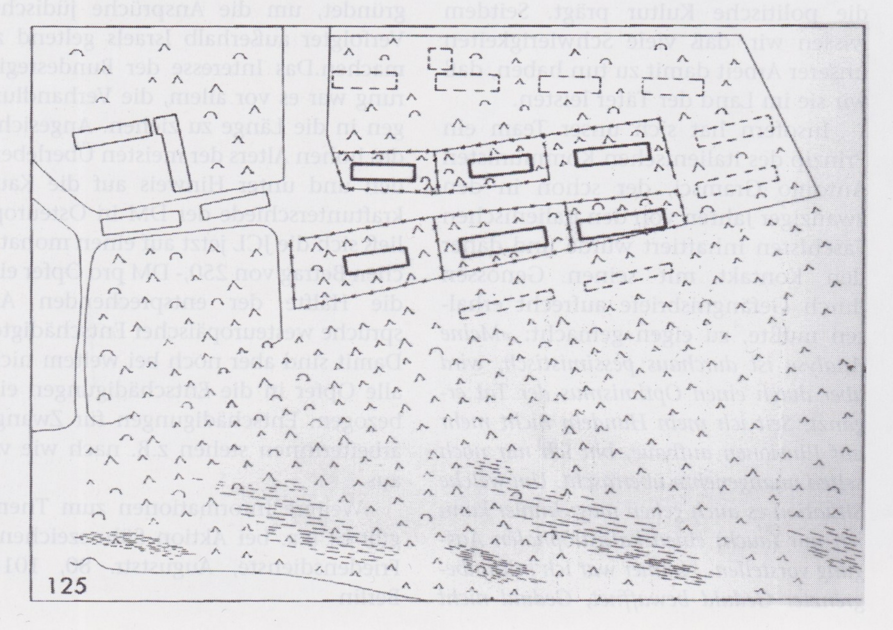
Im Juni 1942 wurden rund 70 Häftlinge in das Lager transportiert. Im August waren es bereits vier Blocks mit über 200 Mädchen.

Ein Großteil der in der Uckermark inhaftierten Mädchen und Frauen kam aus der Fürsorge-Erziehung und sollte zur Entlastung der Fürsorgeheime »kostengünstig und sicher« und vor allem unter Ausnutzung ihrer Arbeitskraft »verwahrt« werden. Da die Mädchen nicht in das gewünschte Bild der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« paßten oder sich nicht unterordnen wollten, wurden sie als »Asoziale« kriminalisiert und verfolgt. Unter »asozial« konnte vieles verstanden werden: Mädchen, die aus sogenanten »asozialen« Familien kamen. Andere Einweisungsgründe waren z.B. die Zugehörigkeit zur »Swing-Jugend«, Beteiligung am Widerstand oder die Verweigerung des BDM-Dienstes, »sexuelle Verwahrlosung«, womit oft Beziehungen mit sogenannten »Fremdvölkischen« gemeint waren, »Arbeitsverweigerung« u.v.m..

Mit der Kategorie »asozial« hatten sich die nationalsozialistischen Machthaber ein Instrumentarium geschaffen, das eine willkürliche Einweisung der ihnen unliebsamen Mädchen und jungen Frauen in die Uckermark erlaubte.

In dem »Jugendschutzlager Uckermark« waren die kriminalbiologischen »Merkmale« ausschlaggebend für die Blockzuteilung. Für die Kriminalbiologen reichte demnach bei diesem angeblich »einheitlich geprägten« Mädchentyp ein Drei-Stufen-System: Ausgangsbasis bildete der »Beobachtungsblock«, in den alle neu eingelieferten Häftlinge für etwa ein halbes Jahr kamen. Der größte Teil der Häftlinge war in den »mittleren« und »unteren« Blocks untergebracht. Diese waren bestimmt für sogenannte »hemmungslos Triebhafte«, »Querulanten« und »Uneinsichtige«. Außer den Blocks für die »Fürsorgezöglinge« gab es den sogenannten »Ausleseblock« für die Partisanenkinder und die Gestapohäftlinge. Es existierte auch ein Block, der ausschließlich mit slowenischen Partisaninnen besetzt war.

Im Frühjahr 1943 sind 6 Baracken des Jugend-KZ Uckermark fertiggestellt. Die Planzeichnung der SS zeigt, daß insgesamt 12 Häftlingsbaracken vorgesehen sind. Südlich des eigentlichen Lagers entstehen auf Anordnung der SS die Gewächshäuser für das Gärtnereikommando



Das »Jugendlager« oder Vernichtungslager Uckermark-Ravensbrück (1945)

Im Januar 1945 wurde die Uckermark bis auf ca. 50-60 Personen und deren Aufseherinnen geräumt, und die Mädchen wurden größtenteils nach Ravensbrück gebracht. Die verbleibenden Mädchen wurden vom übrigen Uckermark-Gelände abgeschirmt, da auf dem Gelände bis zur Befreiung ein zweites Lager, das »Jugendlager«, ein Vernichtungslager für die in Ravensbrück als nicht mehr arbeitsfähig selektierten Frauen, eingerichtet wurde. In dem entstandenen Teil des Lagers, der nun als Vernichtungslager diente, wurden die Überlebensbedingungen noch einmal drastisch verschlechtert, um die Todeszahlen zu steigern. Ab Februar 1945 wurden Frauen in der inzwischen fertiggestellten Gaskammer ermordet. Zusätzlich wurden viele durch Giftinjektionen auf dem sog. Revier (Krankenbaracke) getötet. Von den ungefähr 5000 aus Ravensbrück in das sog. »Jugendschutzlager Uckermark« verbrachten Frauen überlebten höchstens 1000.

Das Lager Uckermark von der Befreiung bis heute

Nach der Befreiung wurde die »Uckermark« als »Erziehungslager für schwer erziehbare/asoziale Jugendliche« beschönigt, und die Verantwortlichen wurden nicht zur Rechenschaft gezogen. Die Frauen erhielten keinerlei finanzielle Entschädigung und wurden auch nicht als Verfolgte anerkannt.

Bis heute ist das Gelände des ehemaligen »Jugendschutzlagers Uckermark«, sowie des Vernichtungslagers der Öffentlichkeit weder zugänglich noch als ein Ort des Leidens und der Verfolgung gekennzeichnet.

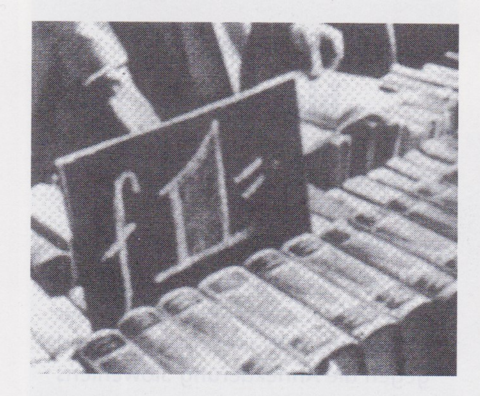
Seit 1994 hat die Rote Armee endgültig sämtliche Gelände-Komplexe, die zu Ravensbrück und der Uckermark gehörten, verlassen. Damit wäre es möglich, das gesamte Gelände als Mahn- und Gedenkstätte auszubauen. Obwohl es der Mahn- und Gedenkstätte, sowie der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis Ravensbrück ein dringendes Anliegen ist, den gesamten Komplex der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wird ihnen dieses aus finanziellen und politischen Gründen verwehrt. Und offensichtlich besteht auch kein Interesse daran, die bisher fast unbekannte Geschichte der Uckermark zu dokumentieren.

Vom 16. bis 31. April 1998 – um den 53. Jahrestag der Befreiung des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück – wird in Berlin eine Veranstaltungsreihe stattfinden, die auf die wenig bekannte Geschichte des Mädchenkonzentrations-und Vernichtungslagers Uckermark aufmerksam machen soll. Organisiert wird die Reihe von einer Frauen/Lesbengruppe aus Berlin. Überlebende des Lagers aus Slowenien und Frankreich werden über ihre Erfahrungen berichten. Neben Filmen und zwei Ausstellungen wird es Vorträge geben zu den Themen »Asoziale« in Ravensbrück, die Weibliche Kriminalpolizei, Mädchen in der Fürsorgeerziehung und über die Entschädigungspraxis nach 1945. Außerdem berichten Frauen über die Workcamps, die im Sommer 1997 stattgefunden haben. Die Erkenntnisse, die bei den Grabungen auf dem Gelände des ehemaligen Lagers gewonnen wurden, werden dann vorgestellt. Zum Abschluß wird es eine Podiumsdiskussion über die Zukunft des Geländes geben. ■

Eine Häftlingsbiographie

Prof. Dr. Stanka Simoneti

- 1928 in Maribor geboren
- 1943: Die Gymnasiastin tritt dem »Verband der slowenischen Jugend« bei, der aktiven Widerstand gegen die Annektierung Sloweniens durch die Nazis leistet
- 31.3.1944: Verrat führt zur Verhaftung der gesamten Gruppe
- im April 44 wird Stanka im Gefängnis am Alexanderplatz inhaftiert
- Bevor es zu ihrer Deportation ins Frauen-KZ Ravensbrück kommt »durchreist« Stanka fünf verschiedene Gefängnisse (u.a. Wien, Brno, Chemnitz)
- Nach einem 14-tägigen Aufenthalt im Quarantäneblock des KZ wird Stanka in »Jugendschutzlager Uckermark« überführt
- Wie dort üblich arbeitet sie zunächst 14 Tage in der Uniformschneiderei
- Es folgen Einsätze in verscheidenen Arbeitskommandos
- Januar 45: Ihr letzter Arbeitsort vor der Auflösung des Lagers ist die Effektenkammer (Aufbewahrungsort der persönlichen Habseligkeiten der Häftlinge)
- Anfang April 45: Im Zuge der Auflösung des Lagers wird Stanka mit 30 anderen jungen Mädchen per LKW nach Hagenow gebracht. Da die drei begleitenden Lageraufseherinnen sie bald verlassen, folgt für die Mädchen ein ca. 10-tägiger Gefängnisaufenthalt in Güstrow. Während dieser Zeit müssen die Mädchen Kartoffeln säen und Gärten pflegen.
- Nach ihrer Freilassung folgt für Stanka ein 3-monatiger Aufenthalt in einem »displaced person camp«, wo sie auf eine Möglichkeit zur Rückkehr in ihre Heimat wartet-
- Nach ihrer Rückkehr nach Maribor besucht Stanka weiter das Gymnasium
- Sie studiert Medizin und lehrt nach einem langen und vielseitigen Berufsleben Medizin an der Universität von Ljubljana.



Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme

Weber, Iris: Nation, Staat und Elite. Die Ideologie der Neuen Rechten, Köln 1997, DM 24,80

Wer und was ist die »Neue Rechte«? Wie bei kaum einer anderen Frage schlagen sich die Antworten der letzten Jahre in diversen Publikationen nieder. Mal mehr, mal weniger gelungen. Oft scheinen die Autorinnen und/oder Autoren jedoch keinen Begriff davon zu haben, worüber sie schreiben. Beispielsweise Wolfgang Gessenharter, der die »Neue Rechte« in »Kippt die Republik?« über eine Scharnierfunktion definiert, aber weder die Basis noch die Theorie der »Neuen Rechten« in Gänze erfaßt. Oder Junge/Naumann/Stark, die die »Neue Rechte« als »Neue Konservative« schönschreiben und inhaltlich dürftig Programmatik und Praxis darstellen und ansonsten ein »Wer-wann-wo-mit-wem« abliefern. (»Rechtsschreiber«) Anders bei Iris Weber, die den Schwerpunkt ihrer Publikation auf die Ideologie der »Neuen Rechten« legt.

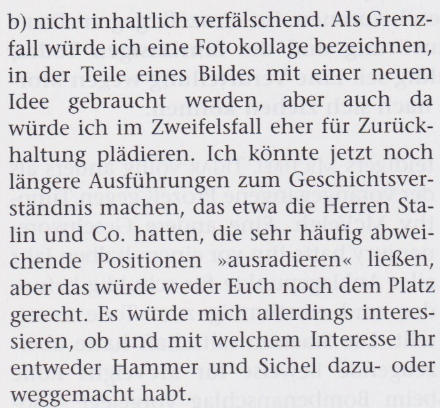
Nach einer Begriffserklärung benennt sie die verschiedenen Strömungen, die Entstehungsgeschichte, bevor sie die ideologischen Bezugsquellen und pseudowissenschaftlichen Erkenntnisse beschreibt, um dann die ideologischen sowie die politischen Konzepte der »Neuen Rechten« und ihre ideologisch-organisatorische Vernetzung darzustellen. Für sie ist die »Neue Rechte« eine politisch-ideologische Strömung des »rechten Lagers«, die sich am Vorbild der »Konservativen Revolution« orientiert und sich bemüht, über eine modernisierte Theorie auf tradierter Basis eine radikale Umdeutung bestehender Werte zu erzielen. Dabei bestehen nur bei den ideologischen Grundlagen in der Verneinung der herrschenden Politik und Kultur große Übereinstimmungen. Ansonsten bewegen sich die AkteurInnen in den drei Strömungen der »Neuen Rechten« - die Neuvölkischen, die Nationalrevolutionären und die Konservativ-revolutionären. Da letztere zur Zeit die relevanteste Richtung sei, stellt sie diese in den Mittelpunkt. Als ideologischen Fixpunkt benennt sie für die »Neue Rechte« die »nationale bzw. kulturelle Identität«.

Ein Manko ist jedoch, daß die sich etablierende nationalliberale Strömung gänzlich unerwähnt bleibt und so eine wichtige aktuelle Entwicklung nicht beachtet wird. Ein weiteres, daß außer der Nouvelle Droite europäische Entwicklungen ausgeblendet werden. Doch dies ist auch nicht der Ansatz der 100 Seiten starken Publikation. Weber konzentriert sich auf die ideologische Darstellung und es gelingt ihr, prägnant die theoretische Basis zu benennen. Personen und Organisationen treten in den Hintergrund. Die Publikation hilft, die eigene Argumentation zu überdenken und den Blick für die aktuelle Rechtsentwicklung in der »Mitte der Gesellschaft« zu schärfen.

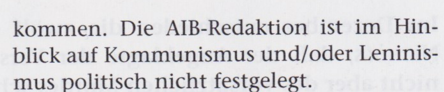
Klee, Ernst: Auschwitz. Die NS-Medizin und ihre Opfer, Fischer Verlag, Frankfurt a. M. 1997, DM 58,-

Am 20. August 1947 endete der Nürnberger Ärzteprozeß. Angeklagt waren Mediziner und Ärzte, die in der NS-Zeit PatientInnen, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge zu »Laborratten« degradiert und als »Versuchskaninchen« eliminiert hatten. Fast fünf Jahrzehnte nach der ersten Dokumentation des Prozesses von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke, »Medizin ohne Menschlichkeit«, präsentiert Ernst Klee eine Studie über NS-Täter im Arztkittel. Akribisch dokumentiert Klee das System der medizinischen Forschung und der konkurrierenden Organisation: das SS-Sanitätswesen, das Ahnenerbe, das Kaiser-Wilhelm-Institut (heute Max-Planck-Gesellschaft), die Wehrmacht. So nahm die SS Sepsis-, Gasbrand- und Malariaversuche an KZ-Häftlingen vor, sowie Vergiftungs- und Ernährungsversuche. Die medizinische Forschung verarbeitete Mitglieder des Widerstandes zu Gewebeschnitten und verwendete Patienten zu Schizophrenie- und Sterilisationsversuchen. Und die Wehrmacht forschte an »jungen gesunden Juden« zur Erkennung von Desertation durch Selbstverletzung und führte Höhentod- und Unterkühlungsversuche aus. Klee recherchierte, daß zusammen mit der Pharmaindustrie die Deutsche Forschungsgemeinschaft die meisten Medizinverbrechen finanzierte, inklusive Josef Mengeles Menschenexperimenten im »Genetik-Labor Auschwitz« oder der Sezierung von Menschen auf Bestellung für renommierte medizinische Institutionen. Dabei skizziert er die Karrieren von Ärzten und Medizinern, die Menschen mißbrauchten und töteten und nach 1945 angesehene Universitätslehrstühle oder lukrative Posten in Pharmaunternehmen übernahmen. Als Motivation vermutet Klee: »Die Machthaber des Dritten Reiches boten Medizinern etwas unerhört Verlockendes (.) Statt Meerschweinchen, Laborratten und Versuchskaninchen können sie Menschen massenhaft zu Versuchszwecken benutzen«, wobei die »menschlichen Versuchsobjekte als rassisch, sozial oder ökonomisch minderwertig abqualifiziert« werden und »ihr 'Verbrauch' für die Forschung als nützlich für die kommenden Generationen gerechtfertigt« wird. Die Studie belegt, daß die Elite der deutschen Medizin von den Verbrechen wußte oder daran beteiligt war. Für sie ermöglichte der Nationalsozialismus die »Freiheit der Forschung«. Sie nutzten die Möglichkeit der »absoluten Verfügbarkeit über Menschen«. Ohne Wenn und Aber, im Namen der Wissenschaft und in der Gewißheit, niemals gegen den ärztlichen Ethos verstoßen zu haben. Klees Resümee: »Die Medizin während der Nazi-Zeit unterscheidet sich von der Medizin vorher und nachher nur in einem: Forscher dürfen alles, was sie wollen«. Die aktuelle Bioethik-Debatte unterstreicht die Aktualität der Studie. Längst ist die »absolute Verfügbarkeit über Menschen« für die medizinische Forschung und zum Wohl der Gemeinschaft Thema. Exemplarisch konkretisiert in der europäischen Bioethik-Konvention, in der nicht-therapeutische Eingriffe bei nicht-entscheidungsfähigen Kranken (u.a. behinderte und alte Menschen) legitimiert werden. Weder moralisiert, noch kommentiert Klee. Die Täter erscheinen so nicht als »Monster« oder »NS-Fanatiker«, sondern als das, was sie waren, »normale Mediziner«, und der alltägliche Nationalsozialismus offenbart seine »triviale Normalität« der Selektion und Eliminierung. Nicht nur wegen der weit über tausend Namen dürfte Klees Publikation zum Standardwerk werden, wie seine Publikation »'Euthanasie' im NS-Staat«, sondern auch wegen der Detailfülle. Es ist zweifellos die bislang bedeutendste Untersuchung zur Rolle der Medizin im Nationalsozialismus. Die zweite Auflage ist schon im Druck und für seine Studie erhielt Klee bereits den Geschwister-Scholl-Preis.

Briefe an das AIB



Die Briefe sind Meinungsäußerungen unserer LeserInnen. Fragen versuchen wir zu beantworten, Meinungen bleiben unkommentiert.



AIB 41 – Fotos Rückseite/Seite 33

Liebe Genossinnen und Genossen vom Antifa-Infoblatt.

Ich habe eigentlich nur eine kurze Anmerkung/Nachfrage zu Eurer letzten Nummer 41: Auf dem Rück-Cover druckt Ihr ein farbiges Foto von einer Demo in Hamburg gegen die NPD. Das gleiche Foto findet sich im Inneren des Heftes wieder [Anm. d. Red.: S. 33]. Am linken Rand dieses Bildes ist eine Fahne zu sehen, die auf der Rückseite [des AIB] rot ist, mit schwarzem Hammer- und Sichel-Logo. Auf dem Bild im Inneren sind Hammer und Sichel nicht auf der Fahne. Habt Ihr klammheimlich Hammer und Sichel auf eine Fahne raufretuschiert? Oder habt Ihr sie dezent entfernt?

Im ersten Fall fände ich das relativ haarsträubend: Wie könnt Ihr jemandem eine politische Meinung aufdrücken, ohne ihn/sie gefragt zu haben? Noch dazu eine, die wahrlich in der Antifa-Szene nicht unumstritten ist? Das wäre eine böse Form der Funktionalisierung.

Der zweite Fall wäre nicht schöner: Ihr hättet eine Euch mißliebige Aussage einfach ausradiert (das entsprechende Werkzeug heißt, glaube ich, Radiergummi). Auch in diesem Fall würdet Ihr Euch über eine/n DemoteilnehmerIn einfach hinwegsetzen und ihm oder ihr die Inhalte absprechen und Eure Position aufdrücken.

Was ich sagen will: Ich finde es weder in dem einen, noch dem anderen Fall akzeptabel, bei einem Foto, das Dokumentationscharakter hat, inhaltlich etwas zu verändern. Das ist ein unhübscher Umgang mit Protestkultur von unten, die oft keine anderen Möglichkeiten hat, als sich durch Parolen oder Transparente zu äußern. Ihr reproduziert damit genau das Verhältnis, das die Antifa oft zu Medien hat: Das Abhängigsein davon, daß ein bestimmtes Medium a) überhaupt berichten wird und b) nicht inhaltlich verfälschend. Als Grenzfall würde ich eine Fotokollage bezeichnen, in der Teile eines Bildes mit einer neuen Idee gebraucht werden, aber auch da würde ich im Zweifelsfall eher für Zurückhaltung plädieren. Ich könnte jetzt noch längere Ausführungen zum Geschichtsverständnis machen, das etwa die Herren Stalin und Co. hatten, die sehr häufig abweichende Positionen »ausradieren« ließen, aber das würde weder Euch noch dem Platz gerecht. Es würde mich allerdings interessieren, ob und mit welchem Interesse Ihr entweder Hammer und Sichel dazu- oder weggemacht habt.

Ansonsten fand' ich die letzte Ausgabe übrigens recht gelungen.

Mit antifaschistischen Grüßen

A., Berlin, den 19.11.1997

Stellungnahme der Redaktion:

1. Das Bild auf der Heftrückseite ist das Original. Auf S. 33 wurden Hammer und Sichel wegretuschiert.

2. Weder die FotografInnen noch andere Dritte haben die Retusche vorgenommen. Diese Fälschung muß die Redaktion verantworten.

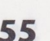
3. Wer eine politische Zeitung macht, ist auch emotional beteiligt. Viele Antifas fühlen sich durch großformatige und medienbewußt plazierte Organisationssymbole ihrerseits vereinnahmt. So kann es mitunter zu unannehmbaren Überreaktionen kommen. Die AIB-Redaktion ist im Hinblick auf Kommunismus und/oder Leninismus politisch nicht festgelegt.

Als pluralistisches linkes Projekt, das auch Leute aus Ost und West vereint, können wir mit unterschiedlichen Positionen leben. Einig sind wir uns in dem Anspruch, jede linke Tradition immer nur kritisch aufzunehmen.

4. Vom journalistischen Standpunkt aus und vom Standpunkt der Fairneß innerhalb der Linken ist diese Retusche eine Unmöglichkeit. Nach nur kurzer Aussprache waren wir uns in der Redaktion darüber einig. In Zukunft wird so etwas genauso unterbleiben, wie es in der Vergangenheit nicht vorgekommen ist. Bei unseren LeserInnen und bei den DemoteilnehmerInnen müssen wir uns entschuldigen.

5. Bilder »lügen« immer. FotografInnen wählen eine Perspektive und ein Motiv, LayouterInnen wählen ein bestimmtes Foto aus vielen, die Wahl des Ausschnittes kann die Aussage eines Bildes erheblich verändern. Die Pflicht von JournalistInnen ist es, mit ihrer Macht verantwortlich umzugehen; für uns als linke, auf Emanzipation orientierte MedienmacherInnen gehört das zum Selbstverständnis. Dennoch warnen wir davor, dem Dokumentationscharakter von Fotografien zu sehr zu trauen.

6. Die solidarische Kritik von A. – und die mündliche von anderen – trifft. Eine Zeitung, die derart kritisch beobachtet wird, kann auf ihre LeserInnen stolz sein.



Die unendliche Geschichte des Bombenanschlags von Oklahoma City

Der Prozeß gegen TERRY NICHOLS enthüllt die Schwachstellen der Anklage

Im Dezember entschieden die zwölf Geschworenen im Prozeß gegen TERRY NICHOLS, daß der Angeklagte der Verschwörung und des fahrlässigen Todes, nicht aber des vorsätzlichen Mordes schuldig sei. Eine Verurteilung wegen Mordes hätte als Höchststrafe die Todesstrafe nach sich ziehen können.

Der Schuldspruch ist ein verwirrendes Kompromißurteil. Der Staatsanwaltschaft ist es offenbar nicht gelungen, die Geschworenen davon zu überzeugen, daß Terry Nichols der einzige aktive Partner des Hauptangeklagten TIMOTHY McVEIGH beim Bombenanschlag von Oklahoma City gewesen sei. Auf der anderen Seite haben die Geschworenen aber auch die gebetsmühlenartig vorgebrachten Beteuerungen von Nichols' Verteidigung, Nichols habe versucht, *»sich ein Leben mit seiner Frau und Kindern aufzubauen«*, anstatt *»eine Bombe mit Timothy McVeigh zu bauen«* nicht vollständig geglaubt. Bei Redaktionsschluß des AIB war es den Geschworenen nicht gelungen, zu einer gesetzlich vorgeschriebenen einhelligen Meinung über das Strafmaß für Nichols – Todesstrafe, lebenslängliche Haft oder eine Entscheidung durch den Vorsitzenden Richter Matsch – zu kommen. Dadurch liegt die Entscheidung über das Strafmaß jetzt bei Richter Matsch. Der Richter, der auch im Verfahren gegen Timothy McVeigh den Vorsitz geführt hatte, kündigte schon einige Tage vor Prozeßende an, daß die Strafe, falls er selber das Strafmaß festlegen müsse, unterhalb von lebenslanger Haft liegen würde. Der Prozeß gegen Nichols verlief vor allem wegen des Verteidigers MICHAEL TIGAR völlig anders als der vorangegangene Prozeß gegen Timothy McVeigh. Eine andere Geschworenenjury hatte ihn vor einem halben Jahr aller Anklagepunkte für schuldig befunden und einstimmig zum Tode verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte überzeugende Beweise für McVeighs Rolle beim Bombenanschlag vorgelegt – sowohl für den Kauf der Bombenbestandteile, für das Anmieten des Lastwagens und dessen Fahrt nach Oklahoma City. Die Anklage der Staatsanwaltschaft konzentrierte sich sehr eng auf McVeigh und die Mitverschworenen Terry Nichols und MICHAEL FORTIER. Wichtige Bestandteile der Verschwörung – wie beispielsweise die Tatsache, wie und wo die Bombe gebaut wurde – wurden nicht angesprochen. McVeighs Verteidiger waren nicht in der Lage gewesen, im Prozeß eine von ihnen behauptete größere Verschwörung – u.a. unter Beteiligung des Deutschen ANDREAS STRASSMEIER – zu belegen.

Der Verteidiger von Terry Nichols präsentierte jetzt allerdings wichtige und glaubwürdige Beweise dafür, daß der Sprengsatz von vier oder fünf Männer zusammengebaut wurde – und daß weder McVeigh noch Nichols daran beteiligt gewesen seien. Wichtigster Zeuge für die Verteidigung war der Mechaniker CHARLES FARLEY, der vor Gericht beschrieb, wie er am Abend vor dem Bombenanschlag am Greary Lake – dem See, wo Timothy McVeigh laut Staatsanwaltschaft den Sprengsatz zusammengebaut haben soll – auf eine Gruppe von Männern gestoßen war. Die fünf Männer seien um drei Fahrzeuge – darunter einen Transporter der gleichen Marke, der beim Bombenanschlag verwendet wurde – versammelt gewesen. Auf den Fahrzeugen hätten sich große Säcke mit ammoniumnitrathaltigem Düngemittel – einem Bestandteil des Sprengsatzes befunden. Als Farley sich der Gruppe näherte, wurde er von den Männern vertrieben. Farley hatte sich kurz nach dem Bombenanschlag an das FBI gewandt. Die Bundespolizei hatte aber kein Interesse an seiner Aussage gezeigt.

Die Staatsanwaltschaft legte dagegen erneut Beweise dafür vor, daß Nichols gemeinsam McVeigh den Anschlag plante und dabei mithalf, das Düngemittel und Maschinenöl, die beim Bau der Bombe verwendet wurden, zu besorgen. Außerdem wiesen die Staatsanwälte nach, daß Nichols sechs Monate vor dem Bombenanschlag einen Waffenhändler in Arkansas überfallen und dabei Waffen und Geld gestohlen hatte. Sie bewiesen darüber hinaus, daß Nichols nur wenige Tage vor dem Bombenanschlag nach Oklahoma City gefahren war und dort McVeigh abholte, nachdem dieser sein Fluchtauto in der Stadt abgestellt hatte.

Paradoxerweise bestätigte Nichols' Ehefrau Marife die Theorie der Staatsanwaltschaft. Sie war von der Verteidigung als Zeugin bestellt worden, um Terry Nichols' Familienleben zu beschreiben. Aber sie sagte gegenüber den Geschworenen auch aus, daß ihr Ehemann ihr gesagt habe, er fahre nach Omaha im Bundesstaat Nebraska, und nicht nach Oklahoma City, um Timothy McVeigh abzuholen. Terry Nichols hatte Marife, eine Frau aus den Philippinen, über eine Hei-

ratsvermittlung per Katalog ausgesucht und als Ehefrau bestellt. Vor Gericht erklärte sie, daß sie aufgrund der vielen Zeit, die ihr Ehemann mit McVeigh verbrachte, »eifersüchtig« gewesen sei. Sie beschrieb eine unglückliche Ehe, in der sie im Haus festgehalten wurde, und lieferte kein Tatzeitalibi für Nichols. Andere Zeugen der Verteidigung bestätigten die Verbindungen der Beteiligten zu Aktivisten des organisierten Rassismus und der Bürgermilizbewegung. Seit dem ersten Tag nach McVeighs Verhaftung hatten Sprecher der Bürgermilizbewegung versucht, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die Attentäter einsame Einzelgänger gewesen seien, die keine Beziehung zur Bürgermilizbewegung gehabt hätten. Das Gegenteil ist der Fall: Nichols hatte sich intensiv mit den pseudo-juristischen Theorien des Posse Comitatus, einer in ländlichen Regionen des Mittleren Westens operierenden rechtsextremen Gruppe beschäftigt. Und RICHARD COFFMANN, Kommandant einer Einheit von WILLIAM PIERCES NATIONAL ALLIANCE aus Arizona, sagte aus, daß Timothy McVeigh kurz vor dem Bombenanschlag mehrfach Nachrichten unter dem Pseudonym »Tim Tuttle« auf seinem Anrufbeantworter hinterlassen hatte. Andere Zeugen sagten aus, daß McVeigh über mehrere Jahre hinweg Propagandamaterialien der National Alliance und der KNIGHTS OF THE KU KLUX KLAN verteilt hatte.

War Andreas Strassmeier an der Verschwörung beteiligt ?

Die Verteidiger versuchten auch, Andreas Strassmeier glaubhaft mit der Verschwörung in Zusammenhang zu bringen. Der Sohn des ehemaligen Berliner CDU-Generalsekretärs und Staatssekretärs im Bundeskanzleramt GÜNTER STRASSMEIER diente als Panzerleutnant in der Bundeswehr. Glaubwürdige us-amerikanische Presseberichte behaupten, daß er während seiner Bundeswehrzeit eine Geheimdienstausbildung erhalten habe. Strassmeier kam zum ersten Mal 1988 in die USA, angeblich wegen seines Interesses an historischen Studien über den us-amerikanischen Bürgerkrieg. Offensichtlich hielt er sich damals in Virginia bei VINCENT PETRUSKI, einem pensionierten Air Force-Offizier auf, der ein Bekannter seines Vaters ist. Petruski erklärte gegenüber der Zeitung »TENNESSEAN«, daß Strassmeier versucht hätte, einen Job bei der us-amerikanischen Drogenfahndungsbehörde DEA zu erhalten. Die DEA habe aber seine Bewerbung abgelehnt. Im gleichen Zeitraum freundete sich Strassmeier mit dem Neonazianwalt KIRK LYONS an. Lyons hat gute Verbindungen zu fast allen Gruppierungen der us-amerikanischen Neonazi- und Bürgermilizbewegung und hat Neonazis in Deutschland und England besucht. Strassmeier verließ die USA dann wieder, reiste ausgiebig durch mehrere Länder außerhalb Deutschlands und kehrte 1991 in die USA zurück. Zu diesem Zeitpunkt besorgte Lyons ihm eine Unterkunft in Elohim City, einem Camp der sogenannten CHRISTIAN IDENTITY Bewegung im Nordosten des Bundesstaats Oklahoma (s. auch AIB Nr. 39).



Terry Nichols wischt sich die Tränen ab, während seine Frau vor Gericht aussagt

Strassmeier wurde von einer Informantin der staatlichen Waffen- und Alkoholkontrollbehörde ATF, CAROL HOWE, die Elohim City mehrfach besucht hatte und im fraglichen Zeitraum mit dem Anführer der WHITE ARYAN RESISTANCE (WAR) DENNIS MAHON zusammenlebte, in Bezug auf den Bombenanschlag schwer belastet. Laut Howe soll Strassmeier zehn Monate vor dem Bombenanschlag dort von McVeigh besucht worden sein. Howes Glaubwürdigkeit ist allerdings dadurch in Frage gestellt, daß sie die Informationen über Strassmeier erst Monate nach dem Anschlag an die ATF und das FBI weiterleitete – nachdem sie sich mit Mahon und seinen Nazibekannten überworfen hatte. Howes Aussage steht die Aussage von JOAN MILLAR, der Ehefrau des Milizchefs entgegen, die erklärte, daß McVeigh zwar wenige Tage vor dem Anschlag in Elohim City angerufen, aber nur unspezifisch nach einem Deutschen gefragt habe. Laut Millar soll McVeigh aber Strassmeiers Namen nicht gekannt und nur nach einem Mann mit ausländischem Akzent gefragt haben, dessen Visitenkarte er auf einer Waffenmesse erhalten habe. Millar bestätigte damit Strassmeiers eigene Angaben zu seinen Kontakten mit McVeigh. Strassmeier hatte gegenüber dem Spiegel und der Berliner Staatsanwaltschaft erklärt, er habe McVeigh 1994 bei einer Waffenmesse in Dallas, Texas, kennengelernt und ihm seine Visitenkarte gegeben. Einen weiteren Kontakt hätte es nicht gegeben, da er zum Zeitpunkt von McVeighs Telefonanruf *»die Zäune in Elohim City«* repariert habe und daher nicht ans Telefon gegangen sei. Wenige Wochen nach dem Anschlag kehrte Strassmeier nach Deutschland zurück. Mittlerweile hält er sich an einem unbekannten Ort im europäischen Ausland auf.

Unabhängig davon, ob die vielen Ungereimtheiten im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag von Oklahoma City jemals aufgeklärt werden – angefangen mit der Frage nach den unbekannten Mittätern von McVeigh und Nichols bis hin zur Rolle von Strassmeier –, wird es auf der juristischen Ebene noch mehrere Nachspiele geben. Zum einen werden Nichols und McVeigh noch einmal in Oklahoma City selbst vor Gericht gestellt werden.[1] Zum anderen haben 170 Familien, deren Familienangehörige beim Anschlag umkamen, angekündigt, eine Zivilklage gegen sechs Bundesbehörden einzureichen. Der Vorwurf: Schlampige Ermittlungen, Vorabwissen über den Anschlag und systematische Vertuschung von Hintergründen. ■

Vom USA-Korrespondenten des Antifa-Magazins Searchlight.

1) Das amerikanische Justizsystem unterscheidet zwischen Bundesstrafdelikten und Delikten, die von den einzelnen Bundesstaaten verfolgt werden. Die Prozesse gegen McVeigh und Terry Nichols wurden von der Bundesstaatsanwaltschaft in Washington DC geführt und bezogen sich nur auf die bei dem Bombenanschlag ermordeten acht Bundesangestellten. Nichols und McVeigh werden im nächsten Jahr noch einen weiteren Prozeß wegen der weiteren 160 »zivilen« Opfer vor einem Gericht des Staates Oklahoma haben.

Schweden

Nazi-Konzert aufgelöst

Am Samstag, 3.1.1998, fand in Brottby in der Nähe von Stockholm ein Nazi-Rockkonzert mit der schwedischen Band VET AGGRESSION (Weiße Aggression) statt. Was die anwesenden FaschistInnen nicht merkten, Zivilpolizisten mit versteckten Kameras hatten sich unter sie gemischt und zeichneten alles auf. Als die KonzertbesucherInnen anfingen »Sieg Heil« und antisemitische Parolen zu gröhlen, wurden die Beamten tätig und versuchten Personen festzunehmen. Es kam zu einer Schlägerei, und die Beamten holten Verstärkung. Alle 314 TeilnehmerInnen des Konzertes wurden festgenommen, und erst am nächsten Morgen konnte der Großteil von ihnen das Gefängnis verlassen. 20 der Nazis (fünf Amerikaner, ein Brite, acht Deutsche und sechs NorwegerInnen; s. Kasten) wurden am Mittwoch darauf dem Haftrichter vorgeführt und alle, bis auf vier der Amerikaner sind wieder auf freiem Fuß. Die Tatvorwürfe lauten bei den Freigelassenen auf Landfriedensbruch, bei den amerikanischen Inhaftierten auf Anstachelung zum Rassenhaß. Unter den weiterhin eingesperrten Amerikanern ist auch LEE SHAWN SUGG, Sänger der Band MAX RESIST, deren Auftritt durch den Polizeieinsatz verhindert wurde. Bei dem freigelassenen Amerikaner handelt es sich um ERIC ALBERT OWENS, der für die Nazi-Folk-Band FOLK THE SYSTEM singt. Auch sie konnten nicht spielen. Interessantes Detail am Rande ist, daß PETER MELANBER, besser bekannt unter dem Namen PETER RYNDELL als Beobachter bei dem Haftprüfungstermin war. Er ist Mitbegründer des schwedischen Hochglanz-Nazifanzines NORDLAND. Den amerikanischen Nazis wird nun in Schweden der Prozeß gemacht, wir werden in der nächsten Ausgabe darüber berichten.

Festgenommene Nazis

USA
Andrew Nicholas Miokovic
Danielle Michelle Reda
Eric James Dobbs
Lee Shawn Sugg
Eric Albert Owens

Grossbritannien
Troy McCann

Deutschland
Karsten Volker Wähle
Dirk Horn
Hartmut Spengler
Heiko Lappat
Thorsten Graumann
Jens Schurmann
Michael Simon
Katja Pröseler

Norwegen
Ann Kristin Brun
Kay-Amund Almendingen
Kjell Arne Karlengen
Glenn Nilsson
Runar Snellingen
Jan Helge Wanggard

Österreich I

Haider verurteilt

Im Prozeß, den das linke österreichische Magazin »TATblatt« gegen JÖRG HAIDER, Vorsitzender der FPÖ, führte, kam es zu einer Verurteilung des Chefs der »FREIHEITLICHEN«. Jörg Haider muß seine Äußerung, das TATblatt habe zu Briefbombenanschlägen auf FPÖler aufgerufen, nun im Fernsehen dementieren.

In der ORF-Sendung »Runder Tisch« hatte Haider dem TATblatt unterstellt, zu Gewalttaten gegen »Freiheitliche« aufgerufen zu haben, sowie Briefbomben an sie zu schicken und Versammlungslokale und Vereinslokale zu vernichten. Ferner behauptet Haider, das TATblatt sei für diese Aufrufe bereits rechtskräftig verurteilt worden.

In Wirklichkeit war das TATblatt verurteilt worden, weil es Haider unrichtiger- und kreditschädigenderweise rassistische Hetze unterstellt hatte, sowie dazu aufgerufen wurde, Haider und der FPÖ kleine Aufmerksamkeiten zu schicken. Dies war allerdings im Dezember 1992, lange vor den rechtsextremen Briefbomben, geschrieben worden, und niemand wäre zu der Zeit auf die Idee gekommen, daß damit Briefbomben gemeint sein könnten.

Zu einer derartigen Erkenntnis kam auch das Gericht: »*So kann auch bei extensiver Auslegung der festgestellten Aufforderungen der klagenden Partei (Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; TATblatt) nicht erkannt werden, daß die klagende Partei auch nur versteckt empfiehlt, Briefbomben an die beklagte Partei (Haider) bzw. an Funktionäre der FPÖ zu schicken. (...) Sämtliche angeführten Aktionen richten sich gegen Sachen und nicht gegen Personen. Auch daraus ergibt sich, daß unter der Aufforderung im TATblatt vom 9.12.1992, den Funktionären und den FPÖ-Lokalen kleine Aufmerksamkeiten als Antwort auf ihre rassistische Hetze zu schicken, nicht Briefbomben zu verstehen sind, sondern höchstens als Aufforderung verstanden werden muß, Versammlungs- und Vereinslokale der FPÖ zu vernichten oder zu beschädigen. Die Morddrohungen, über die diverse Tageszeitungen berichteten, sind mit der klagenden Partei nicht in Verbindung zu bringen. (...)*« Haider will natürlich nochmal in Berufung gehen und das Verfahren vor den Obersten Gerichtshof bringen.

Der Prozeß hat das TATblatt, trotzdem es gewonnen hat, viel Geld und Anzeigenkunden gekostet, so daß der Preis fürs Abo schon gehoben werden mußte. Wenn Ihr also Lust habt, Menschen zu unterstützen, die »*gegen alles Böse auf der Welt*« (Zitat TATblatt) aktiv sind, wendet Euch an:

TATblatt
Gumpendorferstr. 157/11
1060 Wien

Quelle:TATblatt plus 65

Österreich II

FPÖler verteilt Gestapo-Marken

Der oberösterreichische FPÖ-Landtagsabgeordnete KARL WIMLEITNER verschenkt laut News (39/1997) Medaillen mit der Aufschrift »Geheime Staatspolizei«. Auf die Herkunft der Kopien von Dienstmarken der Gestapo angesprochen, behauptete Wimleitner, er habe die »*Blechmarke*« nicht in größerer Stückzahl nachgepreßt, sondern beim Aufräumen des Dachbodens gefunden und an einen Freund weitergeschenkt. Demgegenüber behauptet News, Zeugen zu kennen, welche vom FPÖ-Abgeordneten mehrere Marken bekommen hätten.

Quelle: Mitteilungen des DÖW Nr. 134

Frankreich

LePens Entgleisungen

Die französische Justiz hat gegen den Vorsitzenden der FRONT NATIONAL (FN) JEAN MARIE LEPEN Ermittlungen wegen der Verharmlosung von NS-Verbrechen eingeleitet. Damit reagierten die Behörden auf eine Äußerung LePens bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ehemaligen Republikaner-Vorsitzenden FRANZ SCHÖNHUBER Anfang Dezember in München. Dort hatte der rechtsradikale Politiker zum wiederholten Male behauptet, die Gaskammern im Dritten Reich seien nur *„ein Detail der Geschichte des Zweiten Weltkrieges“*. Wegen derselben Äußerung war LePen bereits vor einigen Jahren zu einer Geldstrafe von 900.000 Francs (knapp 270.000 DM) verurteilt worden.

Abo & Nachbestellung

Abos

Ein Abo kostet 30.- DM für fünf Ausgaben / 60.- DM für zehn Ausgaben, bei zwei Exemplaren pro Ausgabe 50.- DM bzw. 100.- DM. Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten fünf / zehn Ausgaben. Wenn Du diese bezahlst, läuft das Abo weiter, wenn nicht, gilt dies als Kündigung.

Abos müssen bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

○ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. ______ (incl.)
- ○ für fünf Ausgaben (30.- DM)
- ○ für zehn Ausgaben (60.- DM)

○ Geschenkabo: Ich möchte an die untenstehende Person ein Abo verschenken.

○ Knastabo: Ich übernehme ein Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus.

Nachbestellung

Die nebenstehenden Ausgaben können nachbestellt werden. Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Zu dem Preis für die Ausgaben (siehe Liste rechts) kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM) und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-Pakete: ______

Adresse:

Den Betrag von DM ______ habe ich bar / als Scheck beigelegt / überwiesen (Beleg liegt bei).

Weiterverkauf

Bedingungen

Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviele Ausgaben (mindestens drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe. Wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten. Nicht verkaufte Exemplare könnt Ihr zurückschicken.

Preise

ab drei Stück pro Ausgabe: 5,00 DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das Antifa Info-Blatt weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung, die ich auf Euer Konto überweise.

○ Bitte sendet mir ______ Hefte ab der Nr. ______ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Adresse:

Konto: J. Lehmann, Konto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

Alte, noch lieferbare AIBs

AIB 11 (5/90): 3,00 DM
Nationalismus +++ »Neue Rechte« +++ »Lebensschützer« +++ Ausländer/innengesetz +++ Kohls Statthalter in der DDR

AIB 13 (Win/90): 3,00 DM
Rassismus: die Saat geht auf +++ Ex-DDR: Linke zieht Kopf ein +++ Interview: FAP von innen +++ die »Deutsche Alternative« +++ Italien

AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschist. Strategie +++ Schweden & Frankreich

AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

AIB 19 (7/92): 4,00 DM
Wunsiedel +++ HIAG - die SS heute +++ Banknotenfälschung im KZ +++ Kroatien, CSFR, Südafrika +++ Diskussion: Organisierung & Kaindl

AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front« +++ die hist. Antifaschist. Aktion

AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung d. Naziszene

AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ FAP-Aufmarsch verhindert +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Prozeßbeginn in Berlin +++ Schweden: VAM

AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ die KZs Oranienburg & Treblinka

AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung +++ der 8. Mai und die Rechte +++ Anschlag in Oklahoma

AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Nazis i.d. Hermann-Niermann-Stiftung +++ »Lebenslänglich« im ersten Söldnerprozeß

AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskinszene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt I: Regionalismus +++ Schwerpunkt II: Lübeck - Grevesmühlen +++ Interview mit der Antifa (M) +++ Geschichte: die Sudetendeutschen

AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus +++ Interview mit russischen Antifas

AIB 39 (7/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Jugend & Subkultur +++ Nazimärsche am 1. Mai +++ JN-Kongreß +++ Deutschland-Stiftung +++ »Was geht ab?«

AIB 40 (9/97): 5,00 DM
10 Jahre AIB +++ Prozeß gegen Kay Diesner +++ Nazi-Versände +++ Front National +++ Kirchenasyl +++ »Otto-von-Bismarck-Stiftung« +++ »Was geht ab?«

AIB 41 (11/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Rückblicke & Ausblicke +++ Befreite Zonen +++ Wehrmachtsausstellung in Marburg +++ Antifa in Canada +++ »Was geht ab?«

AIB-Pakete !

AIB-Paket 1: Ausgaben 11,13,14,17,18,23 für 12,- DM incl. Porto.
AIB-Paket 2: Ausgaben 25,26,27,28,29,30 für 18,- DM incl. Porto.
AIB-Paket 3: Ausgaben 31,32,33,34,35 für 18,- DM incl. Porto.
AIB-Paket 4: Ausgaben 36,37,38,39,40 für 20,- DM incl. Porto.

Zwei AIB-Pakete zusammen gibt´s für 30,- DM incl. Porto!
Alle AIB-Pakete zusammen gibt´s für 55,- DM incl. Porto!

Über Geschichts- und Traditionsverständnis bei der Bundeswehr

Die Fotos der Biwakplatzbeschilderung wurden im August 1996 auf dem Truppenübungsplatz der Bundeswehr in Bergen-Hohne aufgenommen. Sie tragen die früheren deutschen Namen von Städten in Ostpreußen.Der Gedenkstein eines Massengrabes mit 50.000 toten Sowjetsoldaten auf dem vierten Foto liegt nur 100 Meter von einem der Biwakplätze entfernt.

Die Bundeswehrführung dokumentiert so, wessen Geistes Kind sie ist. Sie gewöhnt ihre Soldaten schon einmal an die Namen potentieller Ziele. Auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne hat dieser Umgang mit deutscher Geschichte bereits eine eigene Tradition: Schießziele trugen die Namen von Städten in Polen und Rußland, wie etwa »Stettin« oder »Elbing«, »Gleiwitz«, »Kattowitz« oder »Königsberg«. Der ehemalige Heerespressesprecher Oberstleutnant i.G. Vollmer schrieb, das »entspricht dem in der Bundesrepublik allenthalben geübten Brauch, ehemalige deutsche Städte z. B. als Straßen- und Platznamen in ehrender Erinnerung zu halten«.

Kein »allenthalber geübten Brauch« scheint die ehrende Erinnerung jener Kämpfer gegen den deutschen Faschismus zu sein, die als Sowjetsoldaten in deutscher Gefangenschaft zu Tode gequält wurden. Dreist marschiert man an ihren Massengräbern vorbei, marschiert und schießt – vorerst nur übungshalber – wieder auf Ziele im Osten.







